Gericht von Bosnien und Herzegowina

Nummer: X-KR/06/275

Sarajevo, 28. Februar 2008

Im Namen von Bosnien und Herzegowina!

Das Gericht von Bosnien und Herzegowina, Abteilung I für Kriegsverbrechen, in der Kammer bestehend aus Richter Hilmo Vučinić, als Vorsitzender der Kammer, und den Richtern Shireen Avis Fisher und Paul M. Brillman, als Kammermitglieder, unter Teilnahme von Rechtsberaterin Dženana Deljković-Blagojević, als Protokollführerin, verkündete öffentlich nach Beratung und Abstimmung am 28. Februar 2008 folgendes Urteil im Strafverfahren gegen die Angeklagten Mitar Rašević und Savo Todović wegen der Straftat eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit nach Artikel 172 Absatz 1 des Strafgesetzbuches von BiH, bei der Entscheidung über die Anklage der Staatsanwaltschaft von BiH Nummer KT-RZ-162/06 vom 22. Dezember 2006, im Anschluss an die öffentliche Hauptverhandlung, in der die Öffentlichkeit teilweise ausgeschlossen wurde, in Anwesenheit des Staatsanwalts der Staatsanwaltschaft von BiH Vesna Ilić und des Angeklagten Mitar Rašević und seiner Verteidiger von Amts wegen, der Anwälte Slaviša Prodanović und Milan Vujin, sowie des Angeklagten Savo Todović und seiner Verteidiger von Amts wegen, die Anwälte Mladen Šarenac und Jovan Debelica:

Urteil

Die Angeklagten:

Mitar Rašević, genannt „Mićo“, Sohn von Đorđe und Smilja, Geburtsname der Mutter Badnjar, geboren am 15. November 1949 im Dorf Čagošta, Gemeinde Foča, wohnhaft in..., ... Volkszugehörigkeit, Staatsbürger von..., von Beruf Lehrer für Soziologie, verheiratet, Vater von drei Kindern, hat den Militärdienst von 1970 bis 1972 in Travnik und Kumanovo abgeleistet, kein (militärischer) Rang und keine (militärischen) Auszeichnungen, keine Vorstrafen.

Savo Todović, Sohn von Vladimir und Dušanka, Geburtsname der Mutter Topalović, geboren am 11. Dezember 1952 im Dorf Rijeka, Gemeinde Čelebići, die Familie wohnhaft in ..., während er seinen Wohnort noch nicht bei der genannten Adresse angemeldet hat, da er sich persönlich anmelden musste, was er aufgrund der in Den Haag angeordneten Untersuchungshaft nicht tun konnte. Auf dem Territorium von BiH ist er weder über seinen Wohnort noch seinen Aufenthalt registriert. ... von Volkszugehörigkeit, Staatsbürger von ..., das Verfahren über den Verzicht auf die ... Staatsangehörigkeit ist im Gang, Rentner, verheiratet, Vater von zwei erwachsenen Kindern, finanziell schlecht gestellt, er hat den Militärdienst 1972/73 in Tetovo abgeleistet, kein (militärischer) Rang und keine (militärischen) Auszeichnungen, keine Vorstrafen.

sind schuldig,

weil sie sich

In der Zeit von April 1992 bis Oktober 1994 im Rahmen eines ausgedehnten und systematischen Angriffs der Armee und der Polizei der Republika Srpska und der paramilitärischen Formationen auf nichtserbische Zivilisten im Großraum der Gemeinde Foča beteiligt haben. In Kenntnis des Angriffs haben sich Mitar Rašević in seiner Eigenschaft als Kommandant der Gefängniswächter und Savo Todović in seiner Eigenschaft als stellvertretender Leiter des KP Dom „Foča“, zusammen mit dem

Leiter des KP Dom¹ „Foča“, Milorad Krnojelac, und mit den Gefängniswächtern und mit anderen Mitgliedern des Gefängnispersonals und mit Mitgliedern der JNA², (und mit Mitgliedern) der serbischen Territorialverteidigung, der Zivil- und Militärpolizei der Republika Srpska und paramilitärischen Formationen an einem gemeinsamen kriminellen Unternehmen beteiligt, dessen Ziel es war, die Muslime und andere nichtserbische Zivilisten aus Foča und aus den umliegenden Gebieten unter unmenschlichen Bedingungen im KP Dom „Foča“, das alle Merkmale eines Lagers aufwies, zu inhaftieren, geschehen in der Form von: Verfolgung von nichtserbischen Zivilisten aus politischen, nationalen, ethnischen und religiösen Gründen, durch Folter, Misshandlung, Tötungen, unmenschliche Behandlung, das Zufügen körperlicher und gesundheitlicher Schäden, Zwangsarbeit, Verschwindenlassen, Deportationen und Inhaftierungen, und zudem haben es Mitar Rašević und Savo Todović als Vorgesetzte und verantwortliche Personen versäumt, notwendige und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die Begehung der genannten Straftaten zu verhindern und die Täter der genannten Straftaten zu bestrafen, und zwar in der Weise dass:

im KP Dom „Foča“, das alle Merkmale eines Lagers aufwies, in dem mindestens 700 nichtserbische Gefangene, insbesondere Bosniaken, rechtswidrig inhaftiert waren,

Mitar Rašević, als Kommandant der Gefängniswächter, der für die Aufsicht von mindestens 37 Gefängniswächtern verantwortlich war, für die er die Wachdienstpläne und Arbeitsaufträge vorbereitete und über die er effektive Kontrolle ausübte, und der für die Zellen und Einzelhaftzellen verantwortlich war und mit der Macht ausgestattet war, Häftlinge aus den Einzelzellen freizulassen und in diese Zellen zurückzubringen, während die Wärter Häftlinge auswählten und in Verhörräume brachten, wo sie körperlich misshandelt wurden, [und]

Savo Todović, als stellvertretender Leiter des KP Dom „Foča“ und zweiter in der Hierarchie des Gefängnisses, der mit ähnlichen Befugnissen und Pflichten ausgestattet war wie der Lagerkommandant, [wie etwa] das untergeordnete Gefängnispersonal [zu beaufsichtigen]. Er war zuständig für die Auswahl von Häftlingen für Zwangsarbeit und Einzelhaft, wobei sie [beide Angeklagt]

1. sich im Zeitraum von April 1992 bis Oktober 1994 an der Aufrechterhaltung eines Systems der Bestrafung und Misshandlung von Häftlingen beteiligt haben....

1b) Im Zeitraum von Juni 1992 bis Mai 1993 wurde der Häftling Dž. B. verprügelt und ungefähr einen Monat unter unmenschlichen Bedingungen in eine Einzelzelle gesperrt. Zwei Wächter riefen Häftling FWS-71 heraus, holten ihn aus seiner Zelle heraus und brachten ihn in die Einzelzelle und schlugen ihn etwa 20 Minuten lang, bis er ohnmächtig wurde. Bei mindestens zwei Gelegenheiten folterten Soldaten Nurko Nišić, der Beamter der Gemeindeverwaltung und Mitglied der politischen Partei ... war, schwer und brachten ihn in die Zelle zurück, bedeckt mit Blut und mit Prellungen. Die Militärpolizisten folterten und schlugen den Gefangenen S. M., der mit einem anderen Häftling verwechselt und zum Verhör gebracht wurde. Sie drohten ihm, sein Auge herauszunehmen. Sie hörten auf, als Mitar Rašević erschien und sagte, dass sie einen Fehler entdeckt hätten, und er befahl den Wächtern, den schwer verletzten und blutigen S.M. in die Zelle zurückzubringen.

1c) Anfang Juli 1993, nachdem Häftling FWS 216 entkommen war und dann eingefangen und in das KP Dom zurückgebracht worden war, schlug ihn eine der Wachen. Der Gefangene wurde 28 Tage

¹ Anmerkung des Übersetzers: KP Dom kommt von Kazneno-popravni dom, Strafbesserungsanstalt oder Strafvollzugsanstalt.

² Anmerkung des Übersetzers: JNA – Die Jugoslawische Volksarmee.

lang in einer Isolationszelle eingesperrt. Während dieser Zeit misshandelten Savo Todović und andere Wärter ihn und schlugen ihn mit einer Kette und mit [bloßen] Händen am ganzen Körper. An diesem Tag informierte Savo Todović alle Inhaftierten darüber, dass sie kollektiv für die Flucht des Häftlingen FWS 216 in der Weise bestraft würden, dass ihre Essensportionen reduziert, Arbeit verboten und medizinische Versorgung verweigert und verboten würde.

2. In der Zeit von Juni bis August 1992 schlugen Wachen unter dem Kommando von Mitar Rašević so, wie das in Anklagepunkt 1 beschrieben wurde, und Zivil- und Militärpolizisten und Soldaten, die mit Kenntnis von Mitar Rašević und Savo Todović von außen in das KP Dom kamen, Häftlinge mit Schlagstöcken, Stangen und Fäusten in den Räumen des Verwaltungsgebäudes und fragten sie, ob sie Waffen versteckt hätten. Sie wickelten einige [der Häftlinge] in Decken und schleppten sie aus dem Verwaltungsgebäude heraus. Eine Anzahl von Häftlingen starb aufgrund der Schläge oder wurde erschossen. Folgende Personen starben aus den genannten Gründen: Alija (Omer) Altoka, geboren am 7. April 1972, Salem Bičo, Abdurahman Čankušić, Enko Čedić, Kemal (Halim) Dželilović, geboren am 25. Januar 1954, Mate (Mirko) Ivančić, Halim (Ahmet) Konjo, Adil Krajčin, Mustafa (Bećir) Kuloglija, geboren am 15. Mai 1945, Krunoslav (Pero) Marinović, geboren am 6. April 1946, Nurko (Salko) Nišić, geboren am 7. Mai 1949, Husein (Ramo) Rikalo, geboren am 18. November 1957, Midhat (Ramo) Rikalo, geboren am 19. November 1966, Zaim (Ramo) Rikalo, geboren am 6. November 1963, Ševa (Edhem) Šoro, geboren am 27. August 1956, Kemal (Aziz) Tulek, geboren am 21. Oktober 1958, Munib (Edhem) Veiz, geboren am 31. Januar 1952 und Zulfo (Ibro) Veiz, geboren am 30. Oktober 1950, sowie eine unbekannte Anzahl anderer nicht identifizierter Häftlinge.

3. Im Zeitraum von April 1992 bis Oktober 1994 trugen Mitar Rašević und Savo Todović zur Schaffung und Aufrechterhaltung der schlechten Lebensbedingungen im Lager bei, und Savo Todović bedrohte Gefangene mit schweren Körperverletzungen, wenn sie die Gefängnisregeln verletzten, wenn sie versuchten zu fliehen oder sich weigerten zu arbeiten. Die ganze Zeit über hielten sie die Gefangenen in ihren Zellen fest, außer wenn sie aufgereiht waren und in die Kantine gebracht wurden, um zu essen oder Arbeitspflichten zu erfüllen. Sie benutzten Einzelzellen als Mittel zur Einschüchterung und Drohung, daher waren die Zellen ab April 1992 überfüllt, die Schlaf- und Hygienebedingungen waren schlecht. Die erhaltenen Essensportionen waren unzureichend, um den Hunger zu stillen. Im Winter hatten sie keine angemessene Kleidung und Heizung, wodurch sich die Gesundheit vieler Häftlinge ernsthaft verschlechterte. Aufgrund dieser Bedingungen und aufgrund des Mangels an angemessener medizinischer Versorgung starb der Häftling Esed Hadžić im April oder Mai 1992 an ...; Šefko Kubat starb infolge verspäteter ärztlicher Hilfe, Omer Kunovac starb nach Misshandlungen und Juso Džamalija beging wegen der oben genannten Bedingungen Selbstmord, während die Häftlinge FWS 71, FWS 139, FWS 162, FWS 111, FWS 85, FWS 86, FWS 82, sowie viele andere unter Symptomen der Unterernährung und psychologischen Symptome einer akuten Belastungsstörung litten.

4. Im Zeitraum von Ende Mai 1992 bis Oktober 1994 beteiligten sich Mitar Rašević und Savo Todović an der Schaffung eines Systems von Zwangsarbeit, und zwar überwachte Mitar Rašević die Einsätze [der Häftlinge] innerhalb und außerhalb des KP Dom und stellte Wachen ein, die [die Häftlinge] zur Verrichtung von Zwangsarbeit brachten, und er arbeitete mit Zivilbehörden und externen Militärbehörden zusammen, denen er die Inhaftierten übergab, und Savo Todović erstellte eine Liste, in der bestimmt wurde, an welchen Orten die Gefangenen ihre Arbeit verrichten sollten, er wies persönlich die Häftlinge ihren Arbeitsaufgaben zu, indem er die Gruppen von Häftlingen aus ihren Zellen herausrief und diejenigen bedrohte, die sich weigerten, aus Gründen der Krankheit oder

Schwäche zu arbeiten, und er arbeitete mit externen militärischen und zivilen Behörden zusammen, indem er ihnen die Gefangenen übergab. Im Einzelnen:

4a) Innerhalb des KP Dom mussten die Häftlinge in der Möbelfabrik und der Metall- und Mechanikwerkstatt arbeiten. Diese Zwangsarbeit verrichteten FWS 71, D.M., K.Š., A. und viele andere Häftlinge.

4b) Außerhalb des KP Dom waren die Häftlinge gezwungen, im Gefängnisvorposten „Brioni“ landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten, in Mühlen und in der Mine „Miljevina“ zu arbeiten, an verschiedenen Orten in Foča Schutt von beschädigten Gebäuden zu entsorgen und das Privathaus von Milorad Krnojelac, des Leiters des KP Dom, zu reparieren. Zusätzlich zu anderen Arbeiten verrichteten die folgenden Gefangenen Zwangsarbeit in der Mine „Miljevina“: FWS 142, RT, ZA und andere, FWS 216 und FWS 83, die auf dem Grundbesitz von Milorad Krnojelac arbeiteten, während der Häftling FWS 141 bei mehreren Gelegenheiten gezwungen wurde, unter Überwachung von bewaffneten Personen einen Lastwagen vor Konvois zur Frontlinie zu fahren, um Landminen aufzuspüren.

4c) Im Zeitraum von September 1992 bis März 1993 wurden die Häftlinge FWS 109 und K.G., nachdem sie am 18. September 1992 zu einem [Gefangenen-]austausch aufgerufen worden waren, in dem genannten Zeitraum mehrmals als Fahrer zum Aufspüren von Landminen genutzt, indem sie mit Fahrzeugen vor serbischen Konvois herfuhrten.

5. Im Zeitraum von Juli 1993 bis Oktober 1994 wurden etwa 80 Gefangene vom KP Dom Foča in Haftanstalten in Kalinovik, Rudo und „Kula“ bis Ende September 1994 verlegt. Im Oktober 1994 wurden die übrigen Häftlinge in die genannten Einrichtungen verlegt, und kein Häftling blieb im KP Dom „Foča“, weil am 4. oder 5. Oktober 1994 Mitar Rašević persönlich etwa 60 Häftlinge in die Haftanstalt „Kula“ transportierte und Savo Todović die letzte Gruppe von Häftlingen aus dem KP Dom geleitete, nachdem beide am Verschwindenlassen und der Deportation von Häftlingen aus dem KP Dom „Foča“ teilgenommen hatten, indem sie ihnen mitteilten, dass sie ausgetauscht würden, während sie [tatsächlich] an Orte außerhalb des Gemeindegebiets Foča deportiert wurden. Im Einzelnen:

- Ende August 1992 begleitete Savo Todović persönlich eine Gruppe von 55 Häftlingen zu einem Zielort in Montenegro und wies sie an, beim Verlassen des KP Dom nicht aus den Busfenstern zu schauen. An der Grenze zu Montenegro wurde der Bus von Militärangehörigen abgefangen und in den KP Dom zurückgebracht. Am folgenden Tag wurden 35 ältere oder kranke Häftlinge erneut mit dem Bus nach Rožaje in Montenegro deportiert, während die übrigen 20 muslimischen Häftlinge in eine unbekannt Richtung gebracht wurden.
- Am oder um den 17. September 1992 herum wurden zwischen 35 und 60 Gefangene aus dem Gelände des KP Dom zum angeblichen Zweck, Pflaumen zu pflücken, herausgeholt, aber in eine unbekannt Richtung weggebracht.
- Im Zeitraum von Juni 1992 bis März 1993 wurden mindestens 200 muslimische und andere nicht-serbische Gefangene an unbekannt Orte verlegt, und unter den Gefangenen, die in unbekannter Richtung an unbekannt Orte gebracht wurden und seitdem nie mehr wiedergesehen wurden, sind: Nedžib Aljukić, Sohn von Šaban, geboren 1964, Salko Srnja, Sohn von Atif, geboren 1965, Muamer Srnja, Sohn von Esad, geboren 1965, Omer Šljivo, Sohn von Salko, geboren 1967, Hamdo Šljivo, Sohn von Salko, geboren 1971, Sulejman Šošević, Sohn von Izet, geb. 1960, Edin Zametica, Sohn von Avdo, geb. 1968, Elvedin Zametica, Sohn von Avdo, geb. 1968, Ekrem Šalaka, Sohn von Avdo, geb. 1971,

Edhem Balic, Sohn von Šerif, geboren 1963, Jasmin Šukalo, Sohn von Šaban, geboren 1967, Ramiz Karović, Sohn von Mujo, geboren 1961, Esad Kovačević, Sohn von Džemal, geboren 1963, Nijaz Kurtović, Sohn von Osman, geboren 1971, Edin Kurtović, Sohn von Husnija, geboren 1971, Derviš Čankušić, Sohn von Nasko, geboren 1940, Rasim Kajgana, Sohn von Alija, geboren 1950, Suad Borovina, Sohn von Edhem, geboren 1959, Suad Klapuh, Sohn von Sulejman, geboren 1964, Esad Šoro, Sohn von Tahir, geboren 1955, Husein Korjenić, Sohn von Hajdar, geboren 1968, Džemal Balić, Sohn von Meho, geboren 1937, Edib Muminović, Sohn von Himzo, geboren 1956, Kasim Mušanović, Sohn von Murat, geboren 1945, Izet Šoro, Sohn von Memija, geboren 1962, Edhem Mušanović, Sohn von Hasan, geboren 1955, Nezir Karović, Sohn von Mujo, geboren 1957, Ramiz Džano, Sohn von Halim, geboren 1953, Sulejman Čelik, Sohn von Uzeir, geboren 1941, Suljo Šoro, Sohn von Edhem, geboren 1951, Uzeir Muratović, Sohn von Šaban, geboren 1956, Mirsad Srnja, Sohn von Abdulah, geboren 1955, Ferid Šabanović, Sohn von Mušan, geboren 1958, Ekrem Čengić, Sohn von Avdo, geboren 1940, Fahrudin Malkić, Sohn von Nazif, geboren 1948, Ibrahim Kafedžić, Sohn von Avdo, geboren 1948, Halim Dedović, Sohn von Hasan, geboren 1935, Nazif Lagarija, Sohn von Salko, geboren 1937, Edin Ćemo, Sohn von Meho, geboren 1970, Meho Ćemo, Sohn von Salih, geboren 1930, Munib Divović, Sohn von Sejmen, geboren 1961, Smail Đozo, Sohn von Ibro, geboren 1956, Hakija Džinić, Sohn von Murat, geboren 1929, Atif Hambo, Sohn von Ibro, geboren 1937, Ferid Krajčin, Sohn von Hasan, geboren 1965, Hasan Krajčin, Sohn von Huso, geboren 1932, Vejsil Lepir, Sohn von Ahmet, geboren 1958, Šaban Mazić, Sohn von Sulejman, geb. 1964, Kasim Mekić, Sohn von Ramo, geboren 1940, Vahid Mekić, Sohn von Šerif, geboren 1959, Zulfo Mekić, Sohn von Kasim, geboren 1967, Rasim Musić, Sohn von Ragib, geboren 1964, Halil Oruč, Sohn von Mujo, geboren 1926, Ramiz Ramić, Sohn von Himzo, geboren 1962, Murat Rizvanović, Sohn von Alija, geboren 1932, Nedžib Rizvanović, Sohn von Murat, geboren 1963, Mirsad Subašić, Sohn von Salko, geboren 1968, Salko Subašić, Sohn von Halil, geboren 1947, Vehid Ahmetspahić, Sohn von Osman, geboren 1965, Mehmed Čerimagić, Sohn von Avdo, geboren 1935, Šefik Čerimagić, Sohn von Baso, geboren 1937, Ramiz Dedović, Sohn von Hamid, geboren 1972, Dževad Hajrić, Sohn von Džafer, geboren 1958, Ibrahim Isanović, Sohn von Fehim, geboren 1960, Rasim Kobiljar, Sohn von Nedžib, geboren 1958, Senad Kovač, Sohn von Edhem, geboren 1974, Kemal Krkalić, Sohn von Rasim, geboren 1965, Salih Kuloglija, Sohn von Agan, geboren 1949, Alija Matuh, Sohn von Mujo, geboren 1969, Mujo Murguz, Sohn von Aziz, geboren 1962, Huso Reko, Sohn von Hasib, geboren 1946, Nusret Salčinović, Sohn von Osman, geboren 1954, Zijad Softić, Sohn von Mujo, geboren 1964, Abdulah Suljević, Sohn von Alija, geboren 1962, Elvir Šabanović, Sohn von Ferid, geboren 1974, Mehmedalija Šljivo, Sohn von Hakija, geboren 1966, Enes Šoro, Sohn von Tahir, geboren 1975, Remzija Alibašić, Sohn von Ibro, geboren 1947, Ismet Pašović, Sohn von Hasan, geboren 1926, Dženan Karabegović, Sohn von Asim, geboren 1959, Mirsad Hadžimešić, Sohn von Avdo, geboren 1957, Salih Lagarija, Sohn von Nazif, Jahrgang 1965, Amer Karabeg Ović, Sohn von Ahmed, geboren 1967. Zugleich wurden die folgenden Häftlinge aus dem KP Dom Foča in eine unbekannte Richtung weggebracht: Sejad Nikšić, Sohn von Vehbija, geboren 1956, Kemo Nikšić, Sohn von Munir, geboren 1959, Mustafa Nikšić, Sohn von Adem, geboren 1957, Salko Šljivo, Sohn von Omer, geboren 1944, Jusuf Srnja, Sohn von Mustafa, geboren 1968, Enes Bičo, Sohn von Mustafa, geboren 1962, Bego Jahić, Sohn von Nurif, geboren 1969, Alija Dželil, Sohn von Ramiz, geboren 1955, Dževad Džinić, Sohn von Hakija, geboren 1960, Šaban Aljukic, Sohn von Smajil, geboren 1938, Ramiz Borovina, Sohn von Edhem, geboren 1962, Jasmin Sudar, Sohn von Mustafa, geboren 1962, Ismet Čaušević, Sohn von Bećir, geboren 1950, Murat Granov, Sohn von Nedžib, geboren 1958, Esad Mezbur, Sohn von Šacir, geboren 1957, Nedžib Mulavdić, Sohn von Avdo, geboren 1962 wurde Ibrahim Ovčina, Sohn von Šaban, geboren 1950, Avdo Muratović, Sohn

von Selim, geboren 1963, Munib Aljukić, Sohn von Hasan, geboren 1957, Šefik Hodžić, Sohn von Halil, geboren 1950 Rrahim Istrefi, Sohn des Sherif, Hilmo Dedović, Sohn von Ramiz, geboren 1961, Emin Kršo, Sohn von Sulejman, geboren 1960, Fadil Žuga, Sohn von Šemso, geboren 1975, Ramiz Babić, Sohn von Asim, geboren 1962, Mirsad Borovac, Sohn von Husein, geboren 1964, Amil Mušanović, Sohn von Muharem, geboren 1968, Enes Musić, Sohn des Nazif, geboren 1970, Muradif Musić, Sohn von Redžo, geboren 1942, Fehim Mulahasanović, Sohn von Suljo, geboren 1919, Džemil Melez, Sohn von Huso, geboren 1958, Juso Bašić, Sohn von Avdica, geboren 1959, Adnan Berberkić, Sohn von Nedžad, geboren 1967, Fikret Kovačević, Sohn von Mujo, geboren 1961 wurde Izet Džomba, Sohn von Osman, 1962, Muharem Kibrić, Sohn von Ahmet, geboren 1970, Muhamed Kibrić, Sohn von Ahmet, geboren 1969, Fadil Divjan, Sohn von Ramiz, geboren 1961, Safet Dudić, Sohn von Asim, geboren 1958, Munib Huko, Sohn von Avdo, Imšir Konaković, Sohn von Ibrišim, geboren 1934, und Murat Jusufović, Sohn von Suljo wurden im Jahr 2004 am Ort der Mine – Miljevina – in Foča gefunden und aus den Massengräbern I und II exhumiert und im November 2006 identifiziert.

Dadurch haben sie die Straftat

eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit – Verfolgung nach Artikel 172 Absatz 1 lit. h) des Strafgesetzbuches von Bosnien und Herzegowina in Verbindung mit:

- lit. k) und lit. f) des StGB BiH für den Anklagepunkt 1, einschließlich der Unterpunkte 1.b) und 1.c) der Anklageschrift;
- lit. a) des StGB BiH für den Anklagepunkt 2 der Anklageschrift;
- lit. e) und lit. k) des StGB BiH für Anklagepunkt 3;
- lit. c) des StGB BiH für den Anklagepunkt 4, einschließlich des Unterpunktes 4a), und lit. c) und lit. k) des StGB BiH für die Unterpunkte 4b) und 4c) der Anklageschrift;
- lit d) und lit. i) des StGB BiH für den Anklagepunkt 5 der Anklageschrift.

alles in Verbindung mit Artikel 29 und Artikel 180 Absätze 1 und 2 StGB BiH.

Daher verhängte die Kammer des Gerichts BiH gemäß Bestimmung des Artikels 285 StPO BiH, unter Anwendung der Artikel 39, 42, 48 und 49 StGB BiH in Bezug auf den Angeklagten Rašević, folgende Strafe, so dass

1. der Angeklagte Mitar Rašević zu einer Freiheitsstrafe von 8 (acht) Jahren und 6 (sechs) Monaten verurteilt wurde.

2. der Angeklagte Savo Todović zu einer Freiheitsstrafe von 12 (zwölf) Jahren und 6 (sechs) Monaten verurteilt wurde.

Gemäß Artikel 56 StGB BiH und Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes über die Überstellung von Fällen des ICTY an die Staatsanwaltschaft von BiH und der Verwendung von Beweismitteln, die vom ICTY in Verfahren vor den Gerichten in Bosnien und Herzegowina gesammelt wurden, wird den Angeklagten die Zeit, die sie aufgrund des Beschlusses des ICTY und des Beschlusses dieses Gerichts in der Untersuchungshaft verbrachten, auf die verhängte Strafe angerechnet, und zwar die Zeit vom 15. August 2003 für den Angeklagten Mitar Rašević und vom 15. Januar 2005 für den Angeklagten Savo Todović bis zum Zeitpunkt der Überstellung zur Verbüßung der Strafe.

Gemäß Artikel 188 Absatz 4 StPO BiH werden die Angeklagten von der Pflicht zur Erstattung der Kosten des Strafverfahrens befreit, die aus den Haushaltsmitteln des Gerichts finanziert werden.

Im Gegensatz dazu wurden die Angeklagte gemäß Artikel 284 Absatz 1 Nr. 3 StPO BiH³ von den folgenden Vorwürfen freigesprochen.

Dass sie

1. Im Zeitraum von April 1992 bis zum Oktober 1994 an der Einrichtung und Aufrechterhaltung eines Systems zur Bestrafung und Misshandlung von Häftlingen teilnahmen, das durch die Wachen, die Zivil- und Militärpolizei und durch die Soldaten begangen wurde, die mit ihrem Wissen und ihrer Erlaubnis das KP Dom „Foča“ betraten, und zwar in der Weise, dass die Wachen unter dem Kommando von Mitar Rašević die Gefangenen auf Grundlage der Liste, die von Savo Todović erstellt worden war, auswählten und sie in das Verwaltungsgebäude in Verhörräume brachten, in denen sie von den Zivil- und Militärpolizei und den Soldaten verhört, geschlagen, gefoltert, sogar getötet wurden, und dies wie folgt:

1a) im April und Mai 1992, nachdem die Militärpolizisten die Zivilisten FWS 03, H.D. und S. H. festgenommen und im KP Dom „Foča“ inhaftiert hatten, verhörten und schlugen sie sie, um sie zu nötigen, zu gestehen, dass sie Mitglieder der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) waren. Durch die Schläge fiel S.H. zweimal in Ohnmacht. Bei mindestens zwei Gelegenheiten folterten und schlugen die Wächter und Militärpolizisten den Gefangenen A.S., wodurch er drei Rippenbrüche erlitt. Sie misshandelten die Gefangenen Enes Uzunović, Angehöriger der politischen Partei..., und Vahid Džemal, einen Polizisten, wodurch sein Kiefer gebrochen, woraufhin sie in die Einzelzelle gebracht wurden. Und bei mehreren Gelegenheiten misshandelten die Wächter die Häftlinge Č.M., D.A., K.K., FWS 198 und FWS 82 abends.

Begründung

Mit Beschluss vom 7. April 2006 hat die Verfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) die zweite geänderte gemeinsame Anklage der Staatsanwaltschaft des ICTY gegen Mitar Rašević und Savo Todović im Fall *Staatanwalt gegen Savo Todović und Mitar Rašević* für gültig erklärt: *Staatsanwaltschaft gegen Savo Todović und Mitar Rašević*, IT-97-25/1-PT, Anordnung über die operative Anklage vom 7. April 2006. In der Anklageschrift wurde den Angeklagten Mitar Rašević und Savo Todović zur Last gelegt, dass sie sich an einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung beteiligt hatten, deren Ziel es war, Muslime und andere nicht-serbische Zivilisten unter unmenschlichen Bedingungen aus Foča und Umgebung einzusperren und sie Misshandlungen, Folterungen, der Versklavung, Deportation und Zwangsumsiedlung auszusetzen. Laut Anklageschrift war der Angeklagte Savo Todović der stellvertretende Leiter des KPD Foča, während der Angeklagte Mitar Rašević Kommandant der Wachen des KPD Foča war. Die Angeklagten wurden daher auf der Grundlage sowohl individueller als auch Vorgesetztenverantwortlichkeit für die Straftaten eines Verbrechens gegen Menschlichkeit – Verfolgung, Folter, unmenschliche Behandlung, Mord, Inhaftierung und Versklavung – und wegen Verstößen gegen Gesetze oder Gebräuche des Kriegs – Folter, grausame Behandlung, Mord und Sklaverei – verantwortlich gemacht.

Am 4. September 2006 bestätigte die Berufungskammer des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) die Entscheidungen der Überweiskammer des ICTY über die

³ Anmerkung des Übersetzers: Hier muss ein Fehler im Originaltext vorliegen, da Artikel 284 StPO BiH keine Absätze hat und keine Nummern, sondern Buchstaben als Aufzählungszeichen verwendet. Es ist davon auszugehen, dass der „dritte Buchstabe“, und damit Artikel 284 lit. c) StPO BiH, gemeint ist. Dieser behandelt den einzig hier in Frage kommenden Freispruchgrund: den Mangel an Beweisen.

Übertragung von Fällen nach Rule 11*bis* vom 8. Juli⁴ und 31. Mai 2006: Staatsanwaltschaft gegen Savo Todović und Mitar Rašević, IT-97-25/1-AR11*bis* 1, Entscheidung über das Rechtsmittel von Savo Todović gegen die Überweisungsentscheidungen unter Rule 11*bis* vom 4. September 2006. Gemäß dieser Entscheidung wurde dieser Fall am 3. Oktober 2006 an die Justizbehörden von Bosnien und Herzegowina übertragen und die Angeklagten wurden von der Hafteinrichtung des ICTY in das Hoheitsgebiet BiH verlegt und an das zuständige Gericht überstellt.

Am 22. Dezember 2006 reichte die Staatsanwaltschaft von BiH (der „Staatsanwalt“) die überarbeitete Anklageschrift KT-RZ-162/06 ein, in der den Angeklagten die Begehung einer Straftat des Verbrechens gegen die Menschlichkeit nach Artikel 172 Absatz 1 lit. h) – Verfolgung – nach dem Strafgesetzbuch BiH („StGB BiH“) in Verbindung mit den lit. a), d), e), f), k) und i) des genannten Artikels, und in Verbindung mit Artikel 29 und Artikel 180 Absatz 1 und Absatz 2 StGB BiH zur Last gelegt wurde. Am 29. Dezember 2006 hat der Ermittlungsrichter dieses Gerichts die überarbeitete Anklage akzeptiert.

Am 15. Januar 2007 unterließ es der Angeklagte, vor dem Gericht BiH zu erscheinen, und das Gericht stellte gemäß Artikel 229 [Absatz 1]⁵ der Strafprozessordnung von BiH („StPO BiH“) fest, dass die Angeklagten auf nicht schuldig plädierten.

S. 9-22 [Es folgt eine Aufzählung der vom Gericht im Verfahren erhobenen Beweise, in der bosnischen Originalfassung auf S. 9-22, in der englischen Textfassung von S. 14-25]

Fortsetzung ab S. 23 [bosnischer Text] bzw. S. 25 [englische Übersetzung] unten:

Am 2. Oktober 2008 hat die Kammer auch einen Beschluss über die Vorschläge der Parteien und ihrer Verteidiger über die Akzeptanz von Tatsachen erlassen, die in den Fällen vor dem ICTY festgestellt worden sind, i. e. in den Fällen *Staatsanwaltschaft gegen Milorad Krnojelec* (IT-97-25), *gegen Dragoljub Kunarac et al.* (IT-96-23 & 23/1) und *gegen Momčilo Krajišnik* (IT-00-39).

Die Tatsachen, die in diesem Fall zugunsten der Staatsanwaltschaft übernommen wurden, sind:

1. Die Serben bildeten eine separate lokale politische Struktur, die serbische Gemeindeversammlung von Foča, und beide Gruppen gründeten Krisenstäbe nach ethnischen Gesichtspunkten. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)
2. Der muslimische Krisenstab war in der Siedlung Donje Polje in Foča untergebracht. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)
3. Der serbische Krisenstab operierte an einem Ort im serbischen Viertel Čerežluk, und Miroslav Stanić, Präsident der SDS-Foča, als Vorsitzender und so genannter „Erster Kriegskommandant“ in Foča. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)
4. Auf Druck der Führung der SDS wurde die örtliche Polizei am 7. April 1992 nach ethnischen Gesichtspunkten aufgeteilt und hörte auf, als neutrale Kraft zu funktionieren. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)

⁴ Anmerkung des Übersetzers: Im englischen Text ist zum 8. Juli das Jahr 2005 angegeben.

⁵ Anmerkung des Übersetzers: Ähnlich wie auf der letzten Seite wird hier im Originaltext Artikel 229 lit. a) StPO BiH zitiert, welcher jedoch nicht existiert. Gemeint ist die Regelung in Artikel 284 Abs. 1 StPO BiH, wonach bei Ausbleiben eines Plädoyers eines Angeklagten *ex officio* eine Plädierung auf „nicht schuldig“ fingiert wird.

5. Selbst für diejenigen [Muslime], die entkommen konnten, war es nicht einfach, Foča zu verlassen. Es gab zahlreiche militärische Kontrollpunkte auf dem Weg zu verschiedenen Zielen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°18)

7. Bald folgte eine vollständige Isolierung [der Muslime], wobei Bewegungs- und Versammlungsfreiheit drastisch eingeschränkt wurden. (*Kunarac Trial Judgment*, para.°571)

8. ... Ausbrüche von Gewalt und Häuserverbrennung [wurden] immer häufiger. (*Kunarac Trial Judgment*, para.°572).

9. Am 7. April 1992 gab es eine serbische Militärpräsenz auf den Straßen und einige Menschen versäumten es aus Angst vor den wachsenden Spannungen in der Stadt, sich zur Arbeit zu melden. Eine Reihe von Serben wurde an diesem Tag mobilisiert und mit Waffen ausgestattet. In dieser Nacht übernahmen die Serben den Radiosender Foča, das Lager des regionalen medizinischen Zentrums und das Lager der territorialen Verteidigung, wo Waffen gelagert wurden. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°19)

10. [Am 8. April 1992] wurden Straßensperren in der ganzen Stadt errichtet. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°20)

11. Irgendwann zwischen 8.30 und 10.00 Uhr begann der serbische Hauptangriff auf die Stadt Foča mit einer Kombination aus Infanteriefire und Beschuss mit Artilleriewaffen in der Nähe von Kalinovic und Miljevina. Zu den serbischen Truppen gehörten lokale Soldaten sowie Soldaten aus Montenegro und Jugoslawien sowie die paramilitärische Formation der Weißen Adler. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°20)

12. Die meisten Schüsse und der Granatbeschuss richteten sich auf überwiegend muslimische Viertel, insbesondere auf Donje Polje, aber die Serben griffen auch gemischte Viertel wie Čohodor Mahala an. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°20)

13. Trotz des Widerstandes der Muslime, der hauptsächlich aus der Infanterie bestand, die in Donje Polje und Suvoroc konzentriert war, übernahmen die serbischen Truppen bereichsweise Foča, einschließlich des Krankenhauses und des Gefängnisses KP Dom. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°20)

16. Die serbischen Truppen brauchten etwa sieben Tage, um die Macht in der Stadt Foča zu übernehmen, und noch etwa zehn Tage, um die Gemeinde Foča vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. (*Kunarac Trial Judgment*, para.°567)

17. Während des Konflikts versteckten sich viele Zivilisten in ihren Häusern, Wohnungen, Kellern ihrer Wohnhäuser oder bei Verwandten in anderen Stadtteilen; andere verließen Foča und dachten, dass sie sicherer wären. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°21)

18. Foča fiel irgendwann zwischen dem 15. April und dem 18. April 1992 in die Hände von Serben, als viele Muslime, die während der Schlacht in Foča geblieben waren, zu fliehen begannen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°21)

19. Nach der erfolgreichen militärischen Besetzung von Foča wurde der Angriff auf die nichtserbische Zivilbevölkerung fortgesetzt. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°22)

21. Das Dorf Brod, das vier Kilometer von Foča entfernt lag, wurde am 20. April 1992 angegriffen, nachdem die lokalen Behörden auf die Anforderung des serbischen Krisenstabs, das Dorf zu übergeben, nicht reagiert hatten. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°24)

22. Jeleč bei Miljevinia, etwa 22 Kilometer von Foča entfernt, wurde am 4. oder 5. Mai 1992 von serbischen Truppen beschossen und dann von Infanterie angegriffen und übernommen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°24)
23. Von Jeleč aus konnte man brennende Häuser und Menschen sehen, die aus anderen Dörfern flohen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°24)
24. Am 3. Juli 1992 wurde das muslimische Dorf Mješaja/Trošanj, das zwischen Foča und Tijenstište lag, von serbischen Soldaten angegriffen. ... Während des ersten Angriffs wurden drei Dorfbewohner getötet. Nachdem eine Gruppe von etwa 50 muslimischen Dorfbewohnern gefangen genommen worden war, wurden sieben männliche Dorfbewohner geschlagen und erschossen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°26)
25. Nachdem die Serben Foča und seine Umgebung erobert hatten, befanden sich dort eine beträchtliche Anzahl von serbischen Soldaten und serbischen paramilitärischen Einheiten. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°27)
26. Ab April 1992 wurden Muslime von ihren Arbeitsplätzen entlassen oder daran gehindert oder davon abgehalten, zur Arbeit zu erscheinen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°28)
27. Obwohl der serbische Krisenstab die Serben dazu aufforderte, irgendwann Ende April oder Anfang Mai 1992 zur Arbeit zurückzukehren, durften Muslime dies nicht tun. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°28)
28. Den Muslimen wurde verboten, sich zu treffen, und ihre Telefonleitungen wurden abgeschaltet. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°29)
29. Im April und Mai 1992 blieben Muslime in Foča in ihren Wohnungen, fast wie unter Hausarrest, entweder weil sie sich versteckten oder weil es ihnen die serbischen Soldaten so befahlen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°29)
30. Personen, die Foča verlassen wollten, mussten vom SUP (Sekretariat des Innenministeriums) Unterlagen erhalten, die ihnen erlaubten, zu gehen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°29)
31. Mehrere Moscheen in der Stadt und Gemeinde Foča wurden verbrannt oder anderweitig zerstört. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°33)
32. Die Moschee Aladža aus dem Jahre 1555 unter dem Schutz der UNESCO wurde gesprengt und die Moschee im Stadtteil Granovski Sokak wurde zerstört. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°33)
33. Nachdem die Serben Foča übernommen hatten, wurden nichtserbische Zivilisten von serbischen Soldaten und Militärpolizisten geschlagen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°34)
34. Zivilisten wurden bei Festnahmen und während des Transports aus Stadtvierteln oder aus Dörfern in der Gemeinde in die Hafteinrichtungen geschlagen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°34)
36. Nichtserben wurden in der gesamten Gemeinde Foča festgenommen. Muslimische Männer wurden auf den Straßen versammelt, von Frauen und Kindern und von der serbischen Bevölkerung getrennt. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°36)
37. Andere wurden in ihren Wohnungen oder in den Häusern von Freunden und Verwandten verhaftet, von ihren Arbeitsplätzen weggebracht oder aus ihren Krankenhausbetten gezogen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°36)

38. Während des Konflikts wurden viele der festgenommenen Muslime in die Militärmagazine der Territorialverteidigung in Livade gebracht. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°37)
39. Zwischen dem 14. und 17. April 1992 wurden muslimische Zivilisten aus anderen Gebieten der Stadt Foča festgenommen und in Livade inhaftiert, darunter mehrere Ärzte und medizinisches Personal aus dem Krankenhaus Foča. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°38)
40. Während der Verhaftungen wurden mehrere Häftlinge schwer geschlagen und verletzt. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°38)
41. Anfangs gab es eine militärische Anordnung, die Bürger davon abhielt, Foča zu verlassen. Der Großteil der nichtserbischen Zivilbevölkerung wurde jedoch schließlich gezwungen, Foča zu verlassen. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°49)
42. Im Mai 1992 wurden Busse organisiert, um Zivilisten aus der Stadt wegzubringen, und um den 13. August 1992 wurden die Muslime, die in Foča geblieben waren, vor allem Frauen und Kinder, nach Rožaje, Montenegro, gebracht. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°49)
43. Bei Exhumierungen im Gebiet Foča wurden von der Staatlichen Kommission für die Suche nach Vermissten 375 Leichen identifiziert. Alle außer einem waren Muslime. Der letzte war ein Montenegriner, der mit einer Muslimin verheiratet war. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°49)
46. Im Januar 1994 benannten die serbischen Behörden Foča in „Srbinje“ um, wörtlich „die Stadt der Serben“. (*Kunarac* Trial Judgment, para.°577)
47. ... Auf dem Gebiet [Foča] und in der Zeit [zwischen April 1992 und Februar 1993] führten serbische Kräfte einen Angriff gegen die muslimische Zivilbevölkerung durch. Der Angriff umfasste die Gemeinden Foča, Gacko und Kalinovik. (*Kunarac* Trial Judgment, para.°570)
51. Muslimische Häuser wurden von serbischen Soldaten während des Kampfes um die Kontrolle über die Stadt sowie nach der Sicherung der Stadt in Brand gesetzt. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°31)
60. Während der relevanten Zeit gab es [durchschnittlich] zwischen 350 und 500 Inhaftierte, und die Zahl erreichte manchmal bis zu 750 Menschen. (*Kunarac* Trial Judgment, para.°26)
64. Die höchste Zahl von Häftlingen im KP Dom, etwa 500 bis 600, gab es im Sommer 1992. Die Zahl sank von Herbst 1992 bis 1993, als nur etwa 200-300 Häftlinge verblieben. Um den Oktober 1994 herum wurden die letzten Häftlinge freigelassen. Es gab damals weniger als 100. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°41, Fn. 142)
65. Obwohl einige Serben im KP Dom inhaftiert waren, wurden sie rechtmäßig festgehalten, da es sich um Personen handelte, die vor dem Ausbruch des Konflikts von den Gerichten verurteilt worden waren oder während des Konflikts wegen militärischer Verstöße inhaftiert worden waren. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°438)
71. Das Alter der Häftlinge lag zwischen 15 und 80 Jahren. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°118)
77. In den ersten 2-4 Wochen nach Beginn des Konfliktes wurde das KP Dom von Militäreinheiten kontrolliert, angeblich von dem Bataillon Užice. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°102, Fn. 298)
78. Um den 18. oder 19. April 1992, etwa zur gleichen Zeit, als [Milorad Krnojelac] zum Leiter ernannt wurde, kehrten die ehemaligen Wächter des KP Dom, Serben, zurück, um ihre Arbeitspflichten zu erfüllen. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°102, Fn. 298)

91. ... die medizinische Versorgung war inadäquat und es gab nur eine sehr begrenzte Menge an Medikamenten. Grundlegende medizinische Versorgung wurde bereitgestellt, aber niemand kümmerte sich um diejenigen, die dringend medizinische Hilfe benötigten oder nicht alles bekamen, was sie brauchten. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°44)

124. ... die Gruppen von Häftlingen wurden aus dem KP Dom in andere Lager in Bosnien und Herzegowina verlegt, unter anderem in die Lager in Kula, Kalinovik und Rudo. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°478)

125. die Häftlinge wurden während der Zeit [von April 1992 bis August 1993] aus dem KP Dom zum Austausch gebracht. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°479)

126. Mindestens einmal wurden die Gefangenen über die Staatsgrenze gebracht. Eine Gruppe von etwa 55 Männern wurde um den 30. August 1992 herum zum Austausch nach Montenegro gebracht, aber Pero Elez, ein bosnisch-serbischer Soldat, stoppte in Nikšić (Montenegro) den Bus, mit dem sie transportiert wurden, und schickte die Gruppe zum KP Dom zurück. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°482)

Die Tatsachen, die zugunsten der Verteidigung des Angeklagten Rašević akzeptiert wurden:

6. Neben der überwiegend zivilen Bevölkerung im KP Dom gab es eine kleine Anzahl muslimischer Soldaten, die getrennt von den zivilen muslimischen Häftlingen in Isolationszellen gehalten wurden. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°117)

8. Das Alter der Häftlinge lag zwischen 15 und 80 Jahren. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°118)

15. In den ersten 2-4 Wochen nach Beginn des Konfliktes das KP Dom von Militäreinheiten, angeblich von dem Bataillon Užice, kontrolliert. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°102, Fn. 298)

18. Um den 18. oder 19. April 1992, etwa zur gleichen Zeit, als [Milorad Krnojelac] zum Leiter ernannt wurde, kehrten die ehemaligen Wächter des KP Dom, Serben, zurück, um ihre Arbeitspflichten zu erfüllen. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°102, Fn. 298)

26. Eine allgemeine Folge des Konflikts war, dass die Wachen, die dem KP Dom zugeordnet und im wehrfähigen Alter und bei guter Gesundheit waren, die Zeit von mindestens dem 30. September 1992 bis zum 2. September 1993 an der Front verbringen mussten. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°104)

35. ... die medizinische Versorgung war inadäquat und es gab nur eine sehr begrenzte Menge an Medikamenten. Grundlegende medizinische Versorgung wurde bereitgestellt, aber niemand kümmerte sich um diejenigen, die dringend medizinische Hilfe benötigten oder nur unzureichende medizinische Behandlung bekamen. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°44)

55. ... die Gruppen von Häftlingen wurden aus dem KP Dom in andere Lager in Bosnien und Herzegowina verlegt, unter anderem in die Lager in Kula, Kalinovik und Rudo. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°478)

56. ... die Häftlinge wurden während der Zeit [von April 1992 bis August 1993] aus dem KP Dom zum Austausch gebracht. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°479)

58. Mindestens einmal wurden die Gefangenen über die Staatsgrenze gebracht. Eine Gruppe von etwa 55 Männern wurde um den 30. August 1992 herum zum Austausch nach Montenegro gebracht, aber Pero Elez, ein bosnisch-serbischer Soldat, stoppte in Nikšić (Montenegro) den Bus, mit dem sie

transportiert wurden, und schickte die Gruppe zum KP Dom zurück. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°482)

63. Wie in vielen anderen Teilen Bosniens und Herzegowinas stand die Gemeinde Foča Anfang der neunziger Jahre zunehmend unter dem Einfluss gegensätzlicher nationalistischer Strömungen, die den Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (im folgenden Text „SFRJ“) begleiteten. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°14)

64. Die Spannungen zwischen den beiden großen ethnischen Gruppen in Foča wurden von der Serbischen Demokratischen Partei („SDS“) auf der Seite der Serben und der Partei der demokratischen Aktion („SDA“) auf der Seite der Muslime geschürt. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°14)

65. Sowohl die SDA als auch die SDS organisierten Kundgebungen oder „Werbeveranstaltungen“ in Foča, ähnlich wie in ganz Bosnien. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°15)

66. Die Verwaltungsbehörden in Foča, die früher von Muslimen und Serben gemeinsam kontrolliert waren, stellten im März 1992 ihre Arbeit wie vorgesehen ein. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°17)

67. Die Serben bildeten eine separate lokale politische Struktur, die serbische Gemeindeversammlung von Foča, und beide Gruppen gründeten jeweils einen Krisenstab auf ethnischer Grundlage. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°17)

68. Der muslimische Krisenstab befand sich im Stadtteil Donje Polje in Foča. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°17)

69. Der serbische Krisenstab operierte von einem Ort im serbischen Viertel Čerežluk, mit Miroslav Stanić, Präsident der SDS-Foča, als Vorsitzendem und so genanntem „Ersten Kriegskommandanten“ in Foča. (*Krnojelac Trial Judgment*, para. 17)

70. Am 8. April 1992 brach in Foča ein bewaffneter Konflikt zwischen den serbischen und muslimischen Kräften aus. (*Kunarac Trial Judgment*, para.°567)

71. [Am 8. April 1992] wurden in der ganzen Stadt Barrikaden errichtet. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°20)

Die Tatsachen, die zugunsten des Angeklagten Todović akzeptiert wurden:

1. Laut der Volkszählung von 1991 hatte Foča 40.513 Einwohner; 51,6% waren Muslime, 45,3% Serben und 3,1% anderer Ethnie. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°13)

2. Vor den Mehrparteienwahlen in Foča, die im Jahr 1990 stattfanden, schienen die Beziehungen zwischen den Volksgruppen relativ normal zu sein, aber danach begannen sich die Einwohner von Foča entlang der ethnischen Linien zu spalten und die interethnischen gesellschaftlichen Kontakte hörten auf. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°14)

3. Sowohl die SDA als auch die SDS organisierten Kundgebungen oder „Werbeveranstaltungen“ in Foča, ähnlich wie in ganz Bosnien. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°15)

4. Bei der SDA-Kundgebung war Alija Izetbegović, der Vorsitzende der bosnischen SDA, anwesend, während die SDS-Kundgebung führende Gruppenmitglieder wie Radovan Karadžić, Biljana Plavšić, Vojislav Maksimović, Ostojić, Kilibarda und Miroslav Stanić anzog. Die nationalistische Rhetorik beherrschte beide Kundgebungen. (*Krnojelac Trial Judgment*, para.°15)

6. Auf Druck der SDS-Führung spaltete sich die örtliche Polizei entlang der ethnischen Trennlinien und hörte auf, als neutrale Kraft zu fungieren. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)

7. In den Tagen vor dem Ausbruch des Konflikts tauchten die ersten Straßensperren in Foča auf. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°19)

9. Personen, die Foča verlassen wollten, mussten vom SUP (Sekretariat des Innenministeriums) Papiere erhalten, die ihnen erlaubten, zu gehen. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°29)

14. Die wenigen verurteilten Serben, die im KP Dom festgehalten wurden, befanden sich im zweiten Teil des Gebäudes, getrennt von den Nichtserben. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°47)

15. Anfangs gab es eine militärische Anordnung, die die Bürger davon abhielt, Foča zu verlassen. Der Großteil der nichtserbischen Zivilbevölkerung wurde jedoch schließlich gezwungen, Foča zu verlassen. Im Mai 1992 wurden Busse organisiert, um Zivilisten aus der Stadt wegzubringen, und gegen 13. August 1992 wurden die Muslime, die in Foča geblieben waren, vor allem Frauen und Kinder, nach Rožaj, Montenegro, gebracht. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°49)

17. Der stellvertretende Leiter, der Leiter der Wachen, der Leiter des Resozialisierungsdienstes und der Leiter der Wirtschaftseinheit waren alle dem Leiter des KP Dom unterstellt. Jede dieser Personen musste dem Gefängnisdirektor in Bezug auf die Pflichterfüllung in ihrem Verantwortungsbereich Bericht erstatten. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°97)

29. Beide Seiten haben sogenannte Krisenstäbe gegründet. (Kunarac Trial Judgment, para.°17)⁶

Die Kammer akzeptierte die folgenden vom Angeklagten Todović vorgeschlagenen Tatsachen:

1. Die Serben bildeten eine separate lokale politische Struktur, die serbische Gemeindeversammlung von Foča, und beide Gruppen gründeten Krisenstäbe nach ethnischen Gesichtspunkten. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)

2. Der muslimische Krisenstab befand sich in Donje Polje in der Nähe von Foča. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)

3. Der serbische Krisenstab operierte von einem Ort im serbischen Viertel Čerežluk, mit Miroslav Stanić, Präsident der SDS-Foča, als Vorsitzender und so genannter „Erster Kriegskommandant“ in Foča. (*Krnojelac* Trial Judgment, para. 17)

4. [Am 8. April 1992] wurden Straßensperren in der ganzen Stadt errichtet. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.° 20)

5. In den ersten 2-4 Wochen nach Beginn des Konfliktes wurde das KP Dom von Militäreinheiten, angeblich von dem Bataillon Užice, kontrolliert. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°102, Fn. 298)

6. Um den 18. oder 19. April 1992, etwa zur gleichen Zeit, als [Milorad Krnojelac] zum Leiter ernannt wurde, kehrten die ehemaligen Wächter des KP Dom, Serben, zurück, um ihre Arbeitspflichten zu erfüllen. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°102, Fn. 298)

7. Mindestens einmal wurden die Gefangenen über die Staatsgrenze gebracht. Eine Gruppe von etwa 55 Männern wurde um den 30. August 1992 herum zum Austausch nach Montenegro gebracht, aber

⁶ Anmerkung des Übersetzers: Die nachfolgend aufgezählten vom Angeklagten Todović vorgeschlagenen Tatsachen, die aus Urteilen des ICTY übernommen werden, werden an dieser Stelle nur im englischen Text aufgezählt, nicht im bosnischen Urteilsoriginaltext. Dort allerdings werden diese Punkte an anderer Stelle erwähnt.

Pero Elez, ein bosnisch-serbischer Soldat, stoppte in Nikšić (Montenegro) den Bus, mit dem sie transportiert wurden, und schickte die Gruppe zum KP Dom zurück. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°482)

11. ... die medizinische Versorgung war inadäquat und es gab nur eine sehr begrenzte Menge von Medikamenten. Grundlegende medizinische Versorgung wurde bereitgestellt, aber niemand kümmerte sich um diejenigen, die dringend medizinische Hilfe benötigten oder die nur unzureichende medizinische Versorgung erhielten. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°44)

12. . Wie in vielen anderen Teilen Bosniens und Herzegowinas stand die Gemeinde Foča Anfang der neunziger Jahre zunehmend unter dem Einfluss gegensätzlicher nationalistischer Strömungen, die den Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (im folgenden Text „SFRJ“) begleiteten. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°14)

13. Die Spannungen zwischen den beiden großen ethnischen Gruppen in Foča wurden von der Serbischen Demokratischen Partei („SDS“) im Auftrag der Serben und der Partei der demokratischen Aktion („SDA“) im Auftrag der Muslime angeheizt. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°14)

14. Sowohl die SDA als auch die SDS organisierten Kundgebungen oder „Werbeversammlungen“ in Foča, ähnlich wie in ganz Bosnien. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°15)

15. Die Verwaltungsbehörden in Foča, die früher von Muslimen und Serben gemeinsam kontrolliert worden waren, stellten im März 1992, wie vorgesehen, ihre Arbeit ein. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)

16. Die Serben bildeten eine separate lokale politische Struktur, die serbische Gemeindeversammlung von Foča, und beide Gruppen gründeten jeweils Krisenstäbe nach ethnischen Gesichtspunkten. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.°17)

17. [Am 8. April 1992] wurden in der ganzen Stadt Straßensperren errichtet. (*Krnojelac* Trial Judgment, para.° 20)

S. 32-35 [Das Gericht führt weiter aus, welche Kriterien es für die Übernahme der festgestellten Tatsachen berücksichtigt hat]

S. 35-37 [enthalten eine Zusammenfassung der Abschlussplädoyers der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung der Angeklagten]

I. Die Straftat

A. Die Elemente des Verbrechens gegen die Menschlichkeit

S. 37-47 [Abstrakte Ausführungen zu den Tatbeständen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit]

B. Die einzelne Anklagepunkte

S. 47-112 im bosnischen Original und S. 38 bis 100 im englischen Text [Abstrakte Ausführungen zu einzelnen Straftaten im Rahmen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und jeweils Subsumtion der Einzelvorfälle, die das Gericht als erwiesen ansah, unter die Voraussetzungen der Straftatbestände; aufgezählt werden einzelne Fälle von Misshandlungen, von Verhören, Tötungen, rechtswidriger Inhaftierungen, unmenschliche Behandlung durch Unterbringung in zu kleinen Gefängniszellen und in Isolationshaft, ohne Heizung im Winter und ohne zureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln; Fälle von Zwangsarbeit und Versklavung; Fälle, in denen die Opfer zur Räumung

von Minen gezwungen wurden; Fälle von Deportationen und zwangsweiser Überführung und Verschwindenlassen und generell von Verfolgung in diskriminierender Absicht]

b. Das zwangsweise Verschwindenlassen

BH S. 104, Eng S. 92

Während, wie beschrieben, eine große Anzahl nichtserbischer Häftlinge, die im KP Dom festgehalten wurden, danach rechtswidrig und zwangsweise aus dem Gebiet Foča überführt oder deportiert wurden, ergibt sich aus den materiellen Beweisen und den Zeugenaussagen deutlich, dass viele andere Gefangene, die in der inkriminierten Zeit im KP Dom eingesperrt waren, immer noch vermisst werden. Selbst nach dem Ende der Feindseligkeiten und der Schließung von Gefängnissen im gesamten Gebiet von Bosnien und Herzegowina, einschließlich des KP Dom, hörten ihre Familien und Freunde nichts mehr von ihnen, auch schlossen sie sich niemals wieder ihren Familien hier oder im Ausland an. Darüber hinaus wurden die Körper einiger Personen, die während des betreffenden Zeitraums im KP Dom inhaftiert waren, in Massengräbern und an anderen Orten entdeckt, aber die Ereignisse, die zu ihrem Tod führten, blieben unbekannt. Die Familien dieser Personen, die Föderale Kommission für Vermisste und andere Organisationen haben sich seit ihrem Verschwinden über die Schicksale dieser Personen informiert, aber selbst bis zum Hauptverfahren in diesem Fall, vierzehn bis sechzehn Jahre nachdem sie zuletzt lebend gesehen wurden, gibt es keine Informationen über ihr Schicksal.⁷

i. Allgemeine Behauptungen: von Juni 1992 bis März 1993

Obwohl einige Häftlinge – insbesondere junge und ältere Personen wie FWS 15, der Bruder und der Vater von A sowie ein älterer Mensch namens D – kurz nach ihrer Inhaftierung aus dem KP Dom entlassen wurden, begann ein kontinuierlicher „Austausch“ mit einer viel größeren Anzahl von Gefangenen ernsthaft (erst) ab August 1992.⁸ FWS 113 sagte aus, dass die Häftlinge Mitte August 1992 zum ersten Mal erfuhren, dass Austauschvorgänge beginnen sollten, was –wie sie hofften – bedeuten würde, dass das Lager bald geschlossen würde. Der Zeuge erklärte ausdrücklich, dass der Austausch vor dieser Zeit nicht erwähnt worden sei. In ähnlicher Weise beschrieb FWS 58, wie zu dieser Zeit die Gefangenen zum Austausch aufgerufen wurden, was allen Gefangenen die Hoffnung gab, dass sie bald freigelassen würden.

Ab Mitte August 1992 wurden regelmäßig Gruppen von Häftlingen aus dem KP Dom herausgeholt, die meistens aus etwa 12 bis 30 Personen bestanden, um, wie es den die Inhaftierten mitgeteilt wurde, ausgetauscht zu werden. FWS 113, der während seiner Gefangenschaft ein Protokoll führte

⁷ Die Kammer stellt in diesem Zusammenhang fest, dass, wie unten erwähnt, die Körper einiger der Gefangenen, die aus dem KP Dom zwangsweise verschwunden sind, insbesondere in den letzten Jahren in Massengräbern entdeckt wurden. Aus den rechtlichen Elementen der Straftat geht zwar hervor, dass es jedoch nicht notwendig ist, festzustellen, dass Personen, die zwangsweise verschwunden sind, entweder am Leben sind oder verstorben sind. Das heißt, die Straftat des Verschwindenlassens unterscheidet sich rechtlich von anderen Straftaten, die möglicherweise nach dem erzwungenen Verschwinden begangen wurden. Aus diesem Grund ist es nicht rechtlich oder faktisch widersprüchlich, festzustellen, dass Personen, die zwangsweise verschwunden sind, getötet wurden, da es sich um verschiedene Handlungen und Straftaten handelt.

⁸ Die Kammer schließt die Möglichkeit nicht aus, dass Häftlinge vor dem August 1992 aus dem KP Dom zum Austausch, ob tatsächlich oder vorgeblich, gebracht wurden. Die Zeugen beschrieben jedoch einheitlich den erweiterten Prozess des tatsächlichen und scheinbaren Austausches, der im August 1992 begann, und insbesondere chronologisch die Verhöre, Prügel, Folterungen und Morde, die vor dem Beginn des Austausches stattfanden. Dementsprechend nimmt die Kammer diese Möglichkeit an und erkennt dennoch an, dass ein Austausch möglicherweise vor August 1992 stattgefunden hat.

über die Personen, die zum Austausch herausgeholt wurden, und über die Kalenderdaten, an denen dies geschah, sagte, obwohl ihm sein Protokoll weggenommen worden war, als er das KP Dom verließ, dass es von Mitte August bis Ende 1992 ungefähr 17 oder 18 Austauschvorgänge gab. Diese Austauschvorgänge waren offensichtlich am intensivsten zwischen den letzten Augustwochen und Mitte September. Eine große Anzahl von Zeugen, einschließlich A, FWS 113 und FWS 172, sagten aus, dass zwischen dem 25. und dem 31. August große Gruppen von Häftlingen mit jeweils etwa 20 bis 60 Personen zum Austausch gebracht wurden. FWS 172 sagte ausdrücklich aus, dass er am 25. Juli etwa 20 Gefangene sah, die am Tor des KP Doms standen und alle ihre Sachen in Plastiktüten trugen. Der Zeuge nannte auch eine andere Gruppe, die am 27. August zum Austausch abgeholt wurde. FWS 119 gab auch an, dass am 12. September etwa 50 junge Männer im Alter zwischen 25 bis 35 Jahren, darunter der Sohn seines Bruders, zum Austausch gebracht wurden.

Dieser Austausch folgte immer demselben allgemeinen Muster. Im Gegensatz zu früheren Ereignissen, die zu den oben beschriebenen Ereignissen von Folterung und Morde führten, wurden Gefangene tagsüber aus ihren Räumen zum „Austausch“ gebracht, was auf der Grundlage der Aussagen der Zeugen FWS 119, FWS 172, FWS 210, B und Ekrem Zeković feststeht. Laut den Aussagen der Zeugen FWS 58, FWS 65, FWS 119, A und B kam ein Wächter des KP-Dom mit einer Namensliste in die Gefängnisräume. Der Wächter las die Namen vor und informierte die Gefangenen ausdrücklich darüber, dass sie ausgetauscht werden würden und dass sie ihre Sachen mitnehmen sollten. Die Häftlinge wurden dann von den Wächtern des KP Dom zum Tor zum Verwaltungsgebäude begleitet. Die Gefangenen, die auf diese Weise zum Austausch gebracht wurden, wurden danach nicht mehr im KP Dom gesehen, außer bei den wenigen Gelegenheiten, bei denen ein Austausch tatsächlich einmal scheiterte.

Einige Gefangene, die zu dieser Zeit aus dem KP Dom herausgebracht wurden, wurden tatsächlich ausgetauscht. Zum Beispiel kam am Morgen des 31. Oktober 1992 ein Wärter in den Raum, in dem FWS 104 gehalten wurde, und las eine Liste mit Namen vor, einschließlich des Namens von FWS 104, und sagte ihnen, dass sie ausgetauscht werden würden. Zusammen mit einer Gruppe von etwa 30 anderen Personen wurde FWS 104 nach Kalinovik gebracht, von wo aus er später tatsächlich ausgetauscht wurde. Ähnlich sagte FWS 119 aus, dass einige Häftlinge aus seinem Zimmer während dieser Zeit zum Austausch herausgeholt wurden und tatsächlich ausgetauscht wurden. Ekrem Zeković bezeugte auch, dass er von einer kleinen Anzahl von Personen wusste, die während dieser Zeit tatsächlich ausgetauscht wurden. Zu dieser Zeit gab es auch erfolglose Austauschversuche, wie den Austausch von FWS 182 im Juli 1992. Diese Tatsachen stimmen mit der festgestellten Tatsache R-56 überein.

Viele Gefangene, denen gesagt wurde, dass sie die ausgetauscht werden sollten und die aus dem KP Dom herausgeholt wurden, hat man tatsächlich zwangsweise verschwinden lassen und sie gelten derzeit als vermisste Personen.⁹ Eine große Anzahl von Zeugen sagte generell aus, dass man von vielen Personen, die zu dieser Zeit zum Austausch gebracht wurden, seither nichts mehr gehört hat und dass sie weiterhin als vermisste Personen gelten. Diese allgemeine Information kann in Bezug auf eine große Anzahl von Personen bestätigt werden, die die Zeugen speziell als Personen bezeichneten, die zu diesem Zeitpunkt zum Austausch weggebracht wurden. Basierend auf der Liste

⁹ Auch wenn die Kammer diese Häftlinge aus Gründen der Einfachheit als vermisste Personen bezeichnen wird oder Personen, deren Schicksal unbekannt ist, ist anzumerken, dass die Körper einiger dieser Häftlinge, die aus dem KP Dom herausgeholt wurden und später verschwunden sind, kürzlich bei der Exhumierung von Massengräbern gefunden wurden.

der vermissten Personen, die Gefangene im KP Dom waren, zusammengestellt von der föderalen Kommission für Vermisste, die als Beweisstück P-51 und P-52 vorgelegt wurde, und basierend auf der vom IKRK zusammengestellten Liste der Vermissten, die als Beweisstück P-53 vorgelegt wurde, konnte die Kammer bestätigen, dass bestimmte Häftlinge, denen mitgeteilt wurde, dass sie zum Austausch mitgenommen werden würden, bis heute vermisst werden. Zum Beispiel sagte FWS 113 aus, dass sein Verwandter, Rešad Hadžimešić, am 25. Oktober weggebracht wurde, und P-52 bestätigt, dass diese Person im KP Dom war und weiterhin vermisst wird. Ähnlich sagte FWS 172 aus, dass unter anderem Hajro Šabanović, Avdo Mehmedspahić, Šaban Durak und Miralem Ramović in seinem Zimmer waren, die als Teil der Gruppe vom 25. August zum Austausch mitgenommen wurden; P-52 bestätigt auch, dass diese Personen im KP Dom inhaftiert waren und weiterhin vermisst werden. Der Zeuge A gab auch an, dass Zaim Čedić und Nedžib Kršo vom 25. bis zum 31. August unter anderem zum Austausch mitgenommen wurden, und P-52 bestätigt, dass diese Personen im KP Dom inhaftiert waren und weiterhin vermisst werden. Als letztes Beispiel sagte FWS 58 aus, dass unter anderem Nedžib Lojo, Murat Granov, Rešad Hadžimešić, Miralem Ramović, Salko Šljivo und Mehmed Ćerimagić gesagt wurde, dass sie ausgetauscht werden würden, und dass sie in dieser Zeit das KP Dom verlassen hätten; P-51 und P-52 bestätigen, dass diese Personen im KP Dom inhaftiert waren und weiterhin vermisst werden. Viele andere Zeugen, wie Ekrem Zeković, bezeugten, dass bestimmte Personen aus dem KP Dom zum Austausch gebracht wurden, und P-51 und P-52 bestätigen, dass diese Personen im KP Dom festgehalten wurden und weiterhin vermisst werden. Die Zeugen gaben auch viele partielle oder unvollständige Namen von Gefangenen an, die zum Austausch gebracht wurden und vermisst werden, und diese unvollständigen Namen entsprechen im Allgemeinen den Namen von Personen, für die bestätigt wurde, dass sie im KP Dom inhaftiert waren und weiterhin vermisst werden.¹⁰

Eine große Anzahl von Zeugen, darunter Ekrem Zeković, FWS 111, FWS 113 und FWS 142, beschrieben einen solchen Austausch im Detail. Anfang Dezember 1992 wurden am Abend zwischen sechs und zwölf Gefangene aus dem Zimmer aufgerufen, und es wurde ihnen gesagt, dass sie am nächsten Tag ausgetauscht werden würden. Sie wurden dann in dieser Nacht in einem separaten Raum zusammen untergebracht und früh am nächsten Morgen aus dem KP Dom weggebracht. Die Zeugen identifizierten Fahrudin Malkić, Ekrem Čengiđ, Ibrahim Kafedžić, Nazif Lagari, Halim Dedović, Aziz Šahinović und einen nicht identifizierten slowenischen Journalisten als Personen, die bei dieser Gelegenheit weggebracht wurden. P-51 bestätigt, dass diese Personen Gefangene des KP Dom waren und dass sie immer noch als vermisste Personen gelten.

ii. 17 September 1992

Häftlinge, die später verschwanden, wurden auch aus dem KP Dom zu anderen Zwecken als zum Austausch weggebracht. Konkret sagten die Zeugen FWS 65, FWS 76, FWS 111, FWS 113, FWS 115, FWS 119, FWS 139, FWS 142, FWS 182, FWS 250, A, B, C und D hinsichtlich des Wegnehmens einer Gruppe von Häftlingen am 17. September 1992, damit diese Pflaumen pflückt, aus. An diesem Tag kamen die Wächter des KP Dom morgens zu den Häftlingszimmern und verlangten eine Liste von

¹⁰ Die Kammer hat zugegeben, dass es einige Widersprüche zwischen den Daten gab, zu denen die Zeugen aussagten, dass bestimmte vermisste Personen zum Austausch gebracht wurden, und den in P-51 genannten Daten, auf denen diese Personen verschwanden, sowie zwischen den Zeugen. Die Kammer ist der Ansicht, dass diese geringfügigen Unstimmigkeiten nicht von der Schlussfolgerung ablenken, dass sich die beschriebenen Personen im KP Dom befunden haben und derzeit als vermisste Personen gelten, insbesondere da die inkonsistenten Daten im Allgemeinen innerhalb des für die Anklage relevanten Zeitraums liegen.

Freiwilligen, die Pflaumen pflücken sollten. Die Wächter kehrten bald darauf zurück und ignorierten die Liste der Freiwilligen, riefen einfach nur eine Gruppe von Häftlingen aus einer Liste auf. Eine weitere Gruppe von Häftlingen wurde ebenfalls am Nachmittag zum gleichen Zweck aufgerufen, was insgesamt etwa 35 Personen umfasste. Einige Zeugen sagten aus, dass sie zu der Zeit anmerkten, dass, obwohl diese Häftlinge Pflaumen pflücken sollten, einige, die aufgerufen worden waren, verletzt oder krank waren. Diese Häftlinge nahmen ihre Sachen nicht mit, da ihnen gesagt wurde, dass sie nur für ein paar Tage weg sein und dann zurückkehren würden. Diese Häftlinge kehrten jedoch nie in das KP Dom zurück und wurden tatsächlich nie wieder gesehen. Die Zeugen benannten insbesondere eine Reihe von Häftlingen, die bei dieser Gelegenheit weggebracht wurden, darunter Mirasad Hadžimešić, Amer Karabegović, Husein Korenjić, Hajro Klinac, Samir Mujezinović, Halid Konjo, Murat Crneta, Rasim Kajgana, Džemal Balić, Murat Deleut und viele andere. P-51 bestätigt, dass diese Personen im KP Dom inhaftiert waren und dass sie immer noch als vermisste Personen gelten.

iii. August 1992

Schließlich, am oder um den 30. August 1992 herum, verließen etwa 55 Häftlinge das KP Dom, die in Montenegro freigelassen werden sollten, von denen 35 tatsächlich am oder um den 31. August herum in Rožaje, Montenegro freigelassen wurden, wie zuvor erörtert. Die Zeugen FWS 02, FWS 58, FWS 86, FWS 119, FWS 172, FWS 182, B und E haben zu diesem Ereignis ausgesagt; genauer gesagt waren FWS 58, FWS 172 und E unter den 35 Gefangenen, die tatsächlich in Rožaje ausgetauscht wurden. Diese 55 Häftlinge wurden ursprünglich aus der Liste aufgerufen, die erstellt wurde, und die Personen über 65 Jahre, unter 18 Jahren oder Kranke umfasste, die in der Nacht vor ihrem ersten Verlassen des KP-Dom in einem separaten Raum untergebracht worden waren. Am nächsten Morgen bestiegen die Häftlinge zusammen mit zwei Militäreskorten einen Bus am Eingang zum KP Dom. Der Bus hielt zunächst an einem anderen Ort an, offenbar im Rahmen eines geplanten Verfahrens, fuhr dann in Richtung der montenegrinischen Grenze und überquerte diese. Als der Bus jedoch an Nikšić heranfuhr, wurde er von einem Polizeifahrzeug überholt, das den Busfahrer ansteuerte, an den Straßenrand zu fahren. Pero Elez, ein ... Soldat, verließ das Polizeifahrzeug und befahl dem Bus, nach Foča zurückzukehren, was er auch tat. Die Häftlinge wurden dann in den KP Dom zurückgebracht, wo sie von den Wächtern des KP Dom in getrennten Räumen von den anderen Häftlingen untergebracht wurden. Kurz darauf kam ein Wächter des KP Dom in den Raum und las die Namen von 20 Häftlingen aus einer Liste vor. FWS 58 beschrieb diejenigen, die auf diese Weise aufgerufen wurden, als relativ jung. FWS 58 sagte weiter aus, dass, als sie die Wache gefragt hatten, wohin diese Leute gingen, er antwortete, dass sie in Goražde ausgetauscht werden würden. Der Zeuge nannte besonders viele Namen der 20 ausgesonderten Personen, darunter Ismet Čaušević, Fadil Divjan, Šefko Hodžić, Esad Mezbur, Alija Dželil und andere, und gab an, dass sie nie wieder gesehen wurden. P-51 und P-52 bestätigen, dass diese Personen im KP Dom inhaftiert waren und dass einige weiterhin vermisst werden. Die Zeugen sagten auch aus, dass später die Leichen einiger dieser Personen gefunden wurden, was mit oben Gesagten, mit Ausnahme von Šefko Hodžić, durch die Protokolle über die Exhumation und Körperidentifikation, die als Beweise vorgelegt wurden, bestätigt wurde, insbesondere durch Beweistücke P-92, P-101, P-109 bzw. P-110.

iv. Schlussfolgerung: Zwangsweises Verschwindenlassen

Der Zeuge Amor Mašović, derzeit Ko-Vorsitzender der Kommission für vermisste Personen in der Föderation Bosnien und Herzegowina und ehemaliges Mitglied der staatlichen Kommission für den Austausch von Gefangenen, sagte aus, dass zwischen April 1992 und Oktober 1994 266 Personen, die

im KP Dom inhaftiert waren, verschwanden und keine Informationen über ihr Schicksal zur Verfügung gestellt wurde. Dies entspricht etwa einem Viertel der Gesamtzahl aller Personen, die nach dem Protokoll der Staatlichen Kommission während des betreffenden Zeitraums im KP Dom festgehalten wurden. Laut seiner Aussage wurden bis heute von ungefähr 50% dieser 266 Personen sterbliche Überreste entdeckt, hauptsächlich in Massengräbern in der Region Foča. Der Zeuge hat den Zeitraum nicht angegeben, in dem alle 266 Häftlinge verschwunden sind.

Diese Aussage wurde durch P-51 und P-52 bestätigt und ergänzt. Beweisstück P-51, das keine vollständige Liste darstellt, dokumentiert, dass etwa 110 Personen, die im KP Dom inhaftiert waren, zwischen Juni 1992 und März 1993 verschwunden sind und derzeit als vermisste Personen gelten. Darüber hinaus dokumentiert P-52 etwa 60 weitere Personen, mit Ausnahme der in P-51 dokumentierten (Personen), die sich im KP Dom befanden und derzeit als vermisst gelten; obwohl P-52 den Monat dokumentierte, in dem diese Personen verschwunden sind, ist unklar, ob diese Information den Zeitpunkt betrifft, als die Familie oder Freunde der Personen diese zum letzten Mal sahen, oder den Monat, in dem die Personen aus dem KP Dom verschwanden. Es scheint wahrscheinlicher, dass Letzteres der Fall ist. Schließlich dokumentiert P-51 eine große Anzahl anderer Personen, die sich im KP Dom befanden und deren aktueller Status unbekannt ist („nepoznato“); es ist nicht bekannt, ob sie tatsächlich ausgetauscht wurden oder ob sie verschwunden sind.

Bei der abschließenden Schlussfolgerung, dass mindestens 200 Personen, die im KP Dom inhaftiert waren, später verschwanden und weiterhin vermisst werden, betonte die Kammer, dass in P-51 insgesamt 127 Personen dokumentiert wurden, die im KP Dom inhaftiert waren, und in eine unbekannte Richtung zum relevanten Zeitpunkt gebracht wurden („odveden u nepoznatom pravcu“) und als vermisste Personen gelten. Von diesen 127 Personen sind nur 16 entweder nicht verschwunden oder es kann nicht bestätigt werden, dass sie zwischen Juni 1992 und März 1993 aus dem KP Dom verschwunden sind. Daher wurde für 13% aus der Gesamtzahl von 127 Personen, die in P-51 als Verschwundene bestätigt werden, bestätigt, dass das Verschwinden in dem Zeitraum zwischen den für die Anklageschrift relevanten Daten stattfand.¹¹

Bei der Anwendung dieses Verhältnisses von 87:13 auf die insgesamt 266 vermissten Gefangenen, wie Amor Mašović angab, kann vernünftigerweise die Schlussfolgerung gezogen werden, dass 231 Gefangene zwischen Juni 1992 und März 1993 aus dem KP Dom verschwunden sind. Die Ereignisse, zu denen die Zeugen aussagten, fanden in diesem Zeitraum statt. Auch wenn die Kammer berücksichtigen sollte, dass mehr als 20% derjenigen, die aus dem KP Dom verschwunden sind, vor Juni 1992 oder nach März 1993 verschwanden, was nicht durch Zeugenaussagen belegt ist, würde dies dennoch bedeuten, dass 210 Gefangene zwischen Juni 1992 und März 1993 verschwunden sind. Dementsprechend kommt die Kammer zu dem Schluss, dass mindestens 200 Gefangene im Zeitraum zwischen diesen Daten aus dem KP Dom verschwunden sind und weiterhin, wie in der Anklageschrift angegeben, vermisst werden. Unter diesen 200 Häftlingen waren die Häftlinge, die im operativen Teil des Urteils aufgeführt sind, deren Verschwinden einzeln durch ein oder mehrere Beweisstücke bestätigt wurde, P-51, P-52 und P-53; und es wurde auf Grundlage der Zeugenaussagen festgestellt, dass einige von ihnen in der relevanten Zeit „ausgetauscht“ oder anderweitig weggebracht wurden.

¹¹ Anmerkung des Übersetzers: Dieser Absatz bleibt unklar. Ist gemeint, dass die 13% aus 127 Personen außerhalb des für die Anklage relevanten Zeitraums verschwanden? Oder ist gemeint, dass diese nicht verschwanden oder dass jedenfalls ihr Verschwinden aus dem KP Dom in diesem Zeitraum nicht so nachgewiesen ist, dass man ihr Verschwinden einer Anklage zugrunde legen könnte?

Die Kammer kommt zu dem Schluss, dass die Häftlinge, die Opfer dieses „Verschwindenlassens“ waren, von den Wächtern des KP-Doms zum Eingangstor des Gefängnisses gebracht und dort Mitgliedern der Armee und Militärpolizei übergeben wurden, obwohl die Kammer die mögliche Beteiligung anderer Personen nicht ausschließt, einschließlich paramilitärischer Formationen und der Zivilpolizei. Das Beweisstück O-I-48 stellt ein Befehl dar, der eine Liste von 35 Gefangenen enthält, die als Kriegsgefangene bezeichnet wurden, die aus dem KP Dom herausgeholt wurden und freigelassen werden sollten. Dieser Befehl datiert vom 18. September 1992 und ist vom Kommandanten der Taktikgruppe Foča unterzeichnet. Die im Befehl aufgeführten Häftlinge sind identisch mit den Häftlingen, die die Zeugen als diejenigen identifizierten, die in Bezug auf oben genannten Fall, der sich auf das Pflaumenpflücken bezieht, aus ihren Räumen herausgeholt wurden. Ein Zeuge sagte aus, dass die Militärangehörigen bei dieser Gelegenheit diese Häftlinge übernahmen und sie aus dem KP Dom wegtransportierten. Darüber hinaus gab Ekrem Zeković in seiner Aussage an, dass er mehrmals Gruppen von Häftlingen gesehen hat, die später verschwanden, wie sie vor den Toren des KP Dom von den Mitgliedern der Armee übernommen wurden.

Die beschriebenen Handlungen stellen die Elemente der Straftat des Verschwindenlassens gemäß Artikel 172 Absatz 1 lit.ºi) StGB BiH dar. Wie bereits erwähnt, sind diese Elemente:

- 1) die Festnahme, Inhaftierung oder Entführung von Personen,
- 2) durchgeführt, unterstützt oder gebilligt durch einen Staat oder eine politische Organisation,
- 3) gefolgt von der Weigerung, diese Freiheitsberaubung anzuerkennen oder Auskunft über das Schicksal oder den Verbleib dieser Personen zu erteilen,
- 4) in der Absicht, sie für längere Zeit dem Schutz des Gesetzes zu entziehen.

Das Wort „Weigerung“ im dritten Element wird so interpretiert, dass es die Nichtanerkennung von Freiheitsentzug oder die Nichterteilung von Informationen umfasst. Der Angabe falscher Informationen über das Schicksal oder den Verbleib des Opfers wohnt die Verweigerung bzw. das Versäumnis inne, Informationen (über den Verbleib der Personen) zu geben, und erfüllt so das dritte Element der Straftat des Verschwindenlassens.

Das erste Element der Straftat wird durch die feststehende Inhaftierung, Umsiedlung, Überstellung und Verbringung von Personen von den ursprünglichen Haft- oder Untersuchungshaftsorten an andere Orte erfüllt und stellt einen Teil des *actus reus* der Straftat dar.

Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen stellt die Kammer fest, dass die Elemente der Straftat des Verschwindenlassens zweifelsfrei festgestellt wurden. Mindestens 200 gefangene Nichtserben wurden aus dem KP Dom unter Bewachung an einen anderen unbekanntem Ort gebracht. Diese Taten wurden mit der Genehmigung der taktischen Gruppe Foča, eines Organs der Republika Srpska, durchgeführt. Sowohl die im KP Dom verbliebenen Häftlinge, zu dieser Zeit oder nach ihrem eigenen Austausch, als auch die Föderale Kommission für vermisste Personen suchten später und erhielten keine Informationen von den Mitarbeitern des KP Dom und den Organen der Republika Srpska über den Verbleib und das Schicksal dieser Häftlinge. Diese Wegnahmen wurden über mehrere Monate wiederholt und systematisch durchgeführt und betrafen eine große Anzahl von Häftlingen. Darüber hinaus gab es eindeutige Versuche, das Schicksal der weggenommenen Häftlinge zu verbergen und zu verschleiern, was von Anfang an beweist, dass die Absicht bestand, jegliche Möglichkeit auszuschließen, dass der Aufenthaltsort dieser Häftlinge von nach nationalem und internationalem Recht autorisierten Behörden und Organisationen ordnungsgemäß registriert oder verfolgt werden

kann. Den Häftlingen im KP Dom wurde wiederholt gesagt, dass diese Gefangenen zum Austausch gebracht wurden, während O-I-48 zeigt, dass die taktische Gruppe Foča in ähnlicher Weise damit beschäftigt war, falsche Spuren zu hinterlassen, indem sie in den offiziellen Dokumenten beschrieb, dass diese Gefangenen abgeholt werden, um freigelassen zu werden. Diese Häftlinge wurden und sind für einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren dem Schutz der Gesetze entzogen.

Die Kammer kommt weiter zu dem Schluss, dass der Vorwurf in Anklagepunkt 5, wonach „mindestens 187 Häftlinge im Oktober 1994 in diese Einrichtungen verlegt wurden ...“, weder bewiesen noch mit Sicherheit festgestellt werden konnte, dass eine solche Zahl von Häftlingen im Oktober 1994 aus dem KP Dom verlegt wurde.

G. Verfolgung: Anklagepunkte 1-5

Seiten 111-112 (bosnisches Original) [Die Kammer zählt zunächst die Tatbestandsmerkmale der „Verfolgung“ i. S. v. Artikel 172 Abs. 1 lit. h) StGB BiH auf.]

II.¹² Strafrechtliche Verantwortlichkeit: Systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung und Vorgesetztenverantwortlichkeit

Die beiden Angeklagten wurden für schuldig befunden, sich persönlich als Mittäter an der Begehung der Straftat der Verfolgung von Häftlingen im KP Dom, das zwischen April 1992 und Oktober 1994 als Konzentrationslager diente, beteiligt zu haben. Die beiden sind persönlich strafrechtlich verantwortlich für die Begehung einer Straftat im Rahmen der gemeinsamen kriminellen Unternehmung eines bestimmten Typs, hiernach bezeichnet als systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung.¹³

Darüber hinaus ist jeder der Angeklagten nach dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit persönlich strafrechtlich verantwortlich für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im KP Dom in der inkriminierten Zeit begangen wurden, weil jeder in einer Über-Unterordnungsbeziehung zu denen stand, die am *actus reus* der Verbrechen teilnahmen, Jeder hatte Kenntnis von den Verbrechen, und jeder hat es versäumt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbrechen zu verhindern oder die Täter zu bestrafen.

Obwohl die Elemente beider Arten von strafrechtlicher Verantwortlichkeit Teil der Anklage sind, und obwohl diese Elemente nachgewiesen wurden, ist die Kategorie, die am besten die Art und Weise charakterisiert, in der die Straftaten begangen wurden, die Mittäterschaft innerhalb einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung.¹⁴ Da die Vorgesetztenverantwortlichkeit für die Strafzumessung wichtig ist, werden beide Prinzipien nachstehend erörtert und erläutert.

A. Allgemeine Bestimmungen: Gemeinsame kriminelle Unternehmung und Vorgesetztenverantwortlichkeit nach dem Gesetz von BiH und nach dem Völkergewohnheitsrecht

¹² Anmerkung des Übersetzers: Aufgrund andersartiger Nummerierung wird im englischen Text hier mit III. begonnen.

¹³ Wie weiter unten näher ausgeführt wird, stammt dieser Begriff aus der Beschreibung dessen, was von der Berufungskammer des ICTY im Fall Tadić „Form 2 der JCE“ genannt wurde, wo die drei Formen von JCE festgelegt und als Teil des Völkergewohnheitsrechts beschrieben werden. Der Fall *Staatsanwalt gegen Tadić*, IT-94-1-A, Urteil, 15. Juli 1999, para. 185-226.

¹⁴ *Kordić und Čerkez*, Appeal Judgment, para. 34-35; *Blaškić*, Appeal Judgment, para 91-92. Siehe auch *Prosecutor v. Kajelijeli*, ICTR-98-44A-A, Urteil vom 23. Mai 2005, para. 81; *Prosecutor v. Fofana and Kondewa* (“Fall CDF”), Nr.: SCSL-04-14-T, Urteil vom 2. August 2007, para. 251.

1. Das geltende Gesetz BiH: Gemeinsame kriminelle Unternehmung und Vorgesetztenverantwortlichkeit

a. Artikel 180 Absatz 1 und Absatz 2 StGB BiH

In Artikel 180 ist die Art der strafrechtlichen Verantwortlichkeit niedergelegt, die die Kammer feststellen muss, um jemanden wegen der in Artikel 180 genannten Straftaten zu verurteilen. [Art. 180] ist Teil der Anklage in Verbindung mit Artikel 29 des fünften (V) Kapitels des Strafgesetzbuchs, das die Art der Begehung und den Grad der Verantwortlichkeit für die Begehung von Straftaten vorschreibt.

Artikel 180 Absätze 1 und 2 stammen aus Artikel 7 des ICTY Statuts und sind mit diesem identisch. Das ICTY Statut stellt Völkerrecht dar, da es auf der Grundlage der Befugnisse der Vereinten Nationen verfasst wurde.¹⁵ Es ist ein etabliertes Prinzip des Völkerrechts, dass, wenn das Völkerrecht in innerstaatliches Recht umgesetzt wird, „die innerstaatlichen Gerichte die Originalnormen des Völkerrechts und ihre Auslegung durch internationale Gerichte berücksichtigen müssen.“¹⁶ Als Artikel 7 in das Gesetz von Bosnien und Herzegowina übernommen wurde, kam er mit seinen internationalen Quellen und internationalen Gerichtsauslegungen und Definitionen.

i. Gemeinsame kriminelle Unternehmung – Artikel 7 Absatz 1 des Status des ICTY wurde in Artikel 180 Absatz 1 inkorporiert

Das Strafgesetzbuch von BiH schreibt die Handlungen vor, für die Personen strafrechtlich verfolgt werden können, und die Art und Weise, in der die Begehung dieser Straftaten eine persönliche strafrechtliche Verantwortlichkeit darstellen kann. Wenn es um Taten geht, die nach Kapitel 17 des StGB von BiH begangen werden („Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen die Werte, die durch internationales Recht geschützt sind“), ist die Art der Begehung, für die strafrechtliche Verantwortlichkeit vorgeschrieben ist, in Artikel 180 enthalten. Artikel 180 Absatz 1 regelt die Art und Weise, in der eine Person für bestimmte, in Kapitel 17 niedergelegte Straftaten, einschließlich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Artikel 172), die dem Angeklagten vorgeworfen werden, persönlich verantwortlich gemacht werden kann. Artikel 180 Absatz 1 lautet im relevanten Teil:

„Eine Person, die [eine Straftat nach Artikel ... 172] geplant, angeordnet, begangen oder dazu angestiftet hat oder zur Planung, Vorbereitung oder Ausführung der Straftaten nach Artikel ... 172 (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) dieses Gesetzes Beihilfe geleistet hat, ist für diese Straftat individuell verantwortlich. Die amtliche Stellung eines Beschuldigten, ob als Staats- oder Regierungschef oder als verantwortlicher Amtsträger der Regierung, enthebt den Betroffenen nicht der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und führt auch nicht zur Strafmilderung.“

Artikel 180 Absatz 1 ist aus Artikel 7 Absatz 1 des ICTY Statuts abgeleitet und ist mit diesem identisch. Artikel 180 Absatz 1 ist nach dem Inkrafttreten von Artikel 7 Absatz 1 des ICTY Statuts Bestandteil des StGB BiH geworden und umfasst nach der Auslegung durch den ICTY konkret die gemeinsame kriminelle Unternehmung als eine Art Mittäterschaft, an die die persönliche strafrechtliche Verantwortlichkeit anknüpft.¹⁷

¹⁵ Siehe Report of the Secretary-General, UN Doc. S/25704, 3 May 1993.

¹⁶ Gerhard Werle, *Principles of International Criminal Law*, (The Hague: Asser Press, 2005), p. 80. Siehe auch Richard K. Gardiner, *International Law* (Essex: Pearson, 2003), p. 156; Rosalyn Higgins, *Problems and Process: International Law and How We Use It* (Oxford: Clarendon Press, 1994), p. 206.

¹⁷ Siehe *infra*, discussion of *Tadić* Appeal Judgment.

In Kommentaren zu Artikel 180 Absatz 1 StGB BiH wird die Ansicht vertreten, dass durch diesen Artikel Völkerrecht in nationales Recht inkorporiert wird:

„Der Wortlaut des Absatzes 1 [des Artikels 180] ist mit dem Wortlaut von Artikel 7 Absatz 1 des ICTY-Statuts identisch ... Es ist offensichtlich, dass der Gesetzgeber den Grundregeln der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, die sich aus dem Internationalen Strafrecht und den Bestimmungen des ICTY Statuts ergeben, sowie die Bestimmungen in Artikel 25 Absatz 3 lit. a) bis e) des Römischen Statuts folgte, da er [der Gesetzgeber] die möglichen Handlungen der Ausführung und Teilnahme an der Begehung von Straftaten erheblich erweitert hat.“¹⁸

Die internationale richterliche Auslegung des Begriffs „Begehen“ in Artikel 7 Absatz 1, der als Artikel 180 Absatz 1 in das innerstaatliche Recht inkorporiert wurde, sieht insbesondere vor: (1) JCE ist eine Form der Mittäterschaft, die eine persönliche strafrechtliche Verantwortlichkeit festlegt; (2) diese „Begehung“ im Sinne vom Artikel 7 Absatz 1 des Statuts des ICTY (und damit auch im Sinne vom Artikel 180 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs von Bosnien und Herzegowina) umfasst die bewusste Beteiligung an einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung; und (3) dass die Elemente von JCE im Völkergewohnheitsrecht festgelegt und erkennbar sind. Diese Kammer muss bei der Anwendung des Begriffs „Begehen“ in Artikel 180 Absatz 1 die Definition dieses Begriffs berücksichtigen, so wie sie verstanden wurde, als sie aus dem Völkerrecht in das StGB von BiH übernommen wurde.¹⁹

ii. Vorgesetztenverantwortlichkeit –Artikel 7 Absatz 3 des ICTY Statuts ist in den Artikel 180 Absatz 2 inkorporiert

Das Konzept der Vorgesetztenverantwortlichkeit ist ausdrücklich Teil des Strafgesetzbuches von Bosnien und Herzegowina, seitdem Artikel 7 Absatz 3 des ICTY-Statuts in Artikel 180 Absatz 2 des StGB BiH inkorporiert wurde. Artikel 180 Absatz 2 regelt die Formen der persönlichen Verantwortlichkeit des Vorgesetzten, wenn er es versäumt hat, Verbrechen zu verhindern oder die Untergebenen zu bestrafen, die bestimmte Straftaten aus dem Kapitel XVII begangen haben, einschließlich solcher Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Artikel 172), wie sie dem Angeklagten vorgeworfen werden. Artikel 180 Absatz 2 lautet im relevanten Teil:

„Die Tatsache, dass eine der in den Artikeln 171 bis 175 und Artikel 177 bis 179 dieses Gesetzes genannten Straftaten von einem Untergebenen begangen worden ist, enthebt dessen Vorgesetzten nicht der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, sofern er wusste oder hätte wissen können, dass der Untergebene im Begriff war, eine solche Tat zu begehen oder dass er eine solche Tat begangen hat und der Vorgesetzte nicht die erforderlichen und angemessenen Maßnahmen ergriffen hat, um die Tat zu verhindern oder die Täter zu bestrafen.“

Artikel 180 Absatz 2 ist aus Artikel 7 Absatz 3 des ICTY Statuts abgeleitet und mit diesem identisch. Artikel 180 Absatz 2 wurde Bestandteil des StGB BiH, nachdem Artikel 7 Absatz 3 in Kraft getreten

¹⁸ Kommentar zu den Strafgesetzbüchern in BiH, Band I (Gemeinschaftsprojekt des Europarats und der Europäischen Kommission, Sarajevo 2005), Prof. Miloš Babić (Teamleiter), Mag. Dr. Ljiljana Filipović, Dr. Ivanka Marković, Zdravko Rajić, S. 593, 594.

¹⁹ Das Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina stellte fest, dass das Statut des ICTY „ein integraler Bestandteil der Rechtsordnung von Bosnien und Herzegowina“ ist, da es eines der Dokumente zur Regelung der Anwendung des Völkerrechts ist, das in Bosnien und Herzegowina gemäß Artikel III.3.b) der Verfassung BiH gilt. Fall *Abduladhim Maktouf*, Fall Nr. AP-1785/06, Entscheidung über die Zulässigkeit und Begründetheit der Berufung gegen das Urteil des Gerichts von Bosnien und Herzegowina (im weiteren Text „Entscheidung im Fall Maktouf“) vom 30. März 2007, para. 70.

und durch den ICTY ausgelegt worden ist, und durch Artikel 180 Absatz 2 wird diese Auslegung in das Gesetz von Bosnien und Herzegowina hineingebracht.

b. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Teilnahme an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung und unter dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit ist nun Teil des Völkergewohnheitsrechts, dem die Angeklagten unterliegen

Wie in den folgenden Abschnitten A.3 und A.5 begründet werden wird, waren die Konzepte der gemeinsamen kriminellen Unternehmung und der Vorgesetztenverantwortlichkeit schon vor April 1992 feststehende Prinzipien des Völkergewohnheitsrechts. Das Völkergewohnheitsrecht ist Teil der Rechtsordnung von Bosnien und Herzegowina.

Als allgemeiner Grundsatz „scheint es, dass alle nationalen Rechtssysteme ... das Völkergewohnheitsrecht als integralen Bestandteil der nationalen Gesetze akzeptieren.“²⁰ Darüber hinaus wurde das völkergewohnheitsrechtliche humanitäre Völkerrecht seit 1899 ausdrücklich über die sogenannten „Martenssche Klausel“ Bestandteil der Verträge über das humanitäre Völkerrecht, bei denen Bosnien und Herzegowina Mitglied ist. Das neueste Beispiel für die Aufnahme der Martensschen Klausel (in diese Verträge) datiert aus dem Jahr 1977 und betrifft das Zusatzprotokoll zum Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte von 1977 (Zusatzprotokoll I), in dem der folgende Text als Artikel 2 erscheint:

„In Fällen, die nicht durch dieses Protokoll oder andere internationale Abkommen erfasst werden, bleiben Zivilpersonen und Kombattanten unter dem Schutz und der Autorität der Prinzipien des internationalen Rechts, wie sie sich aus den feststehenden Gebräuchen ergeben“²¹

Bosnien und Herzegowina ist Vertragspartei der Genfer Abkommen von 1949 und der beiden Zusatzprotokolle, die durch die Verfassung von Bosnien und Herzegowina, Artikel II Absatz 7 und Annex 1 bestätigt wurden. Artikel III Absatz 3 lit. b) der Verfassung von Bosnien und Herzegowina legt fest, dass „die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts integraler Bestandteil des Rechts von Bosnien und Herzegowina und der Entität sind“. Das Verfassungsgericht von BiH hat bestätigt, dass die Genfer Konventionen und ihre Protokolle „den gleichen Status wie Verfassungsgrundsätze haben und in Bosnien und Herzegowina unmittelbar angewendet werden.“²² Darüber hinaus nimmt Artikel 3 StGB BiH konkret Bezug auf völkerrechtlich definierte Verbrechen.

Die Angeklagten sind daher korrekt nach dem geltenden Strafrecht BiH als Mitglieder einer systemischen kriminellen Unternehmung angeklagt und (können auch) nach dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden: 1) da sie dem Völkergewohnheitsrecht unterliegen, das die Verantwortlichkeit für eine gemeinsame kriminelle Unternehmung und Vorgesetztenverantwortlichkeit vorschreibt, und 2) da sie den Rechtsvorschriften von BiH unterliegen, konkret Artikel 180 Absätze 1 und 2 StGB BiH, in dem das Konzept der gemeinsamen kriminellen Unternehmung und der Vorgesetztenverantwortlichkeit enthalten ist.

²⁰ Eileen Denza, „Das Verhältnis zwischen internationalem Recht und nationalem Recht“, in Malcolm Evans (Hrsg.), Internationales Recht (Oxford: Hart Publishing, 2003) S. 415, 428.

²¹ Zusatzprotokoll I. Siehe auch Zusatzprotokoll II, Präambel. Jugoslawien wurde 1979 eine Partei.

²² Entscheidung im *Fall Maktouf*, para. 71.

2. Die Verurteilung der Angeklagten als Mittäter an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung oder nach dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit entspricht dem Legalitätsprinzip²³

Die Tatsache, dass [die Angeklagten] der Haftung nach den Grundsätzen der gemeinsamen kriminellen Unternehmung und der Vorgesetztenverantwortlichkeit unterliegen, bedeutet nicht, dass ihre Verantwortlichkeit für die Begehung von Straftaten in der Vergangenheit automatisch auf die Theorie einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung oder die Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit gestützt werden kann. Den Angeklagten wurde die Begehung von Straftaten ab April 1992, vor der Verabschiedung des geltenden Strafgesetzbuchs und der geltenden Verfassung, zur Last gelegt. Gemäß dem Legalitätsprinzip kann der Angeklagte nicht nach einer Verantwortlichkeitstheorie zur Verantwortung gezogen werden, die zum Zeitpunkt der Begehung der Straftaten nicht existierte.²⁴ Es muss daher zweifelsfrei festgestellt werden, dass die gemeinsame kriminelle Unternehmung und die Vorgesetztenverantwortlichkeit Teil des Gesetzes waren, dem die Angeklagten in der Zeit von April 1992 bis Oktober 1994 unterlagen. Die Einhaltung des Legalitätsprinzips erfordert den Nachweis, dass die Angeklagten nach einem Rechtsgrundsatz, dem sie zu diesem Zeitpunkt unterlagen, strafrechtlich verantwortlich waren und dass zum Zeitpunkt der Begehung der Straftaten vernünftigerweise vorhersehbar war, dass der Angeklagte nach diesem Grundsatz strafrechtlich verfolgt werden würde.

a. Die Angeklagten unterlagen zu dem Zeitpunkt, als die Verbrechen begangen wurden, dem Völkergewohnheitsrecht

Das Völkergewohnheitsrecht wird schon seit langer Zeit als Quelle des Völkerrechts akzeptiert, zusammen mit dem Vertragsrecht und den „allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die von zivilisierten Völkern anerkannt werden“.²⁵ Die Grundlagen des Völkergewohnheitsrechts sind zweifach: ein objektives Element, das der Staatenpraxis; und ein subjektives Element, genannt *opinio juris*, das sich darauf bezieht, dass die Staaten akzeptieren, dass diese Praxis ein Teil des Völkerrechts ist.²⁶ Der Nachweis, dass eine Regel zum Völkergewohnheitsrecht geworden ist, kann aus einer Vielzahl von Quellen stammen, einschließlich der Rechtsprechung internationaler Gerichte und nationaler Gerichte, die das Völkerrecht anwenden.²⁷ Aufgrund der Art und Weise, in der eine Regel des Völkergewohnheitsrechts zu einem Gesetz wird, kann der genaue Zeitpunkt ihrer Aufnahme in das Völkerrecht niemals mit Sicherheit bestimmt werden. Die Existenz dieser Regel kann jedoch durch materielle Beweise über ihre Existenz einer Staatenpraxis und die Reaktion der Staaten auf diese Praxis verfolgt werden.

Wie in den folgenden Abschnitten A.3 und A.5 ausführlich dargelegt wird, waren sowohl die systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung als auch die Vorgesetztenverantwortlichkeit in der relevanten Zeit Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts. Da diese Grundsätze zum Zeitpunkt

²³ Anmerkung des Übersetzers: Der englische Text ist hier ganz anders. Er lautet: „The Principle of Legality: Systemic JCE and Command Responsibility“. Von Mittäterschaft ist hier im englischen Text keine Rede.

²⁴ Siehe StGB BiH, Artikel 3, 4; EMRK, Art. 7; ICCPR, Artikel 15.

²⁵ Artikel 38 Absatz 1 lit. b) des Statuts des Internationalen Gerichtshofs.

²⁶ Die beiden Elemente wurden wiederholt vom internationalen Gerichtshof in seiner Rechtsprechung bestätigt und erläutert. Siehe z.B. militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua (*Nicaragua gegen USA*), Meriten, 1986, ICJ Rep. 14 (27. Juni).

²⁷ Dazu gehören auch „Äußerungen von Regierungsbeamten und internationalen Organisationen sowie die Bestrafung von Verstößen durch nationale Gerichte und Militärgerichte“. *Tadic Appeal Judgement*, para. 128.

der Begehung der Straftaten Teil des Völkergewohnheitsrechts waren, waren die Angeklagten ihnen unterworfen.

Internationales Gewohnheitsrecht war lange vor 1992 „ein integraler Bestandteil nationaler Gesetze“, die von allen nationalen Rechtsordnungen akzeptiert wurden.²⁸ Darüber hinaus waren das ehemalige Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten Vertragsparteien der Verträge des humanitären Völkerrechts, einschließlich der Genfer Konventionen von 1949 und beider Zusatzprotokolle, und unterlagen somit der „Martensschen Klausel“, die in diesen Abkommen und Protokollen in unterschiedlicher Form erscheint.²⁹ Die Martenssche Klausel als Teil des geltenden Vertragsrechts stellt Zivilisten und Kombattanten ausdrücklich unter den Schutz des internationalen humanitären Völkerrechts. Artikel 210 der Verfassung der SFRJ, sah die direkte Anwendung des Vertragsrechts [in der innerstaatlichen Rechtsordnung] vor und lautet:

„Die internationalen Verträge werden ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens angewandt, sofern die Ratifikationsurkunde oder der Vertrag auf der Grundlage der Befugnisse der zuständigen Behörde nichts anderes bestimmt. Gerichte wenden unmittelbar die internationalen Verträge an, die veröffentlicht sind.“

Zum Zeitpunkt der Begehung von Straftaten unterlagen die Angeklagten ausdrücklich den „Grundsätzen des Völkerrechts, die sich aus dem Gewohnheitsrecht herleiten“, und die Gerichte waren verpflichtet, dieses Recht „unmittelbar anzuwenden“.

b. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit und Strafverfolgung der Angeklagten für die Begehung von Straftaten als Mittäter an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung oder nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit konnten zum Zeitpunkt der Tatbegehung vorgesehen werden

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist in seiner Auslegung von Artikel 7 der Europäischen Konvention der Ansicht, dass zur Feststellung von Verantwortlichkeit unter einem [strafrechtlichen] Verantwortungsprinzip dieses Prinzip nicht nur ein Bestandteil des Gesetzes sein muss, dem die Angeklagten zu diesem Zeitpunkt der Begehung der Straftat unterworfen waren, sondern dass es in einem vernünftigen Maß vorhersehbar gewesen sein muss, dass sie für die Begehung der Straftaten unter dieser Verantwortungstheorie strafrechtlich verfolgt werden würden.³⁰ Wie hier ausgeführt, stellt die Kammer fest, dass die systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung und die Vorgesetztenverantwortlichkeit zu dem Zeitpunkt, als die Angeklagten die Straftaten der Verfolgung in der in diesem Urteil dargelegten Weise begangen haben, Teil des Völkergewohnheitsrechts waren, und dass die Angeklagten in der Zeit, als sie diese Straftaten begangen haben, den Regeln des Völkergewohnheitsrechts unterlagen. Die Kammer kommt auch zu

²⁸ Siehe Fußnote 8. *Anmerkung des Übersetzers: Diese Verweisung stimmt nicht. Fußnote 8 verweist auf das Appellationsurteil in Kunarac et al, Rn. 95, wo dieser Satz nicht drin steht. Auch stimmt es einfach nicht, dass Völkergewohnheitsrecht automatisch Bestandteil innerstaatlichen Rechts wird, denn diese Entscheidung, ob ein monistisches oder dualistisches Rechtsordnungssystem oder ein Mischsystem vertreten wird, bei dem entweder das Völkergewohnheitsrecht unmittelbar in der nationalen Rechtsordnung gilt oder nicht, treffen die Staaten jeweils für sich.*

²⁹ Das ehemalige Jugoslawien war Vertragspartei der Genfer Konventionen und der Zusatzprotokolle. Als Bosnien und Herzegowina die Unabhängigkeit erklärte, legte es seine Absicht vor, an diese Verträge gebunden zu sein, und die Verträge wurden ab März 1992 als für BiH anwendbar anerkannt

³⁰ Streletz, Kessler und Krenz gegen Deutschland (Apps Nr. 34044/96, 35532/97 und 44801/98), 22. März 2001, para. 105.

dem Schluss, dass die strafrechtliche Verfolgung nach beiden strafrechtlicher Verantwortungstheorien zum Zeitpunkt der Begehung der Straftat vorhersehbar war.

Der Europäische Gerichtshof hatte oft Gelegenheit, über den Legalitätsgrundsatz unter Artikel 7 der Europäischen Konvention zu entscheiden. Seine Erklärungen haben sich aber nicht konkret mit der Anwendung von Völkergewohnheitsrecht im Rahmen innerstaatlicher Prozesse befasst. Das Gewohnheitsrecht ist von Natur aus ungeschrieben und entwickelt sich ständig fort. Der Europäische Gerichtshof hatte jedoch Gelegenheit, die Anwendung von Artikel 7 im nationalen Strafrecht zu überprüfen, das sich ebenfalls entwickelt und nicht (immer) spezifisch ist.³¹ In diesen Fällen prüfte der Gerichtshof, ob es einen „etablierten“ Korpus an Rechtsprechung gibt, der öffentlich und (allgemein) zugänglich ist und in dem die gesetzlichen Anforderungen geklärt wurden. In Fällen, in denen ein solcher Korpus öffentlicher und zugänglicher Rechtsprechung vorhanden war, wurde davon ausgegangen, dass die angeklagten Personen ausreichend informiert waren, dass ihre Handlungen strafbewehrt sind, so dass sie ihr Verhalten dem Gesetz anpassen konnten.³² Unter diesen Umständen wurde keine Rechtsverletzung nach Artikel 7 angenommen.³³

Im April 1992 und in der Zeit danach war es für die Angeklagten in vernünftigen Maße vorhersehbar, dass sie aufgrund ihrer Beteiligung an einer konkreten systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, die im KP Dom existierte, strafrechtlich als Mittäter verantwortlich sein könnten. Beide Angeklagten waren professionelle Gefängnisleiter, die im KP Dom (bereits) gearbeitet hatten, als es als echte Strafanstalt fungierte, und beide waren sich des Moments im April bewusst, als [das KP-Dom] aufhörte, eine solche Institution zu sein und es ein Konzentrationslager wurde. Der schlechte Ruf, der die Fälle von NS-Konzentrationslagern begleitet hat, war in allen Ländern bekannt, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, und ebenso die Tatsache, dass viele Personen für die Aufrechterhaltung der NS-Konzentrationslager strafrechtlich verfolgt und wegen ihrer Teilnahme an der Aufrechterhaltung der Lagersysteme bestraft wurden. Dies sind Fälle, in denen die Gerichtsverfahren öffentlich waren und darüber berichtet wurde, und die international verfolgt und in Deutschland an Orten in der Nähe des ehemaligen Jugoslawien durchgeführt wurden. Und die Rechtsprechung und Schlussfolgerungen dieser Gerichte waren öffentlich und (allgemein) zugänglich.

Darüber hinaus konnten die Angeklagten in einem vernünftigen Maß ihre strafrechtliche Verantwortlichkeit für ihre Handlungen zur Aufrechterhaltung eines kriminellen Systems auf der Grundlage der Normen des jugoslawischen Gesetzes von 1992 voraussehen. Artikel 62 [Artikel 26]³⁴ des Strafgesetzbuches der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien („StGB SFRJ“) lautet:

„Wer eine Organisation, Bande, Verschwörung, Gruppe oder andere Vereinigung zur Begehung von Straftaten gründet oder nutzt, ist strafrechtlich verantwortlich für alle Straftaten, die sich aus dem kriminellen Plan dieser Vereinigungen ergeben, und wird bestraft, als ob er sie selbst begangen

³¹ Siehe S.W. gegen das Vereinigte Königreich (App. Nr. 20166/92), 27. Oktober 1995; C.R. gegen das Vereinigte Königreich (App. Nr. 20190/92), 27. Oktober 1995.

³² Vgl. auch *Kokkinakis gegen Griechenland* (App. Nr. 14307/88), 25. Mai 1993, para.°40; *Radio France gegen Frankreich* (App. Nr. 53984/00), 30. März 2004, para.°20.

³³ Bei der Auslegung des Falles *Kokkinakis gegen Griechenland* gab das Verfassungsgericht von BiH folgende Voraussetzungen der Vorhersehbarkeit nach Artikel 7 an: „Der Europäische Gerichtshof hat insbesondere darauf hingewiesen, dass diese Anforderung des Artikels 7 der Europäischen Konvention erfüllt ist, wenn eine Person aus dem Inhalt der einschlägigen Bestimmung, wenn notwendig, gegebenenfalls durch die Auslegung des Gerichtshofs, nachvollziehen kann, welche kriminellen Handlungen und Unterlassungen sie strafrechtlich zur Verantwortung ziehen können.“; Entscheidung im Fall *Maktouf*, para.°63.

³⁴ Anmerkung des Übersetzers: Gemeint ist hier Artikel 26 StGB SFRJ. In der bosnischen Textversion ist ein Zahlendreher passiert.

hätte, unabhängig davon, ob und in welcher Eigenschaft er unmittelbar an der Ausführung einer dieser Handlungen beteiligt war.“

In den Kommentaren zu diesem Teil wird wiederholt, dass der Täter, der nach dieser Bestimmung verurteilt wurde:

„1) für Handlungen verantwortlich ist, die direkt im Plan der kriminellen Gruppe enthalten sind, sowie für diejenigen Handlungen, die das Ergebnis dieses Plans darstellen, wenn sie solcher Natur sind, dass ihre Ausübung der Verwirklichung der Ziele dieser Gruppe entspricht.

2) für die einzelnen begangenen Straftaten verantwortlich ist, auch wenn er/sie selbst an ihrer Ausführung überhaupt nicht teilgenommen hat.

3) genauso wie der Täter der Straftat verurteilt wird.“³⁵

In den Kommentaren wird der allgemeine kriminelle Plan der Gruppe weiterhin als ein Plan beschrieben, der üblicherweise „ungeschrieben“ und [nur] durch Indizien erkennbar ist:

„Wenn die Ziele der Gruppe bekannt sind, kann der allgemeine kriminelle Plan der Gruppe aus dieser (Kenntnis) abgeleitet werden. Auf diese Weise kann festgestellt werden, welche Handlungen direkt vom Plan abgedeckt sind, ... die Handlungen, die begangen werden müssen, sind in der Regel nicht spezifiziert oder individualisiert, der Inhalt des kriminellen Plans wird im Hinblick auf das allgemeine Ziel der Gruppe festgestellt.“

Angesichts der Ähnlichkeit der Grundelemente des damals geltenden niedergeschriebenen innerstaatlichen Rechts und der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, in der Form, in der diese [Rechtsfigur] zu diesem Zeitpunkt im Völkerrecht existierte, steht außer Zweifel, dass die Angeklagten mehr als genug Informationen darüber hatten, dass sie es riskierten, als Täter strafrechtlich verfolgt zu werden, weil sie mit anderen an der Aufrechterhaltung des Systems beteiligt waren, durch das Gefangene im Lager einer Verfolgung ausgesetzt wurden, die dem humanitären Völkerrecht widerspricht.³⁶

Gleichermaßen hätte der Angeklagte vernünftigerweise eine strafrechtliche Verantwortlichkeit nach dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit voraussehen können. Zusätzlich zu der Rechtsprechung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, wurde dieser Grundsatz auch ausdrücklich in das Zusatzprotokoll I inkorporiert, das ordnungsgemäß im Amtsblatt 1978 veröffentlicht und Teil des geltenden nationalen Rechts geworden war. Obwohl das Zusatzprotokoll I nicht unmittelbar auf zivile Vorgesetzte Anwendung finden kann, war der Grundsatz der Befehlsverantwortung durch das bestehende Vertragsrecht den Angeklagten hinreichend bekannt, um den Angeklagten bewusst zu machen, dass die Art der Tätigkeit, an der sie beteiligt waren, nach diesem Grundsatz strafrechtliche Folgen nach sich ziehen kann.

Artikel 7 Absatz 2 EMRK lautet: „Dieser Artikel schließt nicht aus, dass jemand wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt oder bestraft wird, die zur Zeit ihrer Begehung nach den von den zivilisierten Völkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen strafbar war.“

³⁵ „Kommentar zum Strafgesetzbuch der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien“ (Novi Sad, 1978), Prof. Frano Bačić, Prof. Ljubo Bavcon, Prof. Miroslav Đorđević und andere., S. 143, 144.

³⁶ Darüber hinaus behandelte Artikel 145 Absatz 2 des Strafgesetzbuches der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Mitgliedschaft in einer Gruppe, die organisiert wurde, um Völkermord und Kriegsverbrechen zu begehen als eine gesonderte Straftat, nicht aber als eine Art der strafrechtlichen Verantwortlichkeit.

Artikel 7 Absatz 2 EMRK spiegelt sich in Artikel 4a StGB BiH wider: „Die Artikel 3 und 4 dieses Gesetzes schließen nicht aus, dass jemand wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt oder bestraft wird, die zur Zeit ihrer Begehung nach den von den zivilisierten Völkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen strafbar war.“

Dieses Konzept war auch Teil des Rechts der SFRJ und ihrer Nachfolgestaaten im April 1992. Artikel 15 Absatz 2 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte spiegelt Artikel 4a des StGB BiH wider und Artikel 7 Absatz 2 EMRK sieht vor, dass jemand wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt oder bestraft wird, die zur Zeit ihrer Begehung „nach den von den zivilisierten Völkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen strafbar war“. Das ehemalige Jugoslawien war seit 1971 Vertragspartei.³⁷ Die Angeklagten waren sich bewusst, dass sie zum Zeitpunkt der Begehung der Straftaten nach den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Darüber hinaus sollte insbesondere eine Bestimmung aus Artikel 21 der Anweisungen über die Anwendung der Regeln des humanitären Völkerrechts in den Streitkräften von 1988 berücksichtigt werden, in der die Bestimmungen der Genfer Konventionen und des Zusatzprotokolls I umgesetzt wurden, und die die Vorgesetztenverantwortlichkeit in der damaligen JNA (Jugoslawische Volksarmee) explizit festlegte. Ferner ergibt sich aus Artikel 30 StGB SFRJ, der zum Zeitpunkt der Begehung von Straftaten in Kraft war, dass diese Form der Verantwortlichkeit Teil der damaligen Strafgesetzgebung war. Mit dieser Bestimmung wurde „Unterlassen“ als eine Form der Begehung von Straftaten definiert, die sich auf alle Straftaten, einschließlich derjenigen gegen das Völkerrecht aus dem damaligen Kapitel 16 des StGB SFRJ, bezog. Die Grundlage für die Vorgesetztenverantwortlichkeit wurde in genau dieser Bestimmung gefunden, die in Absatz 2 vorschrieb:

„Die Straftat kann nur dann durch Unterlassen begangen werden, wenn der Täter ein Tun unterlassen hat, zu dem er verpflichtet war.“

Aus Vorstehendem kommt die Kammer zu dem Schluss, dass eine strafrechtliche Verfolgung auf der Grundlage der Vorgesetztenverantwortlichkeit zum Zeitpunkt der Begehung von Straftaten vorhergesehen werden konnte.

3. Eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung war 1992 Teil des Völkergewohnheitsrechts und stellt weiterhin einen Teil des Völkergewohnheitsrechts dar

Der Beweis, dass eine Regel zu Völkergewohnheitsrecht geworden ist, kann aus einer Vielzahl von Quellen stammen, einschließlich der Rechtsprechung internationaler Gerichte und nationaler Gerichte, die internationales Recht anwenden. Bis 1950 gab es gewichtige Belege von Staatenpraxis und von durch die Staaten artikulierter Akzeptanz des Grundsatzes [der Verantwortlichkeit für] eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung, auf dessen Grundlage solche Personen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen haben, und die wissentlich zur Aufrechterhaltung eines Systems der kriminellen Misshandlung von Insassen in Konzentrationslagern beigetragen haben, als Haupttäter angeklagt, vor Gericht gestellt und bestraft werden können. Bis 1992, als die Angeklagten begannen, die Straftaten zu begehen, für die sie derzeit angeklagt werden, hat sich die systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung zu einer im Völkergewohnheitsrecht akzeptierten Theorie der Verantwortlichkeit entwickelt.

³⁷ Ratifiziert am 2 Juni 1971.

Aufgrund der Art und Weise, in der eine Regel des Völkergewohnheitsrechts zu einem Gesetz wird, kann der genaue Zeitpunkt ihrer Aufnahme in das Völkerrecht niemals zuverlässig festgestellt werden. Das Bestehen dieser Regel kann jedoch durch materielle Beweise ihres Bestehens in der Praxis der Staaten und durch die Reaktion der Staaten auf diese Praxis verfolgt werden. Die Strafverfahren gegen Personen, denen vorgeworfen wurde, dass sie die Aufrechterhaltung von Konzentrationslagern in Nazideutschland unterstützt haben, bieten die Möglichkeit, die Belege zu prüfen, die darauf hinweisen, dass eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung als Theorie der persönlichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit von den Staaten als Teil des Völkergewohnheitsrechts akzeptiert und von diesen Staaten bei der Anwendung dieses [Völkergewohnheits-]Rechts benutzt wurde. Die Konzentrationslager, die von den Nazis betrieben wurden, und die Prozesse gegen Kriegsverbrecher, die diese Lager leiteten, sind gut dokumentiert und bekannt. In den zwei großen Serien von Prozessen gegen Personen, die an der Führung von vier dieser Lager beteiligt waren, Dachau, Mauthausen, Belsen und Auschwitz, wurden eine große Anzahl von Personen von Tribunalen, die von der internationalen Gemeinschaft gegründet und überwacht wurden, angeklagt und verurteilt wegen Beteiligung an dem, was wir heute als systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung bezeichnen.³⁸

Im *Prozess gegen Josef Kramer und 44 weitere Personen (Fall Belsen)* sollen 45 Personen Mitglieder des Personals der Konzentrationslager in Belsen oder Auschwitz gewesen sein und sie „alle sollen bewusst an einem gemeinsamen Plan zur Aufrechterhaltung eines Systems der Misshandlung und des Mordes in diesen Lagern teilgenommen haben“.³⁹ Die namentlich bekannten Opfer kamen aus zehn verschiedenen europäischen Ländern, und obwohl das Verfahren vom britischen Militärgericht durchgeführt wurde, „wurden Sitzplätze für jeden der zehn Staaten hinter den Richtern zur Verfügung gestellt“.⁴⁰ Dreißig Angeklagte wurden für die Begehung von Kriegsverbrechen nach der Theorie der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, die wir als gemeinsame kriminelle Unternehmung bezeichnen, persönlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Gleichzeitig mit den Belsen-Prozessen wurden weitere Verfahren vor dem Allgemeinen Militärgericht der US-Zone im Prozess gegen Martin Gottfried Weiß und neunundneunzig weitere (*Fall Konzentrationslager Dachau*) durchgeführt.⁴¹ Den vierzig Angeklagten wurde in diesem Fall zur Last gelegt, dass sie „die im Folgenden geschilderten Handlungen in Umsetzung eines generellen Plans zur Tatausführung als Personal des Konzentrationslagers Dachau“ begangen hatten, „... [und] dass sie an der Unterwerfung [der Insassen] unter Grausamkeiten und Misshandlungen beteiligt waren“.⁴²

Die „United Nations Law Reports“ belegen, dass das Gericht festgestellt hat, dass für das Vorliegen einer persönlichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach dieser Tatbegehungstheorie drei Elemente festgestellt werden müssen: „(1) dass in Dachau ein System der Misshandlung von

³⁸ Die Daten zu den Fällen des NS-Konzentrationslagers stammen aus der Publikation von Gerichtsentscheidungen der UN, die während der Gerichtsverfahren von offiziellen Reportern zusammengestellt und in den Archiven der Vereinten Nationen aufbewahrt werden. Sie sind auf Englisch unter http://www.ess.uwe.ac.uk/genocide/war_criminals.htm verfügbar [Anmerkung des Übersetzers: Der Link funktioniert leider nicht mehr (Stand: 04.10.2018)]. Das Urteil gegen Kramer und 44 andere ist unter http://www.worldcourts.com/imt/eng/decisions/1945.11.17_United_Kingdom_v_Kramer.pdf abrufbar].

³⁹ *Belsen*, Britisches Militärgericht, Lüneburg, Deutschland, 17. September - 17. November 1945, UNWCC, Band II, S. 1.

⁴⁰ *Ibid.*, S. ix.

⁴¹ *Fall Konzentrationslager Dachau*, Allgemeines Militärgericht der United States Besatzungszone, Dachau, Deutschland, 15. November - 13. Dezember 1945, UNWCC, Band XI, S. 5.

⁴² *Ibid.*

Gefangenen und der Begehung der in den Anklagepunkten aufgeführten Straftaten bestand, (2) dass alle Angeklagten sich dieses Systems bewusst waren, (3) dass jeder der Angeklagten durch sein Verhalten ... an der Umsetzung dieses Systems beteiligt war.“⁴³

Diese Elemente wurden drei Monate später im Prozess gegen Hans Altfuldisch und sechzig andere (Fall Konzentrationslager *Mauthausen*) erneut bestätigt.⁴⁴ Einundsechzig Angeklagte wurden persönlich für ihre bewusste Beteiligung an einem System der Misshandlung der Insassen verantwortlich gemacht. Diese persönliche strafrechtliche Verantwortlichkeit erstreckt sich auf „jeden Beamten, Regierungs-, Militär- und Zivilbeamte und jeden Angestellten dort, unabhängig davon, ob er Mitglied der Waffen-SS, der Allgemeinen SS, ein Wachmann oder ein Zivilist war ...“ Dieses Gericht bestätigte die Notwendigkeit, eine sichere Kenntnis von der kriminellen Praxis festzustellen, die das System darstellte, und stellte fest, dass die Beweise für die an den Insassen begangenen Verbrechen so offensichtlich waren, dass eine solche sichere Kenntnis zweifelsfrei festzustellen war.⁴⁵

Bis 1992 bestand kein Zweifel daran, dass der Grundsatz der [Verantwortlichkeit für eine] gemeinsame kriminelle Unternehmung, der die bewusste Teilnahme an der systemischen Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Gefangene in Konzentrationslagern umfasste, fester Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts war. Diese Form der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung wurde als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts auch vom ICTY anerkannt und bestätigt, zunächst von der Appellationskammer im Fall *Tadić* und danach in einer Reihe von Fällen sowohl auf der Ebene der ersten Instanz als auch auf Appellationsebene.⁴⁶ Die Appellationskammer im Fall *Tadić* hat festgestellt, dass eine systemische kriminelle Unternehmung eine konkrete Manifestation einer generellen kriminellen Unternehmung darstellt, die [als Form der Verantwortungszurechnung] im Völkergewohnheitsrecht anerkannt ist. Darüber hinaus stellte die Appellationskammer im Fall *Tadić* eine dritte Form einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung fest, die als JCE 3 bezeichnet wurde. Angesichts des Sachverhalts in diesem Fall befasst sich diese Kammer jedoch nur mit der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, die im Völkergewohnheitsrecht als eine Form einer generellen gemeinsamen kriminellen Unternehmung akzeptiert wird.⁴⁷ Es wird den anderen Kammern überlassen festzustellen, ob die dritte [Form einer] gemeinsamen kriminellen Unternehmung im Zeitraum 1992 bis 1995 zum Völkergewohnheitsrecht gehörte.

4. Elemente, die für die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die Teilnahme an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung relevant sind

Die gemeinsame kriminelle Unternehmung stellt an sich keine Straftat dar, sondern [nur] eine Form der Begehung der Straftat. Wenn dem Angeklagten die Mittäterschaft an der Straftat, die Teil einer

⁴³ Ibid., S. 13.

⁴⁴ *Fall Konzentrationslager Mauthausen*, Allgemeines Militärgericht der United States Besatzungszone, Dachau, Deutschland, 29. März - 13. Mai 1946, UNWCC, Band XI, S.15.

⁴⁵ Siehe generell Kvočka, Trial Judgment, para.°294 („In Nachkriegsverfahren, die von den Alliierten in Europa und Asien durchgeführt wurden, wurden die Personen verurteilt, die auf höchster Ebene handeln, bis zu denen, die nur Befehle befolgen, darunter führende politische und militärische Führer sowie einfache Zivilisten oder Soldaten, sogar KZ-Häftlinge, die in den Lagern Autoritätspositionen erlangten, indem sie andere Häftlinge im Namen derjenigen, die sie in Gefangenschaft hielten, ausspionierten oder misshandelten.“).

⁴⁶ *Tadić* Appeal Judgment, Para. 195, 220. Siehe auch *Staatsanwalt v. Vasiljević*, IT-98-32-A, Urteil vom 25. Februar 2004, para.°95, 96; *Krnjelac* Appeal Judgment, para.°29, 30.

⁴⁷ Der ICTY hat das generelle JCE als JCE I und das systemische JCE als JCE II bezeichnet. Zur Verdeutlichung verwendet dieses Urteil die Begriffe „generelle JCE“ und „systemische JCE“.

gemeinsamen kriminellen Unternehmung ist, zur Last gelegt wird, muss der Staatsanwalt zweifelsfrei beweisen, dass die Straftat tatsächlich begangen wurde, dass sie durch Zusammenwirken (im Rahmen) einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung begangen wurde, und dass die erforderlichen Elemente für die Feststellung der Verantwortlichkeit des Angeklagten erfüllt sind.

Wie bereits erwähnt, war die gemeinsame kriminelle Unternehmung im Allgemeinen und die systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung im Besonderen bis April 1992 bereits Teil des Völkergewohnheitsrechts, und ihre Elemente und ihre Definition waren bereits etabliert. Die Strafkammer hat dies in ihrem Urteil vom 7.°Mai 1997 ausdrücklich anerkannt.⁴⁸ Seitdem hatten die Strafkammer und die Berufungskammer des Tribunals mehrfach Gelegenheit, das Konzept einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung, und insbesondere der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, in Fällen anzuwenden, die sich auf die Gefangenenlager beziehen, die zwischen 1992 und 1995 in ganz Bosnien und Herzegowina existierten.⁴⁹ Auf diese Weise haben sie die Auslegung der Grundform der gemeinsamen kriminellen Unternehmung und der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung im Kontext des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien verbessert, aber nicht verändert. Die Entscheidungen des ICTY sind für diese Kammer nicht bindend. Die Kammer ist jedoch überzeugt, dass die vom ICTY vorgenommene Qualifizierung der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, ihre Elemente, *mens rea* und *actus reus*, den Stand des Völkergewohnheitsrechts im April 1992 und darüber hinaus korrekt widerspiegelt.

Elemente der Grundform [eines JCE] und eines systemischen JCE

Die Appellationskammer im Fall Tadić war die erste, die am ICTY die drei Kategorien der gemeinsamen kriminellen Unternehmung, die zum relevanten Zeitpunkt im Völkerrecht existierten, festgestellt und klar artikuliert hat. Dieser Fall betrifft nur die ersten beiden.

Die erste Kategorie ist die Grundform der gemeinsamen kriminellen Unternehmung und wird von der Appellationskammer so charakterisiert, dass sie Fälle repräsentiert, in denen eine Gruppe von Personen nach einem „gemeinsamen Plan“ zusammen in der Verfolgung einer gemeinsamen kriminellen Absicht handeln. Wenn eine Tat durch eine solche Gruppe gemäß diesem gemeinsamen Plan begangen worden ist, können Personen, die sich freiwillig an einem Aspekt des Plans mit der Absicht, das gemeinsame Ziel zu erreichen, beteiligten, als Mittäter persönlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die zweite Kategorie der gemeinsamen kriminellen Unternehmung, eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung, ist eine „Variante“ der Grundform der gemeinsamen kriminellen Unternehmung, und laut ICTY:

„[U]mfasst sie die sogenannten „Konzentrationslager Fälle“. Das Konzept des gemeinsamen Zwecks wurde auf Fälle angewandt, in denen die vorgeworfenen Straftaten angeblich durch Mitglieder militärischer oder administrativer Einheiten, wie derjenigen, die Konzentrationslager leiteten, begangen worden waren, d.h. durch eine Gruppe von Personen, die nach einem abgestimmten Plan handelten. Beispiele für diese Kategorie sind [der Fall] Konzentrationslager Dachau, der vor einem US-Gericht in Deutschland verhandelt wurde, und [der Fall] Belsen, der vor einem britischen Militärgericht in Deutschland verhandelt wurde. In diesen Fällen hatten die Angeklagten eine gewisse Autorität innerhalb der Hierarchie der Konzentrationslager inne. Im Allgemeinen wurde gegen sie Anklage erhoben, weil sie nach einem gemeinsamen Plan gehandelt hätten, um Gefangene zu töten

⁴⁸ *Tadić* Trial Judgment, para. 669. *Siehe auch Tadić* Appeal Judgment, para. 220; *Stakić* Appeal Judgment, para. 62 (gleich); *Vasiljević* Appeal Judgment, para. 96-99 (gleich).

⁴⁹ *Siehe z.B. Kvočka* Appeal Judgment; *Krnjelac* Appeal Judgment; *Krnjelac* Trial Judgment; *Kvočka* Trial Judgment.

oder zu misshandeln und damit Kriegsverbrechen zu begehen. In seiner Zusammenfassung in der Rechtssache Belsen hat der Rechtsberater des Militärgerichts drei Voraussetzungen angenommen, die die Anklagebehörde als zur Feststellung der Schuld in jedem Fall notwendig identifiziert hat: (i) die Existenz eines organisierten Systems der Misshandlung von Inhaftierten und zur Ausführung der verschiedenen Verbrechen, für die sie zur Rechenschaft gezogen werden; (ii) das die Kenntnis des Angeklagten von der Natur des Systems; (iii) die Tatsache, dass der Angeklagte in irgendeiner Weise aktiv an der Durchsetzung des Systems beteiligt war, d. h. dazu ermutigt, dabei geholfen und es unterstützt hat oder auf irgendeine Art und Weise an der Verwirklichung des gemeinsamen kriminellen Plans beteiligt war. Es scheint, dass mehrere Angeklagte explizit aufgrund dieser Kriterien für schuldig befunden wurden.⁵⁰

Die Elemente einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung, die sich vom Völkergewohnheitsrecht herleiten lassen, sind leicht zu erkennen. Der *actus reus* erfordert: mehr als eine Person; einen gemeinsamen Zweck; die Beteiligung des Angeklagten an diesem Zweck. Wenn dies speziell auf die Aspekte einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung angewandt wird, besteht das gemeinsame Ziel darin, eine oder mehrere bestimmte Straftaten zu begehen, und dies wird erreicht durch „das organisierte System, das eingerichtet wurde“.⁵¹ Die Beteiligung, die erforderlich ist, um zu dem gemeinsamen Ziel des Systems beizutragen, muss nicht in Form der tatsächlichen Begehung einer grundlegenden Straftat erfolgen, vorausgesetzt, dass die Beteiligung des Angeklagten aktiv zur Umsetzung des Systems beigetragen hat.⁵² Die *mens rea* für ein systemisches JCE ist: persönliches Wissen vom organisierten System und seines gemeinsamen kriminellen Zwecks und die Absicht, dieses spezielle System zu fördern.⁵³ Wenn der gemeinsame kriminelle Zweck die Begehung einer Straftat beinhaltet, die eine spezielle Absicht erfordert, zum Beispiel Verfolgung, dann muss der Teilnehmer diese spezielle Absicht teilen.⁵⁴ Jedoch kann eine gemeinsame Absicht, sogar eine spezielle Absicht, aus den Umständen des Falles abgeleitet werden.⁵⁵

5. Die Vorgesetztenverantwortlichkeit war 1992 Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts und ist immer noch Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts

Das Konzept der Verantwortlichkeit des Kommandanten für die Straftaten seiner Untergebenen wurde in mehreren Fällen aus dem Zweiten Weltkrieg festgestellt.⁵⁶ „Die Entwicklung einer Doktrin, die den militärischen und zivilen Führern strafrechtliche Verantwortlichkeit zuschreibt, nicht nur in Fällen, in denen sie persönlich oder unmittelbar an der Begehung einer Straftat beteiligt waren, sondern auch wenn sie es versäumt haben, die Straftaten ihrer Untergebenen zu verhindern oder sie zu bestrafen, wurde als eine der wichtigsten Errungenschaften der Nachkriegszeit bezeichnet.“⁵⁷

⁵⁰ *Tadić* Appeal Judgment, para. 202 (citations omitted).

⁵¹ *Ibid.*

⁵² *Kvočka* Appeal Judgment, para. 99.

⁵³ *Tadić* Appeal Judgment, para. 203, 220 (citing *Belsen* and *Dachau Concentration Camp*).

⁵⁴ *Kvočka* Trial Judgment, para. 288.

⁵⁵ *Ibid.*

⁵⁶ See, e.g., *Trial of Wilhelm List and others ("Hostage Case")*, Judgment of 19 Feb 1948, Green Series, Vol. XI. Auch im sog. *High Command Case* war das Gericht der Ansicht, „dass die Vorgesetztenverantwortung und die Ausführungsbefugnisse denjenigen, der sie ausübt, verpflichten, sie zum Schutz der Kriegsgefangenen und der Zivilisten in dem Gebiet auszuüben; und dass ... ein Versäumnis tätig zu werden, in dem Wissen, dass andere in diesem Gebiet diese Pflicht, die [der Kommandant] hat, verletzen, die Strafbarkeit begründet.“ *Trial of Wilhelm von Leeb and Thirteen Others ("High Command Case")*, Judgment of 28 October 1948, Green Series, Vol. XI, pg. 632.

⁵⁷ Guénaël Mettraux, *Command Responsibility in International Law: The Boundaries of Criminal Liability for Military Commanders and Civilian Leaders* (Oxford: Oxford University Press, forthcoming 2008).

Obwohl die United Nations War Crimes Commission im Jahr 1948 zu dem Schluss kam, dass „sich das Recht in diesem Bereich immer noch entwickelt und es falsch wäre zu erwarten, feste Regeln für eine universelle Anwendung zu finden“, wurden diese universellen Regeln 1977 im Zusatzprotokoll I artikuliert.⁵⁸ In Artikel 87 Absatz 3 des Zusatzprotokolls I ist der Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit so niedergelegt, wie er im Völkergewohnheitsrecht verstanden wird.⁵⁹ Bis 1992 war die Vorgesetztenverantwortlichkeit im Völkergewohnheitsrecht „fest verankert“.⁶⁰

„Vorgesetztenverantwortlichkeit“ hat sich aus dem Konzept des „verantwortlichen Kommandos“ entwickelt, das in den frühen Konventionen über das humanitäre Völkerrecht aus der Haager Konvention von 1899 über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges und Artikel 1 der Verordnung über die Einhaltung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges enthalten war, die der Haager Konvention über die Einhaltung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs von 1907 beigefügt ist.⁶¹ Das verantwortliche Kommando belegte den Vorgesetzten mit der Pflicht, Bedingungen zu schaffen, unter denen seine Untergebenen in Übereinstimmung mit internationalen humanitären Standards handeln konnten. Die Vorgesetztenverantwortlichkeit wurde mit der Zeit der Maßstab, nach dem ein Vorgesetzter persönlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden konnte, wenn er in Bezug auf bestimmten Aufgaben die Pflicht des verantwortlichen Kommandos nicht wahrnahm. Sie unterscheidet sich von anderen Formen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit dadurch, dass der Vorgesetzte für Straftaten der Untergebenen haftet, selbst wenn der Vorgesetzte keine Straftat angeordnet oder an seiner Ausführung teilgenommen hat. Das Versäumnis der Vorgesetzten, ein verantwortliches Kommando auszuüben, das heißt, das Versäumnis, die Straftat zu verhindern und/oder den Täter zu bestrafen, macht ihn für die Begehung einer zugrundeliegenden Straftat verantwortlich.

Obwohl das Zusatzprotokoll I den Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit in der Form artikuliert, wie er im Völkergewohnheitsrecht besteht, beschränkt sich dieser Grundsatz keineswegs auf den Kontext des Zusatzprotokolls I, das sich auf militärische Befehlshaber in internationalen Konflikten beschränkt. Vielmehr, wie vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz bestätigt: „Die Staatenpraxis legt diese Regel als eine Norm des Völkergewohnheitsrechts fest, die sowohl im internationalen als auch im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt anwendbar ist.“⁶² Auch haben die Tribunale und Gerichte in den ersten Fällen nach dem Zweiten Weltkrieg im Fernen Osten und in Deutschland die Verantwortlichkeit von nichtmilitärischen Vorgesetzten anerkannt, die es versäumt haben, ihre Untergebenen daran zu hindern, Kriegsverbrechen zu begehen und diejenigen, die es getan haben, nicht zu bestrafen.⁶³ Als Prinzip des Völkergewohnheitsrechts gilt die

⁵⁸ Law Reports of Trials of War Criminals (“TWC”), Vol. IV (1948), pg. 87.

⁵⁹ Das entspricht den Schlussfolgerungen, die die ICTY Appellationskammer in Čelebići gezogen hat: „Das Prinzip, dass militärische und andere Vorgesetzte für die Handlungen ihrer Untergebenen strafrechtlich verantwortlich gemacht werden können, ist im Vertrags- und im Gewohnheitsrecht fest etabliert. Das Maß an Kontrolle, das in Art. 87(3) des Zusatzprotokolls I widergespiegelt wird, kann seiner Natur nach als gewohnheitsrechtlich [verankert] angesehen werden.“ Prosecutor v. Delalić (“Celebici”), IT-96-21-A, Judgment, 20 February 2001, para. 195.

⁶⁰ CDF Trial Judgment, para. 233. See also *Celebici* Appeal Judgment, para. 195.

⁶¹ Hiernach erscheint das Konzept des verantwortungsbewussten Kommandos in Artikeln 18 und 33 der Genfer Konvention von 1929 bezüglich des Umgangs mit Kriegsgefangenen und in Art. 43(1) des Zusatzprotokolls I.

⁶² ICRC, *Customary International Humanitarian Law*, Vol. I, Rule 153 (see also the cases cited in pgs. 558-560).

⁶³ Siehe, z. B., *Trial of the Japanese Foreign Minister Koki Hirota* und das Verfahren *Prime Minister Hideki Tojo and Foreign Minister Mamoru Shigemitsu*, The Tokyo War Crimes Trial, Vol. 20; *The Government Commissioner of the General Tribunal of the Military Government for the French Zone of Occupation in Germany v. Herman*

Vorgesetztenverantwortlichkeit für jede hierarchische Organisation, die in einem Kontext existiert, in dem ihre Mitglieder gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen könnten. Daher gilt das Prinzip als eine Doktrin des Völkergewohnheitsrechts, die auf jede hierarchische Struktur anwendbar ist, in der es 1) ein Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis gibt und 2) die Gefahr besteht, dass Untergebene Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begehen.

In einer Konzentrationslagerumgebung sind beide Faktoren vorhanden. Die Gefahr für die Opfer ist die gleiche und das Prinzip der Vorgesetztenverantwortlichkeit ist identisch, unabhängig davon, ob der Konflikt international oder staatsintern ist, und unabhängig davon, ob das Verhältnis zwischen Vorgesetztem und Untergebenem Teil der militärischen Befehlsstruktur oder einer inneren Sicherheitsbefehlsstruktur ist. Wenn es tatsächlich Beweise gibt, dass ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einem Untergebenen in einer hierarchischen Organisation irgendeiner Art begangen worden ist, dann wird die strafrechtliche Verantwortlichkeit dem Vorgesetzten des tatsächlichen Täters zugerechnet, wenn zusätzlich die Elemente der Vorgesetztenverantwortlichkeit, wie im Völkergewohnheitsrecht festgelegt, erfüllt wurden.⁶⁴

6. Die Elemente, die für die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit relevant sind

Artikel 180 Absatz 2 des StGB BiH schreibt vor:

„Die Tatsache, dass eine der in den Artikeln 171 bis 175 und Artikel 177 bis 179 dieses Gesetzes genannten Straftaten von einem Untergebenen begangen worden ist, enthebt dessen Vorgesetzten nicht der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, sofern er wusste oder hätte wissen können, dass der Untergebene im Begriff war, eine solche Tat zu begehen, oder dass er eine solche Tat begangen hat und der Vorgesetzte nicht die erforderlichen und angemessenen Maßnahmen ergriffen hat, um die Tat zu verhindern oder die Täter zu bestrafen.“

Elemente der Vorgesetztenverantwortlichkeit

Die in Artikel 180 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs vorgeschriebenen Elemente der Vorgesetztenverantwortlichkeit sind mit den Elementen identisch, die zum Zeitpunkt der Begehung der Straftaten im Völkergewohnheitsrecht anerkannt waren. Dies sind:

1) Die Begehung einer Straftat der Art, die in den Artikeln, die angewandt werden, genannt ist (einschließlich Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit);

Roehling and Others, Judgment on Appeal to the Superior Military Government Court of the French Occupation Zone in Germany, Vol. XIV, TWC, Appendix B, 1097, 1136; und das Verfahren *Friedrich Flick and Five Others*, Judgment of 22 December 1947, Green Series, Vol. VI.

⁶⁴ Es gibt im Römischen Statut einen Unterschied zwischen militärischen und nichtmilitärischen Kommandanten in Hinsicht auf Vorgesetztenverantwortlichkeit. Für militärische Kommandanten weicht das Römische Statut vom Völkergewohnheitsrecht ab und verlangt einen geringeren Standard für den *mens rea*, der auf die Tatsachen in diesem Fall nicht anwendbar ist. Römisches Statut, Art. 28. Vgl. auch Mettraux, *Command Responsibility*; K. Ambos, „Superior Responsibility“, in A. Cassese et al. (ed.), *The Rome Statute of the International Criminal Court – A Commentary* (Oxford: Oxford University Press, 2002), Vol. I, pgs. 823, 870. Der ICTY hat die Position bestätigt, dass die Vorgesetztenverantwortung als Prinzip des Völkergewohnheitsrechts auf militärische und nichtmilitärische Kommandanten Anwendung findet. Die Appellationskammer bemerkte: “[T]he Appeals Chamber does not consider that the rule is controversial that civilian leaders may incur responsibility in relation to acts committed by their subordinates or other persons under their effective control....” *Celebici Appeal Judgment*, para. 196. See also *Blaskic Trial Judgment*, paras. 300, 301 (citing *Celebici Trial Judgment*, para. 378).

- 2) das Vorliegen eines Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnisses zwischen dem Angeklagten und den Tätern, die die Straftat begangen haben;
- 3) der Angeklagte wusste oder hätte wissen können, dass
 - a) der Untergebene im Begriff war, eine solche Tat zu begehen oder
 - b) dass er eine solche Tat begangen hat.
- 4) Der Vorgesetzte hat nicht die erforderlichen und angemessenen Maßnahmen ergriffen,
 - a) um die Tat zu verhindern oder
 - b) den Täter zu bestrafen.

Die Elemente der Vorgesetztenverantwortlichkeit waren bereits im April 1992 im Völkergewohnheitsrecht niedergelegt.⁶⁵ Der ICTY hat dies in einer Reihe von Entscheidungen anerkannt, beginnend mit dem Urteil der Strafkammer im Fall Čelebići vom 16. November 1998.⁶⁶ Seitdem hatten die Strafkammern und die Berufungskammer des Tribunals mehrere Gelegenheiten, das Konzept der Vorgesetztenverantwortlichkeit in Fällen anzuwenden, die militärische und nichtmilitärische Vorgesetzte einbeziehen. Auf diese Weise haben sie das Verständnis von Vorgesetztenverantwortlichkeit, wie es im Völkergewohnheitsrecht im Kontext des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien bestand, verbessert, aber nicht verändert. Diese Kammer ist nicht an die Entscheidungen des ICTY gebunden. Die Kammer ist jedoch davon überzeugt, dass die Auslegung der Vorgesetztenverantwortlichkeit und ihrer Elemente, wie sie durch den ICTY erfolgte, den Stand des Völkergewohnheitsrechts in der für die Anklage relevanten Zeit korrekt widerspiegelt. Ferner, da Artikel 7.3 des Statuts des ICTY direkt in Artikel 180 Absatz 2 StGB BiH inkorporiert ist und das Statut ein Instrument des Völkerrechts ist, müssen die innerstaatlichen Gerichte „die Ursprungsnormen des Völkerrechts und ihre Auslegung durch internationale Gerichte berücksichtigen“.⁶⁷

B. Systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung im KP Dom

"[Es] war in Kraft ... ein System der Misshandlung von Gefangenen und der Begehung der in der Anklageschrift aufgeführten Verbrechen."⁶⁸

1. Einleitung

Die Beweise belegen zweifelsfrei, dass es von Mitte April 1992 bis Oktober 1994 im KP Dom eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung gab, an der mehrere Personen aus verschiedenen Organisationen, Institutionen und Körperschaften beteiligt waren. Das gemeinsame Ziel der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung war die Verfolgung von nicht-serbischen Zivilisten aus der Region Foča durch unrechtmäßige Inhaftierung im KP Dom unter unmenschlichen Bedingungen, durch Versklavung einiger Gefangener, durch Unterwerfung der Inhaftierten unter systematische und organisierte Vernehmungen, die oft Schläge und Folter beinhalteten, und dann wurden sie dauerhaft aus dem Gebiet von Foča entfernt, wo sie sich rechtmäßig aufhielten, durch die systematische Tötung einiger Häftlinge, durch das zwangsweise Verschwindenlassen der anderen Häftlinge und schließlich durch Deportation und Zwangstransfers

⁶⁵ Siehe Abschnitt A.5, oben.

⁶⁶ Čelebići Trial Judgment, para. 343.

⁶⁷ Werle, Principles of International Criminal Law, S. 80. Siehe auch Gardiner, International Law S. 156; Higgins, Problems and Process: International Law and How We Use It, S. 206.

⁶⁸ Dachau Concentration Camp, S. 13.

aller übrigen Häftlinge. Indem sie zu diesem System der Verfolgung beigetragen haben, in Kenntnis des gemeinsamen Zwecks der Verfolgung, der Art der begangenen Straftaten und der diskriminierenden Absicht, die für diese Straftaten notwendig ist, und indem sie die Absicht hatten, das Verfolgungssystem durch ihre Beiträge zu fördern und die diskriminierende Absicht zu teilen, sind die Angeklagten wegen der in den Anklagepunkten 1 bis 5 des Urteils festgestellten Straftaten als Mittäter an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung schuldig.

2. Systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung

a. Die Geschichte der Gründung des KP Dom als systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung

Wie bereits erwähnt, nahm das KP Dom Foča am 17./18. April 1992 seine Tätigkeit als Hafteinrichtung für nichtserbische Zivilisten auf, insbesondere für Männer aus dem Gebiet Foča. Die Kammer hat bereits beschrieben, wie nichtserbische Zivilisten, die in den vorläufigen Hafteinrichtungen wie den Lagern der ehemaligen territorialen Verteidigung in Livade festgehalten wurden, während dieser Zeit ins KP Dom verlegt wurden. Die Kammer gab auch an, dass andere nichtserbische Zivilisten von Mitgliedern der Militärpolizei und von Soldaten in ihren Wohnungen, an ihren Arbeitsplätzen und an anderen Orten festgenommen und direkt zum KP Dom transportiert wurden. Schließlich kam die Kammer insbesondere zu dem Schluss, dass diese Verhaftungen systematisch und organisiert durchgeführt wurden, wobei betont wurde, dass einige Personen nach Listen nichtserbischer Zivilisten festgenommen wurden, während andere im Zuge von Operationen der Säuberung der Stadtviertel von allen Nichtserben durch Verhaftungen und Vertreibungen festgenommen wurden.

Durch die Zeugenaussagen wurde festgestellt, dass das Užice Bataillon oder das Korps der JNA das KP Dom während der ersten Phasen der Operationen überwachte und kontrollierte. Einige Zeugen sagten auch aus, dass Mitglieder der paramilitärischen Gruppe der „weißen Adler“ während dieser Zeit ebenfalls im KP Dom anwesend waren. Obwohl sich die Zeugenaussagen in Bezug auf die Dauer der militärischen Kontrolle über das KP Dom unterscheiden, belegen die Beweise, dass Milorad Krnojelac in der letzten Aprilwoche zum Gefängnisleiter ernannt wurde, obwohl die Armee vielleicht noch immer im KP Dom anwesend war, was aus den Aussagen der Angeklagten, aus dem Beweisstück P-138 und aus der verbürgten Tatsache Nummer P78 hervorgeht, und dass Krnojelac, Todović und Rašević im KP Dom anwesend waren und den Übergangsprozess zur zivilen Kontrollübernahme begonnen hatten, was durch die Aussagen der Angeklagten, des Zeugen „FWS 210“ und durch die Beweisstücke P-9 und P-138 nachgewiesen wurde. In dieser Zeit begannen die serbischen Zivilisten, die vor dem Konflikt im KP Dom gearbeitet hatten, zurückzukommen und ihre Pflichte entsprechend der Auftragserteilung für Kriegstätigkeiten wieder aufzunehmen, die von den serbischen Zivil- und Militärbehörden in Foča erteilt wurden. Bis Anfang Mai 1992 zog sich die Armee zurück und das KP Dom stand unter der Kontrolle ziviler Behörden. Diese Tatsachen wurden durch die Aussagen zahlreicher Zeugen, einschließlich E, FWS 111, FWS 115, FWS 138, FWS 182 und FWS 210 nachgewiesen und durch die festgestellten Tatsachen P77 und P78 bestätigt.

Durch die Beweise wurde festgestellt, dass die systematischen Verhaftungen und Inhaftierungen von nichtserbischen Zivilisten nur der Beginn einer organisierten und methodischen Verfolgung von Gefangenen nichtserbischer Ethnie im KP Dom darstellten. Dieses System der Verfolgung wurde auch von zivilen und militärischen Körpern, darunter das zivile Personal des KP Dom, die Zivilpolizei in Foča, die Militärpolizei, durch paramilitärische Formationen, lokale Krisenstäbe und die Taktische Gruppe Foča durchgeführt. Obwohl die meisten Entscheidungen von anderen Akteuren,

insbesondere des zivilen und militärischen Kommandos, getroffen wurden, spielten die Mitarbeiter des KP Dom eine entscheidende Rolle im System.

b. Das gemeinsame Ziel des kriminellen Systems

Nichtserbische männliche Zivilpersonen aus Foča und Umgebung wurden unter unmenschlichen Bedingungen in KP Dom in einem zweiphasigen Prozess festgehalten: 1) Vernehmung und Kategorisierung; und 2) Umsetzung. In der ersten Phase wurden nichtserbische Zivilisten willkürlich im KP Dom ohne Gerichtsverfahren festgehalten, und die Vernehmungen wurden von der Militär- und Zivilpolizei im Verwaltungsgebäude der Institution durchgeführt. Während dieses Prozesses blieben die Gefangenen unter unmenschlichen Bedingungen im KP Dom inhaftiert und während der Verhöre wurde eine Anzahl von Gefangenen im Verwaltungsgebäude und in den Zellen des KP Doms geschlagen und gefoltert. Die Informationen, die während dieser Verhöre und aus anderen Quellen gewonnen wurden, wurden anschließend von den zivilen und militärischen Behörden analysiert, vor allem von den zivilen und militärischen Kommandos, einschließlich des Krisenstabs und der Taktischen Gruppe Foča. Die zweite Phase bestand in der tatsächlichen Umsetzung der Entscheidungen dieser Behörden, bei denen die Häftlinge systematisch im KP Dom ermordet, zwangsweise aus dem KP Dom verschwinden gelassen oder deportiert und zwangsweise aus dem Gebiet Foča an andere Orte verbracht wurden. Während ihrer gesamten Haft wurden die Häftlinge im KP Dom unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und als Strafe oder nur aus diskriminierenden Gründen im Rahmen dieser unmenschlichen Umgebung geschlagen; einige Häftlinge wurden versklavt und gezwungen, im und um das KP Dom herum zu arbeiten. All diese Verbrechen wurden in der Absicht begangen, die Häftlinge aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu diskriminieren, und die Häftlinge wurden auf dieser Grundlage tatsächlich diskriminiert.

Dementsprechend sah das gemeinsame Ziel des Systems der Verfolgung jede Art von Straftaten vor, die in den Anklagepunkten 1 bis 5 des Urteils beschrieben sind. Oder im Sprachgebrauch der Rechtsprechung zur systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmungen gab es ein organisiertes System der Misshandlung von Gefangenen und der Begehung der Verbrechenformen, die in den Anklagepunkten 1 bis 5 des Urteils niedergelegt sind.

i. „Erste Phase“: Inhaftierung; Vernehmung und Kategorisierung

Die erste Phase, die im Allgemeinen von April bis Ende Juni 1992 dauerte, war ein Prozess der Sammlung von Informationen, die durch eine systematische Vernehmung unrechtmäßig inhaftierter Nichtserben durch die Zivil- und Militärpolizei im Komplex des KP Dom gekennzeichnet war. Die Kammer hat in Punkt 3 des Urteils festgestellt, dass den Gefangenen die Freiheit willkürlich durch zivile und militärische Polizei und paramilitärische Formationen entzogen worden war und dass die fortgesetzte Inhaftierung der Gefangenen im KP Dom die Aufrechterhaltung dieses willkürlichen Freiheitsentzugs darstellte. Die systematische Vernehmung der Nichtserben folgte sofort nach ihrer Inhaftierung. Wie aus den Aussagen der Zeugen festgestellt werden konnte, war es der Zweck dieser Vernehmungen, Informationen über die Aktivitäten und die Persönlichkeit der Häftlinge vor dem Konflikt und Informationen über den Widerstand der nichtserbischen Bevölkerung in Foča zu finden. Konkret dienten die Verhöre dazu, den serbischen zivilen und militärischen Behörden zu ermöglichen festzustellen, welche Häftlinge für die Entstehung der serbischen Vorherrschaft in Foča am gefährlichsten waren, und um andere Quellen des Widerstands zu identifizieren.

Erste oder allgemeine Verhöre, die von der Zivilpolizei und Beamten des Innenministeriums durchgeführt wurden, begannen fast unmittelbar nach der Eröffnung des KP Dom, wie dies durch die

Aussagen von Zeugen E, FWS 86, FWS 182, FWS 210 und FWS 250 und die materiellen Beweise nachgewiesen wurde, die weiter unten im Text dargelegt werden. Alle diese „zivilen“ Verhöre wurden in ähnlicher Weise durchgeführt und fast jeder Gefangene wurde von der Zivilpolizei verhört. Die Häftlinge, die verhört werden sollten, wurden von einer Wache aus ihrem Zimmer aufgerufen – zunächst von einer Militärwache, später aber, nachdem sie Ende April die Pflichten übernommen hatten, von einer zivilen Wache des KP Dom. Es ist wichtig, wie in der Aussage des Angeklagten festgestellt, dass die Wachen die Häftlinge, die verhört werden sollten, aufgrund von Listen auswählten, die der Vernehmungsbeamte dem diensthabenden Offizier des KP Dom vorlegte. Danach trug der diensthabende Offizier des KP Dom einer Wache des KP Dom auf, die Häftlinge aus der Liste in die Verhörräume zu bringen. Wie durch die Beweistücke P-26 und O-1-9 belegt, durften nur bestimmte Personen die Häftlinge vernehmen, nämlich Personen, die von der Taktischen Gruppe Foča gemäß der Anordnung P-26, die im Besitz des diensthabenden Offiziers von KP Dom war, benannt worden waren. Dann trug der diensthabende Offizier einer Wache des KP Dom auf, die Gefangenen aus der Liste in das Verwaltungsgebäude des KP Dom zu bringen, wo eine Reihe von Räumen zur Vernehmung genutzt wurde. Die zivile Vernehmung wurde von einem der mindestens drei zivilen Polizeibeamten durchgeführt, die von den Zeugen namentlich identifiziert worden sind, einschließlich der Zeugen „FWS 86“, „FWS 111“, „FWS 115“, „FWS 182“, „FWS 210“, „D“, „E“ und Ekrem Zeković.

Die konkreten Fragen, die während dieser Vernehmungen gestellt wurden, zeigen den Zweck der Vernehmung. Wie zahlreiche Zeugen aussagten, darunter die Zeugen „C“, „D“, „E“, „FWS 86“ und „FWS 115“, wurden die Häftlinge gefragt, ob sie Mitglieder der SDA seien und ob sie Waffen besäßen oder wüssten, wer Waffen besitzt; einigen Gefangenen wurden auch konkrete Fragen zu Familienangehörigen und Freunden oder zu ihren Aktivitäten und ihrem Verhalten vor dem Konflikt gestellt. Zum Beispiel wurde dem Zeugen FWS 82 gesagt, dass er ein guter Mann sei, aber dass es bekannt sei, dass er sein Eigentum an einen Extremisten vermietet hätte, und sie fragten ihn nach seinem Bruder und nach den Söhnen seines Bruders, von denen einer, wie ihm gesagt wurde, eine Maschinenpistole hätte. Ähnlich sagte der Zeuge „FWS 111“ aus, dass er bei seiner ersten Vernehmung nach seinen Bewegungen vor dem Ausbruch des Konflikts gefragt wurde, dass es aber so ausgesehen hätte, als wäre der Vernehmungsbeamte über seine Aktivitäten bereits gut informiert gewesen. Kurz darauf wurde er zu einem zweiten Verhör gerufen und gebeten etwas zu erklären, was die Polizei als verdächtiges Foto von ihm mit einer Gruppe anderer Personen betrachtete, von dem er glaubt, dass sie es bei der Durchsuchung seiner Wohnung gefunden hatten. In vielen Fällen wurden die Gefangenen aufgefordert, eine Erklärung über die Informationen zu unterschreiben, die ihnen gegeben worden waren, und die, die sie während des Verhörs gegeben hatten. Die Zeugen sagten aus, dass sie bei diesen zivilen Verhören nicht körperlich verletzt wurden und dass die Vernehmungsbeamten sie nicht grob behandelten.

Die schriftlichen Beweise, die von der Verteidigung des Angeklagten Todović vorgelegt wurden, insbesondere Beweistücke Nr. O-II-07 und O-II-11, zeigen auch den Zweck der durchgeführten Vernehmungen. Das Beweisstück O-II-07 ist ein Bericht vom 1. Mai 1992 über die Vernehmungen von dreizehn Häftlingen, die an diesem Tag im KP Dom durchgeführt wurden. Im Bericht wurde angegeben, dass die Vernehmungsbeamten eine Liste von Personen zusammentrugen, die Waffen hatten oder von ihrer Partei erhalten hatten und die auf der Flucht waren, einschließlich der Namen der Kommandanten für die Gebiete Jošanica und Čohodor Mahala. Der Bericht besagt auch, dass die Vernehmungsbeamten erfahren hatten, dass sich zwei Personen in einer bestimmten Wohnung in Foča aufhielten. Beweisstück O-II-11 ist eine Sammlung von sieben schriftlichen Äußerungen von

Gefangenen im KP Dom, die auf die Zeit zwischen dem 20. April 1992 und dem 6. Juli 1992 datiert sind. Diese sieben Aussagen decken nahezu identische Themen ab: die Aktivitäten der Häftlinge vor ihrer Festnahme und Inhaftierung; ob die Häftlinge Mitglied einer politischen Partei oder militärischen Formation waren, ob die Gefangenen eine Waffe besaßen; ob den Häftlingen eine Waffe angeboten worden war oder sie eine erworben hatten, insbesondere von einer politischen Partei; ob die Häftlinge von anderen Personen wussten, die Waffen besaßen; ob die Häftlinge von anderen Personen wussten, die in den politischen Parteien insbesondere bei der Bewaffnung von militärischen Einheiten aktiv waren; alle Kenntnisse, die die Häftlinge von den Aktivitäten der politischen Parteien hatten. Die Aussage von Elvedin Čedić ist besonders informativ und aufschlussreich, da ausführlich auf eine große Anzahl von Personen eingegangen wird, denen im Rahmen der Bewaffnung vor dem Konflikt Waffen zur Verfügung gestellt worden war, sowie die konkreten Waffen, die diesen Personen gegeben worden waren. Die Kammer stellt auch fest, dass diese Aussagen alle die Pro-Forma-Behauptung enthalten, dass die Person, die die Aussage abgegeben hat, korrekt behandelt wurde. Abschließend stellt die Kammer fest, dass die Vernehmungsbeamten in den Aussagen als „ermächtigte Beamte der Polizeistation“ und als „Vertreter des militärischen Kommandos“ bezeichnet wurden.

Nach Abschluss des Verhörs wurden die Häftlinge dann von den Wachen des KP Dom in einen von mehreren Räumen im KP Dom gebracht, die früher zur Unterbringung rechtmäßig verurteilter Personen genutzt worden waren, manchmal in einen anderen Raum als sie zuvor gewesen waren. Manchmal brachten die Wachen des KP Doms die Gefangenen nach den Anweisungen eines zivilen Vernehmungsbeamten in Zellen, die als „Einzelzellen“ bezeichnet wurden, aber oft viele andere Gefangene unter erbärmlichen Haftbedingungen enthielten. Obwohl die Kammer die konkrete Organisation von Raumzuweisungen nicht aufschlüsseln konnte, hauptsächlich weil die Zeugen, überlebende Opfer, in ähnlichen Räumen untergebracht waren und nichts über die Häftlinge, die nicht überlebt haben, und deren Zimmerzuweisungen aussagen konnten, ist die Kammer jedoch davon überzeugt, dass durch die Beweise nachgewiesen ist, dass es bei den Raumzuweisungen eine Regelung gab, die sich auf Entscheidungen bezog, die das Schicksal von Häftlingen betrafen, insbesondere die Art der Verbrechen, die gegen sie [die Häftlinge] verübt werden sollten. Besonders im Hinblick auf die großen Gruppen von Häftlingen, die zunächst kurz nach der Eröffnung des KP Dom in die Sammellager der TO⁶⁹ in „Livade“ und ins „Haus von Šandal“ gebracht worden waren. Sie wurden zunächst zusammen mit anderen Häftlingen in großen Räumen, wie Schlafsälen, untergebracht. Wenn Gefangene zum Verhör gebracht wurden, wurden sie oft nach ihrer Vernehmung in anderen Räumlichkeiten untergebracht, obwohl einige Zeugen aussagten, dass sie zu ihren ursprünglichen Räumlichkeiten zurückgebracht wurden. Die Kammer konnte aus den Beweismitteln nicht die genaue Art dieser Anordnung entschlüsseln, ist aber davon überzeugt, dass eine Anordnung existierte und dass sie ein integraler Bestandteil des kriminellen Systems war, das im KP Dom in Kraft war.

Weitgehend parallel zu dieser zivilen Vernehmung der nichtserbischen Häftlinge fanden auch im Verwaltungsgebäude des KP Dom andere Verhöre statt, die von Militärpolizei und Militär durchgeführt wurden. Es scheint, dass auch die zivilen Vernehmungsbeamten an diesen erzwungenen Vernehmungen teilgenommen haben. Diese Vernehmungen waren sehr unterschiedlicher Art. Viele Zeugen beschrieben, dass sie, obwohl sie während der Vernehmung nicht misshandelt wurden, während der Vernehmung Geräusche von Gewalt und Schreie aus anderen

⁶⁹ Anmerkung des Übersetzers: „TO“ meint „Territoriale Verteidigung“.

Räumlichkeiten im Verwaltungsgebäude hören konnten. Zum Beispiel beschrieb der Zeuge „FWS 82“, wie er während seiner Vernehmung durch die Zivilpolizisten Stöhnen und Stimmen hören konnte, die aus anderen nahegelegenen Räumen „Bekenne“ schrien. Die Zeugen schilderten auch, dass einige Häftlinge mehrmals verhört wurden und dass die Häftlinge, die von diesen Vernehmungen zurückkehrten, fast immer in irgendeiner Weise verletzt waren; einige Personen, die während der Vernehmung misshandelt worden waren, wurden sofort in ihre Räumlichkeiten zurückgebracht, während andere zuerst in Einzelzellen untergebracht wurden, später zurückgebracht oder überhaupt nicht mehr zurückgebracht wurden.

Die Beweise zeigen, dass es sich bei den Gefangenen, die der erzwungenen Vernehmung ausgesetzt waren, um diejenigen Häftlinge handelte, deren vorherige Antworten für diejenigen, die sie in Gefangenschaft festhielten, nicht akzeptabel waren. Die erzwungenen Vernehmungen, die laut der Beweise größtenteils, aber wahrscheinlich nicht ausschließlich, von der Armee und Militärpolizei durchgeführt wurden, betrafen diejenigen, die verdächtigt wurden, Mitglieder der SDA zu sein, diejenigen, die verdächtigt wurden, Waffen zu besitzen, diejenigen, deren Aktivitäten vor dem Konflikt den Verdacht aufkommen ließen, dass sie bosnische oder kroatische Anhänger oder Aktivisten sind, und diejenigen, von denen man glaubte, dass sie Informationen über andere hätten, die verdächtigt wurden, bewaffnet, Mitglieder der SDA oder Sympathisanten zu sein.

Insbesondere die Aussage des Zeugen „FWS 03“ verdeutlichte Zweck und Durchführung dieser Vernehmungen. Der Zeuge „FWS 03“ wurde von der Militärpolizei in seiner Wohnung verhaftet. Ihm wurde gesagt, dass er mitkommen müsse, um einige Fragen zu beantworten, und dann wurde er zum KP Dom gebracht. Unmittelbar nach seiner Ankunft wurde er in den Vernehmungsraum des Verwaltungsgebäudes KP Dom gebracht, um von der Militärpolizei befragt zu werden. Auf dem Boden in diesem Raum lag schwer geschlagen... Š.H. Ein Militärpolizist schlug den Zeugen „FWS 03“ und sagte ihm, dass er zugeben solle, dass er Mitglied der SDA sei. Als „FWS 03“ dies nicht zugeben wollte, wurde ein anderer Bosniake, H.D., in den Raum gebracht. H.D. war bereits misshandelt worden; laut des Zeugen „FWS 113“ war H.D. auf dem Weg zum KP Dom geschlagen worden. Ein Militärpolizist fragte H.D., ob der Zeuge „FWS 03“ Aktivist ... sei, und H.D. antwortete, dass er dies sei. Der Militärpolizist begann dann, H.D. wieder zu schlagen, und er sagte zu ihm, dass er lügen würde. Der Zeuge „FWS 03“ und H.D. wurden dann zu den Einzelzellen gebracht, wo sie zwei andere Bosniaken vorfanden. Der Zeuge „FWS 03“ wurde am nächsten Tag in ein anderes Zimmer verlegt.

Auch die Aussage des Zeugen „FWS 119“ hatte einen besonderen Beweiswert. Der Zeuge „FWS 119“ sagte aus, dass er von drei Personen verhört worden war, darunter zwei Zivilpolizisten, die auch andere Zeugen erwähnten. Dem Zeugen „FWS 119“ wurde eine Vielzahl von Fragen gestellt, unter anderem, welche Art von Waffen er hatte, mit wem er sich unterhalten hatte, wie viele bosnische Soldaten dort waren und ähnliche Fragen. Ihm wurde gesagt, dass er während dieser Vernehmung nicht misshandelt werden würde, dass seine Antworten aber an die Armee weitergeleitet würden. Es wurde ihm dann gesagt, dass, wenn die Armee mit seinen Antworten zufrieden wäre, er nicht erneut verhört werden würde, aber wenn sie nicht zufrieden wären, würde er erneut verhört und geschlagen.

Die Kammer beruft sich auch auf die glaubwürdigen Beweise, die in Bezug auf den Anklagepunkt 1b dieses Urteils festgestellt wurden, insbesondere im Zusammenhang mit Schlägen und Folter während der Vernehmungen von Dž. B., S. M. und Nurko Nišić, die in Punkt 1b beschrieben sind. Darüber hinaus sagten mehrere Zeugen, wie FWS 111 und FWS 250, allgemein aus, dass Gefangene aus den Räumen zur Vernehmung gebracht und während dieser Vernehmungen von Militärangehörigen

geschlagen wurden. Schließlich sagte eine Reihe von Zeugen über die Ereignisse aus, die in diesem Zusammenhang weitere starke indirekte Beweise für die erste Phase der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung darstellen. Zum Beispiel, wie in Anklagepunkt 1c angegeben, sagte Ekrem Zeković aus, dass er von einer Wache des KP Dom nach der Vernehmung in die Einzelzelle gebracht wurde, wo er Aziz Šahinović, einen Rizvanović und zwei weitere Personen vorfand, die schwer geschlagen wurden. Zeković wurde später zum Verhör ins KP Dom gebracht, doch der Vernehmungsbeamte sagte, dass er bereits eine Erklärung abgegeben hatte und er wurde in seinen Raum zurückgebracht. In ähnlicher Weise nannte der Zeuge „FWS 86“ zwei weitere Gefangene, Nihad Pašović und Avdo Mehmedspahić, die geschlagen und beschuldigt wurden, Mitglieder der SDA zu sein.

Folterverbrechen und andere unmenschliche Handlungen, die gegen Dž.B., S.M. und Nurko Nišić begangen wurden, wie in Punkt 1b dieses Urteils festgestellt, waren Teil dieser Phase des kriminellen Systems.

Nur nichtserbische Gefangene wurden zum Verhör aufgerufen und während solcher Verhöre geschlagen und gefoltert. Die serbischen Häftlinge, die auch im KP Dom nach rechtmäßigen Verurteilungen und Strafen festgehalten wurden, wurden weder verhört noch wurden sie während der Verhöre geschlagen oder gefoltert. Die Beweise belegen eindeutig, dass die oben beschriebenen Verhöre, Misshandlungen und Folterungen mit der Absicht begangen wurden, die nichtserbischen Häftlinge aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu diskriminieren, und dass diese nichtserbischen Häftlinge tatsächlich auf dieser Basis diskriminiert wurden.

ii. „Die zweite Phase“: Morde, das erzwungene Verschwinden, Deportation und zwangsweise Überführung

Vernehmungen, die mit und ohne körperliche Misshandlung durchgeführt wurden, waren Teil eines Systems der Verfolgung, das das individuelle Schicksal nichtserbischer Gefangener im KP Dom bestimmte. Die „zweite Phase“ entstand aus der ersten Phase und stand in direktem Zusammenhang mit der ersten Phase. Einige Gefangene wurden einfach freigelassen, besonders in den ersten Wochen und Monaten, wie die Beweise zeigen, die im Text weiter unten erörtert werden.⁷⁰ Auf der Grundlage der in der ersten Phase getroffenen Entscheidungen wurde die große Mehrheit der Inhaftierten jedoch verurteilt, nie wieder in ihre Häuser in Foča zurückzukehren, sondern eines von drei Schicksalen zu erleiden: Mord, erzwungenes Verschwinden oder Zwangstransfer/Abschiebung, einschließlich durch (Gefangenen-)Austausch. Diese Ereignisse wurden zuvor in den Punkten 2 und 5 dieses Urteils beschrieben, und die Kammer erinnert an die Fakten und stützt sich auf die glaubwürdigen Beweise, die im Zusammenhang mit diesen Punkten festgestellt wurden. Im Juni und Juli 1992 wurden in den Räumlichkeiten des KP Dom mindestens 18 Häftlinge getötet. Bald danach begann der fortlaufende Prozess des „Austausches“. Die Wachen riefen (in der Regel) eine große Anzahl von Gefangenen aus ihren Räumen auf; und den Gefangenen wurde gesagt, dass dies wegen eines Austausches geschehen würde. Die Wächter des KP Dom eskortierten die Gefangenen zu den Toren des KP Dom, wo sie die Gefangenen an Angehörige der Armee, der Militärpolizei und der Zivilpolizei übergaben; in einigen Fällen begleiteten Mitarbeiter des KP Dom die Häftlinge weiter zu den Orten, wo sie später ausgetauscht werden sollten. Obwohl einige dieser Gefangenen tatsächlich

⁷⁰ Obwohl die Kammer akzeptiert, dass einige nichtserbische Gefangene, die in den ersten Monaten nach der Eröffnung des KP Doms als Haftinstitution für nichtserbische Zivilisten freigelassen wurden, später Opfer von zwangsweisen Umsiedlungen und Deportationen wurden, wurden diese Verbrechen nicht als Teil des Verfolgungssystems, das im KP Dom in Kraft war, geltend gemacht.

ausgetauscht wurden, sind, wie bereits erwähnt, mehr als 200 zwangsweise verschwunden. Sie wurden nicht mehr lebend gesehen und es wurden keine Informationen über ihr Schicksal gegeben, obwohl die sterblichen Überreste von einigen in Massengräbern und an anderen Orten gefunden wurden. Die Häftlinge, die 1992 oder Anfang 1993 nicht ermordet, zwangsweise verschwindengelassen oder vertrieben/deportiert wurden, blieben im KP Dom und warteten auf ihre mögliche Zwangsumsiedlung aus dem Gebiet Foča. Während dieser Zeit waren alle [Gefangenen] unmenschlichen Bedingungen und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt; und einige wurden verklavt.

Die im April, Mai und Juni durchgeführten Verhöre und die anschließenden Morde, das Verschwindenlassen und die Zwangsumsiedlung waren Teil des absichtlichen und organisierten Prozesses, der ein System bildete, in dem die Einrichtung und das Personal des KP Dom eine entscheidende Rolle spielten. Wie bei den Verhören verliefen diese Verbrechen methodisch und organisiert nach festgelegten Verfahren, und jedes Verbrechen umfasste in ähnlicher Weise mehrere Täter, die dem zivilen Personal des KP Dom, der zivilen Polizei, der Militärpolizei, der Armee sowie der zivilen und militärischen Behörden angehörten, die koordiniert arbeiteten, um das gemeinsame Ziel des Systems zu erfüllen. Die Wächter des KP Dom wählten nicht willkürlich aus, welche Gefangenen weggebracht würden. Im Gegenteil, wie bereits in den Punkten 2 und 5 erwähnt, wurde (immer) das gleiche Verfahren angewandt. Ein Wächter des KP Dom kam zu den Häftlingsräumen und rief (Personen mit) Namen auf; in fast allen Fällen trugen die Wächter Listen von Namen mit sich und riefen die Gefangenen auf, die weggebracht werden sollten. Die Kammer ist davon überzeugt, dass diese Listen, wie auch in Fällen von Verhören, vom Militärkommando erstellt, vom Militärpersonal ins KP Dom gebracht und dem diensthabenden Offizier des KP Dom übergeben wurden, der daraufhin Wächter des KP Dom anwies, die Gefangenen, die in der Liste aufgeführt wurden, zum Verwaltungsgebäude zu bringen. Die schriftlichen Beweise, die in diesem Verfahren angenommen wurden, sowie die Aussagen, die die Angeklagten selbst in der Verhandlung abgegeben haben, bestätigen die Aussagen von Zeugen zu diesem Verfahren.

Zum Beispiel sagte der Zeuge „FWS 104“ aus, wie in Punkt 5 festgestellt wurde, dass er am 13. Oktober 1992 zum Austausch weggebracht wurde, das heißt zur gleichen Zeit, als andere Häftlinge aus dem KP Dom zwangsweise verschwanden. Der Zeuge „FWS 104“ sagte aus, dass ein Wärter des KP Dom in sein Zimmer kam, einige Häftlinge aufrief und sie informierte, dass sie ausgetauscht werden sollten. Ungefähr 30 Gefangene wurden dann nach Kalinovik gebracht, von wo aus sie ausgetauscht wurden. Beweisstück O-I-12 ist eine Anordnung der Taktischen Gruppe Foča vom 21. Oktober 1992, in der 30 Häftlinge, darunter „FWS 104“, aus dem KP Dom Foča zum Zwecke des Austauschs weggebracht werden.⁷¹

In ähnlicher Weise wurden, wie bereits in Punkt 5 beschrieben, die Zwangsumsiedlung von Zeuge „D“ und fünf weiteren, von Zeuge „FWS 76“ und drei weiteren, „FWS 119“ und „FWS 115“, aus dem KP

⁷¹ Hinsichtlich der folgenden Beweisstücke erkennt die Kammer an, dass die Beweisstücke in den meisten Fällen das Datum tragen, nach dem die von Zeugen beschriebenen Ereignisse eingetreten sind. Die Kammer betrachtet die Beweisstücke nicht als die Dokumente oder Listen, die tatsächlich an das KP Dom geliefert und von den KP Dom Wachen benutzt worden sind, ist jedoch der Ansicht, dass die Beweisstücke die tatsächlichen Behauptungen bekräftigen, die die Zeugen in ihren Aussagen über die Existenz von Listen und den vorbedachten Charakter des Prozesses gegeben haben.

Dom auf Befehl der Taktischen Gruppe Foča durchgeführt.⁷² Und diese Zeugen sagten aus, dass ein Wächter des KP Dom zu ihrem Zimmer kam, ihre Namen verlas und ihnen sagte, dass sie ausgetauscht werden sollten. Die Kammer hat auch in Punkt 5 andere Befehle und Dokumente der Taktischen Gruppe, des Korps der Herzegowina und der Zentralkommission der Republika Srpska für den Austausch von Gefangenen identifiziert – d. h. O-I-19, O-I-20, O-I-23, O-I-31, O-I-39 und O-I-41 (a) (b), die sich auf die Überstellung von Häftlingen aus dem KP Dom an andere Orte zum Zweck des Austauschs beziehen.

Beweisstück O-I-48 hat einen besonderen Beweiswert. Wie bereits erwähnt, enthält dieses Dokument die Namen von 35 Gefangenen, die im Dokument als Kriegsgefangene bezeichnet und aus dem KP Dom entlassen wurden, weil sie keine Verbrechen gegen das serbische Volk begangen hatten. Der Befehl war mit Datum vom 18. September 1992 versehen und vom Kommandanten der Taktischen Gruppe Foča unterzeichnet. Die Analyse dieses Befehls zeigt, dass es sich bei den aufgelisteten Personen um Personen handelte, für die die Kammer festgestellt hat, dass sie verschwunden sind, nachdem sie weggebracht wurden, um Pflaumen zu pflücken. Die Zeugen sagten auch über diesen Vorfall aus, dass die Wächter des KP Dom zuerst Freiwillige gesucht hatten, dann in die Räume zurückkehrten, die Freiwilligen ignorierten und die Namen der Gefangenen aus der Liste verlasen. Der Angeklagte Rašević sagte aus, dass Militärpersonal ins KP Dom kam, um diese Personen zu transportieren.

Die schriftlichen Beweise bezüglich der Freilassung einiger Häftlinge sind auch für die Feststellung des systemischen JCE relevant, da dies ein weiterer Beweis für den systemischen und organisierten Charakter der Ereignisse im KP Dom ist. Diese Freilassungen sowie die Tötungen, das erzwungene Verschwindenlassen und die Zwangsumsiedlungen und Deportationen, die als Straftaten festgestellt wurden, stellen das endgültige Wegbringen von Gefangenen dar, das aus der ersten Phase der Inhaftierung, Vernehmung und manchmal auch Folter folgte. Dementsprechend stellt die Kammer fest, dass Befehle zur Freilassung von Häftlingen aus dem KP Dom – zum Beispiel O-I-15, O-I-16, O-I-17, O-I-18, O-I-21, O-I-22, O-I-26, O-I-46 und O-I-47 von der Taktischen Gruppe Foča, dem Krisenstab Foča und der Kriegspräsidenschaft verfasst und von Vertretern der zivilen und militärischen Behörden unterzeichnet wurden. Der Angeklagte Rašević gab in seiner Aussage an, dass diese Befehle an das KP Dom weitergeleitet wurden und dass die Beamten des KP Dom forderten, dass diese Befehle vorgelegt (getroffen) würden, bevor sie einen der rechtswidrig inhaftierten nichtserbischen Gefangenen freilassen würden.

Darüber hinaus betont die Kammer die bloße Anzahl der begangenen Verbrechen und Opfer. Die Kammer hat bereits festgestellt, dass zwischen dem Juni 1992 und dem März 1993 mehr als 200 Gefangene aus dem KP Dom erzwungenermaßen verschwunden sind. Die Kammer stellte auch fest, dass von Juli 1993 bis Oktober 1994 mindestens 140 Inhaftierte aus Foča in Hafteinrichtungen in Kalinovik, Rudo und Kula überführt wurden, während im August 1992 35 Häftlinge von Foča nach Montenegro deportiert wurden. Schließlich wurden mindestens 18 Häftlinge in den Räumlichkeiten des KP Dom in kurzer Zeit und unter ähnlichen Umständen ermordet, unter anderem durch schwere Schläge, Folterungen und (anschließender) Beseitigung der Körper. Die Begehung so vieler Verbrechen, die eine große Zahl von Opfern beinhaltete, erforderte mit Sicherheit die Organisation

⁷² In diesen Dokumenten wird die Taktische Gruppe Foča unterschiedlich bezeichnet: als Taktische Gruppe Foča, Taktische Gruppe Drina und 11. HPBR. Es wurde klargestellt, dass sich diese verschiedenen Namen auf ein und dieselbe Einheit, die Taktische Gruppe Foča, beziehen.

und Koordination, die in den schriftlichen Beweisen und Aussagen der Zeugen detailliert dargelegt ist.

Morddelikte, Zwangsumsiedlungen, Deportation und das erzwungene Verschwindenlassen, wie in den Punkten 2 und 5 dieses Urteils dargelegt, wurden im Rahmen dieser Phase des kriminellen Systems begangen, einschließlich insbesondere:

- 1) Die Tötung von 18 Gefangenen, wie in Punkt 2 des Urteils dargelegt wurde.
- 2) Die Deportation von 35 Häftlingen nach Montenegro im August 1992 und die Zwangsumsiedlung aus Foča von etwa 80 Häftlingen im Juli 1993 bis Oktober 1994 und von etwa 60 Häftlingen im Oktober 1994, wie in Punkt 5 des Urteils festgestellt wurde.
- 3) Das erzwungene Verschwindenlassen von mindestens 200 Häftlingen zwischen dem Juni 1992 und dem März 1993, darunter das erzwungene Verschwindenlassen von 20 Häftlingen im August 1992 und das erzwungene Verschwindenlassen von 35 Häftlingen am 17. September 1992. Jahr, wie in Punkt 5 des Urteils festgestellt wurde.

Die Beweise zeigen eindeutig, dass diese Morde, das erzwungene Verschwindenlassen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen nur gegen nichtserbische Gefangene begangen wurden. Die serbischen Häftlinge wurden nicht im KP Dom ermordet. Die serbischen Häftlinge wurden von KP-Dom-Wachen nicht aus ihren Räumen geholt, um sie der Polizei oder der Armee am Tor des KP Doms zu übergeben. Die serbischen Häftlinge verschwanden nicht aus dem KP Dom, um nie wieder gesehen zu werden oder in der Form, dass man von ihnen nie wieder hört. Serbische Häftlinge wurden nicht zwangsweise in andere Gefängnisse verlegt oder in andere Staaten oder Orte deportiert, mit der Absicht, dass sie niemals in ihre Häuser zurückkehren sollten. Nur nichtserbische Gefangene erlitten diese Schicksale. Nur nichtserbische Gefangene waren diesen Verbrechen ausgesetzt. Die Kammer kommt daher zu dem Schluss, dass diese Straftaten mit der Absicht begangen wurden, die nichtserbischen Häftlinge aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu diskriminieren, und dass die nichtserbischen Häftlinge auf dieser Basis tatsächlich diskriminiert wurden.

iii. Inhaftierung, unmenschliche Bedingungen und Versklavung

In den Punkten 3 und 4 des Urteils hat die Kammer detailliert ihre sachlichen und rechtlichen Feststellungen bezüglich der illegalen Inhaftierung nichtserbischer Zivilisten, der unmenschlichen Haftbedingungen, unter denen die Häftlinge im KP Dom festgehalten wurden, und der Versklavung bestimmter Häftlinge durch Zwangsarbeit im Zeitraum von April 1992 bis Oktober 1994 dargelegt. Wie beschrieben, herrschten unmenschliche Bedingungen. Sie waren charakteristisch für das KP Dom. Den Häftlingen wurde (nur) eine solche Menge an Nahrung gegeben, die zum Verhungern führte und die offensichtlich unzureichend war, und sie wurden ständig in überfüllten und verschlossenen Zellen gehalten, isoliert von (ihren) Familien, voneinander und der Außenwelt, und hart bestraft, wenn Versuche unternommen wurden, diese Isolation zu mildern. Im Winter 1992-1993 wurden die Häftlinge in Räumen ohne Heizung und in einigen Fällen ohne Fenster starken winterlichen Temperaturen ausgesetzt, und ihnen wurde absichtlich jede Möglichkeit genommen, sich warm zu halten und ihr Leiden zu lindern. Die hygienischen Bedingungen im KP Dom waren äußerst schlecht, und den Häftlingen wurden die notwendigen Mittel vorenthalten, um eine angemessene Hygiene zu gewährleisten, einschließlich Duschen, Seife, Zahnpasta, Kleidung und Bettwäschen. Einige Häftlinge wurden auch für längere Zeit in Einzelzellen eingesperrt.

Die Kammer hat auch detaillierte Beweise dargelegt, die ihre Schlussfolgerung bekräftigen, dass Wächter im KP Dom willkürliche Bestrafungen von Gefangenen durchgeführt haben. Wie beschrieben wurde, wurden Gefangene wegen irgendwelcher Versuche, ihre (Haft-)Bedingungen zu lindern oder zu verbessern, willkürlich bestraft, indem sie beispielsweise Winterkleidung aus Decken nähten, Wasser aufheizten, Zigarettenstummel vom Gefängnishof aufhoben, Brennesseln für „Tee“ sammelten, weggeworfene Essensreste von den Mitarbeitern und serbischen Gefangenen nahmen oder versuchten, sich gegenseitig zu kontaktieren. Diese Strafen beinhalteten die Einzelzelle und Prügel durch die Wächter des KP Dom. Die Kammer ist der Auffassung, dass die Prügel und die Folter von Ekrem Zeković, wie in Punkt 1c dargelegt, und die Prügel von Zeugen „FWS 71“, wie in Punkt 1b dargelegt, obwohl [diese Ereignisse] in verschiedenen Punkten des Urteils detailliert ausgeführt werden, im Zusammenhang mit und als Teil der Bestrafungen betrachtet werden sollten, die detailliert in Punkt 3 beschrieben wurden. Diese Bestrafungen wurden von denselben Personen durchgeführt, d. h. den Wächtern des KP Dom, und es wurden die gleichen Methoden der Bestrafung angewandt, einschließlich Prügel und Inhaftierung in Einzelzellen. Auch wurde die Bestrafung aus dem gleichen Grund, nämlich wegen „Verstoßen“ gegen die Gefängnisregeln, in ähnlicher Weise durchgeführt.

Wie auch durch die in Punkt 4 dieses Urteils angeführten Beweise belegt wurde, wurden einige Häftlinge versklavt und genötigt, monatelang während ihrer Haft Zwangsarbeit zu verrichten. Die Kammer wiederholt auch ihre Schlussfolgerung, dass die Zeugen „FWS 109“, „FWS 141“ und „KG“, während sie im KP Dom festgehalten wurden, durch die Wächter des KP Dom zum Tor des KP Dom gebracht und den Angehörigen der Armee und Militärpolizei übergeben und [von diesen] als menschlicher Schutzschild benutzt wurden.

Die Verbrechen der rechtswidrigen Inhaftierung und anderer unmenschlicher Handlungen, die gegen mindestens 700 nichtserbische Gefangene begangen wurden, wie sie in Punkt 3 dieses Urteils festgelegt sind, sowie die spezifischen Verbrechen der sonstigen unmenschlichen Handlungen und Folter, die gegen den Zeugen „FWS 71“ und Ekrem Zeković aus den Punkten 1b und 1c dieses Urteils begangen wurden, waren Teil des kriminellen Systems. In ähnlicher Weise umfasste das kriminelle System die Versklavung von Gefangenen, die gezwungen wurden, innerhalb und außerhalb des KP Dom zu arbeiten, wie in den Punkten 4a und 4b dieses Urteils festgelegt, und das in seinen Tatmitteln vergleichbare Verbrechen der sonstigen unmenschlichen Handlungen, die gegen die Zeugen „FWS 141“, „FWS 109“ und „KG“ begangen wurden, indem diese Gefangenen als menschliche Schutzschilde genutzt wurden, um serbische Konvois gegen Landminen zu schützen.

Aus den in den Punkten 3 und 4 des Urteils festgestellten Tatsachen ergibt sich deutlich, dass nur die nichtserbischen Gefangenen unter unmenschlichen Lebensbedingungen rechtswidrig eingesperrt, versklavt und als menschliche Schutzschilde genutzt wurden. Die Kammer erwähnt insbesondere, dass serbische Häftlinge zwar inhaftiert wurden, dass ihrer Inhaftierung jedoch ein rechtliches Verfahren vorausging und dass, obwohl sie auch zur Arbeit gezwungen wurden, sie nicht als Sklaven behandelt wurden, eben weil Zwangsarbeit keinen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt, wenn sie rechtmäßig verurteilten Personen auferlegt wird. Dementsprechend kommt die Kammer zu dem Schluss, dass diese Verbrechen mit der Absicht begangen wurden, die nichtserbischen Gefangenen zu diskriminieren, und dass die nichtserbischen Häftlinge auf dieser Grundlage tatsächlich diskriminiert wurden.

3. Gesetzliche Elemente der Verantwortlichkeit für eine gemeinsame kriminelle Unternehmung

a. Systemische kriminelle Unternehmung

i. Actus reus: Personenmerheit

Um eine gemeinsame kriminelle Unternehmung zu haben, ist selbstverständlich mehr als eine Person erforderlich. Es ist jedoch keine besondere Form der Organisation erforderlich, und auch ist es nicht notwendig, die Unternehmung auf die Mitgliedschaft in einer oder in irgendeiner anderen Organisation zu beschränken. Mehrere Personen aus verschiedenen Organisationen können sich zusammenschließen, um ein kriminelles System zu formen. Im Fall *Konzentrationslager Mauthausen* waren die Personen, die das System bildeten, Mitglieder der SS aus verschiedenen Divisionen, Wachen und Zivilisten und sogar Häftlinge, die an der Durchführung des Systems beteiligt waren.⁷³ Die Strafkammer im Fall *Kvočka* stellte fest, dass die Personen im Gefangenenlager Omarska, die an der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung beteiligt waren, externe Ermittler, interne Wächter, Mitarbeiter der Mine, auf deren Grundstück das Lager lag, Mitglieder des örtlichen Krisenzentrums, besondere externe Sicherheitseinheiten und Mitglieder der Territorialverteidigung waren.⁷⁴ Obwohl die Haupttäter, d. h. diejenigen, die tatsächlich die zugrunde liegenden Straftaten begangen haben, so genau wie möglich identifiziert werden müssen, wäre es unrealistisch und unfair in dem Fall, dass nicht alle Mittäter in demselben Verfahren vor Gericht gestellt werden können, jede Einzelperson identifizieren zu müssen, die am System beteiligt war.⁷⁵

Der Erfolg einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung erforderte die Beteiligung mehrerer Personen, die zusammenarbeiten, um das Verfolgungssystem durchzusetzen. Jede Gruppe von Protagonisten erhielt separate Rollen und übte separate Funktionen aus. Im Allgemeinen waren die zivilen und militärischen Behörden in Foča, einschließlich des Krisenstabs, der Kriegspräsidenschaft und der Taktischen Gruppe, für die Befragung, die Bestimmung der Schicksale der einzelnen Häftlinge und die Erteilung von Befehlen zur Umsetzung dieser Entscheidungen verantwortlich. Diese Befehle wurden dann an das KP Dom übermittelt. Das Personal des KP Dom hatte die tägliche Kontrolle über die Gefangenen, ohne die die Gefangenen nicht rechtswidrig inhaftiert oder anderen Teilnehmern des gemeinsamen kriminellen Unternehmens verfügbar gemacht hätten werden können. Die Wächter des KP Dom holten Gefangene nach den bereitgestellten Listen aus ihren Räumen ab und übergaben sie verschiedenen Personen, einschließlich Zivilpolizisten, Militärpolizisten und Militärangehörigen. Diese Protagonisten setzten dann die Entscheidungen der zivilen und militärischen Behörden um, indem sie die in den Punkten 1 bis 5 des Urteils festgelegten Verbrechen begingen. Am entscheidendsten war, dass die Mitarbeiter des KP Dom sowohl Straftaten begingen als auch ermöglichten, dass andere Teilnehmer der gemeinsamen kriminellen Unternehmung Aufgaben erfüllen und Verbrechen verüben (konnten), indem sie sicherstellten, dass die Opfer an einem Ort in demoralisiertem und geschwächtem Zustand den Teilnehmern der gemeinsamen kriminellen Unternehmung immer zugänglich waren, und dass sie physisch oder psychisch unfähig waren, sich gegen die Begehung der Verbrechen zur Wehr zu setzen.

Es ist unbestreitbar, dass das militärische und zivile Kommando und andere [Personen] außerhalb des KP Doms aktiv an der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung beteiligt waren.

⁷³ Fall Konzentrationslager Mauthausen, S. 15.

⁷⁴ *Kvočka* Trial Judgment.

⁷⁵ *Krnjelac* Appeal Judgment, para 116.

Diese Tatsache mindert nicht die Verantwortlichkeit des Personals des KP Dom für die Beteiligung an der Durchführung und Aufrechterhaltung der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, in deren Rahmen diese Verbrechen begangen wurden. Nach der Legaldefinition muss die systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung mehrere Personen involvieren, die jeweils zum System und damit zur Begehung von Verbrechen beitragen, auch wenn sie nicht unmittelbar am *actus reus* einzelner Verbrechen beteiligt sind. Die gemeinsame kriminelle Unternehmung, wie sie definiert wurde, hätte nicht ohne die „anderen“ funktionieren können, die zusammen mit den Mitarbeitern von KP Dom die Mehrzahl der Täter bildeten. Eine Verteidigung dahingehend, dass die Angeklagten nicht persönlich an allen Aktivitäten beteiligt waren und nicht alle Verbrechen (eigenhändig) begangen haben, die zur Erfüllung des gemeinsamen Ziels des gemeinsamen kriminellen Unternehmens notwendig sind, ist nicht zulässig. Es reicht aus, dass die Rollen, die [die Angeklagten] spielten, zum *actus reus* einiger Verbrechen beigetragen haben und entscheidend zum gesamten kriminellen Zweck der gemeinsamen kriminellen Unternehmung beigetragen haben

ii. Actus reus: Der gemeinsame kriminelle Zweck

In einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung besteht das Ziel des Systems darin, „Verbrechen zu begehen, die ... als allen Täter jenseits vernünftiger Zweifel gemeinsam betrachtet werden können.“⁷⁶ Es besteht keine Notwendigkeit, eine explizite Vereinbarung zu den Verbrechen zu beweisen, die durch das System begangen werden, und das Ziel kann sich mit oder ohne formelle Planung entwickeln.⁷⁷ In Ermangelung eines Nachweises für eine förmliche Vereinbarung oder eines Plans müssen jedoch ausreichende Beweise vorliegen, um einen Tatrichter zweifelsfrei von der Tatsache zu überzeugen, dass es einen gemeinsamen kriminellen Zweck gibt.⁷⁸ Diese Schlussfolgerung kann sich auf den Beweis stützen, dass die Teilnehmer übereinstimmend oder im Zusammenhang miteinander agierten, im repetitiven Charakter von Straftaten ähnlicher Art und in der wahrnehmbaren Begehung von Straftaten.

Die Beweise zeigen eine bedeutende Organisation und Koordination bei der Begehung aller Verbrechen, die die Kammer als Teil des oben diskutierten kriminellen Systems festgestellt hat. Es wurde allgemein immer dasselbe Verfahren angewandt, in dem Befehle und Listen der zivilen und militärischen Behörden in Foča ins KP Dom gebracht wurden, auf deren Grundlage die Wächter des KP Doms die Häftlinge aus ihren Räumen herausholten und sie der Zivil- und Militärpolizei und dem Militärpersonal im Verwaltungsgebäude des KP Dom oder am Tor des KP Dom übergaben. Weder die Polizei noch das Militär haben Häftlinge aus ihren Räumen geholt, und die Wächter der KP Dom haben nicht aus eigener Initiative gehandelt. Vielmehr waren klare und formale Verfahren vorhanden, in denen die Rollen und Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen Akteuren aufgeteilt wurden, und diese Verfahren wurden konsequent und einheitlich befolgt.

Die koordinierte Begehung wiederholter Verbrechen durch eine Vielzahl von Akteuren über einen längeren Zeitraum hinweg kann ausreichender Beweis sein, um die Existenz einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung zur Begehung dieser Verbrechen zu belegen. Insbesondere wird durch mittelbare und unmittelbare Beweise ein gemeinsames Ziel festgelegt, dass das KP Dom

⁷⁶ *Krnojelac* Appeal Judgment, para. 120.

⁷⁷ *Kvočka* Appeal Judgment, para. 117; *Krnojelac* Appeal Judgment, paras. 95-97.

⁷⁸ Es gab kein solches Dilemma in den Prozessen gegen Nazi-Kriegsverbrecher, da der verbrecherische Plan, die gefangenen Menschen zu vernichten, Teil einer dokumentierten Politik war. Siehe beispielsweise den Fall der Vereinigten Staaten gegen Otto Ohlendorf und andere (Fall Einsatzgruppen), Grüne Serie, Buch IV.

als systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung definiert und geschaffen hat, das die Begehung der in den Anklagepunkten 1 bis 5 beschriebenen Verbrechen mit einbezieht.

Bei der Prüfung, ob die in den Anklagepunkten 1 bis 5 festgestellten Verbrechen im Rahmen einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung in Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Ziel begangen wurden, ergibt sich, wenn die Beweise als Ganzes betrachtet werden, unmittelbar eine (ganz) zentrale Tatsache. Kurzum, das KP Dom stellte ein Zentrum der Aktivität oder Kernelement für alles das dar, das die wesentliche gemeinsame Verbindung zwischen all den einzelnen, im Urteil festgestellten Verbrechen war. Unabhängig davon, ob die Verbrechen innerhalb oder außerhalb der Mauern des KP Dom begangen wurden, das KP Dom war eine *conditio sine qua non*, ein unentbehrliches Element. Die Morde, das Verschwindenlassen und die Zwangsumsiedlungen, alle diese Verbrechen wurden im KP Dom begangen und waren abhängig vom Tun und Unterlassen des Personals und der Verwaltung des KP Dom, zu welchen Endpunkten sie auch immer ultimativ hinführten.

Darüber hinaus ist es offensichtlich, dass beabsichtigt wurde, dass das KP Dom als ein solches Verbindungszentrum funktionieren sollte. Er war nämlich nicht nur ein einfaches oder gewöhnliches Gefangenenlager. Der Zweck des KP Dom bestand darin, eine viel umfangreichere Rolle zu spielen, die es (dann) auch (tatsächlich) spielte. Der Verlauf und das Muster der Ereignisse zeigen deutlich die Umrisse der Pläne und Konzepte derer, die das KP Dom in Gang setzten und führten. Die Verbrechen, die im KP Dom geschahen, geschahen weder willkürlich noch zufällig, noch waren sie das Ergebnis individueller Täter, die aus eigener Initiative heraus handelten. Vielmehr waren diese Verbrechen das Ergebnis eines organisierten und überlegten Systems: zuerst kamen die nichtserbische Zivilisten im KP Dom an und Informationen, die aus Verhören gesammelt wurden, flossen heraus; dieser Verlauf kehrte sich dann um, als Befehle und Listen in das KP Dom „flossen“ und Häftlinge begannen, nach draußen zu gehen, um Opfer von Verbrechen zu werden. Die Ausführung weiterer Verbrechen ist daher ein integraler Bestandteil der Rolle des KP Dom als Gefangenenlager. Gefangene wurden nicht nur inhaftiert, sondern sie waren auch in der Erwartung und zur Ausführung weiterer Straftaten inhaftiert.

Wie oben ausführlich erörtert, wurden Befehle und Listen, die die serbischen zivilen und militärischen Behörden erstellt hatten, insbesondere die Taktische Gruppe Foča, wiederholt auf dem Weg eines offiziellen Verfahrens ins KP Dom übermittelt. Im Gegenzug implementierten die Mitarbeiter des KP Dom diese Befehle entsprechend dem offiziellen Verfahren, das in den Anordnungen und Anweisungen der Taktischen Gruppe Foča und von der Verwaltung des KP Dom vorgeschrieben war. Zivilpolizisten kamen ins KP Dom zu Verhören mit Befehlen und Listen. Die Wärter des KP Dom holten die in den Listen genannten Gefangenen aus ihren Räumen und brachten sie für die Verhöre in das Verwaltungsgebäude. Die Militärpolizei kam ins KP Dom, um Folterungen und Morde zu begehen, wobei sie Befehle und Listen bei sich trug; die Wächter des KP Dom holten die in den Listen genannten Häftlinge aus ihren Räumen und brachten sie in das Verwaltungsgebäude, wo sie gefoltert und ermordet werden sollten. Das Militärpersonal kam zum „Austausch“, egal ob real oder angeblich, mit Befehlen und Listen ins KP Dom; die Wächter des KP Dom holten die in den Listen genannten Häftlinge wieder aus ihren Räumen und brachten sie ans Tor des KP Dom, um sie zu übergeben und dann ließ man sie entweder zwangsweise verschwinden oder sie wurden zwangsweise umgesiedelt. Immer wieder wiederholte sich dieses Muster von Ereignissen, wie es beschrieben war in den Verfahrensvorgaben, die durch die offiziellen Anordnungen und Richtlinien der Taktischen Gruppe Foča an das KP Dom und von der Verwaltung des KP Dom an die

Mitarbeiter des KP Dom vorgegeben worden waren. Diese Wiederholung und Organisation zeigt, dass der Zweck des KP Dom darin bestand, als Kern eines kriminellen Systems zu fungieren, das die Begehung jener Arten von Verbrechen beinhaltete, die in den Punkten 1 bis 5 beschrieben wurden, und dass dies auch tatsächlich geschah.

Darüber hinaus waren die Verbrechen selbst systematisch und thematisch miteinander verknüpft, was wiederum die zentrale Rolle des KP Dom betont. Dieses Muster von Verbrechen, die im KP Dom entstanden, spiegelt eine organisierte und systematische Abfolge (von Ereignissen) wider, angefangen von der Inhaftierung über die Schaffung unmenschlicher Bedingungen bis hin zu Schlägen und Folter während der Verhöre, bis hin zur endgültigen Eliminierung durch Mord, Verschwindenlassen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen. Die Verhöre, die unmittelbar nach der Eröffnung des Gefangenenlagers KP Dom begannen, zeigen das gemeinsame Ziel, das hinter diesen Verbrechen stand; die Schläge und die Folterung von Häftlingen während der Verhöre dienten unmittelbar dieser ersten Aufgabe; und die darauffolgenden Verbrechen erfüllten das gemeinsame Ziel. All dies diente dazu, die ethnische Säuberungspolitik abzurunden, die hinter dem ausgedehnten und systematischen Angriff auf die nichtserbische Zivilbevölkerung von Foča stand.

Die Tatsache, dass das KP Dom von Anfang an der Kern einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung war, deren Ziel es war, die Männer nichtserbischer Volkszugehörigkeit in Foča durch Inhaftierung, Klassifizierung und Eliminierung zu verfolgen, wurde durch die Aussagen vieler Zeugen bestätigt. Der Zeuge „FWS 138“ beschrieb ein Gespräch zwischen dem Häftling R.J. und Milorad Krnojelac, der sein Nachbar und ehemaliger Mitarbeiter war. R.J. und Krnojelac unterhielten sich zwei oder dreimal im Büro von Krnojelac, und nach einer solchen Unterhaltung sagte R.J. zu dem Zeugen „FWS 138“, dass Krnojelac ihm gesagt hätte, dass die Gefangenen nichtserbischer Volkszugehörigkeit in vier Gruppen aufgeteilt würden. Laut R.J. beschrieb Krnojelac diese vier Gruppen wie folgt: Eine Gruppe würde im KP Dom bleiben; eine Gruppe würde ausgetauscht werden; eine Gruppe würde auf freies Territorium gehen; und eine Gruppe würde sich dem Militärgericht stellen. Ähnlich sagte der Zeuge „FWS 210“ aus, dass ihm im April 1992 von einem der zivilen Vernehmungsbeamten im KP Dom mitgeteilt worden war, dass die Inhaftierten in drei Gruppen eingeteilt würden. Dem Zeugen „FWS 210“ wurde gesagt, dass er in der ersten Gruppe sei, bei denjenigen, die keine Verbrechen gegen die Republika Srpska begangen hätten, die freigelassen werden würden. Ihm wurde weiter gesagt, dass die zweite Gruppe diejenigen beinhaltete, die Verbrechen begangen hätten, die ins Gefängnis kommen würden, und die dritte Gruppe diejenigen, die schwere Verbrechen begangen hätten, die getötet werden würden. Der Zeuge „FWS 210“ bezog sich speziell auf seine früheren Erfahrungen in seiner Nachbarschaft: Er hatte bereits eine Aussage gemacht, ebenso wie sein Vorgesetzter an seinem Arbeitsplatz, und dann traf das lokale serbische Kommando eine Entscheidung, die auf diesen Aussagen und seinem Ruf in der Gemeinde beruhte.

Unmittelbare Beweise für ein gemeinsames Ziel und für das System im KP Dom, wie es bereits beschrieben wurde, wurden weiter durch zahlreiche andere Beweise bestätigt. Der Zeuge „FWS 182“ sagte aus, dass er vor dem Krieg mit der Person zusammengearbeitet hatte, die ihn verhörte. Als der Zeuge „FWS 182“ zum Verhör ging, sagte dieser Vernehmungsbeamte, dass er keine Fragen stellen müsse, da er den Zeugen kenne und dass der Zeuge in Raum 15 geschickt werden würde, da es der sicherste Raum sei. Dem Zeugen „FWS 182“ wurde gesagt, dass es nur eine kurze Zeit dauern würde und niemand in diesem Raum verletzt werden würde. Ähnlich sagte der Zeuge „FWS 86“, dass er irgendwann im Sommer als ein Gefangener eingestuft wurde, der besser behandelt werden sollte, obwohl er die Gründe dafür nicht kannte. Der Zeuge „FWS 86“ beschrieb auch, wie ihm bei seiner

Ankunft im KP Dom von einem Mitglied des Corps Užice gesagt wurde, dass die „Fundamentalisten“ für Befragungen und Vernehmungen aussortiert würden. Der Zeuge „FWS 83“ lieferte weitere Beweise, indem er von einem Gespräch nach der Flucht von Ekrem Zeković zwischen seinem Vater und dem Angeklagten Todović, die vor dem Krieg befreundet waren, berichtete. Der Zeuge „FWS 83“ beschrieb auch, wie er hoffte, dass die Freundschaft seines Vaters mit Todović ihn ebenfalls schützen würde, aber dass er, kurz nachdem er im KP Dom angekommen war, befürchtete, dass er nicht geschützt war. Er beschrieb einen Vorfall, als er zum Entladen von Mehl gefahren wurde, und der Fahrer ihm sagte, dass, obwohl sein Vater in Sicherheit war, sie wussten, was „FWS 83“ gesagt hatte und dass sie auch wussten, was sein Schicksal sein würde. Schließlich sagte der Zeuge „FWS 85“, dass er auf der Grundlage dessen, was er sah und hörte, zu dem Schluss kam, dass im KP Dom im April, Mai und Juni 1992 ein Ermittlungs- und Sortierungsprozess stattfinden würde und dass es das Ziel der Verhöre war festzustellen, wer im KP Dom bleiben sollte, wer ausgetauscht werden sollte und wer getötet werden sollte.

Die Kammer erkennt an, dass es Unterschiede in den Einzelheiten des gemeinsamen Zwecks des von den Zeugen beschriebenen Systems gibt. Diese Aussagen sind jedoch konsistent in der Beschreibung eines Systems, das auf der Verfolgung nichtserbischer Zivilisten durch rechtswidrige Inhaftierung, auf Kategorisierung nach den Informationen, die durch Vernehmungen erhalten wurden, und auf die dauerhafte Entfernung aus Foča durch die Begehung bestimmter Verbrechen gegen jede Kategorie (von Gefangenen) beruhte. Ferner schließt die Kammer die Möglichkeit nicht aus, dass die genauen Einzelheiten des systemischen kriminellen Zwecks des KP Dom von der ursprünglichen Konzeption bis zur tatsächlichen Umsetzung noch verändert wurden. Wie jedoch festgestellt, war der gemeinsame Zweck, der die spezifischen Verbrechen in den Anklagepunkten 1 bis 5 umfasste, zu dem Zeitpunkt, als diese Verbrechen begangen wurden, in Kraft.

Die unmenschlichen Bedingungen und die Versklavung unterstützten das System und waren untrennbar mit ihm verbunden. Die unmenschlichen Bedingungen dienten dazu, die Inhaftierten zu demoralisieren, zu schwächen und einzuschüchtern und halfen, die Ordnung im KP Dom zu sichern, von Flucht zu entmutigen und die Verhöre, Morde und das Verschwindenlassen zu unterstützen, indem eine Atmosphäre der Angst und Unterwerfung geschaffen wurde. Die unmenschlichen Bedingungen trugen auch dazu bei, dass die Gefangenen nach ihrer Freilassung, Deportation oder Zwangsumsiedlung nicht nach Foča zurückkehrten, indem sie implizit verdeutlichten, dass Nichtserben leiden würden, wenn sie versuchen würden zurückzukehren. Die Versklavung einiger Häftlinge im KP Dom diente vielen dieser Ziele und diente insbesondere dazu, alle möglichen Vorteile zu erlangen, die von den Inhaftierten gewonnen werden konnten, während die Häftlinge noch im KP Dom blieben, im Wesentlichen, um die Arbeit der Häftlinge auszunutzen, um den Bedürfnissen der serbischen zivilen und militärischen Behörden in Foča zu dienen, bevor sie sich der Häftlinge entledigten und sie aus Foča vertrieben.

Die Begehung der in den Anklagepunkten 1 bis 5 des Urteils festgestellten Verbrechen war daher Teil und Beitrag zum gemeinsamen Zweck des KP Dom als systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung. Der „gemeinsame Nenner“ waren die oben genannte Vielzahl von Personen und der hierin beschriebene gemeinsame Zweck, der die tatsächlich begangenen Verbrechen umfasste. Eine engere Definition des gemeinsamen Nenners des Systems würde bedeuten, das Gewicht der Beweise, die die Kammer vor sich hatte, ungerechtfertigt außer Acht zu lassen.

Es ist natürlich unbestreitbar, dass einige Verbrechen außerhalb der Mauern des KP Dom begangen wurden. Das erzwungene Verschwindenlassen von Gefangenen ist nur ein Beispiel. Obwohl der

gemeinsame Zweck eines Lagers als System oft direkt den Verbrechen entspricht, die im Lager selbst begangen werden, ist der gemeinsame Zweck einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung nicht nur ein räumliches Problem. Die Verbrechen, die außerhalb der Mauern des KP Dom begangen wurden, waren charakteristisch für das KP Dom als einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung. Es ist auch möglich, dass einige der im Rahmen der systemischen JCE begangenen Straftaten neben der Förderung des kriminellen Zwecks der JCE auch andere Zwecke verfolgen sollten. Zum Beispiel war Zwangsumsiedlung Teil des kriminellen Zwecks der gemeinsamen kriminellen Unternehmung. Bei der Durchführung der Zwangsumsiedlung ist klar, dass Häftlinge tatsächlich als Verhandlungsschips angesehen wurden, die für den Austausch benutzt werden sollte. Das Beweismaterial zeigt, dass andere Militärkommandos, wie zum Beispiel das Korps der Herzegowina, Anfragen oder Befehle an die Taktische Gruppe Foča richteten, um die Gefangenen aus dem KP Dom für gefangene serbische Soldaten auszutauschen. In ähnlicher Weise wurden, wie zahlreiche Häftlinge aussagten, [die Häftlinge] in anderen Hafteinrichtungen, wie dem KP Dom Kula, festgehalten, bis sie ausgetauscht wurden, in einigen Fällen für viele Monate oder sogar bis zu einem Jahr. Dieser Nebenzweck, der hinter vieler Zwangsumsiedlungen steckte, steht jedoch in vollem Einklang mit dem gemeinsamen Zweck, den die Kammer festgestellt hat. Ob Gefangene speziell im Gefangenen austausch verwendet wurden oder ob sie nur an den Orten außerhalb von Foča freigelassen wurden, das Endergebnis war dasselbe: Die nichtserbischen Häftlinge wurden durch Ausweisung und andere Zwangsmaßnahmen aus ihren Häusern in Foča verfolgt und zwangsweise umgesiedelt.

Ebenso gab es einige Vermutungen, dass das gewaltsame Verschwinden zumindest einiger Gefangener mit Ereignissen an der Front verbunden war, insbesondere, wenn serbische Truppen erhebliche Verluste erlitten. Die Beweise dafür waren unklar, aber die Vermutung ist in jedem Fall glaubhaft. Dies ändert jedoch nicht die Schlussfolgerung der Kammer, dass die im KP Dom begangenen Verbrechen einen gemeinsamen Zweck hatten. Selbst wenn man davon ausging, dass zumindest einige Gefangene als Vergeltung für serbische militärische Verluste zwangsweise verschwunden sind, wurde dennoch ein gemeinsames Ziel erreicht.

Die Kammer hat bereits vermerkt und festgestellt, dass alle in den Anklagepunkten 1 bis 5 genannten Straftaten mit diskriminierender Absicht aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit [der Häftlinge] begangen wurden, und dass die Häftlinge auf dieser Grundlage tatsächlich diskriminiert wurden. Das kriminelle System selbst wurde nur gegen nichtserbische Gefangene angewandt und wurde nur dazu gestaltet, nichtserbische Gefangene zu verfolgen, durch die Begehung der Art von Verbrechen, die schließlich begangen wurden. Dementsprechend stellt die Kammer fest, dass das KP Dom eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung darstellte und dass die begangenen Verbrechen, wie in den Anklagepunkten 1 bis 5 des Urteils festgestellt, im Einklang mit der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung waren und förderte es mit dem gemeinsamen Zweck, nichtserbische Gefangene in der oben beschriebenen Weise zu verfolgen.

b. Individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit: Actus reus

„Jeder Angeklagte hat durch sein Handeln ... an der Ausführung dieses Systems teilgenommen.“⁷⁹

Die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Verbrechen, die im Rahmen einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung begangen wurden, erfordert den Beitrag des Angeklagten zur Durchführung der gemeinsamen kriminellen Unternehmung, persönliches Wissen

⁷⁹ Fall Konzentrationslager *Mauthausen* S. 15.

über das System und die Absicht, das System zu fördern. Wenn der gemeinsame Zweck des Systems die Verfolgung ist, muss auch festgestellt werden, dass der Angeklagte die spezifische diskriminierende Absicht teilte. Die Kammer wird jedes dieser Elemente in Bezug auf die Angeklagten prüfen.

Um die Verantwortlichkeit für eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung zu tragen, muss der Angeklagte einen Beitrag zum kriminellen System leisten, obwohl er sich nicht wirklich an dem *actus reus* der grundlegenden Straftaten beteiligen muss.⁸⁰ Wie die Strafkammer im Fall *Krstić* angab: „General Krstić hat keinen Plan konzipiert, um diese Männer zu töten, noch hat er sie persönlich getötet. Aber er spielte eine zentrale Rolle als Koordinator der Umsetzung der Tötungskampagne.“⁸¹ Auf diese Weise hat ihn seine Beteiligung zu einem „Haupttäter dieser Verbrechen“ gemacht.⁸²

Es ist nicht notwendig, dass ein Angeklagter zum Zeitpunkt, zu dem die Straftaten begangen wurden, anwesend ist.⁸³ Bisher wurde die Verantwortlichkeit jedoch nicht auf Straftaten ausgedehnt, die in dem System begangen wurden, bevor der Angeklagte sich einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung anschloss oder nachdem er sich von dieser trennte.⁸⁴ Beweisfaktoren, die wichtig sind, um festzustellen, ob der Angeklagte zu einem gemeinsamen kriminellen Ziel beigetragen hat, umfassen: *de facto* oder *de jure* Stellung des Angeklagten im System,⁸⁵ das Ausmaß der kriminellen Unternehmung, die Dauer seiner Anwesenheit am Ort des Systems, die Bemühungen, kriminelle Aktivitäten zu verhindern oder das effiziente Funktionieren des Systems zu verhindern, die Intensität der kriminellen Aktivität, die Art der Tätigkeit, die er tatsächlich ausübte, und die Art und Weise, in der er seine Funktionen im System ausübte.⁸⁶

i. Der Angeklagte Todović

Bis zum April 1992 war der Angeklagte Todović ein langjähriger Angestellter des KP Dom. Seit Januar 1974 arbeitete er als Wächter im KP Dom. Nach Abschluss seines Jurastudiums wurde er in die Abteilung für juristische Angelegenheiten des KP Dom berufen, wo er für die strafrechtlichen Maßnahmen gegen die Gefangenen verantwortlich war. Er blieb in dieser Position bis zum 7. April 1992, als das Gefängnis in der Art und Weise, wie es vor dem Konflikt bestanden hatte, nicht mehr existierte. Er meldete sich an diesem Tag nicht zur Arbeit und verließ bald danach Foča.

Todović sagte aus, dass er am 22. oder 23. April 1992 aufgrund eines Kriegsarbeitseinsatzes zum ersten Mal in das KP Dom zurückgekehrt sei. Das Beweisstück P-9 besagt, dass der Arbeitseinsatz des Angeklagten am 20. April 1992 begann. Wie die Kammer bereits erwähnt hat, kontrollierte das Užice-Korps der JNA den größten Teil des Aprils über das KP Dom und wurde in der letzten Aprilwoche durch zurückkehrende Zivilisten ersetzt, von denen einige, wie Todović, zuvor im KP Dom beschäftigt gewesen waren. Todović wurde von Zeit zu Zeit befohlen, vorübergehend an die Frontlinie zu gehen, um militärische Aufgaben zu übernehmen. Während dieser Abwesenheit war er weiterhin dem KP Dom zugewiesen. Die erste und längste Abwesenheit dieser Art war vom 20. Mai bis Ende Juni 1992, nach dieser Zeit kehrte er zu seinen Pflichten im KP Dom zurück. Trotz der Aussagen des Angeklagten

⁸⁰ *Kvočka* Appeal Judgment, para. 112.

⁸¹ *Krstić* Trial Judgment, para. 644.

⁸² *Ibid.*

⁸³ *Kvočka* Appeal Judgment, para. 112; *Krnojelac* Appeal Judgment, para. 81.

⁸⁴ *Siehe, z.B. Kvočka* Trial Judgment, para. 349.

⁸⁵ *Kvočka* Appeal Judgment, para. 101.

⁸⁶ *Kvočka* Trial Judgment, para. 311.

Todović und der von ihm präsentierten Zeugen, dass er sich im Juli auf dem Familienbetrieb aufgehalten hat, stellte die Kammer fest, dass diese Aussage nicht ausreichend belegt oder glaubhaft ist, um die übereinstimmenden und eindeutigen Aussagen, dass Todović im Juli 1992 im KP Dom war, in Frage zu stellen. Insbesondere war die Kammer der Auffassung, dass die konkreten und detaillierten Aussagen von „FWS 210“ in Bezug auf diese Frage sowie die Bestätigung zahlreicher anderer Zeugen, darunter „FWS 71“, „FWS 250“, „C“ und Ekrem Zeković, sehr überzeugend waren.

Der Zeuge „FWS 210“ sagte ausdrücklich aus, dass, obwohl er Todović zwischen Ende Mai und Ende Juni nicht gesehen hatte, er begann, ihn Ende Juni oder Anfang Juli 1992 im KP Dom wiederzusehen. Der Zeuge „FWS 210“ war im Allgemeinen ein sehr glaubwürdiger Zeuge und, noch wichtiger, seine Aussage eröffnet, dass er regelmäßige Kontakte mit der Verwaltung und dem Personal des KP Dom hatte, insbesondere im Sommer 1992. Der Zeuge „FWS 210“ kannte und sprach regelmäßig mit Krnojelac, mit beiden Angeklagten, mit einer Reihe von Wachen und anderen Mitarbeitern des KP Dom, einschließlich des zivilen Aufsehers der Metallwerkstatt. Seine Aussage bezüglich dieser regelmäßigen Kontakte zeigt, dass er zu der Verwaltung und dem Personal eine freundschaftliche Beziehung hatte, dass er sich relativ frei mit ihnen unterhielt und viele Informationen von ihnen erhielt. Darüber hinaus wurde durch die Aussage des Zeugen „FWS 210“ festgestellt, dass er infolge dieser regelmäßigen Kontakte und Beziehungen bemerkte und erkannte, wenn Krnojelac und die Angeklagten vom KP Dom abwesend waren. Dementsprechend betrachtet die Kammer den Zeugen „FWS 210“ als äußerst glaubwürdigen Zeugen in Bezug auf diese Frage, da seine Aussage deutlich macht, dass er in der Lage war, ungefähr zu wissen, wie lange Todović im Mai, Juni und Juli 1992 vom KP Dom abwesend war.

Die Aussage des Zeugen „FWS 210“ wurde von den Zeugen „FWS 71“, „FWS 250“, „C“ und Ekrem Zeković bestätigt. Diese Zeugen sagten in ihrer Antwort auf die von Todović vorgelegte Frage aus, dass sie ihn zwischen Ende Mai bis Mitte Juli 1992 im KP Dom gesehen hatten. Insbesondere merkt die Kammer an, dass Ekrem Zeković wie der Zeuge „FWS 210“ regelmäßige Kontakte mit der Verwaltung und dem Personal des KP Dom hatte und dass er aussagte, dass er Todović während dieser Zeit im KP Dom gesehen habe. Obwohl diese Zeugen nicht genau sagten, wann sie Todović gesehen hatten, behaupteten sie klar, dass sie ihn während dieser Zeit im KP Dom gesehen hatten. Die Kammer ist der Ansicht, dass diese Aussagen die Aussage des Zeugen „FWS 210“ bestätigen, dass Todović Ende Juni oder Anfang Juli 1992 ins KP Dom zurückgekehrt ist, da sie nachweisen, dass Todović zwischen Ende Mai und Mitte Juli 1992 im KP Dom anwesend war. Sie stehen ferner nicht im Widerspruch zu der Aussage des Zeugen „FWS 210“, da diese Zeugen nicht [präzise] angaben, wann sie Todović gesehen hatten, sondern nur, dass sie ihn während der Zeit gesehen hatten, die Todović selbst bei seinem Kreuzverhör angegeben hat.

Darüber hinaus gab die Kammer an, dass kein ehemaliger Häftling aussagte, dass Todović im Sommer 1992 zwei Monate lang vom KP Dom abwesend gewesen sei. Die Kammer ist der Auffassung, dass diese Tatsache die oben genannten Aussagen bekräftigt. Während einige Zeugen, wie der Zeuge „FWS 113“, aussagten, Todović zum ersten Mal im Spätsommer gesehen zu haben, sagte keiner der Zeugen, und besonders nicht diejenigen, die im April oder Anfang Mai 1992 ankamen, unmittelbar aus, dass Todović im KP Dom anwesend gewesen wäre und dann für zwei Monate weggegangen sei. Während es glaubhaft ist, dass die Inhaftierten nicht unbedingt bemerken mussten, dass Todović bis zu einem Monat vom KP Dom abwesend war, ist es höchst unwahrscheinlich, dass kein Häftling es bemerkt hätte, wenn Todović zwei volle Monate lang vom KP Dom abwesend gewesen wäre.

Die Kammer stellte fest, dass die Aussagen von Todović und der Zeugen, die er geladen hatte, um ihm in Bezug auf seinen Aufenthalt in seinem Heimatdorf im Juli 1992 ein Alibi zu geben, nicht glaubhaft waren, insbesondere angesichts der oben genannten Aussagen. Die Aussagen der Zeugen der Verteidigung waren allgemein und unpräzise im Gegensatz zu der Aussage des Zeugen „FWS 210“. Darüber hinaus hielt die Kammer es nicht für glaubwürdig, dass Todović aufgrund des klaren Personalbedarfs im KP Dom einen Monat in seinem Heimatdorf verbringen durfte, obwohl es zu dieser Zeit nicht genügend Personal, insbesondere erfahrenes Personal, im KP Dom gab. Schließlich bestätigt das Beweisstück P-150, dass die Kriegsdienstzuteilung des Angeklagten Todović zum KP Dom die Zeiträume vom 18. April 1992 bis 21. Mai 1992 und vom 21. Juni 1992 bis 1. März 1995 umfasste. Dementsprechend kommt die Kammer zu dem Schluss, dass der Angeklagte Todović nur während seiner militärischen Einberufung vom 20. Mai bis Ende Juni 1992 vom KP Dom abwesend war.

Die Kammer kommt ferner zu dem Schluss, dass der Angeklagte noch immer Teilnehmer an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung war, die Ende April 1992 gegründet wurde, auch während seiner Abwesenheit vom KP Dom, und dass er sich nicht von der gemeinsamen kriminellen Unternehmung abgewandt hat. Seine Abwesenheit war (nur) vorübergehend, er wurde wegen seiner Abwesenheit nicht durch andere Mitarbeiter ersetzt, und er nahm seinen Platz im System jedes Mal wieder ein, wenn er zu ihm zurückkehrte. Als er nicht im Militäreinsatz war, sahen ihn Zeugen im Lager, nicht nur während der regulären Arbeitszeiten, die Todović, wie er zugegeben hat, streng eingehalten hat, zwischen acht Uhr morgens und drei Uhr nachmittags, sondern auch während der Nacht und am Wochenende. Sein Büro befand sich im Verwaltungsgebäude, und man sah ihn häufig während des Essens auf dem Gelände und in der Nähe des Speisesaals, wie er um das KP Dom spazieren ging und die Räume, in denen die Gefangenen festgehalten wurden, kontrollierte. Die Zeugen, darunter die Zeugen „FWS 85“, „FWS 119“, „FWS 139“, „FWS 182“, „A“ und andere, sprachen von seinem Verhalten, das im Gegensatz zu Rašević Angst hervorrief und ein hohes Maß an Autorität ausdrückte.

Bei der Beurteilung der Position von Todović im KP Dom und der Beteiligung an der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung muss eine Reihe grundlegender Fakten berücksichtigt werden. Wie in den Aussagen des Angeklagten und der Zeugen, die als erste im KP Dom ankamen, angegeben, war die Situation im KP Dom unorganisiert und unsicher, als der Angeklagte ankam. Die Räume des KP Dom waren durch den Konflikt zerstört, wie die beiden Angeklagten in ihren Aussagen angegeben haben: die Waffenkammer war zerstört, die Lagerhäuser waren geplündert, die Fenster im gesamten Komplex zerstört, der Inhalt des Tresors war gestohlen, und die Büros waren zerstört. Das KP Dom wurde durch beide Streitkräfte beschossen, und die Kontrolle hatte sich zwischen den gegnerischen Kräften abgewechselt. Auch nachdem die JNA den Komplex des KP Dom übernommen hatte, war der Umfang ihrer Befugnisse ungewiss und eindeutig vorübergehend, da Zivilisten dringlich dem KP Dom zugeteilt wurden, obwohl die Armee dort anwesend war. Die Situation im KP Dom war im April 1992 chaotisch. Das militärische und das zivile Personal versuchte, mit dem Zustrom von nichtserbischen Zivilisten, die in Foča festgenommen worden waren, umzugehen, ohne die eigene Rolle und die eigenen Verantwortlichkeiten genau zu kennen, und der physische bauliche Zustand des Komplexes war so, dass es offensichtlich notwendig war, wesentliche Reparaturen und Reorganisationen vorzunehmen.

Unter diesen Umständen kam Todović Ende April 1992 ins KP Dom. Laut seiner Aussage erkannte er bald die Last, die ihm und anderen Vorkriegsangestellten auferlegt worden war, die zum KP Dom

zurückkehrten. Beide Angeklagten betonten, dass sie überrascht waren, als sie Milorad Krnojelac als vorübergehenden Leiter vorfanden, da er zuvor Schullehrer gewesen war und nicht die Qualifikation für die Position des Leiters eines großen Gefängnis-Komplexes hatte. Außer dem Angeklagten Todović und dem Angeklagten Rašević gab es nur wenige andere Zivilisten, die wussten, wie man ein Gefängnis organisierte und leitete. Wie Todović aussagte, gab es zu dieser Zeit nur etwa 15 Wächter aus der Vorkriegszeit im KP Dom, während weitere 20 Zivilisten im KP Dom nur deshalb zur Arbeit kamen, weil sie wehruntauglich waren. Außerdem war einer der Wächter aus der Zeit vor dem Krieg, Slavko Koroman, bereits in Rente gegangen und er wurde nur zur Arbeit zurückgerufen und zum leitenden Wachmann ernannt, weil es so wenige qualifizierte Wachen gab. Das Beweisstück O-I-06 bestätigt, dass das KP Dom stark unterbesetzt war.

Todović war dann in der Position, als einer der wenigen erfahrenen und sachkundigen Mitglieder des bereits eindeutig unzureichenden Zivilpersonals, das KP Dom schnell als Gefangenenlager für die große Zahl nichtserbischer Zivilisten, die schon da waren und die täglich (neu) ankamen, organisieren und einzurichten zu müssen. Aufgrund seiner Erfahrung, seiner Aufmerksamkeit fürs Detail und seiner Hingabe an seine Arbeit, worüber er selbst in seiner Aussage berichtete, war sein Beitrag, Ordnung in das Chaos zu bringen, das im April und Mai herrschte, von unschätzbarem Wert. Nach seiner eigenen Aussage gab er zu, dass er weder einen offiziellen Titel noch ein Schriftdokument über seine Pflichten hatte, aber er musste alles tun, was der Leiter von ihm verlangte. Todović selbst gab zu, dass er der Arbeit im KP Dom hingegeben war. Es sollte Essen organisiert werden, zivile Mitarbeiter mussten zugewiesen, reparaturbedürftige Einrichtungen identifiziert, Raumzuweisungen gemacht, Verfahren angeordnet werden, insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung der zivilen und militärischen Polizeibehörden und der Armee, und tausend weitere Schritte mussten unternommen werden, um das KP Dom in Betrieb zu setzen und die Inhaftierten festzuhalten. Die Situation wurde zusätzlich durch die Anforderungen erschwert, die von den Militärbehörden und die Zivilpolizei an das Personal des KP Dom gestellt wurden, die, wie bereits erwähnt, die Gefangenen während dieser Zeit weiterhin verhörten. Die Schlüsselrolle, die Todović in diesem Prozess spielte, geht aus seiner eigenen Aussage hervor und wird durch die Aussage des Zeugen „FWS 210“ bestätigt, der beschrieb, wie er, kurz nachdem er am 18. April angekommen war, Krnojelac und die beiden Angeklagten und den Wachdienstältesten sah, wie sie sich trafen und das Lager zusammen kontrollierten.

Der Angeklagte selbst betonte seine Schlüsselrolle, die er in der Arbeit des KP Dom aufgrund seiner Erfahrung hatte. In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Situation im KP Dom aufgrund personeller Veränderungen im Sommer 1993 drastisch änderte, sagte Todović aus, dass nach dieser Zeit das Personal ausgezeichnet war und eine große Anzahl von hochqualifizierten Personen begann, im KP Dom zu arbeiten. Im Gegensatz dazu bemerkte der Angeklagte, dass Milorad Krnojelac sich vor dieser Zeit nur auf ihn selbst [Todović] und den Angeklagten Rašević verlassen konnte. Der Angeklagte beschrieb den Unterschied auf folgende Weise: „Es ist leicht, gut zu sein, wenn man exzellentes Personal hat, und Herr Milorad hatte nur ... mich und Herrn Rašević.“ Todović gab zu, dass seine Verantwortlichkeiten und Aufgaben im KP Dom im Sommer 1992 die Bedingungen seiner „offiziellen“ Kriegsarbeitsaufträge übertrafen und dass er die Aufgaben anderer Positionen erfüllte, die nicht besetzt waren. Er hat die Aufgaben erledigt, die nötig waren, damit das Lager funktionieren konnte.

Die Kammer betrachtet diese tatsächlichen Erwägungen und Geständnisse als entscheidend für den Einblick in die Verteilung und Ausübung der Verantwortlichkeiten und Befugnisse im KP Dom, insbesondere im Sommer und Herbst 1992. Es muss einfach anerkannt werden, dass formelle Verantwortlichkeiten und Befugnisse im Vorkriegs-KP Dom definiert wurden, aber die

Kriegsumstände zu einer erleichterten und informellen Verteilung der Befugnisse nach April 1992 führten. Dies wird auch durch die Aussagen einiger Zeugen wie „FWS 86“ und „FWS 138“ bestätigt, [die aussagten], dass Milorad Krnojelac nicht mit den Inhaftierten interagiert, häufig abwesend war und es scheint, dass er nicht besonders aktiv in der Leitung des KP Dom in Bezug auf die Inhaftierten war. Dementsprechend muss die Kammer bei der Feststellung der Beteiligung von Todović auf die Ausübung von *de-facto*-Autorität achten.

Es gibt einen eindeutigen Beweis dafür, dass Todović zusätzliche Pflichten übernommen hat, die über die seine nominelle Position vor dem Krieg hinausgingen, und dass er diese Verantwortlichkeiten und Befugnisse seit dem 22. April 1992 und darüber hinaus wahrgenommen hat. Die Zeugen waren sich einig in ihrem Verständnis, dass der Angeklagte im KP Dom große Autorität ausübte, insbesondere gegenüber den nichtserbischen Gefangenen.

Viele Zeugen sagten aus, dass ihnen von Beginn der Inhaftierung an durch die Wächter oder andere Inhaftierte mitgeteilt wurde, dass Todović stellvertretender Leiter war, während andere Zeugen angaben, dass, selbst wenn sie seine spezifische Position nicht kannten, klar war, dass der Angeklagte für die nichtserbischen Häftlinge zuständig oder verantwortlich war. Unter diesen Zeugen war auch Ekrem Zeković, der aussagte, dass er von den Leuten, mit denen er in der Metallwerkstatt arbeitete, kurz nachdem er dieser im Mai 1992 zugeteilt worden war, erfuhr, dass der Angeklagte stellvertretender Leiter war und dass er für die Häftlinge, insbesondere für ihre Arbeitseinsätze, verantwortlich war. Dieser Zeuge betonte, dass der Leiter der Metallwerkstatt ihm, als er darum bat, im Krankenhaus arbeiten zu dürfen, sagte, dass er dies nicht könne, und dass diese Entscheidung Todović getroffen habe. Der Zeuge „FWS 104“, der im Oktober 1992 ausgetauscht wurde, gab ebenfalls an, dass er während seiner Haft gehört hat, dass Todović stellvertretender Leiter war. Der Zeuge „FWS 138“ sagte aus, dass, obwohl er nicht gehört hatte, welche offizielle Funktion Todović innehatte, es sein Eindruck war, dass der Angeklagte stellvertretender Leiter war und für die nichtserbischen Häftlinge verantwortlich. Der Zeuge „FWS 138“ sagte auch aus, dass die Inhaftierten den Leiter kaum jemals gesehen haben. Sie hatten jedoch oft Kontakt mit Todović, insbesondere im Hinblick auf Arbeitseinsätze. Der Zeuge „FWS 71“ sagte aus, dass Todović die Gefängnisräume besuchte, während der Zeuge „FWS 85“ aussagte, dass Todović oft die Gefängnisräume durchsuchte. Der Zeuge „FWS 85“ beschrieb auch, dass der Angeklagte eine sehr herausragende Person im KP Dom war, und dass er in engem Kontakt mit den Inhaftierten stand und eine große Autorität über sie ausübte.

Diese umfangreicheren Beschreibungen wurden durch die Aussagen einiger Zeugen bestätigt, die sagten, dass Todović für die Bestrafung der Inhaftierten verantwortlich war. Der Zeuge „FWS 210“ beschrieb, dass ein Wärter des KP Dom ihn erwischte, als er versuchte, eine Nachricht herauszuschmuggeln, während er im Krankenhaus arbeitete, und dass [der Wärter] dies gemeldet hat; Todović setzte sich daraufhin mit dem Zeugen „FWS 210“ auseinander, bedrohte ihn und schickte ihn zur Bestrafung für 10 Tage in eine Einzelzelle. Der Zeuge „FWS 182“ beschrieb, wie Todović ihn bei einer Gelegenheit beim Schmuggeln mit einem serbischen Mitglied des Personals erwischt hat, und er ihn in eine Einzelzelle schickte, und wie Todović ihn bei einer anderen Gelegenheit in eine Einzelzelle schickte, da er angeblich Geld von einem anderen Gefangenen gestohlen hätte. Der Zeuge „FWS 139“ sagte auch aus, dass Todović ihn mehrmals in die Einzelzelle schickte. Schließlich sagte der Zeuge „FWS 65“ aus, dass der Angeklagte im Winter 1992 sein Zimmer durchsuchte und, nachdem er Socken gefunden hatte, die er aus den Decken gemacht hatte, befahl, ihn in die Einzelzelle zu bringen und die Socken wegzunehmen. Diese Pflichten stehen im Einklang

mit Todovićs eigenem Geständnis, dass er der [zuständige] Beamte für die Vollstreckung von Strafen und die Festsetzung von Sanktionen war. Neben der Tatsache, dass er Strafe gegen die Gefangenen verhängte, ist auch aus seinen Geständnissen ersichtlich, dass er befugt war, Disziplinarmaßnahmen gegen die Häftlinge des KP Dom anzuordnen. Bei der Beschreibung eines Vorfalls, bei dem er den oben erwähnten Zeugen „FWS 182“ sanktioniert hatte, erzählte er [Todović] weiter, was er mit dem serbischen Mitarbeiter getan hatte, mit dem der Zeuge „FWS 182“ gemeinsam wegen Schmuggels angeklagt worden war. Nach Todovićs eigenen Worten: „Ein Mann hat mir berichtet, dass jemand 100 Mark weggenommen hat und ich habe diesen Zivilisten angesprochen. Ich sagte ihm, es sei beschämend, und ich meldete [den Vorfall] dem Leiter. Ich schlug dem Leiter vor, dass er [der Zivilist] eine Aussage machen sollte, und wenn er sich weigerte, ihn in eine Einzelzelle einzusperren. Der Leiter sagte dem Zivilisten, dass er sich der Armee anschließen und das Geld zurückgeben solle, um eine beschämende Situation zu vermeiden. Ich gab das Geld an den Geschädigten zurück und ich schlug dem Leiter diese Maßnahme vor.“

Die Zeugen, darunter die Zeugen „FWS 76“, „FWS 82“, „FWS 86“, „FWS 115“ und „FWS 182“, sagten unter anderem aus, dass Todović für die Arbeitseinsätze der Häftlinge zuständig war. Diese Zeugen sagten aus, dass Todović selbst ihnen die Arbeit zuwies, oder sie beschrieben, wie, wenn sie darum baten, zur Arbeit eingeteilt zu werden oder fragten, warum sie zur Arbeit eingeteilt worden waren, ihnen die Wächter des KP Dom sagten, dass Todović die Arbeitseinsätze befohlen hatte. Die Zeugen sagten klar aus, dass während des ersten Jahres der Existenz des Lagers eine Verantwortlichkeit von Todović für Arbeitseinsätze existierte. Todović stimmte in seiner Aussage zu, dass dies tatsächlich eine seiner Aufgaben gewesen war.

Es gibt einige Beweise dafür, dass andere Personen, darunter Milan Vujović, im Frühling und Sommer 1992 offiziell zum stellvertretenden Leiter oder zum Leiter der Abteilung für Rechtsangelegenheiten, einschließlich Arbeitsaufgaben, ernannt worden waren. Die Kammer kommt jedoch aufgrund der Aussagen der oben genannten Zeugen, die die Kammer für äußerst glaubhaft hält, zu dem Schluss, dass Todović unabhängig von seinen Aufgaben bzw. seiner *de jure* Position die oben beschriebenen Befugnisse und Autoritäten ab dem 22. April 1992 ausübte. Die Zeugen sagten übereinstimmend und einheitlich aus, dass der Angeklagte stellvertretender Leiter war, verantwortlich für die nichtserbischen Häftlinge, derjenige, der Disziplinarmaßnahmen und Sanktionen durchführte, und derjenige, der für alle Aspekte der Zwangsarbeit verantwortlich war.

Nur wenige Häftlinge kannten den Namen von Milan Vujović, und keiner von ihnen beschrieb ihn oder auch irgendjemand anderen als Todović als stellvertretenden Leiter, bis Milutin Tijanić im Sommer 1993 ankam. Daher stellt die Kammer fest, dass die Ernennung von Todović *de jure* zum „vorläufigen stellvertretenden Leiter“ im Dezember 1992, die in Beweisstück P-24 bestätigt wurde, die formelle Anerkennung seines bestehenden *de-facto* Status darstellte. Todović übte die Autorität des stellvertretenden Leiters lange vor seiner rechtlichen Ernennung zu dieser Position und während des gesamten Zeitraums ab April 1992 aus. Diese Autorität stimmt mit der Beschreibung der Autorität überein, von der Todović angab, dass sie ihm übertragen worden war. Nach Artikel 79 des Regelbuchs, Beweisstück P-169, „der Stellvertretende Leiter arbeitet im Einvernehmen mit dem Leiter und ist ihm direkt für seine Arbeit und die Ausführung der Aufgaben der von ihm geleiteten Abteilung verantwortlich“. Todović bestätigte, dass seine Position vor Dezember 1992 dieser Stellenbeschreibung entsprach, als er aussagte, dass er zusätzlich zu seinen Aufgaben vor dem Krieg „alles andere“ tat, „wozu ich vom Leiter ermächtigt war“. Artikel 73 des Regelbuchs sieht ferner vor, dass „der Leiter einen Stellvertreter hat, der ihn im Falle seiner Abwesenheit oder seiner

Verhinderung ersetzt“. Todović hatte rechtlich die Autorität eines stellvertretenden Leiters für weitere acht Monate inne.

Im August 1993 wurde Todović nach der Ernennung von Milutin Tijanić zum stellvertretenden Leiter des KP Dom in die Position eines Assistenten für Rechts- und Finanzangelegenheiten versetzt, die weiterhin die Verantwortung für die Arbeitseinsätze von Häftlingen und Verurteilten beinhaltete. Nach dieser Zeit, die mit der Ernennung von Zoran Sekulović zum Leiter des KP Dom als Nachfolger von Milorad Krnojelac zusammenfiel, wurden die Befugnisse und Zuständigkeiten der Mitglieder der Verwaltung des KP Dom präzisiert, und in diesem Sinne ist die Kammer der Ansicht, dass Todovićs *De-Facto*-Autorität seiner Autorität *de jure* entsprach.

Angesichts dieser Schlussfolgerungen war Todovićs Beteiligung an der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, die im KP Dom existierte, wichtig und sein Beitrag zur systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung war entscheidend [ausschlaggebend]. Als eines der wichtigsten Mitglieder der Verwaltung des KP Dom hat der Angeklagte durch seine Handlungen sowohl bei der administrativen und physischen Wiederrichtung des KP Dom in den Anfangsphasen als auch später bei der Erfüllung seiner täglichen Aufgaben, insbesondere im Hinblick auf die Durchsetzung der „Disziplin“ unter den Häftlingen entscheidend zum reibungslosen und effizienten Funktionieren des KP Dom als systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung beigetragen, deren Zweck es war, nichtserbische Männer in der in diesem Urteil beschriebenen Weise zu verfolgen. Zusammen mit Rašević unterstützte er den Leiter und kompensierte den Mangel an Erfahrung und den Mangel an Qualifikationen des Leiters. Darüber hinaus ermutigte Todović als eine Person, die Autorität hatte, dadurch, dass er seine Pflichten und Verantwortlichkeiten im KP Dom weiter erfüllte, und durch seine direkte Beteiligung an bestimmten Verfolgungsverbrechen die Untergebenen des KP Dom dazu, ihre Teilnahme an der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung fortzusetzen. Darüber hinaus ist klar, dass der Angeklagte selbst an der Ausführung zumindest einiger der im Rahmen der gemeinsamen kriminellen Unternehmung begangenen Verbrechen unmittelbar beteiligt war, einschließlich der Prügel und der Folterung von Ekrem Zeković, der willkürlichen körperlichen Bestrafung von Häftlingen wie „FWS 65“, an der Versklavung von Häftlingen und vor allem an der Fortsetzung der rechtswidrigen Inhaftierung und Verfolgung von nichtserbischen Häftlingen, zu der er direkt beitrug, indem er diejenigen misshandelte, die mit der Flucht in Verbindung standen oder verdächtigt wurden, mit der Flucht [einer Person] in Verbindung zu stehen, und seine Drohungen waren so konzipiert, dass sie von weiteren Fluchtversuchen entmutigen sollten.

ii. Der Angeklagte Rašević

Wie der Angeklagte Todović war der Angeklagte Rašević vor April 1992 langjähriger Angestellter des KP Dom. Anfang Februar 1977 wurde der Angeklagte als Wachmann beim KP Dom angestellt. Nachdem er im Gefängnis in Mostar gearbeitet und einen akademischen Grad erworben hatte, kehrte Rašević 1988 als Lehrer [Erzieher] zum KP Dom zurück. Im September 1991 wurde er zum vorläufigen Kommandanten der Wachen im KP Dom ernannt, auf dieser Position blieb er bis April 1992. Diese Tatsachen wurden durch Raševićs Aussage festgestellt und teilweise durch die Beweisstücke P-132 und P-137 bestätigt.

Der Angeklagte sagte aus, dass er am oder um den 29. oder 30. April aufgrund eines Kriegsarbeitsauftrags in das KP Dom zurückgekehrt sei. Auf Befehl von Milorad Krnojelac vom 27. April 1992, der dem Beweismaterial als Beweisstück P-138 beigefügt wurde, wurde der Angeklagte zum Kommandanten der Wachen im KP Dom ernannt. In dieser Position tat er bis zu

seiner Ernennung zum stellvertretenden Leiter der Sicherheit im KP Dom durch das Justizministerium am 1. Juli 1993 Dienst. [Die Ernennung] wurde als Beweisstück P-24 beigefügt. Trotz Änderung seines Titels erklärte Rašević, dass seine Pflichten dieselben waren, und er bestritt nicht, dass er von Ende April 1992 bis Oktober 1994 als Wachkommandant im KP Dom diente.

Die Pflichten und Verantwortlichkeiten eines Wachkommandanten sind zum Teil in dem im August 1992 verabschiedeten Regelbuch dargelegt, Beweisstück P-169, das in dieser Hinsicht identisch ist mit dem früher geltenden Regelbuch. Gemäß Artikel 8 des Regelbuchs leitete der Kommandant der Wachen den Wachdienst und war dem Leiter direkt verantwortlich. Der Wachkommandant war direkt für die Wächter verantwortlich, deren Aufgabe es war, „die Sicherheit der Institution zu gewährleisten“. Der Wachkommandant war auch dafür verantwortlich, alle Mitarbeiter seiner Dienststelle täglich für alle Aufgaben einzusetzen, die für das „normale Funktionieren des Dienstes“ nach Artikel 9 notwendig waren, und dafür, die Wachen zu beaufsichtigen, die ihm gegenüber gemäß Artikel 8 für die „regelmäßige und ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Pflichten“ verantwortlich waren.

Außerdem war er nach seinem eigenen Geständnis für die Essensverteilung innerhalb des Lagers verantwortlich. Obwohl er behauptet, dass er zu dieser Zeit nicht wusste, dass die Mitarbeiter des KP Dom und serbische Gefängnisinsassen mehr und besseres Essen bekamen als die nichtserbischen Gefangenen, gab er in seiner Aussage zu, dass sie es „wahrscheinlich bekamen“. Gemäß Artikel 7 des Regelbuchs war der Wachdienst, den er leitete, für die „Aufgaben im Zusammenhang mit dem Kauf, der Lagerung und der Instandhaltung des materiellen Fundus der [Institution] und des anderen Arbeitsmaterials der Wachen (Ausrüstung und Bewaffnung)“ zuständig.

Rašević war ein sehr kompetenter und professioneller Wachkommandant. Nach seiner eigenen Aussage arbeitete er jeden [Werk-]Tag und manchmal am Wochenende. Er wies die Wachen ihren Schichten und Aufgaben zu. Er kontrollierte die Einzelzellen am Morgen, wenn er ankam; und er sah, wer dort in der vergangenen Nacht inhaftiert worden war. Er hatte Zugang zu dem Protokoll, das der diensthabende Offizier führte, und konnte die Anzahl der Häftlinge sehen, die eingeliefert wurden und [das Gefängnis] verließen, und er sah andere, einschließlich Vernehmungsbeamte, die während des Tages und der Abendstunden kamen und gingen, wenn er nicht anwesend war. Obwohl er keine schriftlichen Berichte von den diensthabenden Offizieren erhielt, von denen er behauptete, dass sie an den Gefängnisleiter und nicht an ihn gerichtet worden waren, traf er sich am Morgen mit dem diensthabenden Offizier bezüglich der Aktivitäten des vorhergehenden Abends, wie durch die Aussagen des Zeugen „FWS 210“ und Ekrem Zekovićs bestätigt wurde. Wie Rašević sagte: „Ich habe die Arbeit der Wachen organisiert. Ich betrat die Räume und sprach mit den Gefangenen. Ich habe interveniert, wenn jemand in Einzelhaft gebracht wurde.“ Als er vom Staatsanwalt gefragt wurde, ob er das Regelbuch befolgt hätte, antwortete er mit „Ja“.

In der Tat hat das System gut funktioniert. Die Gefangenen wurden ausschließlich auf Grundlage schriftlicher Befehle aufgenommen und es wurde Protokoll über diejenigen geführt, die die Einrichtung verließen. Die Wächter des KP Dom, die gegenüber Rašević „für die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Pflichten“ verantwortlich waren, erfüllten diese Verantwortlichkeit in geordneter Weise: Vernehmungsbeamten wurde von den Wächtern nicht erlaubt, Verhöre ohne vom Leiter genehmigte Befehle durchzuführen; Gefangene wurden von den Wächtern nicht ohne schriftliches Formular, das von einer autorisierten Person unterzeichnet wurde, in der Einrichtung aufgenommen; Gefangene durften von den Wächtern nicht ohne ein schriftliches Formular, das von einer autorisierten Person unterschrieben war, aus der Einrichtung entlassen werden; und die Wächter befolgten ein formelles Verfahren, bei dem sie Listen von Männern erhielten, die sie auswählten und

aus ihren Räumen begleiteten und zu Verhören, Misshandlungen, Folter, [zur Unterbringung in] Einzelzellen, zu Deportationen, Zwangsumsiedlungen, zum Verschwindenlassen und zum Mord übergeben sollten. Rašević „leitete den Wachdienst“ in Übereinstimmung mit dem Regelbuch. Wie er auf die Frage eines Kammermitglieds sagte: „Ich habe alles getan, um es so funktionieren zu lassen, wie es sollte.“ Sein Beitrag zu dem System, das im KP Dom in Kraft war, war wichtig und entscheidend.

Darüber hinaus war Rašević an dem *actus reus* des Verbrechens rechtswidriger Inhaftierung von mindestens 700 nichtserbischen Zivilisten beteiligt, indem er die notwendigen Aufgaben ausführte, um sicherzustellen, dass ihnen weiterhin ihre Freiheit entzogen wurde, darunter auch die Zuweisung von Aufgaben an die Wachen des KP Dom, Gefangene im KP Dom und an ihren Arbeitsplätzen außerhalb der Einrichtungen zu bewachen. Der Wachdienst war dafür verantwortlich, dass die Gefangenen innerhalb der Kontrolle des KP Dom verblieben, unabhängig davon, ob sie sich innerhalb oder außerhalb der Einrichtung befanden. Artikel 7 des Regelbuchs begründete für den Wachdienst die Pflicht, die „Institution, die Arbeitsstätten und Räumlichkeiten, in denen Gefangene verblieben, wohnten und arbeiteten, zu sichern.“ Der Wachdienst führte so die rechtswidrige Inhaftierung der Inhaftierten durch, und Rašević war direkt für das Management und die Aufgabenübertragung an den Wachdienst verantwortlich.

Es ist unbestritten, dass Rašević versucht hat, einigen Gefangenen im Lager zu helfen. Diese Hilfe wurde jedoch auf individueller Basis geleistet und war niemals dazu gedacht, den effizienten Betrieb des Lagers oder die effiziente Leitung des Wachdienstes zu gefährden. Im Gegenteil, welche Hilfe er auch immer gab, es geschah im Geheimen. Diese Taten der Freundlichkeit werden natürlich von der Kammer bei der Strafzumessung berücksichtigt, aber sie stellen keinen Beweis dar, der Raševićs Beitrag zur systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung in Zweifel ziehen könnte.

c. Individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit: *Mens rea* (Wissen)

„Jeder Angeklagte hatte Kenntnis vom System.“⁸⁷

Um als Mittäter für die Verbrechen verantwortlich zu sein, die im Rahmen einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung begangen werden, muss der Angeklagte persönlich von der Existenz eines organisierten Systems und seinem gemeinsamen kriminellen Zweck wissen. Dieses Kenntnis vom gemeinsamen kriminellen Zweck erfordert, dass die Angeklagten die Art und das Ausmaß der kriminellen Aktivitäten kennen, an denen das System beteiligt ist. Die Anklagebehörde muss jedoch nicht nachweisen, dass der Angeklagte über jede einzelne begangene Straftat im System konkret Bescheid wusste.⁸⁸

Der Nachweis der Kenntnis kann aus einer ausdrücklichen Zeugenaussage stammen und es kann auch abgeleitet werden aus der Funktion, die der Angeklagte innerhalb des Systems innehatte.⁸⁹ Darüber hinaus können andere Faktoren die Existenz und das Ausmaß des persönlichen Wissens erhellen, einschließlich: die Zeit, die im Lager verbracht wurde, die tatsächlichen Aufgaben, die Arbeitsstelle [des Angeklagten] innerhalb des Lagers, sein Zugang zu anderen Bereichen des Lagers, die Häufigkeit seiner Anwesenheit im Lager, das Ausmaß seines Kontakts mit den Insassen und die Art dieses Kontakts, Art und Ausmaß seines Kontakts mit anderen Mitarbeitern, sowohl mit Vorgesetzten als auch mit Untergebenen, Art und Umfang des Kontakts mit Außenstehenden, die das

⁸⁷ Fall Konzentrationslager Mauthausen, S. 15.

⁸⁸ Kvočka Appeal Judgment, para. 276.

⁸⁹ Siehe z.B. Kvočka Appeal Judgment, para. 203.

Lager besuchen, Beweise darüber, was er gesehen, gehört, gerochen hat oder welche Informationen er über die kriminellen Aktivitäten des Systems erhalten hat, und über seine Reaktion auf diese Informationen.⁹⁰

i. Persönliche Kenntnis vom System

Die Zeugen sagten aus, dass sie direkt von den serbischen Soldaten, den Ermittlern der Zivilpolizei und dem Leiter des KP Dom erfahren hatten, dass es im KP Dom ein geplantes und organisiertes System der Verfolgung gäbe und dass dieses System konkret die Begehung des Verbrechens einer rechtswidrigen Inhaftierung nichtserbischer Zivilisten und ihrer Entfernung aus der Region Foča durch Mord, Verschwindenlassen, Austausch oder Freilassung beinhalten würde. Diese Zeugen waren Insassen und ihre Aussagen bezüglich dessen, was ihnen gesagt wurde, wurden durch die Tatsachen so, wie sie sich entwickelten, bestätigt. Es ist jedoch nicht glaubhaft, dass die Häftlinge diese Tatsachen erfahren konnten, zugleich aber die Angeklagten, die wichtige Mitglieder der Verwaltung und des Managements des KP Dom waren und teilweise für die Umsetzung dieses Systems verantwortlich waren, darüber nicht informiert waren.

Dies gilt insbesondere angesichts der allgemeinen Umstände, die im April und Mai 1992 im KP Dom herrschten. Als das zivile Personal die Kontrolle über das KP Dom von der JNA übernahm, war es notwendig, eine Reihe dringender Fragen zu beantworten, um das KP Dom wiederaufzubauen und zu organisieren. Die Forderung der Taktischen Gruppe Foča, einen Teil der Räumlichkeiten des KP Dom für die Inhaftierung nichtserbischer Zivilisten zu nutzen, hätte diese Fragen noch dringlicher und unmittelbarer gemacht. Zum Beispiel war es wichtig, die jeweiligen Verantwortlichkeiten und Aufgaben des Militärs und des zivilen Personals für diese Personen festzulegen, damit die Verwaltung des KP Dom das Gefängnispersonal und insbesondere die Wachen des KP Dom dahingehend anweisen konnte, was von ihnen erwartet wird und was ihre täglichen Pflichten wären. Es war auch wichtig zu erfahren, wie viele Nichtserben im KP Dom inhaftiert waren und wie lange sie voraussichtlich inhaftiert bleiben würden. Beide Angeklagten mussten die Kapazitäten des KP Dom für Strafgefangene ermitteln; und Rašević hatte insbesondere die spezifische Pflicht, die materiellen Anforderungen des KP Dom gemäß Artikel 7 des Regelbuchs zu erfüllen.

Als erfahrene Mitglieder des Gefängnispersonals und langjährige Mitarbeiter des KP Dom wären diese und ähnliche Fragen für die beiden Angeklagten besonders wichtig gewesen. Ein ordentliches und rechtmäßiges Gefängnis, wie es das KP Dom vor dem Konflikt war, stellt eine streng regulierte und streng organisierte Institution dar. Das Regelbuch zeigt, dass fast alle Aspekte der Tätigkeit des KP Dom spezifisch geregelt und definiert waren, angefangen von den Pflichten und Verantwortlichkeiten jeder einzelnen Mitarbeiterposition über die Pflichten der Gefangenen bis hin zu den Verfahrensweisen, die viele Aspekte des täglichen Lebens betrafen. Als die Angeklagten im April ins KP Dom zurückkehrten, waren sie konfrontiert mit einer Einrichtung im Chaos, mit unzureichender Personalausstattung und einem amtierenden Leiter ohne [jede] Erfahrung oder Qualifikation für diese Position, der bis zu diesem Zeitpunkt Mathematiklehrer gewesen war. Wie Todović in seiner Aussage angab: „Krnjelac hatte nur mich und Rašević.“ Basierend auf dem, was Krnjelac dem Gefangenen RJ über die gemeinsame kriminelle Unternehmung erzählte, die im KP Dom existierte, und bestätigt durch das, was dort tatsächlich stattgefunden hat, und durch weitere Berichte anderer Zeugen, ist die Kammer davon überzeugt, dass Krnjelac von Anfang an die Einzelheiten der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung kannte, einschließlich ihres

⁹⁰ Kvočka Trial Judgment, para. 324.

kriminellen Zwecks. In Anbetracht dessen, dass er diese Information an einen Inhaftierten weitergeleitet hat, hält die Kammer es nicht für glaubhaft, dass Krnojelac Rašević und Todović, auf die er sich für die erfolgreiche Aufrechterhaltung dieses Systems verlassen hat, diese Information vorenthalten hätte.

ii. Persönliche Kenntnis vom Charakter und Ausmaß der kriminellen Aktivitäten

Selbst wenn die Angeklagten nicht konkret und unmittelbar über die Existenz des Systems und dessen Charakter informiert waren, was die Kammer für nicht glaubhaft hält, wurde durch die Beweise zweifelsfrei belegt, dass ihnen Art und Ausmaß der im KP Dom begangenen Straftaten auf der Grundlage einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung bekannt gewesen sein muss.

Die Angeklagten hatten, wie festgestellt wurde, Führungspositionen im KP Dom inne. Sie waren während der normalen Arbeitszeiten und manchmal an Wochenenden und Abenden anwesend. Sie hatten Zugang zu allen Bereichen des Komplexes und die Zeugen sahen, wie sie den Komplex, einschließlich der Einzelzellen und Hafträume, den Speisesaal, die Höfe für Sportaktivitäten, die Fabriken und natürlich das Verwaltungsgebäude, in dem sie ihre Büros hatten, regelmäßig kontrollierten. Außerdem hatten sie ständigen und häufigen Kontakt mit den Gefangenen. Mehrere Zeugen sagten aus, dass Todović regelmäßig in ihre Räume gekommen wäre, und Rašević gab zu: „Immer wenn ich die Gelegenheit hatte, ging ich zu diesen Leuten und sprach mit ihnen.“ Mit wenigen Ausnahmen waren sie während der gesamten Zeit von April 1992 bis Oktober 1994 im KP Dom anwesend. Schon ihre Wahrnehmung hätte sie über den kriminellen Zweck und die Idee des Systems informieren müssen, die sie durch ihre Bemühungen aufrechterhielten und zu denen sie beitrugen. Die Beweise belegen zweifelsfrei, dass die Angeklagten wussten, dass das KP Dom eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung war und dass der gemeinsame Zweck dieser systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, die Verfolgung von Nichtserben durch rechtswidrige Inhaftierung unter unmenschlichen Bedingungen, durch Verhör und durch Kategorisierung und durch ihre auf Dauer angelegte Vertreibung aus Foča mit illegalen Mitteln war.

iii. Die Kenntnis von der [Rechtswidrigkeit der]⁹¹ Inhaftierung und den unmenschlichen Bedingungen

Sowohl Rašević als auch Todović gaben, als sie beim Verfahren gefragt wurden, zu, dass sie wussten, dass die nichtserbischen Männer, die ins KP Dom gebracht wurden, keine Kriegsgefangenen waren, sondern Zivilisten, und dass sie auch nicht als rechtmäßig inhaftierte Häftlinge dort waren, die wegen eines Verbrechens angeklagt sind und die auf ihren Prozess warten, oder als Gefangene, die rechtmäßig zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Die Rechtswidrigkeit ihrer Inhaftierung als Teil des Systems war den Angeklagten wohlbekannt. Beide verstanden auf Grundlage ihrer Erfahrung im Vorkriegsvollstreckungssystem und auf Grundlage ihrer Ausbildung den Unterschied zwischen rechtmäßig festgehaltenen Personen und denen, deren Inhaftierung nicht vom Gesetz getragen war. Außerdem war und ist Todović ein ausgebildeter Jurist. Dass dies eine Verfolgung war, wurde [auch] durch die Tatsache deutlich, dass diese Männer alle Nichtserben waren und dass alle serbischen Gefangenen aufgrund eines Gerichtsverfahrens dort waren.

Beide Angeklagten gaben zu, dass sie wussten, dass es keine Heizung gab, dass die Fenster zerbrochen waren und dass die Temperaturen im Winter 1992 und 1993 extrem niedrig waren, dass

⁹¹ Anmerkung des Übersetzers: Im Originaltext wird nur die Kenntnis von der Inhaftierung geprüft, aber es muss sinnvollerweise darum gehen, ob die Angeklagten wussten, dass die Inhaftierung der Opfer illegal war.

die Nahrung, die den Gefangenen nichtserbischer Volkszugehörigkeit gegeben wurde, inadäquat war, und dass die hygienischen Bedingungen schrecklich waren. Es war offensichtlich, dass die Gefangenen nichtserbischer Volkszugehörigkeit deutlich an Gewicht verloren, und Todović stützte sich [sogar] auf die Tatsache, dass sie verhungerten und dass eine zusätzliche „Mahlzeit“ sie zur passiven Akzeptanz der Versklavung bewegen würde. Es war offensichtlich, dass die nichtserbischen Häftlinge selbst eine Basishygiene vorenthalten wurde, nicht nur, weil es kein heißes Wasser gab, sondern weil ihnen sogar Seife, Zahnpasta und Zahnbürste vorenthalten wurden. Rašević wusste das, als er heimlich einigen der Gefangenen, die er kannte, Seife gab. Der Angeklagte wusste, dass die Gefangenen unnötig unter Bedingungen der (Raum-)Überbelegung festgehalten wurden. Sie wussten, dass die „Einzelzellen“ für die Unterbringung eines Insassen bestimmt waren. Dennoch erlaubten sie, Gefangene in exzessiven Mengen in diesen Zellen zu separieren, sogar unter gegenüber den normalen Unterkünften erschwerten Bedingungen. Beide besuchten diese Räume regelmäßig, sahen Schmutz und Überfüllung und dass die Gefangenen oft verletzt wurden.

Beide Angeklagten konnten sehen, dass einige Gefangene misshandelt wurden, während sie in ihrer Haftanstalt und unter ihrer Kontrolle waren. Der Angeklagte Todović verübte eine solche Misshandlung unmittelbar oder ordnete diese an, während der Angeklagte Rašević die Einzelzellen besuchte, mit den in diesen Zellen willkürlich von den Wächtern des KP Dom eingesperrten Gefangenen sprach und Zeuge der Verletzungen war, die Beweise für körperlichen Misshandlungen waren, die sie erlebten. Ebenso waren sie sich, weil sie täglich anwesend waren, der Tatsache bewusst, dass die Häftlinge psychischen Misshandlungen ausgesetzt waren: durch die Isolation von anderen Gefangenen, von Besuchern und von der Außenwelt, durch die Angst, die durch das Erleben von Gewalt und infolge von Gewalt gegen andere Gefangene ausgelöst wurde, durch die Demütigungen und die erzwungene Gehorsamkeit, die von den Wächtern gefordert wurde; und durch die Angst vor willkürlicher Bestrafung. Sie wussten auch, dass serbische Gefangene nicht unter diesen Bedingungen lebten. Darüber hinaus waren beide sich der Versklavung der Inhaftierten bewusst und beteiligten sogar persönlich daran: Todović, indem er die Zwangsarbeit von Häftlingen in der in Anklagepunkt 4 des Urteils festgelegten Weise verwaltete, und Rašević, indem er die Häftlinge zur Zwangsarbeit auf den Bauernhof transportierte.

iv. Kenntnis vom Vernehmungsverfahren und der Klassifizierung

Die Verhöre sowie die Misshandlungen und die Folter von Gefangenen während der Verhöre waren offensichtlich. Die Zwangsverhöre fanden sowohl am Tag als auch am Abend statt, von dem Zeitpunkt an, als die Angeklagten im KP Dom ankamen, und wurden über mehrere Monate hinweg fortgesetzt; es wurden keine Versuche unternommen zu verbergen oder zu vertuschen, was geschah. Während die Kammer einräumt, dass die Angeklagten während dieser Verhöre möglicherweise nicht persönlich anwesend waren, haben diese aber zugegeben, dass sie wussten, dass Gefangene verhört wurden, und es ist eindeutig, dass sie aufgrund des körperlichen Zustands einiger der Gefangenen sahen, dass diese geschlagen und gefoltert worden waren. Die Zeugen schilderten, dass die Geräusche von Misshandlungen und Folterungen während der Verhöre im Verwaltungsgebäude und im Komplex deutlich zu hören waren; und die körperlichen Verletzungen, einschließlich schwerer Blutergüsse, blutiger Gesichter und anderer Anzeichen körperlicher Misshandlungen, die sich aus diesen Schlägen und Folterungen ergaben, waren ebenfalls deutlich sichtbar. Diese Verhöre wurden im Verwaltungsgebäude durchgeführt, in dem beide Angeklagte ihre Büros hatten. Die Kammer hat das KP Dom besucht und festgestellt, dass das Verwaltungsgebäude von mittlerer Größe ist und im rechten Winkel und in unmittelbarer Nähe zu den Gebäuden steht, in denen die Gefangenen

während des Krieges untergebracht waren. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Häftlinge die Geräusche und die Schreie der Opfer hörten und das Blut und die Anzeichen von Kämpfen im Verwaltungsgebäude sahen. Die Angeklagten waren im Verwaltungsgebäude anwesend. Sie besuchten die Einzelzelle, in die die gefolterten Gefangenen nach dem Verhör gebracht wurden, sie besuchten die Gefängnisräume und waren auf andere Weise im Kreis des KP Dom anwesend und konnten sehen und hören, was dort geschah. Die Handlungen des Angeklagten Rašević bezüglich der Schläge und der Folter von S. M., die in Anklagepunkt 1 des Urteils beschrieben werden, bestätigen nur, dass es im KP Dom allgemein bekannt war, dass die Insassen während des Verhörs geschlagen und gefoltert wurden.

Die Beweise belegen auch, dass das System, gemäß dem die nichtserbischen Häftlinge im Anschluss an die Verhöre zur Freilassung oder zu weiteren Misshandlungen sortiert wurden, auch den Verantwortlichen des KP Dom bekannt gewesen sein muss, insbesondere Rašević und Todović. Als der Vater des Zeugen „FWS 83“ im Juli 1993 nach der Flucht von Ekrem Zeković Todović fragte, warum die Schläge und Misshandlungen im KP Dom stattfanden, erinnerte Todović den Vater von „FWS 83“ an das, was er während seiner Vernehmung gesagt hatte, und sagte ihm, dass, wenn er, Todović, diese Aussagen nicht zur Seite gelegt hätte, der Vater von „FWS 83“ schon wüsste, was mit ihm passiert wäre.

Schriftbeweise, auf die die Angeklagten Zugriff hatten, belegen ebenfalls das Wissen der Angeklagten um diese Phase des Systems. Die Verteidigung legte mehrere Bescheinigungen zum Beweis vor, wonach den Wachen und Beamten des KP Dom befohlen worden war, Gefangene nichtserbischer Volkszugehörigkeit freizulassen, nachdem sie im KP Dom inhaftiert und verhört worden waren. Das sind die Bescheinigungen, die die Angeklagten gesehen haben oder über die sie haben Bescheid wissen müssen, und Rašević identifizierte sie während des Prozesses. Sie bestätigen den Teil des gemeinsamen Plans, der hier als erste Phase bezeichnet wird: [die Beweise] sind eine ausdrückliche Bestätigung dafür, dass Personen nichtserbischer Volkszugehörigkeit inhaftiert [und] verhört wurden und dass von Mitgliedern einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung auf der Grundlage der Vernehmungen eine Entscheidung über ihr Schicksal getroffen worden ist. Das Beweisstück O-I-16 besagt beispielsweise, dass der genannte Häftling verhört wurde und dass die Person, die diese Bescheinigung unterzeichnet hat, eine Entscheidung getroffen hat, dass er freigelassen und ihm befohlen werden soll, sich täglich bei der Polizei zu melden. Das Beweisstück O-I-18 erklärt, dass angeordnet wurde, dass der genannte Häftling freigelassen werden soll, nachdem er die Zeit zwischen dem 18. April und dem 8. Mai im Gefängnis verbracht hat. Das Beweisstück wurde von Vertretern der Polizei, der Armee und des Krisenstabs unterzeichnet, die die Kammer bereits als Teil der „Pluralität“ der an der gemeinsamen kriminellen Unternehmung beteiligten Täter identifiziert hat. Diese Beweise sind wichtig, weil sie zeigen, dass nichtserbische Zivilisten inhaftiert und verhört wurden und dass von mehreren Personen eine Entscheidung getroffen wurde, dass sie einem anderen Schicksal unterworfen werden sollten, das ihre Freilassung nicht einschloss.

v. Kenntnis über die Beseitigung [von Häftlingen]: Mord, Verschwindenlassen, Deportation und Zwangsumsiedlung

Neben der Kenntnis der so genannten ersten Phase des gemeinsamen kriminellen Zwecks des Systems hatten die Angeklagten auch Kenntnis von den Folgen dieser Phase, d. h. von der dauerhaften Entfernung der Häftlinge aus dem Gebiet Foča im Wege von Mord, Verschwindenlassen und Zwangsumsiedlung. Wie in Anklagepunkt 2 oben beschrieben, wurden an 18 nichtserbischen Gefangenen, die rechtswidrig im KP Dom festgehalten und verhört worden waren, im Juni und Juli

Morde ausgeführt. Es gibt keine Beweise dafür, dass die Angeklagten an dem *actus reus* dieser Morde beteiligt waren oder dass sie im Detail jedes einzelne Verbrechen kannten. Die Beweise belegen jedoch, dass sie wussten, dass Morde stattfanden und dass Morde Teil des Systems der Verfolgung waren, zu dem sie beitrugen.

Rašević und Todović erfüllten gewissenhaft ihre Pflichten im KP Dom. Rašević's Hauptverpflichtung nach Artikel 7 des Regelbuchs war, persönlich und durch seine Wachen, „die Institution, die Arbeitsstätten und die Räumlichkeiten zu sichern, in denen sich Gefangene befinden, in denen sie wohnen und arbeiten“, das heißt, dafür zu sorgen, dass die nichtserbischen Gefangenen, die rechtswidrig im KP Dom inhaftiert waren, das KP Dom nicht ohne offizielle Genehmigung, wie z. B. belegt durch die Freigabebescheinigungen O-I-16, O-I-17, O-I-18, O-I-21 und O-I-22, die als Beweise vorgelegt wurden, verlassen. Wie aus den Fakten hervorgeht, die in Anklagepunkt 1c des Urteils bezüglich seiner Reaktion auf die Flucht von Ekrem Zeković festgestellt wurden, erfüllte Todović seine Pflichten, die Inhaftierten in Haft zu halten, mit Hingabe.

Der Angeklagte Rašević sagte aus und legte materielle Beweise für das Verwaltungssystem vor, das zur Anwendung kam, wonach Gefangene ohne eine Anordnung, die ihre Inhaftierung genehmigte, nicht aufgenommen wurden, und dass sie ohne eine Bescheinigung, die ihre Freilassung genehmigte, nicht freigelassen wurden. Dieses Verwaltungssystem wurde ergänzt durch das Dienstprotokoll des diensthabenden Offiziers im Verwaltungsgebäude des KP Dom, der für die Dokumentation der Ereignisse im KP Dom zuständig war, einschließlich der Aufnahme, der Verhöre und Freilassungen von Häftlingen. Wie der Angeklagte Rašević aussagte, wurde eine Haftanordnung für diejenigen ausgestellt, die zum KP Dom gebracht wurden, um dort inhaftiert zu werden. Dieser Befehl wurde dem diensthabenden Offizier des KP Dom erteilt, der die neuen Häftlinge im Dienstprotokoll registrierte. So wurde ein Register aller im KP Dom inhaftierten Häftlinge erstellt. Darüber hinaus konnten Häftlinge das KP Dom nur aufgrund von Freigabebefehlen verlassen, einschließlich der Freistellungsaufträge zum Zwecke des Austausches, die oben besprochen und dokumentiert wurden. Rašević bestätigte, dass die Verwaltung des KP Dom wusste, welche und wie viele Häftlinge inhaftiert waren, und er erklärte, dass der Leiter des KP Dom, basierend auf den Berichten des diensthabenden Offiziers und des Dienstprotokolls, wusste, dass Personen inhaftiert waren, verhört wurden und weggebracht wurden. Dementsprechend ist es klar, dass die Verwaltung des KP Dom wusste, welche Häftlinge in der Einrichtung anwesend sein sollten.

Darüber hinaus gab es, wie in den Aussagen der Zeugen „FWS 58“ und „FWS 250“ festgestellt wurde, ein Raumanführungssystem, durch das ein Häftling für jeden Raum zum Raumanführer bestimmt wurde. Wie diese Zeugen aussagten, war dieser Raumanführer dafür verantwortlich, jeden Abend die Häftlinge in jedem Raum zu zählen. Der Raumanführer berichtete dann oder gab die Liste der Häftlinge dem diensthabenden Offizier. Es ist wichtig anzumerken, dass klar ist, dass, da diese Raumanführer, die die Zeugen identifizierten, im August und September 1992 aus dem KP Dom verschwanden, dieses System zu der Zeit in Kraft war, als die Morde, die Anklagepunkt 2 festgestellt wurden, begangen wurden. Die Kombination dieses Raumanführersystems mit dem Register- und Dienstprotokollsystem zeigt deutlich, dass die Verwaltung des KP Dom wusste, welche Häftlinge tatsächlich in der Einrichtung anwesend waren.

Wie aus den Aussagen der Zeugen „FWS 82“, „FWS 210“, „A“ und vielen anderen Zeugen hervorgeht, die über die Flucht von Ekrem Zeković aussagten, ist es klar, dass sich die Wächter des KP Dom darum kümmerten, welche Gefangenen im Komplex anwesend sein sollten. Die Flucht von Ekrem

Zeković wurde schnell entdeckt und Rašević, Todović und Krnojelac gemeldet. Daraus ist ersichtlich, dass die Verwaltung des KP Dom wusste, welche Häftlinge in der Einrichtung nicht anwesend waren.

Die in Anklagepunkt 2 des Urteils festgestellten Fakten belegen, dass im Juni und Juli 1992 mindestens 18 Häftlinge in den Abendstunden im und um das Verwaltungsgebäude des KP Dom ermordet wurden. Der diensthabende Offizier des KP Dom hätte sicherlich Kenntnis von diesen Ereignissen gehabt. Wie Rašević aussagte, war der diensthabende Offizier dafür verantwortlich, im Dienstprotokoll zu dokumentieren, wenn Vernehmungsbeamte oder andere autorisierte Personen im KP Dom ankamen, um Häftlinge zu verhören. Außerdem hätte der diensthabende Offizier, dessen Sitz die Kammer bei ihrem Besuch im KP Dom im zentralen Flur des Verwaltungsgebäudes gesehen hat, noch mehr sehen und hören können als die Zeugen in Raum 11 und in den anderen Räumen in den Wohneinheiten, die die Schläge, Folter und Mord sahen und hörten. Rašević und Todović hätten auch Kenntnis von diesen Morden gehabt. Selbst wenn Rašević und Todović nur in der Tagesschicht arbeiteten und nicht bis zum frühen Morgen im KP Dom anwesend waren, hätten sie gewusst oder davon erfahren, dass ein Häftling, der in der Einrichtung sein sollte und für den keine autorisierte Freilassungsbescheinigung eingereicht worden war, nicht mehr in der Einrichtung war. Sicher hätten sie von 18 solcher Häftlinge gewusst oder wären über sie informiert worden. Diese Informationen waren nicht nur aus dem Dienstprotokoll verfügbar, sondern Rašević und Todović wurden, wie aus den Aussagen der Zeugen „FWS 210“ und Ekrem Zeković hervorgeht, am Morgen vom diensthabenden Offizier über die Ereignisse des vorangegangenen Abends informiert. Obwohl die Beweise belegen, dass Todović im Juni im KP Dom abwesend war, wurden diese Ereignisse bis Juli fortgesetzt.

Dementsprechend kommt die Kammer zu dem Schluss, dass Todović als Verwaltungsleiter, der für die Gefangenen zuständig war, und Rašević als Verwaltungsleiter, der für Sicherheit zuständig war, Bescheid wussten über 18 Morde, die die Mitglieder der gemeinsamen kriminellen Unternehmung begangen haben. Die Tatsache, dass keiner der beiden Angeklagten offiziell bezüglich dieser vermissten Gefangenen reagiert hat, ist ein wichtiger Beweis dafür, dass sie wussten, dass diese Morde Teil des gemeinsamen Zwecks der gemeinsamen kriminellen Unternehmung waren, an der sie sich bereits beteiligten, und dass sie damit einverstanden waren.

Die Angeklagten wussten auch, dass das System die Beseitigung der Gefangenen durch „Verschwindenlassen“ umfasste. Aus den Aussagen der Zeugen „FWS 139“ und „FWS 210“ geht hervor, dass sie wussten, dass das Verschwindenlassen unter dem Deckmantel des „Austausches“ oder „Pflaumenpflückens“ erfolgte. Diese Zeugen sagten aus, dass der Angeklagte Rašević ihnen ausdrücklich auf ihre Fragen bezüglich des Zeitpunkts ihres Austausches erklärte, dass es nicht der richtige Zeitpunkt für ihren Austausch war und dass sie aufhören sollten, darauf zu bestehen. Aus den Aussagen zahlreicher Zeugen geht hervor, dass den Mitarbeitern vom KP Dom allgemein bekannt war, dass zumindest einige Häftlinge, die aus dem KP Dom zum angeblichen Zweck des Austausches weggebracht wurden, tatsächlich verschwinden würden. Der Zeuge „FWS 210“ sagte weiter aus, dass ein Wächter des KP Dom, der sein Nachbar war, ihm sagte, dass er sich um jeden Preis weigern sollte, zu einem Austausch zu gehen. Diese Tatsache wurde von Ekrem Zeković bestätigt. In ähnlicher Weise sagten die Zeugen „FWS 113“, „FWS 162“ und Ekrem Zeković aus, dass der Medizintechniker im KP Dom ständig verhinderte, dass ein Häftling, Fahrudin Malkić, der sein Nachbar war, zum Austausch gebracht wurde. Dieser Häftling wurde erst im Dezember 1992 zum Austausch gebracht, als der Medizintechniker nicht im KP Dom war. Diese Zeugen sagten weiter aus, dass, als der Medizintechniker zurückkehrte und erfuhr, dass Malkić zum Austausch weggebracht worden war, er

traurig und besorgt war und dass er sagte, wenn er nur dort gewesen wäre, hätte er es nicht erlaubt, Malkić zum Austausch wegzunehmen. Der Zeuge „FWS 65“ sagte auch aus, dass der Medizintechniker ihm gesagt hätte, als er den Medizintechniker fragte, wann er ausgetauscht werden würde, dass er ruhig sein sollte und dass es im KP Dom sicherer wäre. In Anbetracht der Tatsache, dass die Angeklagten Autoritätspositionen innehatten und dass sie sicher mehr wussten als ein Wärter und ein Medizintechniker im KP Dom, und auf der Grundlage von Rašević's Bemerkungen zu den Zeugen „FWS 210“ und „FWS 139“, kommt die Kammer zu dem Schluss, dass ihnen bekannt war, dass Häftlinge verschwanden, nachdem sie aus dem KP Dom wegen eines angeblichen Austauschs und [angeblich] zum „Pflaumenpflücken“ weggebracht worden waren.

Letztendlich erreichte das System mit dem Wissen der Angeklagten seinen Zweck der Verfolgung, im Einklang mit dem Ziel eines ausgedehnten und systematischen Angriffs auf Foča, der Säuberung aller Nichtserben aus Foča durch Überführung der Überlebenden aus dem KP Dom in andere Gefängnisse außerhalb Fočas, der Überführung in andere Staaten, und der Überführung zum Austausch, von wo aus sie in andere Gebiete verlegt wurden und aus ihren Häusern in Foča entfernt wurden. Obwohl die Zwangsvertreibungen und Deportationen von Häftlingen außerhalb des KP Doms beschlossen worden waren, gaben die Angeklagten zu, dass sie wussten, dass die Gefangenen aus dem KP Dom weggebracht wurden, um ausgetauscht und freigelassen zu werden, und tatsächlich wurden sie an anderen Orten außerhalb Fočas ausgetauscht oder freigelassen.

d. Individuelle kriminelle Verantwortlichkeit: *Mens rea* (Absicht)

Die Absicht, die für die Verantwortlichkeit für Verbrechen, die durch eine systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung begangen wurden, erforderlich ist, beinhaltet die Absicht, zu dem System beizutragen. Wenn das gemeinsame Ziel des Systems die Begehung einer Straftat ist, die eine spezifische Absicht erfordert, muss der Angeklagte diese spezifische Absicht ebenfalls teilen. Eine gemeinsame Absicht, egal ob eine spezifische Absicht für eine zugrundeliegende Straftat oder eine allgemeine Absicht, zu dem System beizutragen, kann durch andere Beweise als nur durch ausdrückliche Absichtserklärungen festgestellt werden. Die Straftat, die den Angeklagten in diesem Fall zur Last gelegt wurde, ist die Straftat der Verfolgung, eine Straftat, die eine spezifische Absicht erfordert. Die Berufungskammer im Fall Kvočka hat das folgende Beispiel für einen Nachweis der gemeinsamen Absicht, das die Verfahrenskammer in ihrem Urteil dargeboten hat, zustimmend zitiert:

„Wenn die kriminelle Unternehmung die Tötung von Mitgliedern einer bestimmten ethnischen Gruppe beinhaltet und die Mitglieder dieser ethnischen Gruppe einer anderen Religion, Rasse oder politischen Gruppe angehörten als die Mittäter, dann belegt dies eine Diskriminierungsabsicht aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen ... eine wissentliche und dauerhafte Beteiligung an dieser Unternehmung kann eine Absicht offenbaren, die Mitglieder der anvisierten ethnischen Gruppe zu verfolgen.“⁹²

Zu den Faktoren, die die Absicht beweisen, gehören die Bedeutung des Beitrags des Angeklagten und der Umfang seines Wissens. Die Berufungskammer in Krnojelac kam zu dem Schluss, dass, wenn der Angeklagte aufgrund seiner Stellung innerhalb des Systems und der Gelegenheit zur Beobachtung Kenntnis über das System, Kenntnis über die Verbrechen, die innerhalb dieses Systems begangen wurden, und Kenntnis des diskriminierenden Charakters dieser Verbrechen hatte, „der Tatrichter hieraus in plausibler Weise hätte ableiten können, dass [der Angeklagte] Teil des Systems war und

⁹² Kvočka Appeal Judgment, para. 109.

dass er dadurch beabsichtigte, es zu fördern. Die gleiche Schlussfolgerung muss gezogen werden in Bezug auf die Frage, ob diese Feststellungen einen Tatrichter vernünftigerweise zu der Schlussfolgerung geführt haben könnte, dass [der Angeklagte] die diskriminierende Absicht teilte...⁹³

Auch die Bedeutung des Beitrags des Angeklagten zu dem System kann seine [mit den anderen] geteilte Absicht belegen. Ein hoher Rang innerhalb des Systems, die Übernahme zunehmender Verantwortung innerhalb des Systems, nachdem sein krimineller Zweck offensichtlich geworden ist, die Länge des Zeitraums, währenddessen der Angeklagte Teil des Systems war, die Wichtigkeit seiner Aufgaben zur Aufrechterhaltung des Systems, die Effizienz, mit der er seine Aufgaben erfüllte, verbale Äußerungen über das System, sowie jede direkte Beteiligung am *actus reus* der zugrunde liegenden Verbrechen sind alles Faktoren, die für die Feststellung der geteilten Absicht relevant sind.⁹⁴

Jedoch verpflichtet weder [die Feststellung] einer Absicht, das System zu fördern, noch die [Feststellung einer] spezifischen Absicht zur Diskriminierung, die für die Straftat der Verfolgung erforderlich ist, die Kammer dazu, die Schlussfolgerung zu ziehen, dass der Angeklagte entweder das System mochte oder die Opfer der Verfolgung nicht mochte. Das Motiv für die gemeinsame Absicht ist unerheblich. „Die gemeinsame kriminelle Absicht erfordert keinen Enthusiasmus, keine persönliche Zufriedenheit oder Begeisterung der Mittäter an einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung, und auch keine persönliche Initiative, zu der gemeinsamen Unternehmung beizutragen.“⁹⁵

Vor diesem Hintergrund kommt die Kammer zu dem Schluss, dass die Angeklagten mit direktem Vorsatz gehandelt haben, um die systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung im KP Dom zu unterstützen. Sie waren sich ihrer Taten bewusst und sie wünschten ihre Begehung. Darüber hinaus teilten sie die diskriminierende Absicht, die nichtserbischen Gefangenen im KP Dom zu verfolgen. Wie bereits erwähnt, hatten die Angeklagten leitende Funktionen im KP Dom inne. Sie hatten persönliches Wissen über das System und über die Art der in diesem System begangenen Verbrechen. Sie blieben Teil des Systems und trugen mit ihren Fähigkeiten, ihrer Führung und Erfahrung hierzu bei. Darüber hinaus setzten die Angeklagten ihre Teilnahme in dem Wissen fort, dass die Verbrechen in der Absicht begangen wurden, die nichtserbischen Gefangenen auf der Grundlage ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu diskriminieren. Diese Tatsache manifestierte sich täglich durch die nichtkriminelle Behandlung der serbischen Häftlinge in der gleichen Institution. Die Fortführung der Beteiligung der Angeklagten, die sich in Führungspositionen befanden, in voller Kenntnis der begangenen Verbrechen und der Natur des Systems, geschah auch nicht nur vorübergehend, sondern dauerte mehr als zwei Jahre. Obwohl die Angeklagten keine persönliche Befriedigung oder Freude an ihrer Teilnahme am Verfolgungssystem gehabt haben, haben sie dennoch wissentlich zu diesem Verfolgungssystem beigetragen und damit die Absicht gezeigt, dieses System und die gemeinsame diskriminierende Absicht zu fördern.

⁹³ *Kvočka* Appeal Judgment, para. 111.

⁹⁴ *Kvočka* Appeal Judgment, para. 243; *Kvočka* Trial Judgment, para. 311.

⁹⁵ *Krnjelac* Appeal Judgment, para. 100.

C. Vorgesetztenverantwortlichkeit im KP Dom

Die Anklage wirft den Angeklagten vor, dass sie als Mittäter strafrechtlich im Wege der Teilnahme an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung und nach dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit [für die zugrunde liegenden Straftaten] verantwortlich sind. Wie in diesem Urteil ausgeführt, stellte die Kammer fest, dass die beiden Angeklagten strafrechtlich für die in den Punkten 1 bis 5 nachgewiesenen Straftaten als Mittäter an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung verantwortlich sind. In Bezug auf zwei dieser Straftaten stellt die Kammer fest, dass die beiden Angeklagten strafrechtlich verantwortlich sind, und zwar nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit. Da jedoch die Mittäterschaft einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung eine angemessenere Form der strafrechtlichen Verantwortlichkeit darstellt, wird die Vorgesetztenverantwortlichkeit nur bei der Festlegung der Strafe verwendet.⁹⁶ Zu diesem Zweck muss die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Angeklagten ordnungsgemäß analysiert werden, und zwar nach dem Gesetz über die Vorgesetztenverantwortlichkeit gemäß Artikel 180 Absatz 2 StGB BiH in der Form, wie es zum Zeitpunkt der Begehung der Straftaten im Völkergewohnheitsrecht bestand.

1. Die Begehung der Straftat

Artikel 180 Absatz 2 StGB BiH schreibt vor, dass der Staatsanwalt die Begehung einer der in den Artikeln 171 bis 175 und 177 bis 179 genannten Straftaten nachweist. Die zugrunde liegende Straftat muss eine der konkret [in den Tatbeständen] genannten sein, und alle ihre Elemente müssen nachgewiesen werden. Außerdem muss der Täter der Straftat dem Angeklagten unterstellt sein, was bedeutet, dass die Staatsanwaltschaft zweifelsfrei nachweisen muss, dass zwischen dem Täter der zugrundeliegenden Straftat und dem Angeklagten ein Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis bestand. Der ICTY kam zu dem Schluss, dass der Untergebene nicht der „Haupt“(-Täter) sein muss, d. h. der Untergebene den *actus reus* der Tat nicht begangen haben muss, sondern es genügt, dass der Untergebene ein Gehilfe oder ein Anstifter ist.⁹⁷ Das Verbrechen selbst muss jedoch ein vollendetes Verbrechen sein.

Die Kammer stellt fest, dass die Angeklagten nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit strafrechtlich für die folgenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind: unmenschliche Behandlung von Dž.B. und „FWS 71“ durch die Wächter des KP Dom, die in Anklagepunkt 1(b) des Urteils nachgewiesen wurde, und die Beteiligung mindestens eines Wächters des KP-Dom an der Ermordung der Häftlinge, wie in Anklagepunkt 2 des Urteils nachgewiesen. Darüber hinaus sind sie nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit dafür verantwortlich, weil sie die Wächter des KP-Dom nicht daran gehindert haben, die illegalen Befehle auszuführen, um Dž.B. rechtswidrig unter unmenschlichen Bedingungen festzuhalten.

2. Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis

Um den Angeklagten nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, muss er innerhalb der hierarchischen Struktur gehandelt haben, in der er gegenüber den Tätern der Straftat eine überlegene Stellung innehatte, entweder formal (*de jure*), oder praktisch (*de facto*), und aufgrund seiner hierarchischen Positionen muss der Angeklagte die Befugnis gehabt haben, die kriminellen Handlungen der Untergebenen zu verhindern und/oder die

⁹⁶ Entspricht *Kordić* Appeal Judgment, paras. 34-35; *Blaškić* Appeal Judgment paras. 91-92. Siehe auch *Kajelijeli*, Appeal Judgment, para. 81; CDF Case Trial Judgment, para. 251.

⁹⁷ *Prosecutor v. Orić*, IT-03-68-T, Judgment, 30 June 2006, paras. 300-302; *Blagojević* Appeal Judgment, para. 280.

Befugnis gehabt haben, Untergebene für kriminelle Handlungen zu bestrafen.⁹⁸ Die Kammer kommt zu dem Schluss, dass die beiden Angeklagten effektive Kontrolle über die Wächter des KP Dom hatten, die diese Straftaten begangen haben, zu dem Zeitpunkt, als diese Taten begangen wurden.

a. Hierarchische Struktur im KP Dom

Es ist offensichtlich, dass die Beziehungen zwischen der Verwaltung des KP Dom und dem Personal des KP Dom durch eine formale hierarchische Struktur definiert wurden. Diese formale hierarchische Struktur entsprach weitgehend der hierarchischen Struktur, die vor April 1992 im KP Dom existierte. Strafeinrichtungen wie das KP Dom ähnelten sowohl vor als auch während des Konflikts in vielerlei Hinsicht militärischen Organisationen, obwohl es sich um zivile Institutionen handelt. Das zivile Personal einer Haftanstalt hat die Aufgabe, die Gefängnispopulation, die viel größer ist, als es selbst, unter gefährlichen Umständen zu sichern und gleichzeitig die (physische) Sicherheit dieser Gefängnispopulation zu gewährleisten. Dies erfordert eine formelle Befehlskette mit einer klaren Verteilung der Verantwortlichkeit und strengen Regeln und Verfahren.

In den Regelbüchern des KP Dom, die vor und während des Konflikts in Kraft waren und als Beweisstücke P-168, P-169 und O-I-60 beigefügt sind, ist die formale hierarchische Struktur beschrieben. Beweisstück P-169, das Regelbuch von 1992, Artikel 8, 72, 73, 79, und vor allem Artikel 80 definieren *de jure* eine hierarchische Kommandostruktur der untergeordneten organisatorischen Einheiten, die von Organisationschefs geleitet werden, die wiederum alle verantwortlich und unter der Autorität des Leiters des KP Dom, als Hauptbeamter der Institution, standen. Wie in Artikel 72 definiert, war der Leiter des KP Doms weitgehend dafür verantwortlich, „die Arbeit der Institution zu verwalten“. Diese umfangreiche Pflicht umfasste die konkreten Pflichten: „die Arbeit der Arbeitnehmer in der Institution zu leiten und die Ausführung von Aufgaben und Pflichten zu organisieren“, „die Arbeit der einzelnen Dienste zu harmonisieren, die Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der Arbeit dieser Dienste zu überwachen“ und „die rechtmäßige, regelmäßige und wirtschaftliche Erfüllung von Aufgaben und Pflichten und den effizienten Betrieb der Institution zu gewährleisten“.

Es ist konkret vorgeschrieben, dass der Leiter des KP Dom [das Gefängnis per Anordnung] leitet und sich bei der Erfüllung dieser Aufgaben auf die Leitungsverantwortlichen der untergeordneten organisatorischen Einheiten verlässt. Artikel 8 schreibt vor: „Der Wachdienst wird vom Wachmann geleitet und für seine Arbeit ist er unmittelbar dem Leiter des [KP] Doms verantwortlich“. In ähnlicher Weise schreibt Artikel 80 vor: „Die Leiter der Dienste des [KP] Doms arbeiten im Einvernehmen mit dem Leiter des [KP] Doms und sind unmittelbar für ihre Arbeit und die Erfüllung der Aufgaben und Pflichten des von ihnen verwalteten Dienstes verantwortlich.“ Der Leiter und seine unmittelbar Untergebenen bildeten auch den Verwaltungsrat des KP Dom, der gemäß Artikel 87 aus „dem Leiter, dem stellvertretenden Leiter, dem Leiter der Wirtschaftseinheit, dem Assistent des Leiters in der Abteilung und den Chefs bestand“.

Es ist klar, dass es im KP-Dom *de jure* eine formale hierarchische Struktur gab. Da der Leiter des KP Dom an der Spitze der Hierarchie stand, hatte er die Leitung und die Autorität über seine Untergebenen, über die Leitungsverantwortlichen der untergeordneten organisatorischen Einheiten;

⁹⁸ *Siehe Čelebići Appeal Judgment, para. 192* („Nach Artikel 7(3) ist ein Kommandant oder Vorgesetzter derjenige, der, gleich ob *de jure* oder *de facto*, die Macht oder Autorität innehat, die Begehung eines Verbrechens durch einen Untergebenen zu verhindern oder denjenigen, der ein Verbrechen begangen hat, zu bestrafen, nachdem es begangen wurde“).

und andererseits hatten die Leiter der Dienste Leitungsverantwortung und Autorität über ihre Untergebenen, die Mitarbeiter dieser Organisationseinheiten waren.

Wie bereits erwähnt, leitete der Wachkommandant im Rahmen dieser hierarchischen Struktur die Arbeit des Wachdienstes. Artikel 8 definiert weiter die hierarchische Struktur im Rahmen des Wachdienstes selbst. Dem Wachkommandanten sind unmittelbar „Aufsicht führende Kommandanten“ unterstellt, die für „die Sicherung des [KP] Dom und für ihre Arbeit gegenüber dem Wachkommandanten verantwortlich sind“.⁹⁹ Der Wachkommandant hatte auch Befehlsgewalt über die Wächter des KP Dom, die „für die rechtmäßige und regelmäßige Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber dem Wachkommandanten verantwortlich sind“. Aus Artikel 9 geht klar hervor, dass die Autorität des Wachkommandanten über die Wachen des KP Dom umfangreich war, da er „jeden Mitarbeiter der Wache zum Zwecke des normalen Funktionierens des Dienstes durch den täglichen Dienstplan und entsprechend der Bedürfnisse des Dienstes für jeden Posten oder jede Aufgabe einer Wache einsetzen konnte, unabhängig von seiner Funktion“. Die Hauptaufgaben und Pflichten des Wachdienstes, für den der Wachkommandant verantwortlich war, waren: „Das [KP] Dom, die Arbeitsstätten und Räumlichkeiten zu sichern, in denen sich Gefangene befinden, wohnen und arbeiten“, „die interne und externe Sicherheit des [KP] Dom zu gewährleisten“, „im Dienst zu sein, Gefangene zu begleiten und für ihre Sicherheit zu sorgen“ und „die Ordnung und Disziplin unter den Gefangenen innerhalb der Institution aufrechtzuerhalten“.

Der Leiter des KP-Dom hatte breitere, wenn auch weniger klar definierte Pflichten generell in Bezug auf alle Aspekte des Betriebs des KP Doms. Artikel 73 sieht vor:

„Der Leiter des [KP] Dom hat einen Stellvertreter, der ihn im Falle seiner Abwesenheit oder Verhinderung vertritt. Der Stellvertreter des Leiters führt Aufgaben und Pflichten gemäß dem Gesetz über die Vollstreckung von Straf- und Bagatelldelikten, dem Gesetz über die Staatsverwaltung, der Hausordnung des [KP] Dom und anderen Vorschriften aus. ... Er ist auch für die Angelegenheiten und Aufgaben der gesamten Landesverteidigung verantwortlich.“

Die Bestimmungen des Artikels 73 sind ähnlich wie Artikel 72, der festlegt, dass die Pflichten des Leiters des [KP] Dom „die[jenigen] durch das Gesetz, andere Verordnungen und die Hausordnung vorgeschriebenen Aufgaben umfassen“. Artikel 79 schreibt vor: „Der stellvertretende Leiter arbeitet im Einvernehmen mit dem Leiter des [KP] Dom und ist ihm für seine Arbeit und für die Ausführung der Aufgaben und Pflichten der von ihm verwalteten Abteilung unmittelbar verantwortlich.“ Artikel 76 definiert den stellvertretenden Leiter auch als Leiter der Abteilung für Frauen und Jugendliche. Wie aus diesen Bestimmungen hervorgeht, beziehen sich die Zuständigkeiten des Stellvertreters – im Gegensatz etwa zu den Zuständigkeiten des Wachkommandanten – im größeren Ausmaß auf das KP Dom als Institution. Diese Bestimmungen beweisen, dass der stellvertretende Leiter in vielen Angelegenheiten den Leiter des KP Dom vertritt und erhebliche Zuständigkeiten und Befugnisse in Bezug auf die Arbeit des KP Dom hat, obwohl sie die Befugnisse des Stellvertreters in Bezug auf andere Mitglieder des Managements und des Personals des KP Dom nicht klar niederlegen.

b. Effektive Kontrolle

Unabhängig davon, ob die Befugnisse, die der Angeklagte hatte, Befugnisse *de facto* oder *de jure* waren, und ob der Angeklagte Teil einer militärischen oder zivilen Hierarchie war, muss die Staatsanwaltschaft beweisen, dass der Angeklagte effektive Kontrolle hatte. Der ICTY definierte

⁹⁹ Die Position des „Aufsicht führenden Kommandanten“ ist dieselbe wie die Position „Aufsehers der Wache“, diesen Begriff hat die Kammer früher benutzt.

effektive Kontrolle als „die materielle Fähigkeit, die Begehung dieser Straftaten zu verhindern und zu bestrafen“.¹⁰⁰ Wie ein Kommentator beschrieb, bedeutet effektive Kontrolle, dass „auf der Seite der Person, die Befehle erteilt, eine durchsetzbare Erwartung von Gehorsamkeit besteht, und auf der Seite der Person, die den Befehl erhält, die identische Erwartung, diesen Befehl zu befolgen“.¹⁰¹

Die Beweise für eine effektive Kontrolle können unmittelbarer oder mittelbarer Natur sein. Unmittelbare Beweise, die für die Feststellung der effektiven Kontrolle relevant sind, umfassen den Titel, den der Angeklagte verwendet hat, ob er offiziell ernannt wurde oder nicht, die Stellenbeschreibung für diesen Titel, Aussagen des Anklagten bezüglich seiner Autorität, Aussagen anderer über seine Autorität, das Erteilen von Befehlen an Täter oder Personen, die derselben Kategorie wie Täter angehören und diese Befehle befolgen; Zeugenaussagen darüber, dass er sich erkundigte oder andere Ermittlungshandlungen in Bezug auf möglicherweise unangemessenes Verhalten unternahm, [und] dass er Belohnungen und Bestrafungen derjenigen, die in der Hierarchie unter ihm stehen, [durchführte]. Mittelbare Beweise umfassen Aussagen, wonach der Angeklagte häufig anwesend war, [oder] dass die Regeln hauptsächlich verletzt wurden, wenn er nicht anwesend war; [oder] dass der Angeklagte versucht hat, diese Regelverletzung zu verbergen. Andere mittelbare Beweise für eine effektive Kontrolle in Fällen, die sich auf das Lager beziehen, betreffen die Fähigkeit des Angeklagten, bestimmten Inhaftierten zu helfen, sie aus Einzelzellen, in denen sie durch seine Untergebenen inhaftiert worden waren, zu befreien und sie zu schützen. Die Berufungskammer äußerte sich zu dieser Art mittelbarer Beweise für eine effektive Kontrolle [wie folgt]: „Obwohl diese Handlungen potenziell mitfühlender Natur sind, sind sie dennoch [auch] ein Beweis für die Macht, die der [Angeklagte] ausgeübt hat, und daher der Beweis seiner Macht.“¹⁰²

i. De Jure

Befugnisse *de jure* sind Befugnisse, die sich aus einer offiziellen Ernennung zu einer Führungsposition über die Untergebenen innerhalb einer hierarchischen Struktur ergeben. Die Dokumentation, die eine solche offizielle Position festlegt, ist ein guter Beweis, dass die Position offiziell verliehen wurde, aber das Fehlen einer Dokumentation ist für die Feststellung der offiziellen Position nicht schlimm, wenn es andere Beweise dafür gibt, dass offiziell die Autorität einer höheren Position verliehen wurde.¹⁰³ Unabhängig davon, ob dies mit Hilfe von Dokumenten oder ohne sie nachgewiesen wurde, kann die Position nicht nur [eine leere Hülle] sein, sondern sie muss die Befugnis zur Ausübung von „effektiver Kontrolle“ über diejenigen Untergebenen mit sich bringen, die die Straftat begangen haben.¹⁰⁴

Es reicht nicht aus, die Existenz von Verantwortlichkeit „nur“ auf der Grundlage des Titels des Angeklagten zu vermuten.¹⁰⁵ Aber, wie im Fall *Pohl* angeführt:

„Menschen werden in hohe Positionen gebracht, um Autorität auszuüben und Pflichten in Bezug auf diese Position zu erfüllen. ... Wenn der Angeklagte zum Chef der Amtsgruppe ernannt wird, ist es logisch anzunehmen, dass dies mit dem Ziel geschah, weil von ihm erwartet wurde und weil ihm die

¹⁰⁰ *Čelebići* Appeal Judgment, para. 197 (quoting *Čelebići* Trial Judgment, para. 377).

¹⁰¹ Mettraux, *Command Responsibility*.

¹⁰² *Čelebići* Appeal Judgment, para. 213.

¹⁰³ *Kordić* Trial Judgment, para. 424.

¹⁰⁴ *Čelebići* Appeal Judgment, paras. 197, 306; *Kordić* Trial Judgment, para. 418.

¹⁰⁵ *Blagojević* Appeal Judgment, para. 302.

Befugnis erteilt wurde, die Pflicht des Vorgesetzten der Amtsgruppe zu erfüllen, und nicht nur, um ein Amt ohne Pflichten oder Verantwortlichkeiten zu besetzen.“¹⁰⁶

Die Berufungskammer des ICTY führte aus, dass „ein Gericht davon ausgehen kann, dass der Besitz der Befugnis [*de jure*] *prima facie* eine effektiven Kontrolle nach sich zieht, sofern nicht der Gegenbeweis erbracht wird“.¹⁰⁷ Obwohl diese Kammer nicht der Meinung ist, dass *de jure* Autorität die Beweislast auf den Angeklagten in irgendeiner Weise verlagert, betont die Kammer, dass dies ein wichtiger Faktor bei der Feststellung des Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnisses zwischen den Angeklagten und den Tätern ist, der zusammen mit anderen Beweisen berücksichtigt werden muss, um festzustellen ob die Person, die diese Befugnisse besitzt, die erforderliche Kontrolle über den Untergebenen hat, um Straftaten zu verhindern und/oder sie zu bestrafen.

ii. De Facto

Die formale Zuordnung der Autorität *de jure* ist ein wichtiger Hinweis auf ein Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis. Wie oben erwähnt, ist es jedoch nicht endgültig. Es ist auch nicht entscheidend. Die Prozesskammer im Fall Čelebići stellte fest: „Das bloße Fehlen formaler rechtlicher Befugnisse zur Kontrolle der Handlungen der Untergebenen würde daher nicht als Hindernis für die Auferlegung von strafrechtlicher Verantwortlichkeit angesehen.“¹⁰⁸ Unter Berufung auf den Internationalen Gerichtshof betont die Kammer weiter: „Bei der Feststellung der Frage der Verantwortlichkeit ist es wichtig, auf die effektive Ausübung der Befugnis oder Kontrolle und nicht auf formelle Titel zu achten.“¹⁰⁹

Die Beweise, dass *de facto* zivile Vorgesetzte über ausreichende Befugnisse verfügten, um eine effektive Kontrolle auszuüben, umfassen die Art und Weise, in der ihre Befugnisse demonstriert und anerkannt wurden, und ob sie Kontrollbefugnisse über ihre Untergebenen vorwiesen, die der Kontrolle, die die Personen mit *de jure* Befugnissen ausüben, ähnlich ist¹¹⁰ und ob der Kontext, in dem sie ihre Befugnisse und die Art, in der sie ihre Kontrolle ausübten, den militärischen Vorgesetzten ähnlich war, was zum Beispiel belegt sein kann durch ihre Praxis der Erteilung von Befehlen in der Erwartung, dass diese befolgt werden.¹¹¹

c. Effektive Kontrolle durch die Angeklagten

Der Angeklagte Rasević hatte *de jure* die Befugnisse eines Wachkommandanten. Auf diesen Posten war er offiziell durch Beschluss vom April 1992 ernannt worden. Obwohl sein Titel 1993 geändert wurde, übte er die Funktion eines Wachmanns weiterhin bis Oktober 1994 aus, und faktisch sogar bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1997. Der Angeklagte Todović war von Mai 1992 bis August 1993 stellvertretender Leiter des KP Dom und arbeitete anschließend als Assistent für Rechts- und Finanzangelegenheiten, was auch die Verantwortung für Arbeitseinsätze von Häftlingen und Verurteilten beinhaltete. Obwohl seine Position als stellvertretender Leiter bis Dezember 1992 nicht dokumentiert ist, kommt die Kammer aus den Gründen, die im Abschnitt, der sich mit der gemeinsamen kriminellen Unternehmung befasst, dargelegt sind, zu dem Schluss, dass er ab Mai bis

¹⁰⁶ Pohl, Green Series, Vol. V, pg. 1171.

¹⁰⁷ Čelebići Appeal Judgment, para. 197.

¹⁰⁸ Čelebići Trial Judgment, para. 742.

¹⁰⁹ *Id.*, para. 197 (zitiert *Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South West Africa) notwithstanding Security Council Resolution 276 (1970)*, Advisory Opinion, ICJ Reports, 1971, p. 16, para. 118).

¹¹⁰ Kajelijeli Appeal Judgment, para. 87.

¹¹¹ *Prosecutor v. Bagilishema*, ICTR-95-1A-A, Judgment, 3 July 2002, para. 59.

zu seiner offiziellen Ernennung im Dezember [1992] *de facto* der stellvertretende Leiter war und alle Aufgaben und Pflichten erfüllte, wie sie im Regelbuch beschrieben wurden.

Vorgesetztenverantwortlichkeit erfordert: 1) dass es eine militärische oder zivile, eine formelle oder informelle Hierarchie gibt; 2) dass die Angeklagten Teil dieser Hierarchie sind; und 3) dass sich die Täter in einer niedrigeren Position als der Angeklagte befinden.¹¹² Wie die erstinstanzliche Kammer des Gerichts BiH festgestellt hat, ist es nicht notwendig, dass der Täter dem Angeklagten unmittelbar unterstellt ist.¹¹³ Mehrere Personen können nach dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit für dieselbe Straftat zur Rechenschaft gezogen werden, die von einem ihrer Untergebenen begangen worden ist.¹¹⁴

Beide Angeklagten hatten effektive Kontrolle über die Wächter des KP Dom. Die Angeklagten befanden sich in Autoritätspositionen innerhalb einer formellen Hierarchie. Der Angeklagte Rašević war als Wachkommandant der direkte Vorgesetzte der Wächter des KP Dom und besaß die Verantwortung und Befugnisse dafür zu sorgen, dass die Wächter des KP-Dom ihre Aufgaben ordnungsgemäß erfüllten. Der Angeklagte Todović, als Stellvertretender Leiter des KP Dom, war zwar nicht der direkte Vorgesetzte der Wächter des KP Dom, er war jedoch aufgrund der bedeutenden Verantwortung und der Befugnisse, die diese Position mit sich brachte, eindeutig deren Vorgesetzter. Es gab eine durchsetzbare Gehorsamkeitserwartung seitens der Angeklagten hinsichtlich der Wächter des KP Dom.

i. Rašević

Der Angeklagte Rašević hatte effektive Kontrolle über die Wächter des KP Dom. Zusätzlich zu den Befugnissen *de jure* und den Verantwortlichkeiten, die seine Pflichten als Wachkommandant, die zuvor erklärt wurden, implizierten, zeigen andere Tatsachenbeweise, dass es zwischen dem Angeklagten und den Wächtern des KP Dom, die unter seinem Kommando standen, eine durchsetzbare Pflicht zum Gehorsam gab und die Pflicht, im Einklang mit den Befehlen zu handeln.

Der Angeklagte selbst hat zugegeben, dass die Wächter des KP Dom unter seiner Kontrolle standen und dass das Sicherheitssystem unter seinem Kommando stand. Fast alle Zeugen der Staatsanwaltschaft bestätigten, dass der Angeklagte Wachkommandant war und für die Wächter des KP Dom verantwortlich war. Die Zeugen „FWS 138“ und „FWS 139“ schilderten die Beziehung zwischen dem Wachkommandanten und den Wächter des KP Dom und wiesen darauf hin, dass die Wächter dem Angeklagten unterstellt waren und seine Befehle befolgten. Darüber hinaus sagten die Zeugen „FWS 210“ und Ekrem Zeković aus, dass die Wächter des KP Dom dem Angeklagten gegenüber verantwortlich waren, und insbesondere, dass die Wächter des KP Dom den Angeklagten am Morgen, wenn er ankam, darüber informierten, was im KP Dom in seiner Abwesenheit geschehen war.

Der Angeklagte hat weiter ausgesagt und zahlreiche Zeugen haben bestätigt, dass er die Gefangenen gefragt hat, ob sie von den Wächtern des KP Doms körperlich misshandelt worden waren. Wie der Angeklagte anmerkte, konnte er vor dem Krieg oft nur von den Gefangenen selbst von Misshandlung durch die Wächter erfahren; und er hat es fortgesetzt, die Gefangenen zu fragen, ob sie misshandelt wurden, um diese Informationen zu erlangen.

¹¹² *Prosecutor v. Halilović*, IT-01-48-A, Judgment, 16 October 2007, para. 59.

¹¹³ Fall *Momčilo Mandić*, X-KR-05/58, Verdict, 18 July 2007, S. 153.

¹¹⁴ *Prosecutor v. Strugar*, IT-01-42-T, Judgment, 31 January 2005, para. 365.

Schließlich haben viele Zeugen ausgesagt, und der Angeklagte hat bestätigt, dass er die Einzelzellen täglich besuchte und die Gefangene aus diesen Zellen befreit hat, nachdem sie von den Wächtern des KP Dom dort eingesperrt worden waren. Zahlreiche Zeugen, darunter „FWS 71“, „FWS 76“, „FWS 138“, „FWS 250“ und viele andere, haben ausgesagt, dass der Angeklagte, als er in die Zelle kam, in der sie festgehalten wurden, sie fragte, warum sie dort waren, und dann befreite er sie aus den Zellen. Der Zeuge „FWS 162“ hat ausdrücklich ausgesagt, dass der Angeklagte ihn zweimal aus der Einzelzelle befreit und bei beiden Gelegenheiten einen Wächter des KP Dom angewiesen hat, ihn in sein Zimmer zurückzubringen.

Dementsprechend kommt die Kammer zu dem Schluss, dass der Angeklagte Rašević effektive Kontrolle über die Wächter des KP Dom ausübte und insoweit hatte er die Pflicht und konnte ihnen befehlen, keine konkreten Verbrechen gegen die Gefangenen zu begehen, in der Erwartung, dass ein solcher Befehl befolgt werden würde. Darüber hinaus hatte er die Pflicht und er war dazu in der Lage, Disziplinarverfahren gegen die Wächter einzuleiten, die gegen die Gefangenen Pflichtverletzungen begangen hatten.

ii. Todović

Der Angeklagte Todović hatte effektive Kontrolle über die Wächter des KP Dom.

Die Kammer stellte bereits fest, dass der Angeklagte mehrfach den Wächtern des KP Dom befohlen hat, Gefangene in die Einzelzelle zu bringen, und dass die Wächter des KP Dom diese Befehle unmittelbar ausgeführt haben. Die Kammer vermerkte, dass der Angeklagte bei diesen Gelegenheiten Häftlinge in Einzelzellen schickte, um sie wegen Verstoßes gegen die „Gefängnisregeln“ und wegen anderer Ordnungswidrigkeiten zu bestrafen. Außerdem hat die Kammer festgestellt, dass die Wächter des KP Dom Gefangene aus ihren Räumen zur Verrichtung von Zwangsarbeit brachten.

Diese Fakten können mit den allgemeineren Aussagen, die bereits beschrieben wurden, verbunden werden, dass der Angeklagte für alle Angelegenheiten zuständig war, die sich auf die nichtserbischen Gefangenen bezogen. Die Kammer ist insbesondere der Ansicht, dass diese Beweise belegen, dass der Angeklagte in Bezug auf die Inhaftierten aufgrund seiner überlegenen Stellung den Wächtern des KP Befehle erteilt hat und erteilen konnte, in der Erwartung, dass sie ausgeführt werden würden, und dass die Wächter des KP Dom diese Befehle ohne Rückfrage oder ohne den Versuch, sich zusätzliche Befehle von einer anderen Person zu holen, ausgeführt hätten, wodurch sie ihre Überzeugung dartaten, dass sie verpflichtet waren, die Befehle des Angeklagten in Bezug auf die Gefangenen auszuführen. Ungeachtet der Pflichten und Befugnisse, die der Angeklagte hinsichtlich anderer Angelegenheiten hatte, waren die Wächter des KP Dom dem Angeklagten unterstellt und sie standen unter der Aufsicht des Angeklagten bei allen Angelegenheiten, die die Häftlinge betrafen, und der Angeklagte hatte daher effektive Kontrolle über die Wächter des KP Dom bezüglich dieser Angelegenheiten. Todović hatte die Möglichkeit, den Wächtern zu befehlen, keine konkreten Straftaten gegen Gefangene zu begehen, in der Erwartung, dass ein solcher Befehl befolgt werden würde. Außerdem hatte er die Pflicht und die Fähigkeit, Disziplinarmaßnahmen gegen Wächter einzuleiten, die gegen die Gefangenen Pflichtverletzungen begangen hatten.

3. Disziplinarverfahren im KP Dom

Kapitel VIII des Regelbuchs definiert das Disziplinarverfahren für Mitarbeiter des KP Dom. Artikel 90 sieht vor, dass Mitarbeiter des KP Dom „wegen Verstößen gegen ihre Arbeitspflichten und anderer

Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin dem Disziplinarverfahren unterliegen“. Nach Artikel 91 sind Verstöße gegen die Arbeitspflicht unter anderem:

16. die Ausführung einer Handlung, die eine Straftat gegen die Amtspflicht oder eine andere Straftat darstellt, d. h. ein Bagatelldelikt, das den Ruf des Dienstes beeinträchtigt und einen Mitarbeiter moralisch und politisch ungeeignet macht, in der Institution zu arbeiten.

30. Unrechtmäßige Behandlung der Verurteilten und rechtswidriger Entzug ihrer Rechte.

35. Jegliche Handlungen, die gegen das Gesetz verstoßen [oder gegen] andere Verordnungen, die auf der Grundlage des Gesetzes und der Hausordnung des [KP] Dom erlassen wurden.

Das Verfahren für die disziplinarische Bestrafung von Mitarbeitern des KP Dom ist in den Artikeln 99-103, 107, 108, 111 und 112 niedergelegt.

Obwohl die Rolle des untergeordneten Verwaltungspersonals, einschließlich der Dienstleiter und des stellvertretenden Leiters, in diesen Verordnungen nicht ausdrücklich definiert ist, ist klar, dass sie eine wesentliche Rolle bei Disziplinarverfahren spielten. Wie in den Artikeln 101-103 vorgeschrieben, ist der Leiter hauptsächlich dafür zuständig, alle Verstöße gegen die Arbeitspflichten zu untersuchen und einen Antrag auf [Einleitung eines] Disziplinarverfahrens bei der Disziplinarkommission zu stellen. Obwohl der Leiter unter bestimmten Umständen durch seine Aktivitäten persönlich von schweren Arbeitspflichtverletzungen erfahren konnte, sieht das Buch der Regeln implizit vor, dass er sich in erster Linie auf die Dienstleiter und seine anderen Untergebenen verlassen muss, um von solchen Verstößen zu erfahren. Artikel 80 sieht ausdrücklich vor, dass „die Dienstleiter der Institution ... [dem Leiter] unmittelbar für ihre Arbeit und die Erfüllung der Aufgaben und Pflichten des von ihnen geleiteten Dienstes verantwortlich sind“. Ähnlich sieht Artikel 8 vor, dass der Wachkommandant dem Leiter für seine Arbeit verantwortlich ist. Eine seiner Aufgaben im Sinne dieses Artikels besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Wächter des KP Dom regelmäßig und ordnungsgemäß ihre Aufgaben erfüllen, wobei die Hauptaufgabe gemäß Artikel 7 darin besteht, die Sicherheit der Gefangenen zu gewährleisten. Schließlich sieht das Regelbuch vor, dass der stellvertretende Leiter als Hauptassistent des Gefängnisleiters, der für ein breites Spektrum von Aufgaben und Pflichten bezüglich der Verwaltung des KP Dom zuständig ist, dem Gefängnisleiter etwaige Verstöße gegen die Arbeitspflichten anzeigen muss, von denen er bei Ausübung seiner Pflichten erfahren hat. Dementsprechend ist klar, dass die Leiter der Organisationseinheiten des KP Dom und der stellvertretende Leiter, obwohl nicht ausdrücklich erwähnt, dazu verpflichtet waren, den Gefängnisleiter über jegliche Verletzung von Arbeitsaufgaben zu informieren, damit der Leiter eine Ermittlung durchführen und gegebenenfalls einen Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens einreichen kann.

4. Kenntnis des Vorgesetzten

Das *mens rea* Element für die Vorgesetztenverantwortlichkeit ist, dass der Angeklagte wusste oder Grund hatte zu wissen, dass sein Untergebener im Begriff war, eine Straftat zu begehen, oder dass er bereits eine solche Straftat begangen hatte. „Sowohl für zivile als auch für militärische Vorgesetzte ist der gleiche Wissensstand erforderlich, um festzustellen, dass sie als Vorgesetzte strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden können.“¹¹⁵ Bewusste Fahrlässigkeit reicht jedoch nicht aus, um sie

¹¹⁵ *Brđanin* Trial Judgment, para. 282.

zur Verantwortung zu ziehen, obwohl „ein Kommandant [...] nicht bewusst vor den Taten seiner Untergebenen blind sein“ darf.¹¹⁶

a. Tatsächliche Kenntnis

Der ICTY definiert die tatsächliche Kenntnis [von den Straftaten] als „das Bewusstsein, dass die relevanten Verbrechen begangen wurden oder begangen werden würden“.¹¹⁷ Kenntnis von Straftaten kann durch unmittelbare Beweise belegt werden, wie z. B. durch Aussagen der Angeklagten, die auf ihr Wissen hinweisen, oder durch Aussagen von Zeugen, die gesehen haben, dass die Angeklagten zum Zeitpunkt der Begehung der Straftaten anwesend waren. [Kenntnis] kann auch durch Indizien[beweise] nachgewiesen werden.¹¹⁸ Zu den Faktoren, die die tatsächliche Kenntnis belegen können, gehören unter anderem: die Art der Straftaten, die Tatsache, dass die Straftaten wiederholt wurden und dass die Verbrechen in ähnlicher Art und Weise begangen wurden, die räumliche Nähe des Vorgesetzten, die bestehenden Berichts- und Überwachungsstrukturen und die Anzahl der beteiligten Untergebenen.¹¹⁹ Um tatsächliche Kenntnis durch Indizien nachweisen zu können, müssen die Beweise ausreichen, um zu dem Schluss zu gelangen, dass der Vorgesetzte [von den Taten] hätte wissen müssen.¹²⁰

b. Kennenmüssen

Die Berufungskammer im Fall Čelebići hat die Definition des Beweisstandards für „hätte Grund gehabt, [von den Straftaten] zu wissen“ wiedergegeben, der in Bezug auf die Voraussetzung der *mens rea* für die Vorgesetztenverantwortlichkeit nach Völkergewohnheitsrecht besteht. Nachfolgende Urteile haben festgestellt, dass die Definition tatsächlich festgelegt ist.¹²¹ Wenn keine tatsächliche Kenntnis vorhanden ist, „wird ein Vorgesetzter unter dem Grundsatz der Vorgesetztenverantwortlichkeit nur dann strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen, wenn er über Informationen verfügte, die ihn auf die Verbrechen, die durch seine Untergebenen begangen wurden, hätten hinweisen können“.¹²² Diese Informationen müssen nicht konkret sein, und es genügt, dass der Angeklagte „einige allgemeine Informationen besaß, die ihn auf mögliche rechtswidrige Handlungen seiner Untergebenen hätten hinweisen können“.¹²³

Die Informationen müssen nicht in einer bestimmten Form vorliegen. Sie können in schriftlicher oder mündlicher Form gegeben sein oder der Vorgesetzte kann sie durch eigene Wahrnehmung erfahren.¹²⁴ Die Berufungskammer im Fall Krnojelac ist zu dem Schluss gekommen, dass auf der Grundlage dessen, was der Angeklagte im KP Dom zu der Zeit, als er Gefängnisleiter war, gesehen und gehört hat, er Informationen hatte, die alarmierend genug waren, so „dass er zumindest eine Ermittlung hätte durchführen sollen“. Die Berufungskammer ist zu dem Schluss gekommen, dass Krnojelac „Grund“ gehabt hat „zu wissen“, dass von seinen Untergebenen im KP Dom „vielleicht“ Verbrechen der Folter und des Mordes ausgingen, und sie ist unter Berücksichtigung anderer Elemente der Vorgesetztenverantwortlichkeit zu dem Schluss gekommen, dass er nach diesem Grundsatz verantwortlich ist.¹²⁵ Die Informationen, die dem Vorgesetzten zur Verfügung stehen,

¹¹⁶ *Prosecutor v. Halilović*, IT-01-48-T, Judgment, 16 November 2005, para. 69.

¹¹⁷ *Kordić* Trial Judgment, para. 427.

¹¹⁸ *Galić* Trial Judgment, para. 174.

¹¹⁹ *Siehe Limaj* Trial Judgment, para. 524; *Blagojević* Trial Judgment, para. 792.

¹²⁰ *Kordić* Trial Judgment, para. 427.

¹²¹ *Siehe z.B. Blaškić* Appeal Judgment, para. 62.

¹²² *Čelebići* Appeal Judgment, para. 241.

¹²³ *Bagilishema* Appeal Judgment, para. 28.

¹²⁴ *Siehe Galić* Trial Judgment, para. 175.

¹²⁵ *Krnojelac* Appeal Judgment, paras. 171, 175-177.

müssen nicht ausreichen, um zu der Schlussfolgerung zu gelangen, dass von einem Untergebenen Verbrechen begangen worden sind oder dass er im Begriff steht, eine Straftat zu begehen. Sie müssen [aber] ausreichen, um eine Ermittlung zu rechtfertigen.¹²⁶

Zu den beweiskräftigen Faktoren für die Feststellung, ob der Vorgesetzte einen Grund gehabt hätte, [von den Straftaten] zu wissen, gehören: Nähe des Vorgesetzten zu dem Ort, an dem die Straftaten begangen wurden; offenkundige physische Beweise, dass Verbrechen begangen wurden; Berichte von Vorgesetzten und Untergebenen; das Ausmaß der Verbrechen; die persönlichen Eigenschaften der Untergebenen, die auf eine Neigung zu kriminellem Verhalten hindeuten könnten; und die Begehung von Straftaten in der Vergangenheit unter ähnlichen Umständen oder unter Beteiligung der gleichen Personen.¹²⁷

c Kenntnis der Angeklagten

i. Dž. B.

Wie bereits in Anklagepunkt 1 des Urteils festgestellt, wurde der Inhaftierte Dž. B. während des Verhörs von Angehörigen der Armee geschlagen, und dann wurde er durch die Wärter des KP Dom in eine Einzelzelle gebracht und dort etwa einen Monat unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Die Kammer ist zu dem Schluss gekommen, dass die Taten der Wächter des KP Dom, insbesondere die Inhaftierung in der Einzelzelle unter unmenschlichen Bedingungen im Anschluss an die Schläge die Straftat einer anderen unmenschlichen Handlung darstellten.

Die Kammer hat bereits festgestellt, dass Misshandlungen und Folterungen während des Verhörs, wie das Verprügeln von Dž. B., im KP Dom weit verbreitet waren, und dass beide Angeklagten wussten, dass Schläge und Folterungen stattfanden. Die Kammer hat festgestellt, dass die Angeklagten während der Zeit, in der sie im KP Dom anwesend waren, Geräusche dieser Misshandlungen und Folter gehört und die physischen Belege dieser Misshandlung gesehen hatten. Die Angeklagten wussten außerdem, dass es übliche Praxis der Wächter des KP Dom war, Häftlinge nach diesen Schlägen in Einzelzellen festzuhalten. Der Angeklagte Rašević gab ausdrücklich zu, dass er wusste, dass die Wächter des KP Dom nach den Anweisungen derjenigen, die die Verhöre durchgeführt hatten, die Gefangenen in die Einzelzelle brachten und sie dort festhielten. Der Angeklagte Todović müsste das gleiche Wissen gehabt haben, vor allem, weil diese Praxis offensichtlich und weit verbreitet war. Die Kammer hat bereits in Anklagepunkt 1 dargelegt, dass, wie auf der Grundlage der Aussagen zahlreicher Zeugen festgestellt, die übliche Praxis darin bestand, die Inhaftierten nach den Verhören in eine Einzelzelle zu bringen und dass die Einzelzellen zu dieser Zeit dramatisch überbelegt waren. Da diese Tatsachen für die Inhaftierten offensichtlich waren, müssen sie mit Sicherheit auch für die Angeklagten [ebenso] offensichtlich gewesen sein, insbesondere weil die Angeklagten im Verwaltungsgebäude arbeiteten und die Einzelzellen besichtigten. Darüber hinaus haben beide Angeklagten konkret ausgesagt, dass sie wussten, dass die

¹²⁶ *Halilović* Trial Judgment, para. 68.

¹²⁷ *Siehe Krnojelac* Appeal Judgment, paras. 154, 171, 175-177. *Siehe auch Kvočka* Trial Judgment, para. 318 (“Informationen, die einen Vorgesetzten argwöhnen lassen würden, dass Verbrechen begangen worden sein könnten, vorheriges Verhalten der Untergebenen oder etwa eine misshandlungsbelastete Vergangenheit: Zum Beispiel ist bei einem Kommandanten des Militärs, der die Information erhalten hat, dass einige der Soldaten unter seinem Kommando einen gewaltgeneigten oder instabilen Charakter haben oder im Vorfeld einer Mission getrunken haben, davon auszugehen, dass er das erforderliche Wissen hat. Gleiches gilt, wenn ein Vorgesetzter darum weiß, dass von männlichen Wachen inhaftierte Frauen in Gefängnissen in erhöhtem Maße der Gefahr ausgesetzt sind, Opfer sexueller Gewalt zu werden; dies müsste ihm ausreichend vor Augen führen, dass zusätzliche Maßnahmen zur Verhinderung solcher Straftaten erforderlich sind.”) (zitiert *Čelebići* Appeal Judgment, para. 238). [Anmerkung des Übersetzers: Diese Fußnote ist anscheinend nur in der englischen Übersetzung vollständig enthalten. Im Originaltext bricht der Satz erkennbar ab.]

Wächter des KP Dom allein dafür verantwortlich waren, Gefangene zu den Verhören zu bringen und aus den Verhören abzuholen, insbesondere, dass die Vernehmungsbeamten und das Militärpersonal nicht in den Komplex des KP Dom hineingelassen wurden, sondern dass ihre Anwesenheit streng auf das Verwaltungsgebäude beschränkt war.

Unter Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Kenntnis der Praxis und des Ablaufs dieser Ereignisse, deren Bestandteil auch die Behandlung von Dž. B. war, sowie unter Berücksichtigung ihrer häufigen Anwesenheit und [der von ihnen durchgeführten] Besichtigungen der Einzelzellen, stellt die Kammer fest, dass beide Angeklagte hätten wissen müssen, dass die Wächter des KP Dom Dž. B. etwa einen Monat lang unter unmenschlichen Bedingungen in der Einzelzelle festhielten. Angesichts der Länge der Zeit, die Dž. B. in der Einzelzelle verbrachte, kommt die Kammer auch zu dem Schluss, dass die Angeklagten hätten erfahren müssen, dass Dž. B. während der Zeit, in der er festgehalten wurde, gemäß den Anweisungen der Vernehmungsbeamten in der Einzelzelle festgehalten wurde.

ii. FWS 71

Wie bereits in der ersten Instanz des Urteils festgestellt, wurde der Häftling FWS 71 am 11. Juli 1992 aus seinem Zimmer geholt und von zwei Wärtern des KP Dom schwer geschlagen, wodurch er das Bewusstsein verlor. Die Kammer hat festgestellt, dass diese Handlungen eine Straftat der sonstigen unmenschlichen Handlung darstellen. Die Angeklagten hatten tatsächliche Kenntnis davon, dass die Gefangenen regelmäßig geschlagen wurden und dass diese Misshandlungen stattfanden, während die Häftlinge unter der Aufsicht der Wächter des KP Dom standen. Diese Kenntnis wäre ausreichend gewesen, um weitere Ermittlungen zu rechtfertigen.

Die Fakten belegen zweifelsfrei, dass es ein weit verbreitetes Muster gab, nach dem die Wächter des KP Dom nichtserbische Gefangene schlugen. Die Kammer hat in Anklagepunkt 3 des Urteils dargelegt, dass die Wächter des KP Dom die Häftlinge aus diversen willkürlichen Gründen schlugen, u. a. wegen der Herausnahme eines Sessels aus dem Wachbüro für einen Häftling, der nicht schlafen konnte; wegen der Herausnahme von Essen aus der Küche; wegen des Aufhebens von Zigarettenkippen vom Gefängnishof; wegen des Versuchs, medizinische Hilfe von Mitarbeitern des örtlichen Krankenhauses anzufordern; wegen des Versteckens eines kleinen Radios; wegen des Besitzes zusätzlicher Decken; wegen des Versuchs, Wasser zu erhitzen; wegen des Versuchs, andere Häftlinge zu kontaktieren; anderen Häftlingen zusätzliche Portionen Brot zu geben; und wegen der Frage nach Tee direkt aus der Küche, anstatt die Wachen zuerst um Erlaubnis zu bitten. Darüber merkt die Kammer an, dass bei der Begründung des freisprechenden Teils des Urteils unter Anklagepunkt 1b der Schluss gezogen wurde, dass die Wärter des KP Dom die Häftlinge „FWS 71“, „FWS 76“, I.I. und D.C. schlugen. Die Kammer hat auch in Anklagepunkt 1a festgestellt, dass K.K. und D.A. von den Wächtern des KP Dom geschlagen worden waren, obwohl die Kammer nicht festgestellt hat, dass alle notwendigen Elemente der Verbrechen bewiesen wurden.

Die Beweise belegen auch, dass die Angeklagten sahen, dass Gefangene oft verletzt waren, bzw. dass sie in der Lage waren, die Art der Verletzungen zu bemerken. Obwohl die Angeklagten wussten, dass Außenvernehmungsbeamte Häftlinge schlugen und folterten, waren sie sich auch dessen bewusst, dass die Wächter des KP Dom den meisten Zugang zu den Häftlingen hatten, dass viele von denen, die als Wächter arbeiteten, nicht dazu ausgebildet waren, und dass alle Wächter zu dieser Zeit serbischer Volkszugehörigkeit waren, als die ethnischen Spannungen offensichtlich intensiv waren. Die Häftlinge zögerten verständlicherweise, den Angeklagten zu sagen, dass die Wächter sie misshandelten, selbst wenn sie nach von Rašević der Möglichkeit einer Misshandlung gefragt wurden. Rašević hat zugegeben, dass Misshandlungen durch Wächter bereits vor dem Krieg im KP Dom stattfanden. Ein Zeuge, Ekrem Zeković, hat ausgesagt, dass er die Angeklagten tatsächlich über die Misshandlung durch Wächter des KP Dom-Wachen informiert hat. Dementsprechend hatten die

Angeklagten mindestens mehr als genug alarmierende Informationen, die auf die Notwendigkeit weiterer Ermittlungen hinwiesen, und hatten daher Grund zu wissen, dass die Wächter des KP Dom Verbrechen begangen hatten, wie die schweren Misshandlungen von „FWS 71“.

iii. Die Morde in Anklagepunkt 2

Wie bereits in Anklagepunkt 2 des Urteils festgestellt, töteten im Juni und Juli 1992 Angehörige der Armee und mindestens ein Wächter des KP Dom mindestens 18 Gefangene in den Räumlichkeiten des KP Dom. Die Kammer hat festgestellt, dass diese Taten die Straftat des Mordes darstellen.

Die Angeklagten wussten, dass Militärpersonal während des Verhörs Häftlinge im Verwaltungsgebäude des KP Dom schlug und folterte. Der Angeklagte Rašević hat nicht nur persönlich einen solchen Akt der Folter unterbrochen und gestoppt, diese Taten waren auch weitverbreitet und wurden den ganzen Tag über offen durchgeführt; sie hätten für die Angeklagten offensichtlich sein müssen. Die Angeklagten wussten auch, dass Militärpersonal nachts ins KP Dom kam, um Verhöre durchzuführen.

Die Angeklagten wussten auch und waren dafür zuständig zu wissen, wer im KP Dom aufgenommen wurde und wer entlassen worden war. Bescheinigungen und Genehmigungen waren erforderlich, wenn Gefangene aufgenommen wurden und wenn sie freigelassen oder zum Austausch oder zur Deportation gebracht wurden.¹²⁸ Darüber hinaus wurden regelmäßige Kontrollen der Gefangenen durchgeführt, um Flucht zu verhindern; und das vorgeschriebene Verfahren für den Fall, dass einer der Gefangenen fehlt, erforderte, wie die Reaktion auf die Flucht von Ekrem Zeković zeigt, dass beide Angeklagten sofort informiert wurden. Die Angeklagten hätten gewusst, wenn ein Häftling, der am Ende ihrer Schicht am Vortag noch anwesend war, gefehlt hätte, wenn sie am nächsten Morgen oder kurz danach zurückkehrten. Wenn dies 18 Mal geschehen ist, so steht gewiss außer Frage, dass sie [wissen mussten] und wussten, dass die Gefangenen nicht entkommen waren, nicht freigelassen worden waren und nicht ausgetauscht oder transferiert worden waren und deshalb verschwunden sind, [sondern] vermutlich tot.

Diese Vermutung hätte überprüft werden müssen. Der Angeklagte Rasević hat ausgesagt, dass der diensthabende Offizier im KP Dom registrierte, wenn das Militärpersonal in Übereinstimmung mit den Anweisungen und den bereits beschriebenen Listen zur Durchführung von Verhören in das KP Dom kam. Darüber hinaus haben der Zeuge „FWS 210“ und Ekrem Zeković bezüglich der Kenntnis der beiden Angeklagten über die Ereignisse ausgesagt, die zu der Zeit stattfanden, als die Angeklagten nicht vor Ort waren. Ekrem Zeković hat ausgesagt, dass er hörte, als er am Morgen darauf wartete, aus dem KP Dom in die Metallwerkstatt gebracht zu werden, dass KP-Dom-Wächter aus der Nachtschicht die beiden Angeklagten und den Leiter darüber informierten, was in der letzten Nacht im KP Dom passiert war. Ebenso hat „FWS 210“ ausgesagt, dass ihm von den Wächtern gesagt worden sei, dass sie den Angeklagten Rašević am Morgen darüber informiert hatten, was im KP Dom während des Abends vorgefallen war. Die Tötung von mindestens 18 Personen im und um das Verwaltungsgebäude herum haben diejenigen Häftlinge bemerkt, die in einem Gebäude neben dem Verwaltungsgebäude untergebracht waren. Deshalb hat diese Ereignisse mit Sicherheit auch der diensthabende Offizier beobachtet, der im Verwaltungsgebäude war.

Die Angeklagten wussten auch, dass mindestens ein Häftling unter verdächtigen Umständen im KP Dom verstorben ist. Der Zeuge „FWS 210“ hat ausgesagt, dass er den Körper von Halim Konjo während der Arbeit im Krankenhaus in der Leichenhalle entdeckte. Als er mit Slavko Koroman, einem Wächteraufseher, darüber sprach, wurde ihm gesagt, dass Konjo an einem Herzinfarkt gestorben sei. Der Zeuge „FWS 210“ hat ausdrücklich erwähnt, dass Koroman bestritt, dass Halim Konjo infolge der

¹²⁸ Siehe z.B. Beweisstücke O-I-16, O-I-17, O-I-18, O-I-21 und O-I-22.

Prügel, die „FWS 210“ zuvor gehört hatte, gestorben sei. Der Zeuge „FWS 139“ hat jedoch ausgesagt, dass R. J. ihm gesagt hätte, dass Krnojelac ihm bei einem ihrer Gespräche gesagt habe, das Halim Konjo tatsächlich aufgrund der erlittenen Schläge gestorben sei.

Schließlich wussten die Angeklagten, dass die Wächter bei den nächtlichen Verhören, Folterungen, Schlägen und Todesfällen eine wichtige Rolle spielten. Sie wussten, dass die Wächter die Gefangenen in das Verwaltungsgebäude brachten und dass sie während der Misshandlungen im Verwaltungsgebäude blieben und dass sie bewaffnet waren und dafür sorgten, dass die Häftlinge nicht entkamen, und dass sie gelegentlich „die Befehle“ der externen Ermittler befolgten. Angesichts dessen, dass die Angeklagten über das Schicksal von mindestens 18 Häftlingen Bescheid wussten, und weil sie wussten, dass sich ihre Untergebenen an der Begehung von Straftaten beteiligt hatten, und weil sie von der Bereitschaft der Wächter wussten, Befehle von denjenigen zu befolgen, die die Verbrechen begangen hatten, hätten sie hinreichend „alarmiert“ sein müssen, um weitere Ermittlungen durchzuführen.

Der Angeklagte Rašević hat, obwohl er nicht zugegeben hat, dass er eine Ermittlung über die Tötung dieser 18 Personen durchgeführt hätte, ausgesagt, dass er von Zeit zu Zeit die Häftlinge fragte, ob sie von Wächtern des KP Dom misshandelt worden seien, und dass sie ihn nicht über solche Misshandlungen informiert hätten. Dies wurde durch die Aussagen anderer Zeugen bestätigt. Ein Häftling, Ekrem Zeković, hat ausgesagt, dass er dem Angeklagten über die Misshandlungen, die die Wächter des KP Dom begingen, nicht aber konkret über die Morde, Nachricht gegeben habe. In Anbetracht der anderen Informationen, über die der Angeklagte verfügte, die begründete Angst der Häftlinge vor der Rache der Wächter des KP Dom und die allgemeine Art der Befragung, ohne weitere Schritte zu unternehmen, um die Anonymität und den Schutz der Häftlinge sicherzustellen, die ihm Informationen gaben, konnte Rašević nicht vernünftigerweise zu dem Schluss kommen, dass die Verbrechen, über die er Bescheid wusste oder Grund gehabt hätte zu wissen, nicht stattfanden.

Die Kammer kommt zu dem Schluss, dass diese Informationen, insbesondere im Zusammenhang mit den Vorfällen, die im KP Dom stattfanden, den Angeklagten darüber in Kenntnis gesetzt hätten, dass die Täter der Misshandlungen und der Folter während der abendlichen Verhöre auch Morde begangen hätten und dass die Wächter des KP Dom daran beteiligt gewesen sein könnten. Auf der Grundlage dieser Informationen sollten die Angeklagten weitere Ermittlungen durchführen. Dementsprechend gelangt die Kammer zu dem Schluss, dass die Angeklagten Grund gehabt hätten zu wissen, dass mindestens ein Wächter des KP-Dom an den in Anklagepunkt 2 des Urteils festgestellten Morden beteiligt war.

5. Der Angeklagte hat es unterlassen, angemessene und notwendige Maßnahmen zu ergreifen

Das letzte Element der Vorgesetztenverantwortlichkeit erfordert eine Analyse dessen, was eine angemessene und notwendige Maßnahme darstellt und welche Präventions- und Bestrafungsverpflichtungen nach dem Völkergewohnheitsrecht bestehen. Das Versäumnis, das Verbrechen zu verhindern, und das Versäumnis, zu bestrafen, sind zwei getrennte Pflichten und [stehen nicht im Verhältnis der Alternativität zueinander]. Ein Vorgesetzter kann nicht zulassen, dass ein Verbrechen von dem Untergebenen begangen wird, von dem er wusste oder von dem er Grund gehabt hätte zu wissen, dass es begangen werden würde, und dann sein Versäumnis durch Bestrafung des Untergebenen „korrigieren“; ebenso wenig [darf] er angemessene und notwendige Präventivmaßnahmen ergreifen und aber dann, falls sie scheitern, keine Verantwortung für die Nichtbestrafung übernehmen. [Beide Pflichten] können offensichtlich [miteinander] verbunden sein. Zum Beispiel können Vorgesetzte, die Befehle erlassen, die Verletzungen des humanitären Völkerrechts verbieten, [die zugleich] aber Untergebene für Verstöße gegen diese Befehle nicht bestrafen, implizit akzeptieren, „dass solche Befehle nicht bindend sind“, was wiederum ein Beweis

dafür sein kann, dass die nachfolgenden Verstöße nicht verhindert werden [sollten].¹²⁹ Die Vorgesetzten haben sowohl die Pflicht zu verhindern als auch zu bestrafen, und eine Unterlassung einer [der beiden Pflichten] zieht, wenn alle anderen Elemente erfüllt sind, Verantwortung nach dem Völkergewohnheitsrecht nach sich.

Bei der Festlegung, welche Maßnahmen notwendig und angemessen sind, muss sich die Kammer von den Maßnahmen leiten lassen, die im Bereich der materiellen Kontrolle des Vorgesetzten liegen. Ein Vorgesetzter haftet nicht für das Versäumnis etwas [nicht getan zu haben], was außerhalb seiner effektiven Kontrolle liegt. „Die Frage, ob ein Vorgesetzter die ausdrückliche gesetzliche Autorität dazu hatte, ist jedoch unerheblich, wenn es bewiesen ist, dass er die materielle Fähigkeit hatte, zu handeln.“¹³⁰ Was angemessen und notwendig ist, muss im Zusammenhang mit den tatsächlichen Ereignissen betrachtet werden, aber die von den Vorgesetzten getroffenen Maßnahmen müssen nach internationalem Recht „rechtmäßig, machbar, angemessen und rechtzeitig sein“.¹³¹

a. Pflicht zur Verhinderung von Straftaten

Von dem Moment an, in dem der Vorgesetzte weiß oder Grund hat zu wissen, dass seine Untergebenen eine Straftat „vorbereiten oder planen“, ist der Vorgesetzte verpflichtet zu handeln, um sie zu verhindern.¹³² Die Sonderkammer für Sierra Leone hat die Verhinderungspflicht so ausgelegt, dass sie auch die Pflicht erfasst, Untergebene daran zu hindern, gesetzeswidrige Befehle zu befolgen, die zur Begehung von Straftaten führen könnten. Die Prozesskammer im Fall CDF hat dargelegt: „Im Rahmen seiner Pflicht, die Untergebenen daran zu hindern, Straftaten zu begehen, ist die Kammer der Ansicht, dass ein Vorgesetzter auch verpflichtet ist, seine Untergebenen daran zu hindern, gesetzeswidrige Befehle anderer Vorgesetzter zu befolgen.“¹³³ Die Kammer kam zu dem Schluss: „Die Verhinderungspflicht von Fofana umfasste sowohl die Verpflichtung, die rechtswidrigen Anordnungen nicht zu befolgen, als auch die Verpflichtung sicherzustellen, dass seine Untergebenen diese Anordnungen nicht befolgen.“¹³⁴

Beide Angeklagten waren sich bewusst, dass die Befehle, die die Wächter des KP Dom erhalten hatten, Dž.°B. in einer Einzelzelle unter unmenschlichen Bedingungen festzuhalten, rechtswidrig waren. Sie waren verpflichtet, sowohl nach elementaren gesetzlichen Regeln als auch nach dem Regelbuch sicherzustellen, dass ihre Untergebenen diese rechtswidrigen Befehle nicht befolgten. Beide hatten auch die materielle Fähigkeit, sicherzustellen, dass ihre Untergebenen diese illegalen Befehle nicht befolgten. Wie das Regelbuch und die vorherige Diskussion verdeutlichen, hatten beide Angeklagten effektive Kontrolle über die Wächter des KP Dom. Insbesondere ist klar, dass die Wächter des KP Dom wussten, dass sie eine durchsetzbare Verpflichtung hatten, die Befehle der beiden Angeklagten auszuführen. Keiner der Angeklagten erließ einen Befehl an die Wächter des KP Dom, die gesetzeswidrigen Befehle der Ermittler nicht zu befolgen. Es ist spekulativ, ob ihre Befehle wiederum durch ein anderes Organ widerrufen worden wären, da keiner der Angeklagten diesen ersten grundlegenden Schritt ergriffen hat, wozu sie gesetzlich verpflichtet gewesen wären. Dementsprechend kommt die Kammer zu dem Schluss, dass beide Angeklagten es versäumt haben, die Wächter des KP Dom daran zu hindern, die Straftat einer anderen unmenschlichen Handlung gegen Dž. B. auszuführen.

b. Pflicht zur Bestrafung der Täter (von Straftaten)

¹²⁹ *Halilović* Trial Judgment, para. 96. Siehe auch *Orić* Trial Judgment, para. 326; *Prosecutor v. Hadžihasonović and Kubara*, IT-01-47-T, Judgment, 15 March 2006, paras. 1778-1780.

¹³⁰ *Čelebići* Trial Judgment, para. 395.

¹³¹ *Mettraux, Command Responsibility* (und die dort zitierten Fälle).

¹³² *Kvočka* Trial Judgment, para. 317.

¹³³ *CDF* Trial Judgment, para. 248.

¹³⁴ *Id.*, para. 782.

Die Pflicht zur Bestrafung entsteht nach der Begehung des Verbrechens durch einen Untergebenen und zu der Zeit, zu der der Vorgesetzte [von der Tatbegehung] weiß oder Grund hat, von der Tatbegehung zu wissen.¹³⁵ Der Vorgesetzte ist verpflichtet, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, und er ist nicht auf diejenigen Maßnahmen beschränkt, die strikt in seine rechtliche Zuständigkeit fallen, wenn er tatsächlich diese Maßnahmen ergreifen kann, die außerhalb dieses Rahmens liegen.¹³⁶ Wenn die ihm zur Verfügung stehenden Strafmaßnahmen begrenzt sind, ist er dennoch verpflichtet, alles in seiner Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass der Täter bestraft wird. Wie die Strafkammer im Fall Kvočka angab: „Der Vorgesetzte muss nicht derjenige sein, der die Strafe festlegt, aber er muss einen wichtigen Schritt im Disziplinarverfahren machen.“¹³⁷ Dazu gehört zumindest die Pflicht, Ermittlungen weiter zu führen, Tatsachen festzustellen¹³⁸ und „seine eigenen Sanktionsbefugnisse auszuüben, oder, wenn er solche Befugnisse nicht besitzt, die Täter den zuständigen Behörden zu melden“.¹³⁹ Zivile Vorgesetzte haben die gleiche Pflicht zur Bestrafung wie militärische Befehlshaber. Zu den Maßnahmen, die zivile Vorgesetzte materiell ergreifen können, gehört die Berichterstattung an Organe außerhalb der Hierarchie, und die Einhaltung der Pflicht kann die Prüfung ihrer Fähigkeit erfordern, „von den zuständigen Organen Maßnahmen zu verlangen“.¹⁴⁰

Wie bereits erläutert, sieht das Regelbuch ein klares Disziplinarverfahren für Mitarbeiter des KP Dom vor, die schwere Verstöße gegen ihre Arbeitspflichten begangen haben, die nach Artikel 91 Absatz 35 eindeutig auch die Verletzung von Gesetzen umfassen. Nach Durchführung einer Ermittlung kann der Leiter einen Antrag auf Disziplinarverfahren gegen die in diesem Antrag genannten Mitarbeiter bei der Disziplinarkommission stellen. Wie weiter diskutiert, erforderte dieses Disziplinarverfahren eindeutig, dass der Angeklagte alle Informationen, die er über die mögliche Begehung von Straftaten erlangt hatte, dem Leiter melden musste. Beide Angeklagten versäumten es jedoch, die Straftaten in den Anklagepunkten 1b und 2 zu melden, über die sie Bescheid wussten oder bei denen sie Grund gehabt hätten, davon zu wissen, obwohl sie tatsächlich verpflichtet gewesen wären, diese Information dem Leiter zu melden. Obwohl die Disziplinarkommission die Befugnis hatte, der Mitarbeiter nach dem Regelbuch zu bestrafen, sind die Angeklagten verantwortlich, weil sie keinen entscheidenden Schritt im Disziplinarverfahren vorgenommen haben, um die Wächter des KP Dom als Täter der oben festgestellten Straftaten zu bestrafen. Die Tatsache, dass ein Disziplinarverfahren zu einem späteren Zeitpunkt aus irgendeinem Grund erfolglos sein könnte, ist unerheblich, da kein Angeklagter den ersten kritischen Schritt in diesem Verfahren vorgenommen hat. Es ist auch irrelevant, dass die Wächter des KP Dom diese Straftaten in Übereinstimmung mit den Befehlen einer anderen Person ausgeführt haben, da diese gesetzwidrigen Befehle die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Wächter des KP Dom für die Begehung dieser Straftaten nicht ausschließen.

¹³⁵ *Limaj* Trial Judgment, para. 527.

¹³⁶ *Halilović* Trial Judgment, para. 100.

¹³⁷ *Kvočka* Trial Judgment, para. 316.

¹³⁸ *Halilović* Trial Judgment, para. 100.

¹³⁹ *Limaj* Trial Judgment, para. 529.

¹⁴⁰ *Brđanin* Trial Judgment, para. 283.

D. Die Anwendung des Artikels 29 auf Mittäterschaft im Rahmen einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung gemäß Artikel 180 Absatz 1

Wie oben in Abschnitt I ausgeführt, sind die Angeklagten strafrechtlich nach dem Strafgesetzbuch von Bosnien und Herzegowina als Mittäter (im Wege einer Teilnahme) an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung verantwortlich: 1) weil die Angeklagten dem Völkergewohnheitsrecht unterliegen, das [die Zurechnungsform des] JCE anerkennt, und 2) weil die Angeklagten dem Gesetz von Bosnien und Herzegowina unterliegen, einschließlich Artikel 180 Absatz 1 des StGB BiH, in das die internationale Legaldefinition und juristische Erläuterung [von JCE] inkorporiert ist, und wodurch bestimmt ist, dass die systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung eine Form der Mittäterschaft nach diesem Gesetz ist.

Artikel 180 gilt ausschließlich für bestimmte Straftaten, einschließlich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, die in Kapitel XVII des Strafgesetzbuchs aufgeführt sind. Artikel 29, in Kapitel V des Strafgesetzbuches, schreibt die Voraussetzung der Mittäterschaft für alle Straftaten vor, die unter das Strafgesetzbuch von Bosnien und Herzegowina fallen. Artikel 29 lautet:

„Wenn mehrere Personen durch die Teilnahme an der Begehung einer Straftat oder durch die Vornahme einer anderen Handlung, die entscheidend zur Begehung einer Straftat beiträgt, gemeinsam eine Straftat begehen, wird jede von ihnen mit der für diese Straftat vorgeschriebene Strafe bestraft.“

Wie in diesem Urteil ausgeführt, zeigt das Beweismaterial ohne Zweifel, dass beide Angeklagte als Mittäter an den Straftaten beteiligt waren, für die sie schuldig gesprochen wurden, weil die im Völkergewohnheitsrecht festgelegten Voraussetzungen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die systemische gemeinsame kriminelle Unternehmung erfüllt sind. Der Grad der Beteiligung, der für die Mittäterschaft erforderlich ist, wie er im Völkergewohnheitsrecht festgelegt und in die internationale Rechtsprechung inkorporiert ist, auf die sich Artikel 180 Absatz 1 stützt, unterscheidet sich jedoch generell von dem geforderten Grad der Beteiligung für die Mittäterschaft gemäß Artikel 29 StGB BiH.

Um sich wegen einer Mittäterschaft im Sinne von Artikel 29 schuldig zu machen, muss sich der Angeklagte entweder am *actus reus* einer Straftat beteiligen oder eine andere Handlung vornehmen, „durch die ein entscheidender Beitrag zur Begehung“ einer Straftat geleistet wurde. Wenn der Angeklagte zusammen mit anderen Personen an der Straftat selbst beteiligt war, vorausgesetzt, dass der notwendige *mens rea* vorliegt, genügt dies nach Artikel 29, um ihn als Mittäter zu betrachten und als Haupttäter zu bestrafen. Wenn er jedoch „etwas anderes“ vorgenommen hat, was zur Begehung einer Straftat geführt hat, dann muss seine Handlung einen „entscheidenden Beitrag“ zur Begehung einer Straftat darstellen. Der Begriff „entscheidend“ weist der Anklagebehörde eine höhere Beweislast zu. Wie im Kommentar zum StGB BiH erklärt, müssen die Beweise belegen, dass der Beitrag des Angeklagten zur Begehung der Straftat einen solchen Charakter hatte, dass „ohne ihn die die Straftat nicht begangen würde (generell oder in der Weise, wie ihre Begehung geplant war)“.¹⁴¹

Nach der Prüfung der Fakten in den Lagerfällen, für die der ICTY die Urteile gefällt hat, und nach Prüfung der Rechtsprechung zu Fällen nach dem Zweiten Weltkrieg, kam die Prozesskammer im Fall Kvočka zu dem Schluss, dass, unabhängig davon, ob die Teilnahme an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung als Mittäter oder Gehilfe und Anstifter erfolgte, der Grad der Beteiligung „wichtig [bedeutend]“ sein muss.¹⁴² Später, im Jahr 2005, kam die Berufungskammer im Fall Kvočka zu dem Schluss, dass es im Prinzip nicht notwendig sei, „einen erheblichen oder

¹⁴¹ Kommentar zum StGB BiH, S. 174.

¹⁴² Kvočka Trial Judgment, paras. 290-306.

bedeutenden Charakter des Beitrags des Angeklagten zu einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung zu beweisen, um seine Verantwortlichkeit als Mittäter festzustellen“, obwohl die Bedeutung des Beitrags für die Feststellung anderer Elemente einer gemeinsamen kriminellen Unternehmung relevant wäre, so wie zum Beispiel für die Absicht [den Vorsatz].¹⁴³ Im Gegensatz zu Artikel 29 wurde jedoch kein Unterschied zwischen den verschiedenen Ausmaßen der Beteiligung gemacht, die für die strafrechtliche Verantwortlichkeit erforderlich sind, d. h. zwischen dem Grad der Beteiligung, der die tatsächliche Beteiligung am *actus reus* einer Tat darstellt oder dem Grad der Beteiligung, die durch die Vornahme „eine anderen Handlung“ erfolgt, mit der der Täter zur Begehung (der Straftat) beiträgt.

Die Kammer kommt zu dem Schluss, dass es zwischen dem Völkergewohnheitsrecht für eine gemeinsame kriminelle Unternehmung und Artikel 29 keinen Unterschied hinsichtlich des Ausmaßes der Beteiligung gibt, die notwendig ist, um eine Mittäterschaft festzustellen, wenn der Angeklagte in irgendeiner Weise an dem *actus reus* der Straftat beteiligt war. Es gibt jedoch einen Unterschied in dem Fall, in dem der Angeklagte „eine andere Handlung“ vorgenommen hat, die zur Begehung der Straftat führt. Wenn alle anderen Elemente der gemeinsamen kriminellen Unternehmung nach dem Völkergewohnheitsrecht bewiesen sind, muss der Grad der Beteiligung, der die „andere Handlung“ darstellt, nicht „erheblich oder wichtig“ sein. Nach Artikel 29 muss er jedoch „entscheidend“ sein. Da der Staatsanwalt die Angeklagten nach Artikel 180 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 29 angeklagt und geltend gemacht hat, dass die Kammer beide Artikel anwenden sollte, ist es erforderlich, mehr als den Standard des Völkergewohnheitsrechts nachzuweisen.

Bei beiden Angeklagten belegen die Beweise, dass die Voraussetzungen sowohl des Völkergewohnheitsrechts als auch des Artikels 29 erfüllt sind. Die Angeklagten wurden für schuldig befunden, einen Beitrag zu dem Verfolgungssystem geleistet zu haben, in dem sie einen gemeinsame diskriminierende *mens rea* teilten und direkt und erheblich am *actus reus* beteiligt waren, indem sie eine rechtswidrige Inhaftierung ausführten, sicherten und aufrechterhielten, ohne die keine andere strafbare Handlung, die durch die Verfolgung begangen wurde, hätte verübt werden können. Durch ihre direkte Beteiligung am *actus reus* der Straftat der Verfolgung durch rechtswidrige Inhaftierung haben beide [Angeklagten] die Handlungen vorgenommen, durch die ein entscheidender Beitrag zu allen anderen Straftaten geleistet wurde, von denen sie wussten, dass sie Teil des kriminellen Systems waren, zu dem sie beitrugen. Darüber hinaus wurde nachgewiesen, dass beide direkt zum *actus reus* anderer Straftaten beigetragen haben, durch die die Tat der Verfolgung begangen wurde: die beiden trugen unmittelbar zu den unmenschlichen Bedingungen bei, beide waren direkt in die Versklavung involviert, Todović durch die Organisation und Überwachung der Zwangsarbeit und Rašević durch den Transport von Gefangenen zum Arbeitsplatz; Rašević nahm einmal an den Zwangsumsiedlungen teil und Todović nahm einmal an einer Tat der Folter teil. Nach Artikel 29 „nahmen sie an der Begehung einer Straftat“ der Verfolgung teil, indem sie Straftaten der unrechtmäßigen Inhaftierung, der unmenschlichen Handlungen, der Versklavung, der Zwangsumsiedlung und der Folter verübten und durch ihre „Akte“ rechtswidriger Inhaftierung entscheidend zur Begehung anderer Straftaten beitrugen, die der Straftat der Verfolgung zugrunde liegen. Die Beweisanforderungen, die erforderlich sind, um Mittäterschaft nach Artikel 29 festzustellen, sind erfüllt, ebenso wie die Voraussetzungen, die für die Feststellung einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung nach Artikel 180 Absatz 1 StGB BiH und des Völkergewohnheitsrechts erforderlich sind.

¹⁴³ *Kvočka* Appeal Judgment, para. 421.

IV. Freisprechender Teil des Urteils

Anklagepunkt 1 und 1a

Den Angeklagten wurde unter den Anklagepunkten 1 und 1a der Anklageschrift vorgeworfen, dass sie zwischen April 1992 und Mai 1992 an der Aufrechterhaltung eines Systems zur Bestrafung und Misshandlung von Häftlingen im Zusammenhang mit einer Vielzahl spezifischer Ereignisse beteiligt waren. Auf Grundlage der vorgelegten Beweise stellt die Kammer fest, dass der Ankläger die in den Anklagepunkten 1 und 1a der Anklageschrift enthaltenen Behauptungen nicht jenseits vernünftiger Zweifel nachgewiesen hat.

In Bezug auf A.S., Č.M. und FWS 198 führte der Ankläger keine Beweise an, die diese Behauptung bestätigten.

In Bezug auf FWS 82 hat der Staatsanwalt nicht alle Elemente der angeblichen Straftat nachgewiesen. Konkret gab FWS 82 lediglich an, dass er getreten und geschlagen wurde und sagte [aber] nicht über die Schwere irgendwelcher Verletzungen aus, die er eventuell erlitten hat. Daher hat der Staatsanwalt nicht nachgewiesen, dass die körperliche Misshandlungen schwere Schmerzen oder Leiden verursachten, die ein notwendiges Element der Straftat der anderen unmenschlichen Handlungen darstellen.¹⁴⁴

In Bezug auf FWS 03 hat der Staatsanwalt nicht alle Elemente der angeblichen Straftat nachgewiesen. Konkret hat FWS 03 nur ausgesagt, dass er von einem Mitglied der Militärpolizei mehrere Schläge erhielt; er hat nichts über die Schwere irgendwelcher Verletzungen ausgesagt, die er eventuell erlitten hat. Daher hat der Staatsanwalt nicht nachgewiesen, dass die körperlichen Misshandlungen schwere Schmerzen oder Leiden verursachten, die ein erforderliches Element der Straftat der anderen unmenschlichen Handlungen darstellen.

In Bezug auf H.D. hat der Staatsanwalt nicht zweifelsfrei bewiesen, dass die schwere Verletzung, die dieses Opfer erlitt, das Ergebnis der Prügel im KP Dom war. Konkret belegen die Beweise, dass H.D. vor seiner Ankunft im KP Dom und nach seiner Ankunft geschlagen wurde, aber die Zeugen haben keinen Unterschied zwischen diesen Misshandlungen gemacht, als sie über die Verletzungen aussagten. Daher stellt die Kammer fest, dass nicht zweifelsfrei nachgewiesen wurde, dass die im KP Dom begangenen Schläge zu schweren Schmerzen oder Leiden geführt haben, die ein notwendiges Element der Straftat der anderen unmenschlichen Handlungen darstellen.

In Bezug auf Enes Uzunović und D.A. hat der Staatsanwalt nicht alle Elemente der angeblichen Straftat nachgewiesen. Konkret haben die Zeugen nur angegeben, dass diese Opfer aus ihren Räumlichkeiten weggenommen, geschlagen und dann in diese Räumlichkeiten zurückgebracht wurden. Die Zeugen haben nicht die Schwere der Verletzungen beschrieben, die diese Opfer eventuell erlitten haben. Daher hat der Staatsanwalt nicht nachgewiesen, dass diese körperliche Misshandlung zu schweren Schmerzen und Leiden geführt hat, die ein notwendiges Element der Straftat der anderen unmenschlichen Handlungen darstellt.

In Bezug auf Vahid Džemal und S.H. hat der Staatsanwalt die in der Anklageschrift enthaltenen Tatsachenbehauptungen nicht nachgewiesen. Auf der Grundlage der Beweise wurde der Vorfall, bei dem zuerst der Kiefer von Vahid Džemal gebrochen wurde und er dann nach den Misshandlungen in eine Einzelzelle gebracht wurde, nicht nachgewiesen. In ähnlicher Weise belegen die Beweise nicht, dass ein Vorfall stattfand, während dessen S.H. geschlagen wurde, um ihn zu zwingen zu gestehen, dass er ein Mitglied der SDA war, was dazu führte, dass er zweimal in Ohnmacht fiel und was im April oder Mai 1992 geschah. Die Tatsachenbehauptungen in der Anklage sind wesentlich für die

¹⁴⁴ Siehe z.B. Krnojelac Trial Judgment, para. 176 ("Es ist wichtig zu betonen, dass die bloße Bezeichnung von Angriffen als „Schläge“ nicht von selbst darlegt, dass die Angriffe „unmenschliche Handlungen“ darstellten ...").

Feststellung der angeblichen Straftat, damit die Angeklagten ihre Verteidigung einbringen können, und dass die Kammer zweifelsfrei feststellen kann, ob dieser Vorfall stattfand. Es gibt keine Beweise dafür, dass dieser Vorfall in der in der Anklageschrift beschriebenen Weise stattgefunden hat oder dass dieser Gefangene der in der Anklageschrift genannten Behandlung unterworfen wurde, entweder zu dieser Zeit, an dem angegebenen Ort oder in der angegebenen Weise. Da diese Tatsachenbehauptungen nicht nachgewiesen wurden, kommt die Kammer zu dem Schluss, dass der Staatsanwalt die Straftat aus der Anklage nicht nachgewiesen hat.

In Bezug auf K.K. wurde dieser Vorwurf in der Anklageschrift nicht ausreichend gemäß Artikel 284a StPO BiH begründet. Konkret wird in der Anklageschrift lediglich angegeben, dass dieses Opfer „körperlich misshandelt“ wurde, jedoch nicht die Schwere der Straftat, die Schwere der Verletzungen oder das Ausmaß des Leidens dieses Opfers, die Grundelemente dieser Straftat darstellen.

V. Die Anwendung des materiellen Rechts

In Bezug auf das materielle Recht, das auf diese Straftat anzuwenden ist, hat die Kammer im Kontext des Zeitpunkts der Begehung der Straftat und unter Berücksichtigung aller Einwände der Verteidigung in dieser Hinsicht, wie im operativen Teil des Urteils dargelegt, die Entscheidung unter Anwendung der folgenden Bestimmungen getroffen.

In Artikel 3 Absatz 2 StGB BiH – Legalitätsprinzip, ist niedergelegt, „Es kann weder eine Strafe noch eine strafrechtliche Sanktion wegen der Tat verhängt werden, die vor ihrer Begehung nach dem nationalen Gesetz oder nach dem internationalen Recht nicht als Straftat [galt] und für die durch das Gesetz keine Strafe vorgeschrieben war.“

Die Tatausführungshandlungen im konkreten Fall wurde im Jahr 1992 begangen, zu der Zeit, als das StGB SFRJ in Kraft war, welches die Straftat mit dem besonderen Titel – Verbrechen gegen die Menschlichkeit – nicht als Sonderstraftat vorschrieb. Das neue StGB BiH definiert diese Tat als eine eigenständige Straftat. Nach der Rechtstheorie sollte das Gesetz, das zum Zeitpunkt der Begehung einer Straftat gilt und das diese Straftat nicht als Straftat qualifiziert, als milderes Gesetz angesehen werden. In diesem Fall bestünde die Pflicht, das mildere Recht anzuwenden, denn wenn das Gesetz in Bezug auf den Zeitpunkt der Begehung der Straftat nach dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit geändert wird, würde es notwendig, das früher geltende Strafrecht anzuwenden und die rückwirkende Anwendung des Strafrechts zum Nachteil des Täters zu verbieten.

In Bezug auf die Straftaten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in den während des Konflikts zwischen 1992 und 1995 in Bosnien und Herzegowina geltenden Gesetzen nicht definiert waren, ist die Kammer jedoch der Ansicht, dass diese Straftat unter das internationale Gewohnheitsrecht fällt, das zum Zeitpunkt der Tatbegehung in Kraft war, und darüber hinaus wurde sie auch im damaligen StGB SFRJ durch einzelne Straftaten nach Artikel 134 definiert (Anstiftung zu nationalem, rassistischem oder religiösem Hass, zu Zwietracht oder Feindseligkeit), 142 (Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung), 143 (Kriegsverbrechen gegen Verwundete und Kranke), 144 (Kriegsverbrechen gegen Kriegsgefangene), 145 (Organisation einer Gruppe und Anstiftung zum Völkermord und zu Kriegsverbrechen), 146 (Rechtswidrige Tötung oder Verwundung des Feindes), 147 (Gesetzwidrige Beschlagnahme von Gegenständen von Toten und Verwundeten auf dem Schlachtfeld), 154 (Rassistische und andere Diskriminierung), 155 (Gründung von Sklaverei-Beziehungen und Transport von Menschen in Sklaverei-Beziehung) und 186 (Verletzung der Gleichheit der Bürger). Obwohl Artikel 172 StGB BiH diese Straftat nun als eine besondere Straftat vorschreibt, existierte sie sogar zum Zeitpunkt der Begehung der Straftat in der Weise, dass sie durch internationale Normen und indirekt durch die genannten Straftatbestände verboten war.

Der gewohnheitsmäßige Status der Strafbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Zurechnung der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit für seine Begehung im Jahr 1992 wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen¹⁴⁵, von der Kommission für internationales Recht¹⁴⁶ sowie von der Rechtsprechung des ICTY und ICTR bestätigt.¹⁴⁷ Diese Institutionen haben festgestellt, dass die Strafbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine zwingende Norm des Völkerrechts oder *ius cogens* ist¹⁴⁸, daher scheint es unbestreitbar, dass [der Tatbestand der]

¹⁴⁵ UN Secretary General Report on paragraph 2 of the Security Council Resolution 808, 3 May 1993, paragraphs 33-34 and 47-48.

¹⁴⁶ International Law Commission, Commentary on the Draft Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind (1996), Article 18.

¹⁴⁷ ICTR, Trial Chamber Akayesu, 2 September 1998, paragraphs 563-577.

¹⁴⁸ International Law Commission, Commentary to Draft Articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts (2001), Article 26.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Jahr 1992 Teil des internationalen Gewohnheitsrechts waren.

Artikel 4a) StGB BiH bezieht sich auf „allgemeine Grundsätze des Völkerrechts“. Da weder das Völkerrecht noch die Europäische [Menschenrechts-]Konvention einen solchen identischen Begriff kennen, stellt dieser Begriff tatsächlich eine Kombination dar von einerseits „Grundsätzen des Völkerrechts“, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen und der Völkerrechtskommission anerkannt wurden, und andererseits „Allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die von der Staatengemeinschaft anerkannt werden“, wie sie in dem Statut des Internationalen Gerichtshofs und in Artikel 7 Absatz 2 der Europäischen Konvention anerkannt sind.

Die Grundsätze des Völkerrechts, wie sie in Resolution 95 (1) (1946) der Generalversammlung und der Kommission für internationales Recht (1950) anerkannt sind, gelten für die „Charta von Nürnberg und das Urteil des Tribunals“ und damit auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Durch die „Grundsätze des Völkerrechts“, die in der „Charta von Nürnberg anerkannt sind“ und die „im Urteil des Tribunals“ anerkannt sind, und die 1950 von der Völkerrechtskommission verabschiedet und der Generalversammlung vorgelegt wurden, und durch den Grundsatz VI.c. wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit als ein Verbrechen niedergelegt, das nach internationalem Recht strafbar ist. Grundsatz I [der Charta von Nürnberg] sieht vor: „Jede Person, die eine Handlung begeht, die eine Straftat nach internationalem Recht darstellt, ist verantwortlich und macht sich daher strafbar.“ Grundsatz II sieht vor: „Die Tatsache, dass das innerstaatliche Recht keine Strafe für eine Handlung vorsieht, die eine Straftat nach internationalem Recht darstellt, entbindet die Person, die diese Handlung begangen hat, nicht von der völkerrechtlichen Verantwortung.“ Ungeachtet dessen, ob es vom Standpunkt des Völkergewohnheitsrechts oder vom Standpunkt der „völkerrechtlichen Grundsätze“ aus betrachtet wird, ist unbestreitbar, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der relevanten Zeit eine Straftat darstellten, das heißt, dass das Gebot der Legalität erfüllt war.

Die Rechtsgrundlage für die Verurteilung oder Bestrafung von Straftaten nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts ist Artikel 4a des Gesetzes über die Änderungen des Strafgesetzbuches von BiH¹⁴⁹ („Amtsblatt von Bosnien und Herzegowina“ Nr. 61/04), der vorschreibt, dass die Artikel 3 und 4 des StGB BiH nicht ausschließen, dass jemand wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt oder bestraft wird, die zur Zeit ihrer Begehung nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen des Völkerrechts strafbar war. Mit diesem Artikel wurde die Bestimmung von Artikel 7 Absatz 2 des Europäischen Übereinkommens in vollem Umfang übernommen, und dadurch wird eine Ausnahme von dem in Artikel 4 des Strafgesetzbuchs von BiH vorgesehenen Grundsatz möglich sowie eine Abweichung von der verpflichtenden Anwendung des milderen Gesetzes in Verfahren, die völkerrechtliche Straftaten beinhalten, wie das Verfahren gegen die Angeklagten, weil es sich um eine Straftat handelt, die eine Verletzung der Regeln des Völkerrechts beinhaltet. In der Tat, Artikel 4a des Gesetzes über Änderungen des Strafgesetzbuches von BiH gilt für alle Straftaten, die in den Bereich der Kriegsverbrechen fallen, da diese besonderen Straftaten in Kapitel XVII des Strafgesetzbuches von BiH niedergelegt sind, das als Straftaten gegen die Menschlichkeit und die Werte, die durch das Völkerrecht geschützt sind, betitelt wird, und Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts akzeptiert wurden, stellen sie Bestimmungen des Völkerrechts dar, von denen man nicht abweichen darf.

Wenn diese Bestimmungen mit Artikel 7 der Europäischen Menschenrechtskonvention (im Folgenden: Europäische Konvention), die Vorrang vor allen anderen Gesetzen in Bosnien und Herzegowina hat (Artikel II (2) der Verfassung von Bosnien und Herzegowina), in Verbindung

¹⁴⁹ Anmerkung des Übersetzers: Diese Norm befindet sich – ebenfalls als Artikel 4a – im StGB BiH selbst.

gebracht werden, kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der in Artikel 3 des Strafgesetzbuchs genannte Rechtmäßigkeitsgrundsatz in Artikel 7 Absatz 1 Satz 1 der Europäischen Konvention enthalten ist, während gemäß Artikel 7 Absatz 1 Satz 2 der Europäischen Konvention keine schwerere als die zur Zeit der Begehung angedrohte Strafe verhängt werden darf. Daher schreibt diese Bestimmung das Verbot vor, eine strengere Strafe zu verhängen. Sie bestimmt, dass ein milderes Gesetz auf den Täter angewandt werden muss in Bezug auf die Strafe, die zum Zeitpunkt der Begehung der Straftat angewendet wurde.

Artikel 7 Absatz 2 der Europäischen Konvention enthält jedoch eine Ausnahme von Absatz 1, da er die Verurteilung und Bestrafung einer Person wegen einer Tat oder Unterlassung gestattet, die zur Zeit ihrer Begehung nach den von den zivilisierten Völkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen strafbar war. Derselbe Grundsatz ist in Artikel 15 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte enthalten. Diese Ausnahmeregelung wurde mit einem spezifischen Ziel eingeführt, die Anwendung nationaler und internationaler Rechtsvorschriften zu gewährleisten, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg in Bezug auf Kriegsverbrechen in Kraft traten. Dementsprechend betont die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Naletilić gegen Kroatien Nr. 51891/99, Kolk und Kislyiy gegen Estland, Nr. 23052/04 und 4018/04) eher die Anwendbarkeit der Bestimmung von Absatz 2 als in Artikel 7 Absatz 1 der Europäischen Konvention, wenn es um solche Straftaten geht, was auch die Anwendung von Artikel 4a des Gesetzes über Änderungen des Strafgesetzbuches von BiH in diesen Fällen rechtfertigt.

Auch diese Frage wurde vom Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina in der Appellation von *A. Maktouf* (AP 1785/06) geprüft, das in seiner Entscheidung vom 30. März 2007 feststellte: „Paragraf 68: In der Rechtsprechung eines Landes des ehemaligen Jugoslawiens gab es keine Möglichkeit, die Strafe einer lebenslangen Freiheitsstrafe oder einer langen Freiheitsstrafe zu verhängen, was der Internationale Strafgerichtshof für die im ehemaligen Jugoslawien begangenen Verbrechen sehr oft getan hat (Fälle *Krstić*, *Galić* usw.). Gleichzeitig war das Konzept des StGB SFRJ so angelegt, dass es keine langfristige oder lebenslange Freiheitsstrafe vorschrieb, sondern für die schwersten Straftaten die Todesstrafe und für leichteren Formen (der Straftaten) eine Höchststrafe von bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe vorschrieb. Daher ist klar, dass eine Sanktion nicht von dem Gesamtziel getrennt werden kann, das zum Zeitpunkt der Anwendbarkeit dieses Gesetzes durch die Kriminalpolitik erreicht werden sollte“. „Paragraf 69: In dieser Hinsicht ist das Verfassungsgericht der Ansicht, dass es nicht möglich ist, eine Sanktion einfach „zu streichen“ und andere mildere Sanktionen zu verhängen und damit die schwersten Straftaten praktisch unangemessen bestraft zu lassen.“

Der Grundsatz der obligatorischen Anwendung eines milderen Gesetzes ist nach Ansicht der Kammer bei der Verfolgung derjenigen Straftaten ausgeschlossen, [bei denen die Strafbarkeit/Verfolgung] zum Zeitpunkt ihrer Begehung völlig vorhersehbar war und die allgemein als Verstoß gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts bekannt waren.

Bei der Analyse der Bestimmung von Artikel 172 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs von BiH ist es offensichtlich, dass diese Straftaten Teil einer Gruppe von Straftaten gegen die Menschlichkeit und gegen die Werte sind, die durch das Völkerrecht geschützt sind (Kapitel XVII des StGB BiH). Diese Gruppe von Straftaten ist spezifisch, weil es nicht ausreicht, durch eine bestimmte körperliche Aktivität eine Straftat zu begehen, sondern es ist erforderlich, dass der Täter sich bewusst ist, dass er durch die Begehung der Straftat gegen internationale Gesetze verstößt; und dass davon ausgegangen wird, dass der Täter wissen muss, dass die Zeit des Krieges oder der Konflikte oder der Feindseligkeit besonders verletzlich ist und insbesondere durch die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts geschützt wird, so dass diese Straftat noch größere Bedeutung erlangt und ihre Begehung schwerwiegendere Folgen hat als bei Begehung in einer anderen Zeit oder unter anderen

Umständen. Daher ist die Anwendung des StGB BiH nach Ansicht der Kammer gerechtfertigt und entspricht den Normen, die die Standards für die Achtung der Menschenrechte festlegen.

Auch die Strafzumessung ist hiermit verbunden, da Artikel 7 der Europäischen Menschenrechtskonvention auch ein System strafrechtlicher Sanktionen umfasst. Artikel 172 Absatz 1 sieht zusätzlich zu den aufgelisteten Unterabsätzen des StGB BiH eine Freiheitsstrafe von mindestens zehn Jahren oder eine langfristige Freiheitsstrafe vor.

VI. Strafzumessung

A. Die Strafe, die erforderlich und verhältnismäßig zur Schwere der Straftat ist

In Bezug auf die Straftat selbst und die Teilnahme an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung, deren gemeinsamer Zweck war, mindestens 700 Nicht-Serben zwischen April 1992 und Oktober 1994 durch die Begehung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen, wie im Urteil beschrieben, hat die Kammer eine Strafe in Betracht gezogen, die erforderlich ist und den genannten gesetzlichen Zielen entspricht und den relevanten gesetzlichen Vorgaben.

(A) Die Strafe muss erforderlich und zum Grad der Gefahr für geschützte Personen und Werte verhältnismäßig sein (Artikel 2 StGB BiH). In diesem Zusammenhang hat die Kammer auch die gesetzlichen Elemente, die sich auf diesen Zweck beziehen, berücksichtigt, d. h. das Leiden der unmittelbaren und mittelbaren Opfer (Artikel 48 StGB BiH). Die unmittelbaren Opfer dieses Verbrechens waren Gefangene nichtserbischer Volkszugehörigkeit, die in der kritischen Zeit im KP Dom rechtswidrig festgehalten wurden. Alle diese Häftlinge waren unmittelbare Opfer des kriminellen Systems, aufgrund dessen sie rechtswidrig inhaftiert, unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und aus Foča und der Umgebung dauerhaft vertrieben wurden. Einige der Häftlinge wurden auch unmittelbar Opfer anderer Straftaten, die ein integraler Bestandteil des kriminellen Systems des Lagers waren, darunter: mindestens 18 Morde; mindestens 200 Fälle von Verschwindenlassen; die Folterung von Nurko Nišić, S.M. und Ekrem Zeković; die Versklavung vieler Inhaftierter, einschließlich FWS 71, D.M., K.S., A., FWS 142, R.T., Z.A., von Ekrem Zeković und FWS 83; unmenschliche Behandlung durch die Verwendung als menschliche Schutzschilde, [zum Beispiel] von FWS 141, FWS 109 und K.G.; und andere unmenschliche Handlungen gegen viele andere, einschließlich Dž.B. und FWS 71.

Das Leiden, das diesen Opfern unmittelbar zugefügt wurde, verursachte zusätzliches Leid für ihre Familien und ihre [ethnischen] Gemeinschaften. Dieses Leiden hört nicht auf: Mindestens die Hälfte der Verschwundenen aus dem KP Dom wird immer noch vermisst und Informationen über sie sind noch immer nicht zugänglich. Außerdem hatte das kriminelle System im KP Dom negative Auswirkungen auf Foča, da es einen wichtigen Faktor für die ethnische Säuberung der gesamten Gemeinde darstellte, was bei allen Einwohnern zu einem Verlust an Gemeinschaft und einer gewissen Lebensweise geführt hat, insbesondere der Einwohner der Stadt Foča und der umliegenden Dörfer und Weiler.

Die Strafe muss proportional zu diesem Grad des Leidens sein und sie muss auch ausreichend sein, um (B) andere davon abzuhalten, ähnliche Verbrechen zu begehen (Artikel 6 und 39 StGB BiH). Niemand, der im Europa des 20. Jahrhunderts lebte, könnte sich den Bildern der Konzentrationslager der Nazis aus dem Zweiten Weltkrieg entziehen oder keine Kenntnis haben von den Prozessen und Urteilen derer, die an der Errichtung und Aufrechterhaltung dieser Lager beteiligt waren. Ein Hauptgrund für die Kriminalisierung von Aktivitäten im Zusammenhang mit „Lagern“ als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach internationalem Recht und für die Verfolgung der Beteiligten hieran, die Lager gegründet und aufrechterhalten haben, bestand darin, andere in zukünftigen Konflikten daran zu hindern, diese Form eines systemischen Verbrechens gegen gefährdete Zivilisten zu wiederholen. Die Tatsache, dass das KP Dom und andere Lager während des Konflikts in Bosnien und Herzegowina von allen Seiten dazu genutzt wurden, ist ein beunruhigender Hinweis darauf, dass die Lektion aus Nürnberg nicht gelernt wurde. Daher ist es heute mehr denn je notwendig, dass die Personen, die bewusst an der Gründung und Aufrechterhaltung des Lagers beteiligt waren, angemessenen bestraft werden, um alle andere davon in Kenntnis zu setzen, die an zukünftigen Konflikten beteiligt sein werden, dass für die Teilnahme an dieser Form der Straftat ein hoher Preis zu zahlen ist, auch wenn die Teilnehmer nicht persönlich an jedem der in diesen Lagern begangenen

Verbrechen beteiligt waren. Um andere abzuschrecken, muss die Strafe angemessen sein, um die Botschaft zu vermitteln, dass das Betreiben eines „Lagers“ keine tadellose Beschäftigung ist, wenn es das effiziente Betreiben eines Systems fördert, dessen Ziel ist es, Zivilpersonen mit Methoden zu verfolgen, die nach dem humanitären Völkerrecht strafbar sind.

Darüber hinaus muss diese Strafe (C) die gesellschaftliche Verurteilung des Verhaltens des Angeklagten widerspiegeln (Artikel 39 StGB BiH). Die Gesellschaft sind in diesem Fall das Volk von Bosnien und Herzegowina und die internationale Gemeinschaft, die durch nationales und internationales Recht ein solches Verhalten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit charakterisiert haben. Diese Gemeinschaften haben deutlich gemacht, dass diese Verbrechen, ungeachtet der Seite, die sie begangen hat, oder des Ortes, an dem sie begangen wurden, gleichermaßen verwerflich sind und nicht straflos geduldet werden können.

Die Strafe muss auch notwendig und verhältnismäßig (D) in Bezug auf den pädagogischen Zweck des Gesetzes sein, d. h. Personen über Gefahr von Verbrechen zu belehren (Artikel 39 StGB BiH). Die Verfolgung und Bestrafung dieser Aktivität(en) müssen nicht nur zeigen, dass Verbrechen, die in Kriegszeiten begangen wurden, nicht toleriert werden, sondern dass das Strafverfahren der geeignete Weg ist, um das Verbrechen anzuerkennen und den Kreislauf der individuellen Vergeltung zu durchbrechen. Das Gericht kann weder Versöhnung anordnen noch kann dieses Urteil [zur Versöhnung] verpflichten. Eine Strafe, die die Schwere der Straftat voll und ganz widerspiegelt, kann jedoch zur Versöhnung beitragen, indem sie eine gesetzliche, nicht gewalttätige Antwort [auf das Verbrechen] gibt und das Ziel fördert, den Wunsch nach individueller oder gemeinschaftlicher Rache durch die Erkenntnis zu ersetzen, dass Gerechtigkeit erzielt wird. Die Straftat der Verfolgung schafft nicht nur für die unmittelbaren Opfer, sondern für die gesamte Gesellschaft eine Gefahr, da sie zu einer Atmosphäre der Gesetzlosigkeit beiträgt, in der die Rechtsstaatlichkeit untergraben wird, und in der die Personen, die sich mit dem Aggressor identifizieren, ermutigt werden, Taten zu begehen, für die sie ungestraft bleiben.

Alle diese Erwägungen, die für die von den Angeklagten begangenen Straftaten relevant sind, veranlassten die Kammer zu der Annahme, dass eine notwendige und verhältnismäßige Strafe, die die Schwere der Straftat selbst widerspiegelt, 12 Jahre betragen sollte.

B. Die Strafe, die erforderlich und verhältnismäßig in Bezug auf den Täter ist

Strafzumessungserwägungen müssen auch das gesetzliche Gebot der Gerechtigkeit (Artikel^o39 StGB BiH) und die konkreten Umstände nicht nur der Straftat, sondern auch des Täters berücksichtigen. Das Gesetz sieht zwei Zwecke vor, die für eine Person, die wegen einer Straftat verurteilt wurde, relevant sind: (1) Spezialprävention, bezogen auf den [individuellen] Täter, der von der Begehung weiterer Straftaten abgehalten werden soll (Artikel^o6 und 39 StGB BiH); und (2) Rehabilitation (Artikel^o6 StGB BiH). Die Rehabilitation ist nicht nur ein Zweck, den das Strafgesetzbuch dem Gericht vorgibt, sondern es ist der einzige Zweck, der mit der Strafzumessung verbunden ist, der in internationalen Menschenrechtsnormen anerkannt und ausdrücklich gefordert wird, an den das Gericht verfassungsrechtlich gebunden ist. Artikel^o10 Absatz^o3 des IPbPr lautet: „Der Strafvollzug schließt eine Behandlung der Gefangenen ein, die vornehmlich auf ihre Besserung und gesellschaftliche Wiedereingliederung hinzielt.“

Es gibt eine Reihe von Regeln, die für diese Zwecke relevant sind, da sie die Strafzumessung der einzelnen verurteilten Person beeinflussen (Artikel^o48 StGB BiH). Dazu gehören: der Grad der Verantwortlichkeit; das Verhalten des Täters vor der Straftat, während und nach Begehung der Straftat; das Motiv und die Persönlichkeit des Täters. Je nach Umständen können diese Elemente erschwerende oder mildernde Umstände bei der Strafzumessung darstellen. Der Zweck dieser Erwägungen besteht darin, dem Gericht zu helfen, die Strafe festzulegen, die nicht nur für den Zweck

der Strafe und die Erwägungen erforderlich und verhältnismäßig ist, die bereits im Zusammenhang mit der Tat selbst und ihren Folgen für die Gemeinschaft berücksichtigt wurden, sondern [ihr Zweck besteht auch darin,] dass die Strafe den präventiven und rehabilitativen Erfordernissen in Bezug auf den einzelnen Täter entspricht.

1. Der Angeklagte Todović

a. Der Grad der Verantwortlichkeit

Aus den oben im Abschnitt über die Vorgesetztenverantwortlichkeit erläuterten Gründen kam die Kammer zu dem Schluss, dass Todović von April°1992 bis Dezember°1992 stellvertretender *de facto* Leiter war, als er stellvertretender Leiter *de jure* wurde und dass er bis August°1993 in dieser Position tätig war. Während dieser Zeit, wie im Abschnitt über die Vorgesetztenverantwortlichkeit niedergelegt, hatte er die Hauptverantwortung für die Häftlinge und war in der Hierarchie des KP Dom der zweite nach dem Gefängnisleiter. Todović hatte die tägliche Verantwortung für den Umgang mit den Inhaftierten.

Darüber hinaus hatte Todović zusammen mit Rašević effektive Kontrolle über die Wächter und hatte tatsächlich die Möglichkeit und Pflicht nach internationalem Recht, die Wächter daran zu hindern, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen beziehungsweise sie wegen der begangenen Verbrechen zu bestrafen. In dieser Hinsicht war Todović nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit verantwortlich, da er es versäumt hat, die Wächter des KP Dom daran zu hindern, die unrechtmäßigen Befehle der Ermittler zu befolgen, die unmenschlichen Handlungen gegen Dž.°B. auszuführen (Anlagepunkt°1b), und weil er es versäumt hat, die Wächter des KP Dom wegen der Beteiligung an Morden im KP Dom (Anlagepunkt°2) und wegen der Misshandlung von FWS 71 (Anlagepunkt 1b) zu bestrafen. Angesichts der Tatsache, dass auf Grundlage der vorgelegten Beweise festgestellt wurde, dass Todović wegen dieser Taten als Mittäter im Wege der Teilnahme an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung verantwortlich ist, kann er nicht erneut wegen der gleichen Taten nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit verurteilt werden. Die Tatsache, dass er seine Pflichten des verantwortlichen Kommandos [*duty of responsible command*] nicht erfüllt hat, indem er es versäumte, die Wächter, über die er effektive Kontrolle hatte, [an Verbrechen] zu hindern oder zu bestrafen, ist [aber trotzdem] ein Faktor, den die Kammer bei der Festsetzung der Strafe berücksichtigt hat.

Todović hätte die Wächter daran hindern können, die unrechtmäßigen Befehle der Ermittler zu befolgen. Dies zeigt sich daran, dass Todović den Wächtern regelmäßig Anweisungen gab, in der Erwartung, dass sie erfüllt werden würden, und diese Erwartung wurde erfüllt. Dass Todović die Wächter wegen Mittäterschaft an den Morden und an der Misshandlung von FWS 71 hätte bestrafen können, ergibt sich aus der Tatsache, dass es ein Disziplinarsystem für Angestellte gab, das durch das Regelbuch geregelt war, von dem Todović wusste und das er tatsächlich verwendete. In seiner Aussage beschrieb Todović, wie er ein Disziplinarverfahren gegen einen Mitarbeiter, der an einer Schmuggelaktivität mit FWS 182 teilgenommen hatte, eingeleitet hat. Wie Todović in seiner Aussage angab, ermittelte er und meldete den Mitarbeiter dem Leiter, beriet den Leiter über die Durchführung des Disziplinarverfahrens und schlug die Sanktionen vor, die verhängt werden sollten. Todović hat es [aber] versäumt, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Verbrechen und die Konsequenzen für die Opfer wesentlich gravierender waren. Die Autoritätsposition von Todović im KP Dom und die Art, in der er diese Autorität ausübte oder diese Autorität nicht ausübte, sind unrechtserschwerende Faktoren.

b. Das Verhalten und die persönlichen Umstände des Angeklagten

Das Verhalten und die persönlichen Umstände von Todović vor, während und nach der Begehung der Straftaten umfassen sowohl erschwerende als auch mildernde Umstände und sind relevant für Fragen der Prävention und Rehabilitation.

i. Vor der Begehung der Tat

Todović hatte bis April 1992 eine vorbildliche Karriere im Gefängnisdienst. Er begann als Wächter beim KP Dom zu arbeiten, unmittelbar nachdem er seiner Wehrpflicht abgeleistet hatte, und er arbeitete sich innerhalb des Gefängnisystems nach oben. Er erwarb einen Abschluss in Rechtswissenschaften. Als der Krieg ausbrach, arbeitete er im KP Dom als Jurist bei der Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen. Er unterhielt seine Familie und zog zwei Kinder groß. Er war nicht vorbestraft. Das Leben von Todović vor dem Krieg stellt einen strafmildernden Faktor dar.

ii. Die Umstände, unter denen die Tat begangen wurde

Todović war ein erfahrener Mitarbeiter der Gefängnisverwaltung, als der Krieg ausbrach. Er war ein Jurist mittleren Alters, der wusste, wie ein legales Gefängnisystem geleitet werden sollte, und er kannte den Unterschied zwischen gesetzmäßiger und gesetzeswidriger Inhaftierung von Personen. Er wurde dem KP Dom im Rahmen seines Kriegseinsatzes zugewiesen. Er lehnte die Ernennung nicht ab, und es gibt keine Beweise dafür, dass er jemals versucht hätte, eine andere Aufgabe zu übernehmen. Nachdem er beschlossen hatte zu bleiben und dieses System aufrechtzuerhalten, arbeitete er äußerst fleißig und ohne Mitgefühl für die Häftlinge, die unter seiner Kontrolle standen. Mehrere Zeugen haben ausgesagt, dass sein Verhalten ihnen gegenüber demütigend und bedrohlich war. Wie aus den Beweisen hervorgeht, die Anklagepunkt³ der Anklageschrift bekräftigen, überwachte Todović nicht nur ein System, das unmenschliche Lebensbedingungen und gesetzeswidrige Inhaftierungen beinhaltete, sondern drohte den Insassen auch persönlich, um dieses System in Kraft zu halten: indem (er) das Leben von Häftlingen bedrohte, wenn sie versuchten zu fliehen, indem (er) das Leben der Häftlinge bedrohte, die mit FWS 216 nach seinem Fluchtversuch zusammen arbeiteten, indem (er) das Leben von Häftlingen wegen Verstößen gegen Regeln bedrohte (wegen Tabaksmuggels und der Weitergabe von Notizen an andere Inhaftierte) und indem er die Häftlinge bedrohte, wenn sie versuchten, der Zwangsarbeit zu entgehen. Die Art und Weise, in der er die Straftat beging, ist ein unrechterschwerender Faktor.

iii. Die Umstände nach der Begehung der Tat

Nach dem Krieg arbeitete Todović im KP Dom weiter, bis er aus Gründen, die der Kammer nicht klar waren und die für die Strafzumessung nicht relevant sind, in den Ruhestand ging. Er hat keine minderjährigen Kinder mehr, die er finanziell unterstützen müsste, er ist weiterhin verheiratet und sein Einkommen ist gering. Er hat seit Kriegsende keine Straftat mehr begangen. Diese Umstände sind weder erschwerend noch mildernd.

iv. Das Verhalten während des Verfahrens

Todović war bei seiner Verteidigung aktiv und befragte die meisten Zeugen selbst. Er war nicht zufrieden mit seinem Anwalt, der von Amts wegen ernannt worden war, lehnte es jedoch ab, selbst einen Anwalt zu wählen, als er von der Kammer dazu aufgefordert wurde. Seine Befragung einiger Zeugen der Anklagebehörde war energisch, [blieb] aber innerhalb korrekter Grenzen für ein Kreuzverhör. Er war immer respektvoll gegenüber dem Gericht und professionell in seinem Verhalten. Sein Verhalten während des Verfahrens war angemessen und erfüllte die Erwartungen der Kammer und ist daher weder ein strafschärfender noch ein strafmildernder Faktor.

c. Das Motiv

Das Motiv ist in diesem Fall nicht mit dem Vorsatz verbunden. Wie oben erläutert, haben beide Angeklagten die nichtserbischen Häftlinge mit einem Vorsatz dergestalt verfolgt, wie dieses Verbrechen im Gesetz beschrieben und in der Begründung des Urteils niedergelegt ist. Jedoch gibt es keinen Beweis, der die Behauptung stützt, dass Todović durch persönlichen Hass auf irgendeine ethnische Gruppe motiviert war, oder dass er einen Grund zur Rache oder für Vorurteile gegen Personen in einer verfolgten Gruppe hatte, die seinem Verhalten ihnen gegenüber zugrunde gelegen hätten. Es gibt keinen eindeutigen Hinweis darauf, was den Angeklagten motiviert hat, als Mittäter an den Taten teilzunehmen, für die er wegen Teilnahme an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung verurteilt wurde. Daher ist das Motiv weder ein strafschärfender noch ein strafmildernder Umstand.

d. Die Persönlichkeit des Angeklagten

Die Kammer verfügt über keine Beweise hinsichtlich der Persönlichkeit des Angeklagten außer dem, was er durch seine Handlungen bei der Begehung der Straftat gezeigt hat und was aus seinem Verhalten im Gerichtssaal ersichtlich war. Beides wurde bereits erörtert.

e. Gesetzliche Strafmilderung (die Strafrahmenschiebung)

Die Kammer findet keine Gründe im Sinne von Artikel 49 StGB BiH, um die Strafe unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Grenze festzusetzen.

f. Abschreckung und Rehabilitation

Die Länge der Gefängnisstrafe und die im Gefängnis verbrachte Zeit stellen als Strafe für die Verbrechen in den meisten Fällen ein legitimes Mittel der Abschreckung dar. [Die Strafe] gibt dem Täter die Möglichkeit, die Auswirkungen seiner Handlungen auf die Opfer zu betrachten und über die Fehler nachzudenken, die er in der Vergangenheit gemacht hat, und für seine kriminellen Handlungen zu sühnen.

2. Die Strafe: Der Angeklagte Todović

Bei der Bewertung der relevanten „Umstände, die das Ausmaß der Bestrafung betreffen“, die in Artikel 48 Absatz 1 niedergelegt sind, kommt die Kammer aus den oben genannten Gründen zu dem Schluss, dass sowohl mildernde als auch erschwerende Umstände vorliegen. Das Ausmaß der Verletzung der geschützten Rechtsgüter wurde bereits im ersten Teil zur Strafzumessungsanalyse herausgearbeitet und wird nicht zweimal „berechnet“. Zu den mildernden Umständen, die die Kammer in Betracht gezogen hat, gehört der Beitrag des Angeklagten zum Strafrechtssystem vor dem Krieg. Zu den erschwerenden Umständen, die die Kammer in Betracht gezogen hat, gehören die Position des Angeklagten als Vorgesetzter im Lager und die Art und Weise, in der er seine Position gegen die Gefangenen ausnutzte, wobei die Drohungen berücksichtigt wurden und die Art und Weise, in der er diejenigen, die unter seiner Kontrolle standen, behandelte, wobei berücksichtigt wurde, dass er es versäumt hat, ein verantwortungsvolles Kommando zu schaffen, um die Wächter an den Verbrechen zu hindern und für die Verbrechen, die sie begangen haben, zu bestrafen. In Großem und Ganzem kommt die Kammer zu dem Schluss, dass sich die erschwerenden Umstände in der Strafe widerspiegeln sollten und dass sie berücksichtigt werden müssen, indem eine Anpassung der Strafe in Bezug auf die Strafe, die ausschließlich anhand der Schwere der Straftat bemessen wird, vorgenommen wird. Die Kammer kommt zu dem Schluss, dass eine Strafe von 12 Jahren und 6 Monaten angemessen ist.

3. Der Angeklagte Rašević

a. Der Grad der Verantwortlichkeit

Aus den im Abschnitt über die Vorgesetztenverantwortlichkeit dargelegten Gründen kommt die Kammer zu dem Schluss, dass Rašević von April 1992 bis Oktober 1994 *de jure* ein Wachkommandant war, [und] auch nach dieser Zeit. Während dieser Zeit war er in der Weise, wie das im Abschnitt über die Vorgesetztenverantwortlichkeit festgelegt und erläutert wurde, Leiter des Sicherheitsdienstes; und die Wächter waren ihm gegenüber verantwortlich. Die Beweise belegen, dass er als Wachkommandant zusammen mit dem Gefängnisleiter und dem stellvertretenden Leiter eine von drei Personen war, die in der kritischen Zeit die Hauptverantwortung für das Funktionieren des KP Dom innehatten.

Darüber hinaus hatte Rašević zusammen mit Todović effektive Kontrolle über die Wächter und verfügte nach internationalem Recht über die tatsächliche Fähigkeit und Pflicht, die Wächter daran zu hindern, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen und sie wegen der begangenen Verbrechen zu bestrafen. In dieser Hinsicht war Rašević nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit verantwortlich, da er es versäumt hat, die Wächter des KP Dom daran zu hindern, die unrechtmäßigen Befehle der Ermittler zu befolgen, die unmenschlichen Handlungen gegen Dž.°B. vorzunehmen (Anklagepunkt°1b), und weil er es versäumt hat, die Wächter des KP Dom wegen der Beteiligung an Morden im KP Dom (Anklagepunkt°2) und wegen der Misshandlung von FWS 71 (Anklagepunkt 1b) zu bestrafen. Angesichts der Tatsache, dass auf Grundlage der vorgelegten Beweise festgestellt wurde, dass Rašević wegen dieser Taten als Mittäter im Wege der Teilnahme an einer systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung verantwortlich ist, kann er nicht erneut wegen der gleichen Taten nach der Theorie der Vorgesetztenverantwortlichkeit verurteilt werden. Die Tatsache, dass er seine Pflichten des verantwortlichen Kommandos nicht erfüllt hat, indem er es versäumte, die Wächter, über die er effektive Kontrolle hatte, [an den Verbrechen] zu hindern oder [dafür] zu bestrafen, ist [aber trotzdem] ein Faktor, den die Kammer bei der Festsetzung der Strafe berücksichtigt hat.

Rašević hätte die Wächter daran hindern können, die unrechtmäßigen Befehle der Ermittler zu befolgen. Dies zeigt sich daran, dass Rašević als Wachkommandant ihr unmittelbarer Vorgesetzter war und sie ihm gegenüber verantwortlich waren. Er wies die Wachen ihren Pflichten zu. Er gab den Wächtern regelmäßig Anweisungen in der Erwartung, dass sie erfüllt werden würden, und diese Erwartung wurde erfüllt. Dass Rašević die Möglichkeit hatte, Ermittlungen zu den Aktivitäten der Wächter durchzuführen, von denen er begründeten Anlass zu der Annahme hatte, dass sie gesetzwidrig sind, und dass er dem Gefängnisleiter über Ermittlungsergebnisse, welche auf kriminelle Handlung hinweisen, hätte Bericht erstatten sollen, ergibt sich aus der Tatsache, dass es ein klar definiertes Verfahren für die Einleitung disziplinarischer Verantwortung gab. Rašević gab zu, dass er mit diesen Regeln vertraut war und dass er dementsprechend gehandelt habe. Raševićs Autoritätsposition im KP Dom und die Art und Weise, in der er diese Befugnis ausübte oder diese Befugnis nicht ausübte, sind unrechterschwerende Faktoren.

b. Das Verhalten und die persönlichen Umstände des Angeklagten

Das Verhalten und die persönlichen Umstände von Rašević vor, während und nach der Begehung der Straftaten umfassen sowohl strafschärfende als auch strafmildernde Umstände und sind relevant für die Fragen von Prävention und Rehabilitation.

i. Vor der Begehung der Tat

Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte Rašević bis April 1992 eine vorbildliche Karriere im Gefängnisdienst. Er begann 1983 als Wächter im Gefängnis im Mostar zu arbeiten. Er erhielt einen

akademischen Grad und war 1988 Angestellter beim KP Dom Foča als Lehrer und wurde danach zum Wachkommandanten ernannt, was die Position war, die er zu Beginn des Krieges innehatte. Er unterhielt seine Familie und zog drei Kinder groß. Er war nicht vorbestraft.

Anfang April, als das KP Dom unter Beschuss geriet und immer noch als rechtmäßiges Gefängnis funktionierte, blieb er bei den Gefangenen, die zu dieser Zeit unterschiedlicher Volkszugehörigkeit waren. Als einige Gefangene die Gelegenheit zur Flucht ausnutzten, befahl er den Wachen, nicht zu schießen, und sie gehorchten ihm. Er, die Wächter und andere Mitarbeiter blieben bei den restlichen 98 Verurteilten und kümmerten sich um ihre Evakuierung, wobei sie ihre persönliche Sicherheit riskierten. Er war stolz auf die Wächter unter seinem Kommando, die bei ihm blieben und ihm halfen, die Gefangenen zu beschützen. Auf Befehl des Gefängnisleiters zerstörten er und die anderen das Waffenarsenal, so dass niemand es benutzen konnte, wobei er wusste, dass dies im Fall des Sieges der serbischen Truppen gegen ihn verwendet werden würde. Seine Aktionen Anfang April 1992 waren mutig und haben wahrscheinlich dazu beigetragen, Menschenleben zu retten. Sein Verhalten vor der Begehung der Tat stellt einen mildernden Umstand dar.

ii. Die Umstände, unter denen die Tat begangen wurde

Rašević war ein erfahrenes Mitglied der Gefängnisverwaltung, als der Krieg ausbrach. Er war ein Fachmann mittleren Alters, der wusste, wie ein Gefängnis rechtmäßig geführt werden sollte, und kannte den Unterschied zwischen der rechtmäßigen und rechtswidrigen Inhaftierung von Personen. Er wurde dem KP Dom im Rahmen seines Kriegseinsatzes zugeordnet. Er lehnte die Ernennung nicht ab und versuchte nie, zu einem anderen Dienst zu wechseln. Dem Mitangeklagten zufolge hatte Rašević sowohl formelle als auch moralische Autorität und den Ruf eines ehrenwerten Mannes. Er stellte diese Autorität und Reputation in den Dienst der Einrichtung und für die Aufrechterhaltung der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung.

Zur gleichen Zeit, als er zur effektiven Aufrechterhaltung des Systems beitrug, versuchte er, einige der Leiden zu lindern, die das System verursachte. Diese Bemühungen wurden meist im Geheimen durchgeführt und beeinträchtigten weder den gemeinsamen Zweck des Systems noch verhinderten sie die Begehung irgendwelcher Verbrechen, die als Teil des Systems begangen wurden. Er war jedoch ständig bestrebt, allen zu helfen, das heißt, er zeigte nicht nur Freundlichkeit gegenüber denen, mit denen er vor dem Krieg befreundet gewesen war, sondern er behandelte alle Gefangenen, mit denen er in Kontakt war, mit einem Mitgefühl, das für diese Umstände selten war. Die Zeugen der Staatsanwaltschaft haben wiederholt ausgesagt, dass Rašević die Gefangenen korrekt behandelt hat. Viele Zeugen wiesen darauf hin, dass er sie oft in den Räumen besuchte und ihnen Hoffnung und Mut gab. FWS 115 sagte aus, dass Rašević mit den Gefangenen gesprochen und ihren Beschwerden über die Bedingungen zugehört hat. Er hörte ihnen zu, wenn sie darüber sprachen, wie sie sich Sorgen um ihre Familien machten. FWS 162, Zeković und FWS 113 sagten aus, dass er sich bemüht habe, Informationen über ihre Familien zu erhalten und diese an sie weiterzugeben. Bei einer Gelegenheit sprach er mit der Frau eines Häftlings, des Zeugen „B“, und sagte ihr, dass, um „B“ zu töten, „sie“ ihn zuerst töten müssten.

Der Kammer wurde mitgeteilt, dass sich Rašević bemüht hat, den Häftlingen, die im KP Dom krank waren, zu helfen, und drei spezifische Beispiele wurden genannt. FWS 182 sagte aus, dass er ein Geschwür hatte und dass Rašević ihm heimlich Medikamente, Milch und zusätzliche Decken brachte. Rašević wusste, dass Šefko Kubat sehr krank war und intervenierte beim Leiter, um ihn ins Krankenhaus zu bringen. Als der Leiter ihm die Erlaubnis gab, ihn ins Krankenhaus zu bringen, sorgte Rašević dafür, dass Kubat einen falschen serbischen Namen benutzt, weil das Krankenhaus voller serbischer Kriegsverletzter war, und sorgte weiter dafür, dass Kubats Pate, ein Serbe, sich um ihn kümmerte. Rašević überprüfte wiederholt seinen [Pflege-]Zustand und brachte ihm Früchte. Der

Zeuge 5T war ein junger Mann, den Rašević nicht kannte, aber jemand teilte Rašević mit, dass 5T eine schwere Beinverletzung hatte. Rašević brachte ihn mit seinem Auto ins Krankenhaus und blieb bei ihm, um ihn vor den Serben zu schützen, die ihn im Krankenhaus bedrohten, und arrangierte, dass er behandelt wird und Socken bekommt.

Der Zeuge FWS 139 gab in seiner Aussage an, dass Rašević ihnen heimlich Zigaretten, Brot, Seife und Kleidung brachte und er persönlich wusste, dass Rašević den Zeugen FWS 142, FWS 215, FWS 214, FWS 162, FWS 85 und vielen anderen geholfen hat. Kein Zeuge der Staatsanwaltschaft sagte aus, dass Rašević sich gegenüber den Gefangenen unfreundlich verhalten hätte. Der Zeuge 30, ein Geheimdienstoffizier der ABiH während des Krieges, wurde damit beauftragt, Nichtserben, die aus dem KP Dom entlassen worden waren, zu verhören, um Informationen über Kriegsverbrechen zu sammeln. Er sagte aus, dass er konkret nach Rašević gefragt habe und dass ihm niemand etwas Negatives über ihn gesagt hat. In der Tat erhielt er die Antworten, dass Rašević vielen geholfen hätte, insbesondere in Bezug auf moralische Unterstützung.

Diese Unterstützungsbekundungen für Rašević sind sehr glaubhaft. Die Zeugen der Anklagebehörde sagten über die Fakten der gegen sie verübten Verbrechen aus und zeigten keine Angst oder Zurückhaltung in Bezug auf Informationen über Straftaten. Sie waren auch in ihrer negativen Aussage Todović gegenüber ehrlich. Sie leben nicht in der Region von Foča und die meisten von ihnen leben außerhalb von BiH. Ihr Respekt für Rašević war ehrlich und sie zeigten keine Angst, Zögern oder Bedenken in ihrer positiven Unterstützung. Die Umstände der Straftat haben sowohl unrechtserschwerende als auch -mildernde Elemente. Insgesamt überwiegen jedoch die unrechtmildernden Faktoren die unrechtserschwerenden Faktoren in erheblichem Maße.

iii. Die Umstände nach der Tatbegehung

Nach dem Krieg arbeitete Rašević im KP Dom bis 1997, als er in den Ruhestand ging. Seine Kinder sind nicht mehr minderjährig und er ist immer noch verheiratet. Diese Umstände sind weder erschwerend noch mildernd.

iv. Verhalten während des Verfahrens

Rašević benahm sich während des ganzen Prozesses mit gebühlichem Anstand und Respekt dem Gericht gegenüber. Er behandelte die Zeugen angemessen und oft mit Sensibilität. Sein Verhalten während des Verfahrens war angemessen und erfüllte die Erwartungen der Kammer und ist daher weder ein strafschärfender noch ein strafmildernder Faktor.

c. Das Motiv

Das Motiv steht in diesem Fall nicht im Zusammenhang mit dem Vorsatz. Wie oben ausgeführt, haben beide Angeklagten die nichtserbischen Gefangenen mit dem Vorsatz dergestalt verfolgt, wie er für wie diese Straftat gesetzlich beschrieben und in der Begründung des Urteils festgelegt ist. Die Beweise belegen jedoch, dass Rašević keine persönliche Freude an den Verbrechen an den Inhaftierten empfand und dass er tatsächlich versucht hat, die durch die Verbrechen verursachten Leiden zu lindern. Rašević gab an, dass „einer seiner Gründe“ für das Verbleiben im KP Dom war, dass jemand anderes als Wachkommandant vielleicht nicht versucht hätte, den Häftlingen zu helfen. Die Kammer hat akzeptiert, dass dies „einer“ seiner Gründe gewesen sein mag, aber es gibt keinen klaren Hinweis darauf, was die weiteren Motivationen waren, die ihn dazu brachten, bei seiner Teilnahme an der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung zu bleiben. Das Fehlen eines Wunsches, den Opfern persönlich Schaden zuzufügen, reicht nicht aus, um zu der Schlussfolgerung zu gelangen, dass ein positives Motiv für die Begehung der Tat vorlag. Das Motiv ist weder ein strafschärfender noch ein strafmildernder Faktor.

d. Charakter des Angeklagten

Die Kammer verfügt über keine Beweise hinsichtlich des Charakters des Angeklagten, außer dem, was er durch seine Handlungen bei der Begehung der Straftat gezeigt hat und was aus seinem Verhalten im Gerichtssaal ersichtlich war. Beides wurde bereits erörtert.

e. Gesetzlich vorgesehen Strafmilderung: Prävention und Rehabilitation

In Artikel 49 des Strafgesetzbuchs von BiH werden zwei Umstände aufgeführt, die es dem Gericht ermöglichen, die Strafe unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Grenze festzusetzen und eine mildere Strafe zu verhängen. Dies sind die zwei folgenden Umstände: a) wenn das Gesetz die Möglichkeit der Strafmilderung vorsieht, und b) wenn „das Gericht feststellt, dass besonders mildernde Umstände vorliegen, die darauf hindeuten, dass der Zweck der Bestrafung durch eine mildere Strafe erreicht werden kann“. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestgrenze für die Mittäterschaft an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beträgt nach Artikel 172 Absatz 1 StGB BiH mindestens 10 Jahre oder eine langfristige Freiheitsstrafe.

Es ist unbestritten, dass Rašević als Mittäter durch seine Teilnahme an der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung an einem Verbrechen der Verfolgung beteiligt war; dass er dies mit direkten Tatbegehungsvorsatz tat; und dass seine Teilnahme sowohl in der Teilnahme an der Tathandlung einiger der zugrunde liegenden Verbrechen als auch in der Begehung anderer Handlungen bestand, die zu einem entscheidenden Grad zu dem Erfolg der systemischen gemeinsamen kriminellen Unternehmung beigetragen haben. Die Teilnahme an einem Verbrechen dieser Schwere, in dem das Individuum eine so bedeutende Rolle gespielt hat, kann nicht unbestraft bleiben. Wenn jedoch alle einzelnen Elemente geprüft werden, wie es das Gesetz verlangt und wie oben erläutert wurde, so ist klar, dass die mildernden Umstände erheblich gewichtiger sind als die erschwerenden Umstände: insbesondere die, die sich auf die Art und Weise beziehen, in der die Straftat begangen wurde, und die Handlungen von Rašević unmittelbar vor der Begehung der Tat. Diese Faktoren sind besonders mildernde Umstände, die die Kammer berücksichtigen muss. Aus diesen mildernden Umständen ergibt sich, dass einige der Zwecke der Bestrafung, insbesondere die Prävention und Rehabilitation, bereits in wichtigen Punkten erreicht wurden.

Die Rehabilitation umfasst die Erziehung des Täters dahingehend, das Leiden zu verstehen, das seine Taten verursacht haben, zur Entwicklung von Empathie für die Opfer seiner Verbrechen und das Bekunden von Reue für seine Taten. Rašević verstand und zeigte Mitgefühl mit dem Leiden der Opfer des Verbrechens, sogar während er das Verbrechen beging, und er versuchte, dieses Leiden zu minimieren. Er bedauerte die durch das Verbrechen verursachte Leiden. Während des Prozesses äußerte er wiederholt gegenüber den Zeugen „sein aufrichtiges Bedauern“ für das, was sie erlitten hatten. Die Kammer ist der Ansicht, dass dieses Bedauern ehrlich ist und nicht plötzlich durch die Tatsache ausgelöst wird, dass er vor Gericht steht. Der Zeuge FWS 02, ein Häftling aus dem KP Dom, gab in seiner Aussage an, dass Rašević kam, um sich vom ihm zu verabschieden, als er ausgetauscht werden sollte, und er bat ihn, ihm zu vergeben. Viele Zeugen der Staatsanwaltschaft akzeptierten, dass Raševićs Reue echt war, und sie waren darüber entsetzt, dass er weiterhin im Gefängnis blieb. Mehrere Zeugen der Staatsanwaltschaft hatten sich bereit erklärt, zugunsten von Rašević als Zeugen der Verteidigung auszusagen.

Viele Zeugen, die die Hilfe und psychologische Unterstützung, die Rašević den Inhaftierten gewährte, beschrieben haben, bekräftigten die Ansicht, dass die Reue von Rašević aufrichtig ist und dass die Notwendigkeit für eine Rehabilitation minimal ist. So sagte beispielsweise der Zeuge FWS 139 vor der Kammer aus, dass, wenn Rašević nicht gewesen wäre, er nicht am Leben wäre und keine Gelegenheit gehabt hätte, vor Gericht auszusagen. Der Zeuge FWS 210, der weit von BiH entfernt lebt, sagte, dass er Rašević nach dem Krieg dreimal angerufen hat, um ihm seine Dankbarkeit auszudrücken und

nachzufragen, wie es ihm ging. Der Zeuge 5T beendete seine Aussage mit den Worten: „Ich möchte Ihnen danken. Mit Gottes Willen sehen wir uns, wenn du frei bist.“ Mehrere Zeugen der Staatsanwaltschaft beantragten am Ende ihrer Aussagen die Erlaubnis von der Kammer, Rašević die Hände zu geben oder ihn zu umarmen. Diese Worte und Handlungen der Zeugen waren echt, und ihre Sichtweise war für die Schlussfolgerung der Kammer wertvoll, dass besonders mildernde Umstände vorliegen, aus denen sich ergibt, dass der Zweck der Bestrafung mit einer Strafe von weniger als zehn Jahren, wie der Artikel 172 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs BiH vorschreibt, erreicht werden kann.

4. Die Strafe: Der Angeklagte Rašević

Die Kammer kommt zu dem Schluss, dass eine Freiheitsstrafe von 8 Jahren und 6 Monaten eine angemessene Strafe ist.

Der Angeklagte Rašević befindet sich seit dem 15. August 2003 in Haft, während der Angeklagte Todović seit dem 15. Januar 2005 in Untersuchungshaft ist. Ihre Inhaftierung wurde nach der Verweisung des Falles an das Gericht von Bosnien und Herzegowina fortgesetzt, wobei gegen [die Angeklagten] auch Untersuchungshaft angeordnet wurde. Daher wird den Angeklagten gemäß Artikel 56 StGB BiH und Artikel 2 Absatz⁴ des Gesetzes über die Übertragung von Fällen (an das Gericht BiH) auf die Freiheitsstrafe auch die gesamte Zeit angerechnet, die sie nach der Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und der Entscheidung dieses Gerichts ab den oben genannten Daten bis zur Verbüßung der Strafe in Untersuchungshaft verbracht haben.

In Bezug auf die Kosten des Verfahrens entschied die Kammer, die Angeklagten von der Erstattungspflicht zu befreien. Bei der Entscheidung hat die Kammer berücksichtigt, dass beide für eine gewisse Zeit ohne großes Einkommen in Haft waren, dass ihre finanzielle Situation schlecht ist und dass sie kein regelmäßiges Einkommen haben und durch die Zahlung der Verfahrenskosten den Lebensunterhalt der Familien der Angeklagten gefährdet wäre, weshalb die Kammer im Sinne von Artikel 188 Absatz⁴ StPO BiH entschied.

Auf der Grundlage des Vorstehenden hat die Kammer ein Urteil gefällt, wie es in dem vorliegenden operativen Teil dargelegt ist.

Protokollführerin:

Dženana Deljkić Blagojević
Rechtsberaterin

Vorsitzender Richter:

Hilmo Vučinić

Belehrung über Rechtsmittel: Eine Appellationsrüge gegen das Urteil kann innerhalb von 15 (fünfzehn) Tagen nach Erhalt der schriftlichen Kopie des Urteils bei der Appellationskammer des Gerichts BiH eingereicht werden.